

Kolumnen Finanz und Wirtschaft 2004 - 2024

Robert Nef

20. März 2025

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|----|---|----|
| 1 | “Wer zu viel umverteilt, zerstört die Gesellschaft” | 4 |
| 2 | Markt für bessere Bildung | 6 |
| 3 | Freiheit – Widerstand und Gemeinschaft | 7 |
| 4 | Welche Partei ist liberal? | 9 |
| 5 | zBären gegen Imker | 11 |
| 6 | Wieviel Macht hat die Wirtschaft? | 11 |
| 7 | Die FDP hat eine Zukunft | 13 |
| 8 | Grenzen der Souveränität | 14 |
| 9 | Stopp der Umverteilung | 16 |
| 10 | Staatskonkurs als Chance | 17 |
| 11 | Neidökonomie | 18 |
| 12 | Die Gefahren von Big Data | 20 |
| 13 | Was Europa soll – und was nicht | 22 |
| 14 | Erbschaftssteuer schadet allen | 23 |
| 15 | Weder Neid- noch Vaterlandsparen | 25 |
| 16 | Die sogenannte Flüchtlingskrise | 26 |
| 17 | Mehr Efta, weniger EU | 28 |
| 18 | Einseitige Populismusschelte | 29 |
| 19 | Sozialstaat und Personenfreizügigkeit | 30 |
| 20 | Echte Reform der AHV statt Flickwerk | 32 |
| 21 | Der Kapitalismus – warm oder kalt? | 33 |

| | |
|---|----|
| 22 Das Ende von “immer mehr Staat” | 35 |
| 23 Wurzeln der EU-Skepsis | 37 |
| 24 Wirtschaftsversagen, Staatsversagen | 38 |
| 25 Kultur, Politik und Wirtschaft | 40 |
| 26 Das Scheitern aller Sozialismen | 42 |
| 27 Geltung ist so wichtig wie Geld | 43 |
| 28 Miliz braucht mehr Markt | 45 |
| 29 Regieren als Dialog | 46 |
| 30 Umverteilung schadet der Umwelt | 48 |
| 31 Staat verursacht Reformstau | 50 |
| 32 Im Zweifel für die Freiheit | 51 |
| 33 Green New Deal führt zu Etatismus | 53 |
| 34 Grenzen des Gesundheitssystems | 54 |
| 35 Mehr Eigenverantwortung | 56 |
| 36 Die Arbeitsmärkte deregulieren | 58 |
| 37 Handel schafft und braucht Vertrauen | 59 |
| 38 Weltoffenheit statt Teilintegration | 61 |
| 39 Lob des Non-Zentralismus | 62 |
| 40 Strategie des geordneten Rückzugs | 64 |
| 41 Afghanistan am Wendepunkt | 66 |
| 42 Subsidiarität als Gegenstrategie zur Zentralisierung | 67 |
| 43 Daseinsvorsorge ist populärer als Eigenständigkeit | 69 |
| 44 Vom Mitleid zur Mitfreude | 71 |
| 45 Warnung vor dem Neo-Etatismus | 72 |
| 46 In Krisen und Kriegen wächst der Staat | 74 |
| 47 Pandemiepolitik als Verstaatlichungsschub | 76 |
| 48 Die Arbeitswelt ist überreguliert | 77 |
| 49 Freiheit ist weder rechts noch links | 79 |

| | |
|---|----|
| 50 Besteuerung ohne Schranken | 81 |
| 51 Vom Wirrkopf zum Hoffnungsträger | 83 |
| 52 Nationalismus und Sozialismus als kollektivistische Brüder | 84 |
| 53 Erzwungene Umverteilung ist nicht nachhaltig | 86 |
| 54 Beitrag zum Frieden | 88 |

1 “Wer zu viel umverteilt, zerstört die Gesellschaft”

13.10.2004

Herr Nef, FDP und SVP behaupten beide von sich, den wahren Liberalismus zu vertreten. Welche Partei ist liberaler?

Es gibt keine Partei, die mit guten Gründen sagen kann, sie sei in dieser Hinsicht führend. Der Liberalismus ist kein geschlossener Block, es gibt Bandbreiten. Ich würde weder der SVP noch der FDP – und den anderen Parteien schon gar nicht – den ersten Rang geben. Geht es um Steuern und weniger Staat, ist die SVP häufig liberaler. In Bezug auf Weltoffenheit und Freizügigkeit schwingt die FDP obenaus.

Ist die Breite der liberalen Bewegung eine Stärke oder eine Schwäche?

Für die Idee ist das eine Stärke, in der Tagespolitik eine Schwäche. Vielfalt hat zur Folge, dass man nie geschlossen dasteht. Das ist in Abstimmungen und Wahlen hinderlich. Es verleiht aber auch eine gewisse Immunität. Es können sich verschiedene Leute dazu bekennen, und es kann wechselnde Mehrheiten geben. Für die Schweiz ist auch die grössere Bandbreite innerhalb der Parteien eine Stärke.

Stehen sich die liberalen Kräfte nicht oft selbst im Weg? Im Wettbewerbsrecht will der eine Flügel eine strenge Gesetzgebung, der andere verabscheut jegliche staatlichen Eingriffe.

Im Wettbewerbsrecht ist das eine sehr komplexe Angelegenheit. Die aus meiner Sicht modernere Schule vertritt eine weniger rigorose Wettbewerbspolitik und will nur schädliche Kartelle verbieten. Lange hat man gesagt, das sei die veraltete Form, doch herrscht in der neueren amerikanischen Literatur die Meinung vor, Kartelle müssten vom Staat nicht bekämpft werden. Ein Wettbewerb der Wettbewerbspolitiken ist besser als eine zentrale oder internationale Gesetzgebung. Das ist ein innerliberaler Disput, der seit Jahrzehnten geführt wird. Mir scheint heute eine offene Grenze für eine kleine Volkswirtschaft wie die Schweiz ohnehin die beste Hüterin eines funktionierenden Wettbewerbs zu sein.

Ist Ihr Liberales Institut ein ideologisches Feigenblatt für die Interessen der Schweizer Wirtschaft

Nein. Wir sind nicht aus der Wirtschaft entstanden. Vor allem am Sonntag geben sich grosse Unternehmen liberal, bereits am Montag kooperieren sie mit den Regierungen. Ein Beispiel ist die Pharmaindustrie, die in einem gemischten, staatlich regulierten und subventionierten Gesundheitssystem mehr Medikamente verkaufen kann als auf einem freien Gesundheitsmarkt. Ein anderes Beispiel ist der Strassenbau, wo vermutlich mehr gebaut wird, als die Benutzer finanzieren würden. Im Prinzip sind die grossen Gesellschaften schon liberal, fürs eigene Geschäft neigt man jedoch gerne zum Korporatismus. Liberal eingestellt sind eher die kleinen und die mittleren Unternehmen.

Widerspricht das nicht der gängigen Auffassung, wonach die multinationalen Unternehmen von möglichst grosser Offenheit profitieren, während KMU lieber in geschützten Märkten werkeln?

Es geschieht häufig, dass ich eine Meinung vertrete, die nicht der herrschenden Lehre entspricht. Liberale Ideen im Sinn einer tiefgehenden Macht-, Staats- und damit Steuerskepsis sind gemäss meiner Lebenserfahrung unter den eigenständigen mittelständischen Unternehmen am besten verankert.

Gibt es deshalb keinen prominenten “Club der Freunde des Liberalen Instituts” à la FDP?

Es gibt diesen Club. Wir verfügen über 800 Adressen, die Einladungen zu unseren Veranstaltungen erhalten möchten, vom Rentner bis zum Hochschulassistenten. Diese Leute interessiert unsere Arbeit, und sie bezahlen 80 bis 150 Fr. pro Jahr. Das Gros der Beiträge stammt nicht von grossen Unternehmen. Keine Gabe übersteigt 20000 Fr., und das Gesamtbudget beläuft sich auf 250000 Fr. Wir sind nicht der Think tank der Wirtschaft, doch sind wir sehr wirtschaftsfreundlich.

Sind Sie auch ein Neoliberaler?

Mir gefällt der Begriff Neoliberalismus prinzipiell nicht, weil er ideengeschichtlich falsch ist. Vor dem Zweiten Weltkrieg bezeichnete sich der linke Flügel der Liberalen als Neoliberale. Ich bin klassisch liberal oder – so sagte man damals – paläoliberal. Wenn heute neoliberal mit markt- und wirtschaftsfreundlich gleichgesetzt wird, habe ich nichts dagegen einzuwenden. Neo heisst neu und ist hoffnungsvoll. Ich ziehe radikalliberal vor. Radikalliberale sind nicht staatsfeindlich, sondern staats skeptisch. Wir misstrauen dem Staat, besonders dann, wenn er uns bevormundet, um uns zwangsweise Gutes zu tun.

Seit einiger Zeit fordern weite Kreise mehr Wirtschaftswachstum. Gehören Sie auch dazu?

Wachstum ist an sich für jede Institution und auch für die Wirtschaft ein gutes Zeichen. Allerdings ist Wachstum immer eine Folge und nicht per se ein Ziel. Heute wollen sogar die Linken mehr Wachstum. Nur so können sie die Umverteilung finanzieren. Weil die Leute trotz oder gerade wegen der Umverteilung nie zufrieden sind, wird sie zum Fass ohne Boden. Für mich ist Wachstum kein Selbstzweck.

Hatten die schlechten Wachstumszahlen der letzten Jahren ihr Gutes, weil der Umverteilungsstaat

in Frage gestellt wurde?

Ja, ich würde so weit gehen. Die Stagnation hat die Probleme des Umverteilungsstaats spürbar gemacht. Ich bin gegen jede Form der Stagnation, doch ich könnte mir vorstellen, dass eine Wirtschaft funktioniert, die sich zwar permanent wandelt, aber insgesamt nicht immer höhere Erträge schreibt.

Alarmiert es Sie denn nicht, wenn die Schweiz in Wohlstandsranglisten hinter Irland zurückfällt?

Ich bin skeptisch gegenüber Rankings, da ich selbst in einer solchen Institution mitmache. Alle Vertreter drängen jeweils darauf, dass ihr Land ein möglichst hohes Rating erzielt. Ich bin der Einzige, der vor einem zu guten Rating des eigenen Landes warnt und auf die versteckte Besteuerung hinweist. Tatsache ist, dass die Schweiz in vielen Bereichen zurückgefallen ist. Sie ist ein softsozialistischer Staat geworden. Die EU hat Ländern, die früher sehr stark reguliert waren, einen Liberalisierungsschub gebracht. Gewisse Staaten haben uns überholt. Die Schweiz hat ihre Stärken im ersten Jahrhundert sorgsam gepflegt, aber in den letzten Jahrzehnten schrittweise aufgegeben.

Muss die Schweiz deshalb der EU beitreten?

Das gäbe keinen Wachstumsschub, sondern generell zusätzliche fiskalische Abschöpfung und Regulierung. In gewissen Bereichen würde der Beitritt indes deregulierend wirken. Nein, das ist für mich kein Grund beizutreten. Das Richtige kann und soll man aus eigener Kraft tun.

Ist Wachstum nicht unerlässlich für die Finanzierung der Sozialwerke?

Ich lasse mich gerne angenehm überraschen, teile aber den Glauben an den Deus ex machina nicht. Auf die Dauer kann das Wachstum demographische Veränderungen nicht kompensieren. Politik ist zu kurzfristig ausgelegt. Nur ein paar Statistiker rechnen über dreissig Jahre.

Wurden seinerzeit die Sozialwerke nicht gerade deshalb geschaffen, weil man glaubte, nur der Staat – und nicht das einzelne Individuum – sei in der Lage, so langfristig zu denken?

Das war der Fall. Leider ist Staatsskepsis keine sehr alte liberale Tugend. Die Schweizer Liberalen waren immer sehr staatsgläubig, sie hatten diesen Staat ja gegründet. Den blinden Glauben an die Problemlösungsfähigkeit des Staates haben sie mindestens dreissig Jahre zu lange gepflegt. Sie hätten viel früher die Notbremse ziehen und sagen müssen, wir identifizieren uns nur noch teilweise mit diesem Staat. Es gab solche Stimmen wie Ständerat Brunner aus Zug, der abgewählt wurde. Er wollte die AHV als Auffangnetz statt als Giesskanne konzipieren. Der Mann verdient ein Denkmal.

Hat nicht der Staat dem Bürger versprochen, dass er ihm die Altersvorsorge abnimmt? Verstehen Sie den Frust, den Rentner verspüren, wenn es jetzt heisst, die Höhe der Rente sei nicht sakrosankt?

Ich habe dafür Verständnis. Verträge auf eine solche Dauer sind aber immer mit der Klausel "es sei denn, die Verhältnisse ändern sich so, dass die Erfüllung des Vertrags unmöglich wird" versehen. In der ersten Säule vertrauten die Leute zu sehr dem Staat, in der zweiten Säule setzten sie zu viel Vertrauen in die Börse.

Wurden die Bürger nicht bis vor kurzem durch Bundesräte und Amtsdirektoren in ihrem Irrglauben an die Sicherheit ihrer Renten bestärkt?

Das ist in der Tat skandalös. Ich frage mich jeweils, ob diese Personen selbst daran glauben. Dann sind sie unglücklich schlecht informiert. Behaupten sie das dagegen wider besseres Wissen, ist dies nahe an der Lüge.

Welche Rolle spielt die Bevölkerungsgrösse fürs Wachstum?

Wirtschaftswachstum ist für jede Gesellschaft angenehm, die selbst wächst. Interessant ist, wie früher das Bevölkerungswachstum als Gefahr für die Welt betrachtet wurde – eine Sichtweise, die ich nie teilte.

Heute hat die Schweiz Angst davor, dass die Bevölkerung schrumpft. Zu Recht?

Ein Bevölkerungsschwund wäre ein schlechtes Signal, aber kein Alarmzeichen. Die Einwohnerzahl ist eine ganz heikle Grösse. Daher ist jede politische Beeinflussung strikte abzulehnen.

Und wenn ein Bundesrat dazu aufruft, mehr Kinder zu kriegen?

Geschieht es in Form eines Appells an die Gesellschaft, ist es nicht das Dümme, was er machen kann. Dafür Staatsmittel einzusetzen, ist aber komplett falsch. Vielmehr wäre zu prüfen, ob es nicht eine ganze Reihe kinderfeindlicher Regulierungen gibt. Möglicherweise trägt der Wohlfahrtsstaat etwas in sich, was Kinder überflüssig macht.

In der Theorie sind liberale Ideen überzeugend. Wann können sie sich in der Politik durchsetzen?

Viele meiner Freunde in Deutschland vertreten das Crash-Szenario. Das System bricht irgendwann zusammen, die Erzliberalen triumphieren und nehmen ihre Rezepte aus der Schublade heraus. In der Schweiz ist ein geordneter Rückzug aus Fehlstrukturen noch möglich. Wenn ich dafür plädiere, das Gesundheitswesen und weite Teile des Bildungswesens in den Markt zu entlassen, weiss ich, dass das ein ganz langfristiges Projekt ist. Es beginnt nicht in der Volksschule, aber vielleicht mit einer privaten Universität. Sie muss beweisen, dass privat flexibler, leistungsfähiger,

günstiger et cetera bedeutet. Voraussetzung für die Reformfähigkeit ist, dass das System Wettbewerb zulässt. Die Mehrheit der Menschen kann nicht abstrakt erkennen, was für die Zukunft besser ist, sie ist hingegen in der Lage zu vergleichen. Ich glaube an die politische Rationalität des Vergleichs.

Ist die direkte Demokratie dabei eine Hilfe oder eine Bremse?

Förderlich, wenn sie mit Nonzentralismus kombiniert wird. Auf gesamtschweizerischer Ebene habe ich Vorbehalte, allerdings gelten die ebenso oder noch mehr für die indirekte Demokratie. Wenn Demokratie, dann direkt und am besten limitiert.

Was heisst limitiert?

Für die Lösung der Umverteilungsproblematik ist Demokratie nicht nur ungeeignet, sondern kontraproduktiv. Mehrheiten plündern Minderheiten aus. Das Geld wird über den Fiskus umverteilt, statt für Investitionen, Forschung und Entwicklung verwendet. Die direkte Demokratie bringt in der Schweiz auch gute Resultate hervor, wie etwa die Ablehnung der Kapitalgewinnsteuer.

Ist denn Umverteilung per se des Teufels?

Nein. Umverteilung heisst Geld, Mittel und Fähigkeiten von einer Person zu einer anderen zu übertragen. Sie ist ein elementarer Bestandteil der Wirtschaft. Geld fliesst auch so von Reich zu Arm. Heute ist Umverteilung immer staatlich und mit Zwang verbunden. Umverteilung ist eine traditionelle Staatsaufgabe, auf die wohl nicht ganz verzichtet werden kann. Die Vorstellung, der Staat sei dazu da, eine gerechtere Wirtschaftsordnung herzustellen, ist aber gefährlich. Gerechtigkeit bezieht sich auf gleichmässige Anwendung der Regeln und ist nicht darauf ausgelegt, dass jeder gleich viel haben muss. Wirtschaftliche Ungleichheit ist der Prüfstein, ob Menschen miteinander umgehen können. Reiche sind immer in der Minderheit. Wenn der Staat die Minderheit aus Neid kaputtmacht oder vertreibt, leistet er auch den Armen einen ganz schlechten Dienst.

Sie sind gegen Umverteilung, damit die Reichen einfach alles für sich behalten können?

Nein. Ich bin dagegen, weil Umverteilung ein Fass ohne Boden ist und die Demokratie beeinträchtigt. Zudem löst die Entreicherung der Reichen das Problem nicht. Umverteilung führt zu paradoxen Ergebnissen: Ganz Reiche können ausweichen. Das Geld fliesst von der oberen zur unteren Mittelklasse, die ganz Armen profitieren kaum. Ich wüsste gerne, wo genau der Umverteilungsfranken in Bildung und Verkehr landet. Zudem ist der staatliche Apparat, der alles organisiert und erzwingt, sehr teuer. Umverteilung sollte nur über eine explizite Sozialpolitik betrieben werden. Überall sonst, beispielsweise im Verkehr oder im Gesundheitswesen, hat sie nichts zu suchen.

Interview: Peter Kuster

2 Markt für bessere Bildung

28.03.2007

Wer in die Bildung investiert, investiert in Humankapital. Die Forderung, man müsse "in Bildung investieren", schockiert heute niemanden mehr, obwohl der Begriff Humankapital vielerorts als Kainsmal ökonomistischer Unkultur gilt. Die Frage aber, wer denn im Bildungsbereich welche Investition für wen zu tätigen habe und wer sie wie amortisieren und nutzen könne, wird zwar häufig gestellt, jedoch kaum je beantwortet.

Bildung ist die Kompetenz, die den Selbstwert des Menschen erhöht, aber auch als Tauschwert im Umgang mit andern Menschen relevant ist. Investitionen in die Bildung haben für das Individuum und für die Gemeinschaft eine positive Bedeutung. Darum ist es sinnvoll, wenn alle möglichst viel Zeit und Geld in die Bildung investieren. Es ist also kein Zufall, dass diese Forderung von Links bis Rechts ziemlich unbestritten ist. Die populäre Forderung "mehr Steuergeld für die Bildung" und die Erwartung, damit werde automatisch eine gute Investition vorgenommen, sind allerdings reichlich naiv.

Wenn die Bildung zum VEB wird

Mehr öffentliche Mittel, die in ein insgesamt unbefriedigend funktionierendes System fliessen, bringen keine Verbesserung. Sie führen zu einer zusätzlichen Abhängigkeit zentraler Lebensbereiche von einer staatlichen Bildungsbürokratie. Zudem verzögert mehr Geld notwendige Veränderungen. Diese sollten wesentlich radikaler sein als das, was heute Reform genannt wird und was die herkömmlichen, auf Industriegesellschaften zugeschnittenen Schulsysteme nach unten nivellierend harmonisiert. "Mehr vom Gleichen" hat sich bisher weder als Investitions- noch als Sanierungsmaxime bewährt.

Gerd Habermann charakterisiert in seinem "polemischen Soziallexikon" das deutsche Bildungswesen als "Filiale der Sozialpolitik und Umverteilung", das nach der Art volkseigener Betriebe (VEB) organisiert sei: falsche An-

reize, schlechte Koordination mit der realen Nachfrage, Bürokratisierung, Demotivation und Anspruchsmentalität der Betroffenen, grosszügige Geschenke an Kreise, welche die Ausbildung ihrer Kinder sehr wohl selbst finanzieren könnten. In der Schweiz hat man glücklicherweise noch nicht alle Fehler der Nachbarländer kopiert. Der hierzulande noch akzeptierte "zweite Bildungsweg", der von einem frühen Einstieg ins aktive Berufsleben durch Berufslehren ausgeht und dann den Anschluss an die Fachhochschulen gewährleistet, könnte zum Grundmodell einer eigenfinanzierten, lebenslänglichen Aus- und Weiterbildung werden, zu einer zukunftsträchtigen Kombination von Lernen, Leisten und Lehren.

Leider ist das Gegenteil der Fall: Die Bildung wird von der Berufspraxis abgekoppelt und verschult, indem sie in die staatsmonopolistische und steuerfinanzierte Bildungsbürokratie eingegliedert wird.

Was ist die Alternative zur Forderung einer kontinuierlichen Steigerung des Bildungsanteils am Staatskuchen? Das Bildungswesen ist dem umfassenden Lernprozess auszusetzen, dem sich andere Lebensbereiche auch stellen müssen: dem Markt. Angebot und Nachfrage sind die unerbittlichen Lehrmeister im kollektiven und im individuellen Lernprozess erfolgreicher und sinnvoller Lebensgestaltung. Alle Bildungsangebote sind dem Wettbewerb auszusetzen und schrittweise in Richtung Benutzerfinanzierung umzubauen, wobei nicht im Primarschulbereich begonnen werden sollte. Benutzerfinanzierte private Alternativen (mit staatlich kontrollierten Minimalanforderungen) im Wettbewerb mit Staatsschulen sind allerdings auch dort wünschenswert.

In einer Dienstleistungsgesellschaft hängen Wohlstand und qualitatives Wachstum davon ab, ob die Menschen in der Lage sind, zu wissen, was andere nachfragen und nachfragen werden. Dieses Wissen ist der Schlüssel zum befriedigenden und erfolgreichen Einsatz der eigenen Fähigkeiten, die es zu erkennen gilt, bevor man sie auf dem Arbeitsmarkt anbieten kann. Investitionen sind nicht per se gut, wenn sie einer "guten Sache" dienen. Sie müssen sich im Spannungsfeld der richtigen An- und Abreize bewähren.

Entscheidend ist, dass die potenziellen Nutzniesser, d.h. die Bildungsnachfrager, so direkt wie möglich involviert sind. Der Eigentümer des Humankapitals muss eng mit dem Investor, der Zeit oder Geld einsetzt, verbunden werden. Das führt zur Feststellung, dass die traditionelle familienbasierte Studienfinanzierung Bildungsinvestitionen effizient alloziert. Sie verfügt über vielfältige Motivations-, Lern- und Kontrollmechanismen, die jeder Bildungsbürokratie überlegen sind. Doch die Eigen- bzw. Familienfinanzierung der Bildung hat auch Nachteile, v.a. für die Begabten, deren Eltern diese Vorleistungen nicht selbst zu erbringen vermögen.

In diesen Fällen ist eine subsidiäre Direktunterstützung durch fremde, auch staatliche Mittel zweckmässig. Nur sollten sie direkt und kontrolliert in die persönlichen Eigentümer des Humankapitals investiert werden – und nicht an Institutionen fliessen, die damit v.a. Gebäude, Bürokratien und Funktionäre finanzieren.

Die Bildungsnachfrager, d.h. die Eigentümer des Humankapitals bzw. ihre Eltern und Angehörigen oder die direkt involvierten Arbeitgeber, sollten in die Bildung investieren und nicht der Staat. Leider sind die beiden Systeme miteinander verhängnisvoll verknüpft. Je mehr der Staat investiert, desto geringer wird der Anreiz für die private Finanzierung. Es öffnet sich ein Teufelskreis, in dem die Bildungskosten sozialisiert und die Nutzen privatisiert werden. Die gut gemeinten, stetig aufgestockten Steuermittel im Bildungswesen führen dazu, dass die effizienteren privaten Bildungsinvestitionen zurückgehen.

Das Humankapital belehnen

Wünschenswert wäre die Entwicklung eines privaten Bildungskreditsystems. Auf kommerzieller Basis gibt es indes im grösseren Stil noch wenig funktionierende Modelle. Warum werden weltweit zwar Grundstücke belehnt, aber keine "graue Hirnsubstanz".

Deren Vorhandensein und potenzielle Nutzbarkeit müsste der "Humankapital-Hypothekargläubiger" allerdings überprüfen können, genau wie den zu erwartenden Ertrag einer Liegenschaft. Das ist nicht einfach, aber auch nicht unmöglich, wenn die Banken die richtigen Fachleute engagieren und sich entsprechend vernetzen. So würden auch im Bildungswesen sachdienliche An- und Abreize gesetzt.

Ein sinnvolles Bildungskreditsystem kann nicht entstehen, wenn der Staat mit der Giesskanne unter dem Titel "Förderung von Bildung und Forschung" ein insgesamt immer unübersichtlicher und ineffizienter werdendes Gesamtsystem alimentiert. Staatliche Mittel für das Bildungswesen sollten als direkte Subjekthilfe und im Wettbewerb mit andern Finanzierungsquellen subsidiär eingesetzt werden. Dann wären sie ein wirksames Instrument der Begabtenförderung. Ein System mit "Bildungskasernen" und Bürokratien tendiert zur Geldverschwendung, da es nicht im Dienst eines vom Eigentümer und Nutzer des Humankapitals kontrollierten Leistungsauftrags steht.

3 Freiheit – Widerstand und Gemeinschaft

30.08.2007

(Publiziert in: 6 Essays über unsere 3 Säulen Freiheit, Demokratie, Menschenwürde, Schriftenreihe Pro Libertate, Nr. 20, August 2007, S. 3-6)

Die Freiheit ist keine "Erfindung" der Neuzeit. Ihre menscheits- und individualgeschichtliche Geburtsstunde ist das Bewusstwerden der Möglichkeit "Nein" zu sagen, wenn jemand anderer etwas von uns verlangt, das wir selbst nicht wollen. Freiheit hat darum sehr viel mit kreativer Dissidenz zu tun und mit der Respektierung von Minderheiten, und die entscheidende Minderheit ist das Individuum, das wissen wir spätestens seit Ayn Rand.

Das Alte Testament verlegt dieses "Nein" gegenüber Vorschriften bereits an den Anfang der Menschheitsgeschichte, als Eva das Verbot brach, den Apfel vom Baum der Erkenntnis zu essen. Die Entdeckung der Freiheit, die impliziert, dass wir zwischen "gut" und "böse" unterscheiden können, wird in der Schöpfungsgeschichte bemerkenswerterweise mit einem Akt weiblicher Dissidenz in Verbindung gebracht: Eva, als Ursprung der Freiheit. Eva heisst, wörtlich übersetzt, das Leben. Ein eindrückliches Symbol für die tiefe Wurzel des Freiheitsstrebens ist auch der Exodus des Volkes Israel aus der ägyptischen Knechtschaft ins "gelobte Land" und später seine unauslöschbare Sehnsucht nach der Heimkehr aus dem im Exil in der "babylonischen Gefangenschaft". In der griechischen Mythologie setzt sich ein Mann, Prometheus, über das Verbot des Zeus hinweg, und bringt den Menschen das Feuer, das gleichzeitig nützlich und gefährlich ist. Auch hier ist Widerstand im Spiel. Ein weiteres Beispiel kreativer Dissidenz verkörpert aber auch im griechischen Kulturkreis eine Frau: Antigone; für sie waren Sittengebote wichtiger als das auf Staatsräson abgestützte Recht. Das Gefühl der Freiheit entsteht im Widerstand gegen Fremdbestimmung, gegen Pflichten, Vorschriften und Forderungen, die man weder innerlich noch äusserlich akzeptiert. Freiheit ist ein Exodus aus der Knechtschaft, eine Weigerung, abhängig zu sein verbunden mit der Bereitschaft, die Folgen zu tragen.

Widerstandsrecht und Gruppenautonomie

Freiheit hat aber nur dann Bestand, wenn sie auf dem gegenseitigen Respekt vor der Freiheit des andern beruht, auf der allgemeinen Anerkennung der Menschenwürde. Widerstand allein genügt nicht um gleichzeitig Freiheit und Menschenwürde zu schützen. Dies kommt im Gründungsmythos der Schweiz besonders deutlich zum Ausdruck. Im Schillerjahr darf einmal mehr dankbar daran erinnert werden, dass der deutsche Dichter mit seinem "Wilhelm Tell" der Schweiz einen ausserordentlich tragfähigen und zukunftstauglichen Staatsmythos geschenkt hat, den viele völlig zu Unrecht zum alten Eisen werfen möchten, weil sie seine aktuelle Botschaft nicht verstehen. Das Schauspiel zeigt den engen Zusammenhang zwischen Widerstand und Gemeinschaft. Tell erschiess den Tyrannen Gessler und wird zum Inbegriff des gerechtfertigten Tyrannenmörders. Man hat oft die Geburtsstunde der Freiheit mit dem Tyrannenmord und dem Widerstandsrecht gleichgesetzt, und auch mit den Hinweisen auf Eva, Moses, Prometheus und Antigone wird hier die Bedeutung der Dissidenz und des Nein-Sagens stark betont. Dies ist aber nur die Hälfte der politischen Befreiung. Wer sich vom Tyrannen befreit, steht nachher vor dem Problem, gemeinsame Probleme gemeinsam beweglich zu lösen – möglichst auf lokaler Ebene. Rechte - auch Menschenrechte - müssen nicht nur durch die Bedrohung durch Tyrannen geschützt werden, sondern als Aufgabe der Gemeinschaft auch gegen die Bedrohung durch Mehrheitsentscheide, da sich ja stets auch eine "Tyrannei der Mehrheit" etablieren kann. Es muss ein Minimum an politischen Zwangsstrukturen geschaffen werden, welche die Ordnung gewährleisten, die gemeinsame Verteidigung dieser Ordnung sicherstellen, gleichzeitig aber auch die Freiheitsrechte und die Autonomie von Minderheiten und des Individuums – als der letztlich wichtigsten Minderheit – schützen. Es muss auch eine Grenze für die Regierungsstrukturen dieser inneren Ordnung fixiert werden. All das haben – und dies ist nicht nur mythisch, sondern auch historisch - die auf der Waldwiese "Rütli" versammelten Eidgenossen beschlossen, beschworen und verbrieft. Daraus folgt eine mögliche Definition von Freiheit, die nur drei Worte beansprucht, die aber ohne Kenntnis der Gründungssage und Gründungsgeschichte der Schweiz nicht verständlich ist. Freiheit gleich "Tell plus Rütli", d.h. Widerstand gegen fremdbestimmende Autoritäten und Mächte in Verbindung mit der Bereitschaft zur Einordnung in eine freie Gemeinschaft.

Tell symbolisiert das Konzept der negativen Freiheit, die Eidgenossen auf dem Rütli symbolisieren die Notwendigkeit sich ein gemeinsames positives Programm zu geben, je knapper desto besser, der Bundesbrief von 1291 hatte auf einem einzigen Pergamentblatt Platz. Leider sind der Vertrag von Maastricht und der Verfassungsvertrag der EU viel umfangreicher. Es ist unbestreitbar, dass die Formulierung eines positiven Konzepts, das die Menschen zur Freiheit führt, und zur Freiheit befähigt, eine wichtige Sache ist. Nur ist es sehr schwierig, darüber einen dauerhaften Konsens zu finden. Wer weiss denn wirklich und mit dem Anspruch auf Universalität, was den mündigen Menschen ausmacht? Auch darüber sollte es einen Wettbewerb geben, analog dem Wettbewerb zwischen Firmen. Wir brauchen einen Wettbewerb zwischen verschiedenen Ordnungsvorstellungen bis hinunter zu den kleinen und kleinsten Gruppierungen.

Warum dieser Blick in die mythische und historische Vergangenheit, sollten wir nicht lieber in die Zukunft schauen? Weil es einfach leichter ist, sich darüber zu einigen, was man gemeinsam nicht will, als über die positiven Inhalte der individuellen, der ökonomischen, kulturellen und politischen Zielsetzungen, die sich eben nach Ort und Zeit verändern. Gerade weil heute Vieles im Fluss ist, gewinnen politische Konzeptionen an Bedeutung, welche

offen sind für die Adaptation an Ort und Zeit und nur ein Minimum an gemeinsamen Zielen festlegen: die negative Freiheit, die Freiheit von Zwang, Willkür und Bevormundung. Eine Zivilgesellschaft, die auf einem Netzwerk individueller und einvernehmlich änderbarer Verträge basiert, ist immuner, kreativer und anpassungsfähiger als eine Gesellschaft, die einen geschlossenen Kanon geltender Zwangsnormen beschliesst, selbst wenn dieser dem neuesten Stand des sozialwissenschaftlichen Irrtums entspricht. Die Zukunft gehört dem Netzwerk der Privatautonomie und nicht der Hierarchie nationaler und internationaler oder gar globaler Normensysteme. Dieses Netzwerk ist voll von kleinen Irrtümern, aber es vermeidet den grossen kollektiven und möglicherweise tödlichen Irrtum, der doch "so gut gemeint war".

Vom Stellenwert non-zentraler Experimente

Die Meinung, Grundwerte wie Freiheit, Recht und Gemeinschaft seien in einer Welt, die sich wandelt, auch immer wieder neu gemeinsam und allgemeinverbindlich zu definieren, ist meines Erachtens verfehlt. Wir stehen weder "am Anfang" noch "am Ende", wenn wir aber die Herausforderungen einer Gesellschaft freier und mündiger Menschen vor Augen haben, so ist die Vorstellung, wir befänden uns einer Frühzeit einer auf Privatautonomie aufbauenden Zivilgesellschaft zukunftssträchtiger als die immer wieder beschworene Spätzeit-Stimmung, verbunden mit der pessimistischen Voraussage eines Untergangs der abendländischen Zivilisation. Der Fundus an menschheitsgeschichtlichen Erfahrungen bildet auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten die Basis des grundsatztreuen Politisierens. Man muss heute zwischen "wertkonservativ" und "strukturkonservativ" unterscheiden. Wertkonservative möchten nicht alles bewahren, aber das Wesentliche. Die bestehenden Strukturen und Institutionen sind den jeweiligen Erfordernissen der Zeit anzupassen und zwar nicht aufgrund objektiver Erkenntnisse, sondern aufgrund von vielfältigen friedlich konkurrierenden Experimenten, bei denen man die erfolgreichen kopiert und die nicht-erfolgreichen als abschreckende Beispiele meidet. Wir dürfen auf einem Grundstock von Erfahrungen aufbauen. Wir sollten nicht dauernd die politisch-moralische Frage nach der "sozialen Gerechtigkeit" ("is it just?") in den Vordergrund stellen, sondern die Frage "funktioniert's auf die Dauer?" ("does it work?"). Was nicht funktioniert, kann nämlich auch nicht nützlich, nicht gut, und damit auch nicht gerecht sein. Um herauszufinden, was funktioniert, brauchen wir aber den Mut zu Experimenten. Diese sollten nicht zu gross sein, weil sonst das Risiko steigt, aber auch nicht zu klein, weil sonst die Kosten des Scheiterns von allzu wenigen getragen werden müssen. Die Idee der Non-Zentralität, der vielfältigen Experimente, die sich nach Ort und Zeit unterscheiden wird immer wichtiger. Also soll jeder für sich ein wenig experimentieren, nach dem Motto "Jeder für sich und Gott für alle"? Nein! Das Interessante ist ja gerade der Erfahrungs- und Meinungsaustausch über Experimente. Wir sollten nicht dauernd versuchen, grenzüberschreitend und global über alles Inhaltliche, Programmatische einig zu werden. Die Freiheit ist weltweit in verschiedenster Hinsicht, zeitlich und örtlich und inhaltlich unterschiedlich gefährdet, aber es ist immer dieselbe Freiheit. Wichtig ist, dass wir untereinander ein Netzwerk des Erfahrungsaustausches betreiben, in welchem alle Beteiligten von den jeweiligen Verschiedenheiten und Übereinstimmungen Verschiedenes lernen können. Für jeden ist etwas anderes nützlich und wichtig, die gemeinsame und notwendige Voraussetzung, dies wahrzunehmen und umzusetzen ist aber Offenheit, Vielfalt und Freiwilligkeit.

Freiheit und Menschenwürde und freiwillig praktizierte Moral haben in einer Welt, deren ökonomische und soziale Strukturen einem starken Wandel unterworfen sind, einen bleibenden Stellenwert. Sie sind die Kompassnadel, welche die allgemeine Richtung angibt, ohne die Anmassung, gleich alle konkreten Einzelfragen allgemeinverbindlich beantworten zu können.

Dieser Text wurde in kürzerer Form auch in "Finanz und Wirtschaft" vom 29. Juli 2006 publiziert.

4 Welche Partei ist liberal?

30.07.2008

Politik ist sowohl ein Kampf mit Begriffen als auch ein Kampf um die für sinnvoll gehaltene inhaltliche Besetzung von Begriffen.

Interviewer: Peter Kuster, Finanz und Wirtschaft, 30.07.2008

Politik ist sowohl ein Kampf mit Begriffen als auch ein Kampf um die für sinnvoll gehaltene inhaltliche Besetzung von Begriffen. Ein Monopol für die richtige Definition gibt es nicht. Das gilt auch für das traditionsreiche und leider stets schillernde Adjektiv liberal. Es wird heute in dem Sinn amerikanisiert, als man es immer mehr für einen Stil und weniger für Inhalte verwendet. Dieser Stil orientiert sich nach jener Mitte, die nach allen Seiten offen und kompromissbereit ist und letztlich nur noch den Grundsatz der Grundsatzlosigkeit hochhält: das Arrangement im Parallelogramm der in der veröffentlichten Meinung tonangebenden Kräfte.

Keine Partei, kein Publizist und kein Professor und auch kein Think Tanker kann das "richtige Verständnis" einer sprachlichen Äusserung allgemeinverbindlich verordnen. Bedeutung und Bedeutungswandel sind spontane

Prozesse, an denen zwar die professionellen Sprachbenützer in der Politik und in den Medien mit ihren Deutungs- und Umdeutungsversuchen aktiv teilnehmen, aber meist mehr zur Verwirrung als zur Klärung beitragen.

Der “Ausnahmen”-Liberalismus

Während der beiden Weltkriege und des Kalten Krieges kamen die klassisch-liberalen Ziele, Freiheit durch Eigenverantwortung und gegenseitig zugemutete Mündigkeit, zunehmend unter Druck, und die teils notwendigen, teils aus Popularitätsgründen akzeptierten Staatsinterventionen haben bis heute Hochkonjunktur. Der Protektionismus gegenüber der eigenen Klientel, sei es im Agrarbereich, in der Exportindustrie, in Dienstleistungsbereichen oder auch nur in populistisch organisierte Interessengruppen mit den gesinnungsethisch aufgeladenen Motiven einer gerechteren, ökologischeren, solidarischeren oder patriotischeren Schweiz, lieferten die Argumente, um vom liberalen Pfad der Eigenverantwortung und der Zwangs- und Staatsskepsis abzuweichen. Schliesslich unterschieden sich in den letzten Jahrzehnten die Spielarten liberaler Politik nur noch durch das bunte Gemisch an schlecht und recht begründeten Ausnahmen vom Grundsatz des Vorranges der Freiheit. Die Grenze des eigentlichen Verrats an den eigenen Prinzipien wurde und wird dabei nicht selten überschritten. Wer in diesem Wirrwar zur parteiideologischen Disziplin aufruft, muss klar sagen können, was er darunter versteht.

Zurzeit ist in der Schweiz viel vom “liberalen Flügel” der SVP die Rede, der sich definitiv von der Mutterpartei gelöst hat. Auf die Frage nach der Abgrenzung wird auf Stilfragen verwiesen und auf die insgesamt liberalere Grundhaltung. Die Zahl der Politiker, die sich selbst gern “liberal” nennen ist am Zunehmen, während die stolze Partei, die ursprünglich diesen Namen trug, die Fraktionsstärke nicht mehr erreicht hat und bis Ende Jahr voll in die FDP inkorporiert werden soll, ob durch Fusion oder in Form einer Neugründung wird zur Zeit diskutiert.

Die Liberalen waren ursprünglich ideell durch ihr kompromissloses Bekenntnis zum Privateigentum und zur Privatautonomie verbunden. Sie befürworteten seit je einen gut funktionierenden Ordnungsstaat und lehnten den bevormundenden Daseinsvorsorge-, Wohlfahrts- und Umverteilungsstaat ab. Ihre Wirtschafts- und Steuerpolitik basierte auf möglichst offenem Freihandel, moderater Besteuerung und einer Beschränkung aller staatlichen Interventionen und Subventionen auf das notwendige Minimum. Für die Unabhängigkeit des Landes gegen aussen bekannten sie sich zum Neutralitäts- und Universalitätsprinzip basierend auf einer wirksamen Verteidigung des eigenen Territoriums durch eine modern gerüstete und gut ausgebildete Milizarmee.

Wer heute ohne parteipolitische Scheuklappen nach den konsequentesten Vertretern dieser Politikinhalt forscht, wird zunächst nur noch einige markante Einzelkämpfer an den jeweils wirklich liberalen Parteiflügeln entdecken. Eine Partei, die diese Ziele geschlossen und konsequent vertritt, sucht man vergeblich.

Alle etablierten Parteien, die sich liberal nennen, auch die Grünliberalen, haben ihren spezifischen Kompromiss mit den jeweils populäreren Widersachern geschlossen. Der sich nun verselbständigte sogenannt liberale Flügel der SVP hat allerdings vermutlich von allen bürgerlichen Parteien den geringsten Bezug zum klassischen Liberalismus. Er verknüpft die parteiübergreifend allgegenwärtige Skepsis gegenüber Fremdem mit Modernisierungsangst, wohlfahrtsstaatlichem Konservatismus und Agrarprotektionismus, den man möglicherweise in diesen Kreisen sogar innerhalb der EU für gesicherter hält als ausserhalb. Vertreten wird er von Exponenten, die zwar dank der Popularität des Blocherflügels gewählt wurden, als Gewählte aber beim politischen Gegner anbiederten, um sich heute als besonders mutige und eigenständige oder “liberale” Volksvertreter feiern zu lassen.

Der als besonders unliberal gescholtene Christoph Blocher hat sich im Lauf der Jahre vom bürgerlich-konservativen Mittelstandsprotektionisten zum Wirtschaftsliberalen entwickelt, dem man sogar glaubt, dass seine EU-Gegnerschaft nicht einer schweizerischen Igelmentalität entspringt, sondern einer liberalen Skepsis gegenüber einer protektionistischen, bürokratischen und zentralistisch gleichgeschalteten “Festung Europa”. Seine Stammwählerschaft mag dies anders sehen, aber der von Blocher inspirierte Zielkatalog der SVP Schweiz, Steuersenkung durch Ausgabendisziplin, Bekämpfung der Auswüchse des Wohlfahrtsstaats, der Bürokratie und des Richterstaates, Stop des leisetretischen und anpasserischen Souveränitätsabbaus in Richtung EU-Sozialdemokratie, entsprechen weitgehend dem Zielkatalog eines konsequenten Liberalismus.

Die Mehrheit der “hohlen Hand”

Auf der Negativseite muss die Toleranz gegenüber dem ausufernden Agrarprotektionismus gebucht werden. Diesbezüglich verdient aber keine bürgerliche Partei den liberalen Preis für den Mut zur Unpopularität. Immerhin gibt es dort noch ein liberales Gefälle zwischen SVP und FDP. Es dürfte der Hauptgrund dafür sein dafür, dass die SVP-Dissidenten den Weg in die FDP nicht beschreiten wollen. Im Agrarbereich und in andern protektionistischen regionalpolitischen Bunkern ist ihnen diese Partei möglicherweise doch zu liberal – das Abstimmungsverhalten der abtrünnigen Mandatsträger wird dies bestätigen..

In der Landesregierung haben die routinierten Vertreterinnen und Vertreter einer interventionistischen “Politik der hohlen Hand” – unabhängig von der Parteizugehörigkeit – ohnehin die Mehrheit. Wenn die Stärkung der “libe-

ralen Kräfte" lediglich in der Förderung der sprachlichen Vernebelung ursprünglich liberaler Zielsetzungen besteht, ist sie nur ein weiterer Schritt in Richtung Bevormundungsstaat. Glücklicherweise gibt es heute an den Universitäten und auf Blogs jüngere politisch Interessierte, die sich wieder für einen strikten Liberalismus interessieren, jenseits der in den Medien überbewerteten persönlichen Machtkämpfe im Lager der Altachtundsechziger und ihrer Gegner.

5 zBären gegen Imker

10.02.2010

Weshalb machen die Schweizer einen Unterschied zwischen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung und warum haben Länder, die diese Differenzierung nicht akzeptieren keine bessere Steuermoral?

Der Unterschied zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug ist nicht leicht zu erklären. Dabei wäre es so einfach, wenn man jene Faustregel heranzöge, die sich in der Alltagskommunikation in vielen Partnerschaften bewährt: Man muss sich gegenseitig nicht immer die ganze Wahrheit sagen, aber man darf sich nicht knallhart belügen. Genau dies gilt in der Schweiz auch bei jenem Zusammenwirken zwischen Steuerbehörden und selbst-deklarierenden Steuerzahlern. Die Schlüsselbegriffe beim Unterschied zwischen beiden Steuerstrategien sind das gegenseitige Vertrauen und die Steuermoral. Im Zentrum stehen das Vertrauen des Kunden in seine Bank und das Vertrauen zwischen Bürger und Staat. Ein Staat der die Privatsphäre seiner Bürger nicht respektiert, verdient selbst keinen Respekt.

Steuergerechtigkeit ist ein Phantom. Steuern sind nie in einem metaphysischen Sinn „gerecht“. Wer unter Gerechtigkeit die grundsätzliche Gleichbehandlung aller versteht, müsste konsequenterweise eine Kopfsteuer vertreten.

Das hoch gelobte Prinzip der progressiven Besteuerung nach Leistungsfähigkeit ist eine Chimäre von Juristen, die wenig von Wirtschaft und von Psychologie verstehen und die labile Balance zwischen Leistung, Leistungsbereitschaft, Leistungsfähigkeit und günstigen Konstellationen vernachlässigen. Die Besteuerung steuert ja selbst wieder die Leistungsbereitschaft, die ihrerseits eine Grundlage der Leistungsfähigkeit ist: ein komplizierter Regelkreis. Die massive fiskalische Mehrbelastung der Fleissigen, Erfolgreichen, Reichen und durch Erbe Begünstigten führt dazu, dass deren Anteil an der Gesamtbevölkerung durch Leistungsverzicht, Leistungsverweigerung und Abwanderung ständig sinkt, was zur Folge hat, dass die Steuerschraube noch mehr angezogen werden muss.

Dies ist die schlechtestmögliche Nutzung des Humankapitals einer Bevölkerung. Die Regierung beutet die Steuerzahler aus, statt sie zu bewirtschaften. Sie ist dem Bären vergleichbar, der die Bienenstöcke zerstört, um an den Honig zu kommen, während der Imker seine Bienen kultiviert und grundsätzlich so behandelt, dass ihre Produktivität steigt und nicht sinkt.

Die Antithese zur schweizerischen Besteuerungsstrategie ist das aggressive Vorgehen des deutschen Obrigkeitsstaates. Da stehen sich Staat und Steuerzahler grundsätzlich als Feinde gegenüber, die sich mit immer wieder neuen Taktiken (Kontrollen, Schikanen, Bespitzelung, Spionage, Tarnung und Flucht) gegenseitig bekämpfen. Der Steuerzahler ist dort nicht nur Steuerschuldner, sondern stets potentieller Steuersünder, der sich aufgrund der Normenfälle komplizierter und unklarer und gegen ihn auslegbarer Bestimmungen permanent als Angeklagter fühlen muss.

In diesen Systemen sind hohe Einkommen und Vermögen zunächst suspekt. Man begegnet ihnen mit Neid und Missgunst und versucht mit allen Mitteln, diesen Steuersubjekten irgendwelche Verstösse gegen den Fiskus nachzuweisen. Die Kontrollen werden immer intensiver und aggressiver, was letztlich zur Vertreibung führt. Diese löst dann jene Verfolgungsstrategien aus, die nicht einmal vor illegalen Methoden Halt machen. Wer aber nicht vertreibt, der müsste auch nicht verfolgen.

Möglicherweise ist das deutsche Steuersystem, gemessen an irgendwelchen egalitären Masstäben "gerechter" als das eidgenössische. Es ist aber bestimmt weniger effizient und zerstört per saldo nicht nur mehr Steuermoral, sondern auf die Dauer generell auch mehr Loyalität und Bürgertugend, ohne die kein Staat überlebensfähig bleibt.

6 Wieviel Macht hat die Wirtschaft?

28.02.2010

Liberale merken oft gar nicht wie stark sie allein schon durch die Terminologie ins Argumentationskorsett der Sozialisten eingezwängt werden. Wenn ich mich als Leiter des Liberalen Instituts gegen Zwänge aller Art zur Wehr setze, werde ich immer wieder darauf angesprochen, was ich denn von den Zwängen halte, die mit "wirtschaftlicher Macht" zu tun haben, z.B. mit dem "Zwang auf die Lohnabhängigen". Diese sozialistische Floskel provoziert mich zu folgenden Thesen und Überlegungen:

Erstens: Die Wirtschaft hat keine genuine bzw. intrinsische Macht. There ain't no such thing as economic power – so etwas wie “wirtschaftliche Macht” gibt es gar nicht. Diese These schockiert gelegentlich sogar eine liberale Leser- und Zuhörerschaft. Aber die Diskussion darüber ist erwünscht und hiermit eröffnet. Sie zeigt, dass “Macht“, “Herrschaft“ und Zwang“ unterschiedlich definiert werden können. Wer aber im Zusammenhang mit einer auf dem Tauschprinzip aufbauenden Wirtschaft von “Zwang“ und “Macht“ spricht, muss seine Argumente mit praktischen Beispielen belegen können. Wie wird man denn zum Opfer wirtschaftlicher Zwangsausübung? Kann z.B. die grosse Firma Nestlé jemanden zwingen, ihre Produkte zu konsumieren, ihre Aktien zu kaufen oder gar bei ihr zu arbeiten? Als von der Werbung Gelockte und Verführte vielleicht...Ja, Verführung ist eine Macht. Lessing hat sie “die höchste Macht” genannt und damit schon vorüber 200 Jahren den Stellenwert der Frauenpower erkannt. Aber ist verführerische Werbung mit “wirtschaftlichem Zwang“ gleichzusetzen?

Zweitens: Jeder vernünftige mündige Mensch kann sich gegen Verführung wappnen und gegen Manipulationen aller Art wehren.

Wir sind nicht alle hilflose Opfer der kommerziellen Werbung, hilflose Verführte am Gängelband verborgener Verführer. Verführung soll als Bedrohung der Freiheit durchaus nicht verniedlicht werden. Auch der mündige Mensch ist beeinflussbar. Darum ist es so wichtig, dass diese Einflüsse vielfältig sind und miteinander konkurrieren. Ein offener Meinungsmarkt, auch im Bereich der Werbung, ist das beste Mittel gegen Manipulation. Darum dürfen auch die Massenmedien nicht monopolistisch beherrscht und auch nicht als staatsmonopolistischer “öffentlicher Dienst“ betrieben werden, in dem die jeweils vorherrschende “öffentliche Meinung“ den Ton angibt. Darum ist es auch so wichtig, dass es in der Medienlandschaft kreativ dissidente Aussenseiter gibt, die jene kollektiven Verführungen kritisieren, die im grossen Strom der öffentlichen und veröffentlichten Meinung sonst verborgen blieben.

Drittens: Es gibt gute Gründe, den Zwang als “äussere Fremdbestimmung durch Personen und Institutionen“ zu definieren und nicht als Konsequenz der Tatsache, dass der Mensch ein teilweise triebgesteuertes und genetisch programmiertes Mängelwesen ist. “Ich habe eine Allergie gegen Zwang” so lautete der Titel, den eine Zeitung über eines meiner Interviews setzte. Ist es gerechtfertigt, bei der kommerziellen Werbung denselben Begriff “Zwang” (Englisch: coercion) zu brauchen, dem wir im politischen Bereich in viel handfesterer Form im Zusammenhang mit Zwangsvollstreckung, Zwangsabgaben und Strafrecht begegnen? Wer bei der Definition von “Zwang“ psychologische und biologische Aspekte ins Zentrum stellt, kommt letztlich zum Schluss, dass wir alle unser Leben nur noch als Spielball unserer Hormonausschüttungen und als genetisch und sozio-biologisch gezwungene Zwangsvollstrecker absolvieren. Der Liberalismus geht davon aus, dass es trotz dieser unbestreitbaren Randbedingungen einen Handlungsspielraum gibt für frei gewählte selbstverantwortete Entscheidungen.

Viertens: Eine Firma hat aber als Arbeitgeberin keine Macht über ihre Arbeitnehmer.

Gibt es also im Erwerbsleben keine “ökonomische Macht“? Arbeiten wir alle freiwillig? Natürlich kann kaum jemand jene Arbeit wählen, die seinen Wunschvorstellungen jederzeit voll entspricht. Arbeit beruht auf einem vertraglich vereinbarten Geben und Nehmen bei dem beide Partner möglichst viele Vorteile anstreben und Arbeitsverträge sind in einer liberalen Zivilgesellschaft grundsätzlich kündbar. Was die einen “Entlassung” nennen (oder “auf die Strasse stellen“) und aus sozialistischer Sicht als Verstoß gegen das “Menschenrecht auf Arbeit” brandmarken, ist aus liberaler Sicht die durchaus normale Wahrnehmung des Rechts auf Kündigung. Die Möglichkeit von “Stellenwechsel” und “Neubesetzung“ ist die Voraussetzung für die freie Wahl des Arbeitsplatzes und die freie Auswahl des Arbeitnehmers, die in einer dynamischen, global vernetzten Dienstleistungsgesellschaft immer überlebenswichtiger wird. In einer Privatrechtsgesellschaft gelten auch Arbeitsverträge als Vereinbarungen unter den Direktbetroffenen und Direktbeteiligten, die aufgrund der vereinbarten Regeln auch beendet werden können.

Kündigungen sind für die Arbeitnehmer oft massive und schmerzliche Engriffe. Aber auch die Arbeitgeberseite muss mit den negativen Folgen einer Kündigung durch den Arbeitnehmer fertig werden, die vor allem in Kleinbetrieben und bei hoch spezialisierten Jobs existenzbedrohend sein können. Ein hoher arbeitsrechtlicher Kündigungsschutz begünstigt die Arbeitshabenden und diskriminiert die Arbeitssuchenden und schafft darum vor allem auch Jugendarbeitslosigkeit. Das ergibt sich im internationalen Vergleich zwischen unterschiedlich regulierten Arbeitsmärkten klar und eindeutig. Die Schweiz hat aufgrund ihres weniger regulierten Arbeitsmarktes, in dem Kündigungen grundsätzlich zulässig sind, markant weniger Arbeitslose als Deutschland, das immer noch den Mythos des sozial motivierten Kündigungsschutzes hochhält und damit der asozialen Verkrustung des Arbeitsmarktes und der Arbeitslosigkeit und der Diskriminierung der Jungen Vorschub leistet. Das Leid, das jene Arbeitslosigkeit bewirkt, die durch überregulierte Arbeitsmärkte verursacht wird, ist ungleich grösser als die Unannehmlichkeiten eines durch eine Kündigung verursachten Stellenwechsels, selbst wenn dieser mit einer Lohneinbusse verbunden ist. Es gibt weder ein Recht auf lebenslängliche Lohnerhöhungen noch auf die lebenslängliche Beschäftigung bei derselben Firma. Das sozialistische Gegenkonzept zu offenen Arbeitsmärkten ist die Zwangszueilung der Arbeit durch zentral verwaltende Kommissare bzw. eine Staatsanstalt. Die Folgen sind bekannt, zuerst Vollbeschäftigung und dann Vollbankrott.

Fünftens: “Die Wirtschaft, das sind wir alle“. Sie besteht aus Arbeitgebern, Arbeitnehmern, Kunden, Konsumenten, Mietern usw. und wird erst zu etwas politisch Organisiertem, wenn der Staat dies veranlasst oder in einem korporatistischen System erzwingt.

Aus liberaler Sicht ist die Wirtschaft ein sich spontan verändernder Gesamtaspekt des Lebens, der sich auf den Austausch von Gütern, Dienstleistungen und Vermögenswerten aller Art bezieht, auch der Austausch von Wissen, Ideen, kulturelle Leistungen und Sympathien und Antipathien gehört dazu. Jeder dieser Bereiche muss sich den Einfluss in der Politik, den Schlüssel zur Teilhabe am Zwangsmonopol, borgen oder erkaufen. Dass dies immer wieder mit Erfolg geschieht, kann man den Akteuren der Wirtschaft nicht vorwerfen. Es ist Aufgabe des politischen Systems, sich so gut wie möglich gegen solche Einnistungen zu wappnen und zur Wehr zu setzen. Diesen Prozess korporatistischer Vernetzung von Politik und Wirtschaft gilt es national und international scharf zu beobachten und laufend zu kritisieren. Je grösser und intransparenter die Organisation ist (z.B. die EU), desto grössere Chancen haben die Lobbyisten, die sich ihren Einfluss auf Gesetzgebung und Regulierung sichern, selbstverständlich, so wird behauptet, nicht im Interesse ihrer Firma oder ihrer Branche, sondern im "öffentlichen Interesse". Auch auf lokaler und regionaler Ebene lassen sich Politik und Wirtschaft nicht vollständig abschotten. Doch auf dieser Ebene schauen sich die gemischt politisch und wirtschaftlich vernetzten Akteure, die meistens auch in der einen oder andern Rolle Konkurrenten sind, gegenseitig wirksamer auf die Finger.

Quintessenz: Die möglichst vollständige Trennung von Wirtschaft und Staat, die umfassende Privatisierung und Deregulierung sind liberale Postulate erster Ordnung und nicht die Marotte von ideologisch blinden marktgläubigen Neoliberalen. Durch diese Trennung wird gleichzeitig auch das Postulat der Entgiftung "wirtschaftlicher Macht" weitgehend erfüllt, mindestens solange es unabhängige und scharf beobachtende Medien gibt.

7 Die FDP hat eine Zukunft

27.03.2010

Die FDP gleicht einem altgewordenen Löwen, dem jeder Esel einen Tritt versetzen kann. Sie kann nur gesunden, wenn sie prinzipientreu die Anliegen der Freiheitsfreunde vertritt.

Eine Partei, die sich während Jahrzehnten als Wirtschaftspartei profiliert hat, zweifelt an sich selbst und will sich nicht mehr mit einer Wirtschaft identifizieren, die für viele zum Stündenbock geworden ist. Die FDP befindet sich zurzeit in einer Krise des liberalen Selbstverständnisses. Viele meinen etwas voreilig, sie sei wie der altgewordene Löwe in La Fontaines Fabel. Sein baldiges Ende ist abzuschätzen, und zuletzt darf ihm jeder Esel noch einen Tritt versetzen.

Dieser Artikel hat ein anderes Motiv. Die FDP muss sich angesichts des medial inszenierten Konflikts zwischen Werkplatz und Finanzplatz gegen alle Eselstritte wehren. Sie darf sich weder aufspalten noch ins Bockshorn jagen lassen.

Eine während über 100 Jahren gleichzeitig staats-, wirtschafts- und gesellschaftstragende Partei darf gegenüber einer propagandistisch geschürten Wirtschaftsverdrossenheit nicht einfach kapitulieren und zu den exklusiv Staatsgläubigen überlaufen. Sonst verschwindet sie zu Recht von der politischen Bühne.

Ein einfaches Rezept, wie man als liberale Partei gleichzeitig Popularität, Glaubwürdigkeit sowie engagierten und begeisternden Nachwuchs gewinnt und keine Stammwähler verreibt, gibt es nicht. Appelle wie "Linie halten!", "Flage zeigen!" oder "Fort mit Abweichlern!" helfen nicht weiter, wenn es keine Linie mehr gibt.

Wirtschaft und Staat trennen

Die FDP gilt gleichzeitig als Verfechterin des Liberalismus und als Wirtschaftspartei. Aber die Vertreter der organisierten Wirtschaft waren nie lupenrein liberal, sondern nur à la carte, d. h. auf die Bedürfnisse der eigenen Branche oder des eigenen Unternehmens abgestimmt. Der konsequente Wirtschaftsliberalismus ist nicht das zentrale Anliegen einer ziemlich gemischten Wirtschaft, die auch von Staatsaufträgen und vielfältigen Regulierungen profitiert. Die Liberalen fordern seit je eine klare Trennung von Wirtschaft und Staat. Wenn die FDP diesbezüglich konsequent wäre, könnte ihr kein Fehlverhalten einzelner Wirtschaftsexponenten angelastet werden, und sie bräuchte sich auch von keiner Wirtschaftsbranche und von keinen Fehlern in den Chefetagen zu distanzieren.

Dass die Wirtschaft nie für alle gleich befriedigend funktioniert, und dass es in einer Phase der Globalisierung zu Konflikten kommt und zu schwer einfühlbaren und schwer nachvollziehbaren Einkommensunterschieden, hat kein vernünftiger Freisinniger je bestritten. Die Wirtschaft ist im übrigen keine isolierbare Interessengruppe der Gesellschaft, sondern ein Lebensbereich, an dem alle als Arbeitende, Konsumierende, Sparende und Steuerzahlende mit ihren guten und schlechten Eigenschaften in eigener Verantwortung teilnehmen und teilhaben.

Die FDP hat seit ihrer Gründung sehr unterschiedliche bürgerliche, liberale, demokratische Strömungen vereinigt. Ihr Zusammenhalt gründete in der gemeinsamen Gegnerschaft gegen den Sozialismus und den katholischen Konservatismus und in der Befürwortung einer komplexen Mischung von marktwirtschaftlicher und staatlich regulierter Wirtschaft. Dass man in einem gemischtwirtschaftlichen und interventionistischen Umfeld nicht immer

gleichzeitig Wirtschaftspartei und liberal sein kann, ist eine der bitteren Erfahrungen des heutigen Freisinns.

In einem Mehrparteienstaat mit Konkordanzprinzip sind alle Parteien zu einer gewissen Portion an Opportunismus verdammt. Auch die zurzeit wählerstärkste Partei, die SVP, verhält sich als Koalition von liberalen Staatsseptikern, Wertkonservativen und Einwanderungsgegnern gegenüber ihrem eigenen durchaus heterogenen Wählersegment opportunistisch. Ihre starke Klammer ist die einmütige und konsequente Ablehnung eines EU-Beitritts, die von einer (auch unter Jungen) wachsenden Mehrheit geteilt wird.

Soll die FDP in dieser Frage von ihrem Zickzackkurs abweichen und über eine zentrale parteiinterne Abstimmung ein eindeutiges Ja oder Nein erzwingen? Wahrscheinlich würden beide Optionen heute zu weiteren massiven Wähler- und Vertrauensverlusten führen. Die von Funktionären und Kommunikationsberatern beschworene innerparteiliche Einmütigkeit hat einen zu hohen Preis, weil sie zusätzliche interne Minderheiten schafft, die dann definitiv abspringen. Die FDP muss aus der Not des internen Meinungspluralismus eine Tugend machen – indem sie offen dazu steht.

Mittels grober Vereinfachungen wird heute in den Medien eine Art Zweiparteiensystem beschworen, in dem es nur noch die SVP und die heterogene Koalition der SVP-Gegnerschaft gibt. Man suggeriert dabei der FDP ein Entweder-Oder: entweder im Lager der links-grün-christlich-sozialen Anti-SVP oder “im Rucksack” der SVP. Beide Optionen bedeuten den Untergang der Partei.

Die FDP hat als liberale Partei eine Überlebenschance, wenn sie auch im medialen und intellektuellen Milieu den Mut zur Unpopularität zeigt und auf die Anliegen jener Bevölkerungsgruppen reagiert, die zunehmend Mühe haben mit dem Ausbau des unverteilenden Bevormundungsstaats. Das Leben wird heute von der Wiege bis zur Bahre immer mehr zu einem “Dienst nach Vorschrift”. Mit den Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen der wirtschaftlich Aktiven soll die wachsende Gruppe von Nichterwerbstätigen zwischen 0 und 20 und 65 und 90 Jahren finanziert werden. Es ist zu erwarten oder doch zu hoffen, dass sich früher oder später auch jene politisch zu Wort melden, die ein Leben nach eigenen Vorstellungen, in eigener Verantwortung und auf eigene Rechnung vorziehen.

Mut zur Unpopularität

Diese Gruppe wird weder mit linken noch mit grünen Staatsgläubigen kooperieren wollen. Sie wird sich aber auch von Fremdenfeindlichkeit und Zukunftsängsten und neuen Staatsinterventionen zugunsten der eigenen Anhängerschaft klar abgrenzen. Wer diese Individuen als Partei ansprechen will, fordert in der heutigen Zeit im intellektuellen Milieu und bei den organisierten Interessen den Mut zur Unpopularität heraus. Die dadurch provozierte Medienschelte wird aber durch die Gefolgschaft der prinzipientreuen Freiheitsfreunde honoriert werden.

Gibt es diese Gruppe überhaupt noch, und wie gross ist ihr Wählerpotential? Selbst wenn sie gegenwärtig weniger zahlreich werden sollte, wäre es ein Fehler, ausgerechnet diese Anhängerschaft aufs Spiel zu setzen, um links der Mitte und bei den Staatsrentnern aller Lebensalter Applaus zu bekommen. Die FDP hat eine Zukunft, wenn sie die liberalen, freiheitlichen Prinzipien nicht durch eine opportunistischen Anbiederung an Etatisten aller Parteien verrät, die zugunsten ihrer Klientel mehr Staat, mehr Vorschriften, mehr Kontrollen, mehr Umverteilung fordern und damit mehr Bevormundung für alle bewirken.

“In einem Zweiparteiensystem mit der SVP und einer breiten Anti-SVP-Koalition geht die FDP unter.”

Robert Nef

8 Grenzen der Souveränität

08.09.2010

Die EU beruht auf einem veralteten Konzept. Sie verfolgt Ziele, die nicht nur die nationale Eigenständigkeit der Mitglieder gefährden, sondern auch grundlegende liberale Werte.

Gemäss der absolutistischen Staatslehre war der Herrscher souverän, weil sich seine Herrschaft über Leben und Tod und Güter aller Untertanen erstreckte. Einzige Schranken waren die Gesetze Gottes und der Natur. In der Französischen Revolution wurde diese Vollmacht des Herrschers auf “das Volk” übertragen, wobei die Frage, wie das Volk einen Willen bilden, äussern, allgemeinverbindlich festlegen und gegen äussere und innere Widerstände durchsetzen könne, noch nie für alle befriedigend beantwortet werden konnte.

Verträge beruhen auf übereinstimmenden Willenserklärungen. Im Falle von völkerrechtlichen Verträgen stellt sich das Problem der korrekten Willensbildung auf beiden Seiten. Das Problem wird dann verschärft, wenn die

Willensäußerung eines Vertragspartners durch Veränderungen in der Organisationsstruktur und in der Zusammensetzung labil bleibt. Ist die Europäische Union (EU) souverän? Ist sie ein verlässlicher Vertragspartner? Die EU ist als Völkerrechtssubjekt ein Mixtum von Realität und Programm. Sie ist kein Staat und hat keinen klar definierbaren Status. Sie ist vielmehr ein Prozess mit ungewissem Ausgang und mit einer nur vage strukturierten und demokratisch schlecht legitimierten Willensbildung.

Der Staat soll dienen

Jede vertragliche Bindung bewirkt einen bewusst eingegangenen Verzicht auf zwar erlaubtes, aber vertragswidriges Verhalten. Ist dies nun ein Souveränitätsverzicht? Der Begriff "souverän" kommt vom mittellateinischen "superanus", was "darüber stehend" bedeutet. Er wirkt im Zusammenhang mit liberal-rechtsstaatlichen, direktdemokratischen, lokalautonom organisierten und den Bürger als privatautonomes Individuum ins Zentrum stellenden Ordnungsvorstellungen anachronistisch. Wer steht denn in diesem hoch vernetzten interdependenten Organismus tatsächlich "darüber"?

Ein liberaler Staat, der durch beschränkte Regierungsmacht und beschränkte Steuerhoheit charakterisiert ist, kann gegenüber seiner Bevölkerung gar nicht souverän sein – und "das Volk" (als problematische kollektivistische Abstraktion) ist auch gegenüber dem freien Individuum nicht souverän. "Darüber stehend" ist der Staat nur dann, wenn ein Primat der Politik anerkannt wird. Aus liberaler Sicht steht aber das autonome Individuum, also das Subjekt der Privatautonomie, über dem Staat. Dieser hat dem Individuum gegenüber eine dienende Funktion, nicht eine souverän herrschende. Man sollte daher das staatsrechtliche Prinzip, das an Eigentum, Eigenständigkeit und Eigenart anknüpft, besser Autonomie als Souveränität nennen, obwohl auch Autonomie (ohne die Präzisierung als Privatautonomie) einen unangenehmen politischen Beigeschmack hat. Die Privatautonomie deutet Verträge – richtigerweise – als ad hoc massgeschneiderte Gesetze, die ausschliesslich die Vertragsschliessenden binden. Den gelegentlich dogmatisch argumentierenden Verfechtern der Volkssouveränität ist wohl zu wenig bewusst, dass man daraus auch eine Verabsolutierung staatlicher Macht ableiten kann. Das ist aus strikt liberaler (aber auch aus christlicher) Sicht höchst problematisch. Nur ein allmächtiger und daher unberechenbarer Gott ist wirklich souverän, und wer den Staat für souverän hält, setzt ihn an die Stelle von Gott. Die Frage "Ja oder Nein zum EU-Beitritt?" ist für die Schweiz zentral. Man muss sich damit als weltoffener Eid- und Zeitgenosse, unabhängig von parteipolitischen Überlegungen und einer aktuellen Krise der EU, ohne Polemik, aber mit Weitblick und Prinzipientreue aktiv auseinandersetzen. Es darf nicht sein, dass durch den Bilateralismus in Bern ein nicht reflektierter faktischer Beitritt auf Raten vorangetrieben wird. Die Schweiz darf nicht plötzlich ohne Volksentscheid vor einem europapolitischen *Fait accompli* stehen. Ein Beitritt zu einem tendenziell merkantilistischen und interventionistischen Binnenmarkt verletzt das Universalitätsprinzip, gemäss dem grundsätzlich niemand bevorzugt und niemand benachteiligt werden darf. Es ist angesichts der Globalisierung als aussenpolitische Maxime eines weltoffenen Kleinstaates besonders zukunftsträchtig. Nicht die global offene Schweiz ist ein Auslaufmodell, sondern die binnenmarktorientierte EU. Die EU beruht auf einem veralteten, territorialen, etatistischen und korporatistischen Konzept, dessen Ursprünge in die Nachkriegszeit und in die Zeit des Kalten Krieges zurückreichen. Sie verfolgt explizit und implizit sechs Hauptziele: Friedens- und Verteidigungsunion, aussenpolitische Union, Wirtschafts-, Währungs-, Fiskal- und Sozialunion. Von den sechs Zielen sind aus liberaler Sicht lediglich das erste und das dritte – und von diesem auch nur die Deregulierung, nicht aber die Harmonisierung und das organisierte Zusammenwirken von Lobbyisten und EU-Bürokratie – interessant. Die andern vier gefährden nicht nur die nationale Eigenständigkeit der Mitglieder, sondern grundlegende liberale Werte. Aufgrund der allzu ambitionösen Ziele hat die EU unabsehbare zentralistische Entwicklungstendenzen. Und weil wichtige Mitgliedsländer derzeit in Finanznöten stecken, übt sie deswegen zunehmend Druck auf die Schweiz aus. Der Beitritt eines Staates zu einem in wichtigen Fragen noch offenen Verbundprojekt erfordert eine sorgfältige Evaluation der angestrebten Ziele. Beim Mitgliederbeitrag sind die Modalitäten der Erhöhung und die diesbezüglichen Mitbestimmungsmöglichkeiten abzuklären. Wichtig ist neben der Höhe des Mitgliederbeitrags auch die schlimmstenfalls eintretende Solidarhaftung für allfällige Clubschulden oder gar für Schulden eines einzelnen Clubmitglieds. In der Griechenlandkrise kam es dabei zu einem skandalösen Bruch des EU-Verfassungsvertrags. Man deklarierte einfach zentral, es gebe keine Alternative zum "Milliardenschutzschirm".

Nur Kosten, kaum Einfluss

Diese Erklärung des Ausnahmezustands ist natürlich auch eine Art von "Willensbildung", aber sie widerspricht sowohl rechtsstaatlichen als auch demokratischen Prinzipien. Der für die Betroffenen gefährlichste Entscheidungsmechanismus ist der unwiderrufliche Entscheid der übergeordneten Exekutiven, die sich souverän über vereinbarte Regeln hinwegsetzen. Daran könnte wohl auch ein Beitritt der Schweiz nichts ändern. Man wäre als Mitglied zwar von Entscheiden (und ihren Kosten) betroffen, aber trotzdem in überlebenswichtigen Fragen faktisch nicht an ihnen beteiligt.

Das Argument, die Schweiz würde als Nichtmitglied immer mehr diskriminiert, überzeugt nicht. Einer Gemeinschaft, die andere diskriminiert, sollte man als Freihändler – unabhängig von den momentanen Vorteilen, die sie

den Mitgliedern offeriert – ohnehin nicht beitreten.

9 Stopp der Umverteilung

12.10.2011

Was alle wissen, aber kaum jemand wahrnimmt: Der Sozialstaat in seiner heutigen Form ist auf Dauer nicht finanzierbar. Leider stehen im Wahlkampf andere Themen im Vordergrund.

Es gibt immer wieder Stimmen, die darauf aufmerksam machen, dass der Sozialstaat in seiner heutigen Form ein Fass ohne Boden ist. Stetes Ausgabenwachstum und eine Auszehrung der Finanzierungsbasis führen zu einer Verschuldungsspirale, deren Folgen systemische Grossrisiken und Finanz- und Wirtschaftskrisen sind – siehe die aktuellen Ereignisse in Europa.

Eine brauchbare Strategie, wie man in Demokratien vom sozialdemokratisch geprägten Ist- zu einem alternativen, liberalen Soll-Zustand gelangt, ist bisher noch nicht detailliert genug entwickelt und klar beschrieben worden. Eine Publikation des Liberalen Instituts (“Sackgasse Sozialstaat: Alternativen zu einem Irrweg”) von diesem Sommer nimmt sich dieses Mankos an, und beeindruckend ist die vor fast zwanzig Jahren in Neuseeland durch den Ex-Labour-Politiker Roger Douglas angepackte Reform, die er im Buch “Unfinished Business” (Random House New Zealand, 1993) beschrieben hat. Doch sonst gibt es ausser Schlagworten und Kassandrarufern wenig Handfestes. Alternativen sind noch wenig erprobt, und beliebt ist das Thema ohnehin nicht. Umverteilung bleibt populär, warum?

Träge Mehrheiten

Die Kritiker des Sozialstaates haben noch nicht alle Hausaufgaben gemacht. Sie wissen zwar, dass der real existierende Sozialstaat untauglich und eine liberale Zivilgesellschaft besser wäre, aber es gibt keine demokratietaugliche Transformationsstrategie, wie man in der Schweiz und in Europa realistischere und in nützlicher Frist dorthin kommt. Der geordnete Rückzug ist auch in der Politik die anspruchsvollste strategische Operation. Trotz der gegenwärtigen Dramatik der inzwischen globalen Schuldenkrise, die unter vielen Liberalen fast eine Art Endzeithoffnung auslöst, ist in nächster Zeit keine grosse Umwälzung zu erwarten – auch kein plötzlicher Zusammenbruch der Europäischen Union, des Euros, der USA und des US-Dollars.

Die bestehenden Institutionen werden trotz erheblicher Mängel von Mehrheiten oder Pseudomehrheiten breit abgestützt mitgetragen und sind ziemlich robust. Das Motto lautet einmal mehr: Durchwursteln. Man kann noch ziemlich lange an der Steuerschraube drehen, Geld drucken und neue Schulden machen, und selbst ein einzelner Staatsbankrott wäre höchstens ein Einschnitt, aber noch kein Ende des Transferstaates. Das Schreckbild einer Transferunion EU ist nur halb so dramatisch, da ja auch die Nationalstaaten intern munter immer mehr transferieren und immer weniger investieren. Der Glaube an den Staat als Problemlöser Nummer eins mag langfristig blind sein, er ist jedoch weit verbreitet und historisch-empirisch – zum Leidwesen aller Liberalen – recht gut abgestützt. Meinungsbildende und -stützende Mehrheiten profitieren im Staat und am Staat alles in allem mehr, als sie unter ihm leiden. Der interventionistische Etatismus im Umverteilungsstaat wird generell geduldet, und die Parteien unterscheiden sich nur durch das Ausmass, das einerseits gefordert und andererseits toleriert wird. Es herrscht in der Politik wenig Aufbruchstimmung. Mehr sozialdemokratischer Spätherbst als liberaler Frühling ist festzustellen. Man will im maroden Sozialstaat noch ernten, was zu ernten ist, und möglichst viel einkellern. “Mehr vom Gleichen” ist populärer als Umkehr und Neubeginn. Die als “Abzocker” etikettierten Superreichen betrachten die Hochbesteuerung als “Prämie für den sozialen Frieden” und zahlen den teuren “Ablass”, um auf erträglichem Niveau in Ruhe gelassen zu werden und um den (oft gar nicht so schäbigen) Rest mit halbwegs gutem Gewissen geniessen zu können. Auch wenn mehr als die Hälfte der Einkünfte an den Fiskus geht, bleibt immer noch genug für einen gehobenen Konsum. Was unter dieser massiven fiskalischen Abschöpfung des wirtschaftlichen Erfolgs leidet, ist die Investition in Risiken, die Innovation vorantreiben und technischen Fortschritt, von dem alle profitieren, beschleunigen. Keine noch so gut dotierte staatliche Forschung kann diese Risikoinvestitionen ersetzen. Das Gemeinwohl ist also auf die Dauer durch die umverteilungsbedingte Hochbesteuerung und Staatsverschuldung mehr gefährdet als das Privatwohl. Der Kapitalismus ist aber derart produktiv, dass er leider sehr viel sozialistische Zwangsumverteilung verkraften kann. Das langfristige Denken ist nicht nur unter Politikern unbeliebt. Eine relativ hohe “Prämie” für sozialen Frieden durch staatliche Umverteilung bringt den hoch Besteuerten wenigstens “Frieden für unsere Zeit”. Der unendlich geduldige Mittelstand bezahlt letztlich die Zeche. Es gibt da wenig Anzeichen des Widerstands, schon eher eine Zunahme der sozialdemokratisch-proletarischen Mentalität des gezielten Mehr-Forderns nach dem Motto “auch wir Mittelständler wollen etwas mehr vom Staat” – und “die Superreichen sollen das bezahlen”. Die junge Generation ist derart systemabhängig beziehungsweise sozialstaatsverwöhnt, dass sie die Gründe für viele Einschränkungen der Erwerbsfreiheit und der Lebensgestaltung und für den oft schwierigen Übergang vom Bildungssystem ins Beschäftigungssystem am falschen Ort sucht. Sie kommt kaum auf die Idee, weniger Staat zu

wünschen. Man hat sie im Getto der staatlichen Bildungsinstitutionen und an der finanziellen Nabelschnur der Familie allzu lange von den Eins-zu-eins-Lernprozessen einer marktwirtschaftlichen Ökonomie ferngehalten. Sie will einen besseren und jugendfreundlicheren Staat, mehr Förderung, mehr subventionierte Angebote statt weniger Bevormundung, mehr netto und weniger Zwangssparen für die Umverteilung von Jung zu Alt.

Kollektives Verdrängen

Ehrlicherweise müssen die Sozialstaatskritiker zugeben, dass weniger Staat die erwähnten Probleme der nächsten Generation nicht subito löst, sondern zunächst höchst unbequeme neue Probleme und Herausforderungen schafft. Diese sind aber à la longue besser zu lösen, und sie sind deshalb dem gegenwärtigen, nicht nachhaltig finanzierbaren sozialstaatlichen Misch- und Misssystem überlegen. Dies glaubhaft zu machen und allgemein verständlich zu kommunizieren, ist die vornehmste Aufgabe liberaler Politik. Aber wer kümmert sich in der Politik um das Langfristige? Vor Wahlen werden unangenehme Wahrheiten – von links bis rechts – kollektiv noch mehr verdrängt als sonst.

Immerhin gibt es Lichtblicke. Die bürgerlichen Jungparteien profilierten sich bis vor kurzem am linken Pro-Sozialstaat-Flügel. Nun hat der Wind gedreht. Es gibt Anzeichen für eine Auflehnung gegen die steigende Belastung der jungen Erwerbstätigen im Bevormundungs- und Verschuldungsstaat.

Der unendlich geduldige Mittelstand bezahlt letztlich die Zeche. Es gibt da wenig Anzeichen des Widerstands.

10 Staatskonkurs als Chance

09.10.2012

Die Verknüpfung von Staatskonkurs mit Euro-Ausschluss ist eine Drohkulisse. Der Konkurs Griechenlands wäre nicht das Ende der EU, sondern der Anfang eines Lernprozesses. Ein Kommentar von Robert Nef.

“Die Folgen eines Staatskonkurses sind vor allem für die Gläubiger einschneidend, für den betroffenen Staat aber insgesamt entlastend.”

Wie desorientiert die politische und wissenschaftliche Debatte über die Zahlungsunfähigkeit Griechenlands ist, zeigt sich schon in der Terminologie. Man benützt den Begriff Staatskonkurs, hat aber Mühe zu erklären, was sich dabei ausser einem generellen Schuldenerlass konkret abspielen würde. Eigentlich wäre die zweite essenzielle Komponente eines Konkurses die Zwangsverwertung der noch vorhandenen Aktiven zugunsten der Gläubiger. Die Hauptaktiven eines Staates sind seine natürlichen Ressourcen, seine Infrastruktur und sein Steuersubstrat, dessen Wert jedoch dramatisch sinkt, wenn es produktivitätsschädigend ausgebeutet wird. Ausser Bodenschätzen und – mit Einschränkungen – der öffentlichen Infrastruktur entziehen sich diese Aktiven einer Zwangsverwertung. Darum ist der Konkurs eines Staates nur beschränkt mit demjenigen eines Privatunternehmens, das dadurch von der Bildfläche verschwindet, vergleichbar. Die Folgen eines Staatskonkurses sind vor allem für die Gläubiger einschneidend, für den betroffenen Staat aber insgesamt entlastend.

Zutreffender ist der Begriff Schuldenschnitt. Eine solche Sanierung der Staatsfinanzen ist allerdings nur dann erfolgsversprechend, wenn gleichzeitig auch das politische Missmanagement durch einen ebenso dramatischen politischen Schnitt saniert wird. Was heute praktiziert wird, sind zusätzliche Darlehen an die etwas umgruppierte alte Garde, ergänzt durch eine wenig wirksame und abnehmend beliebte externe Aufsicht. So kann das Ruder nicht herumgeworfen werden. Für die bisher verantwortlichen Politiker ist ein Staatskonkurs zu Recht eine Schmach, für diejenigen, die nach dem für alle Beteiligten und Betroffenen folgenreichen Schnitt neu starten, aber eine Chance, vorausgesetzt, man wagt wirklich einen radikalen Neubeginn und bricht mit der desaströsen Vergangenheit, in der die politisch mächtigen Versager aller Parteien auf dem nationalen und auf dem internationalen Parkett um Zeitgewinn und Machterhalt kämpften.

Wenig klare Vorstellungen gibt es auch zu dem Szenario, das mit der fragwürdigen Wortschöpfung “Grexit” bezeichnet wird, mit einem Begriff, der sowohl “Ausschluss” wie auch “Austritt” bedeuten kann, bei dem aber auch die Assoziation “Ende” mitschwingt. Ob damit ein Exit aus dem Euro oder auch aus der EU gemeint ist und ob und inwiefern die beiden Exits zwingend miteinander verknüpft sein müssen, bleibt offen.

Leukerbad und Kalifornien

Ein zahlungsunfähiger Staat braucht nicht unbedingt eine neue eigene Währung. Wenn er seine Löhne und Renten nicht mehr in Euro bezahlen kann, so kann er auf ein Gutscheinsystem ausweichen, das die Staatsangestellten und

die Rentner zwar nicht in den Hunger treibt, aber den Staatsdienst und das Leben als Frührentner unattraktiv macht. Entscheidend ist in dieser Situation eine radikale Liberalisierung des Arbeitsmarktes, allenfalls via Notrecht. Wenn ein Staatskonkurs ohne Ausschluss aus dem Euro und der EU möglich (wenn auch nicht problemlos) ist, fällt ein Teil der eurokratischen Drohkulisse weg, die für die Bereitstellung immer teurerer Schutzschirme und für die Auslösung eines neuen Zentralisierungs- und Etatisierungsschubs der EU aufgerichtet worden ist.

Dass der Konkurs einer Gebietskörperschaft ohne Ausschluss aus dem politischen Verbund und der Währung möglich ist, zeigt das Beispiel der Walliser Tourismusgemeinde Leukerbad. Der Fall ist wegen der Grössenordnung zwar nicht vergleichbar, demonstriert jedoch, dass ein Konkurs innerhalb eines Bundesstaats und ohne neue Währung möglich ist. Das politische Management wurde ausgewechselt, ein politisch Hauptverantwortlicher landete im Gefängnis. Die Gemeinde reduzierte ihre Bürokratie und verzichtete auf die Fortführung nicht finanzierbarer Projekte. Auch im Beinahekonkurs Kaliforniens war nie von einem Ausschluss aus dem Dollar oder den USA die Rede. Im Lauf der amerikanischen Geschichte ist schon fast jeder Gliedstaat einmal zahlungsunfähig geworden, ohne dass man dort den Dollar abgeschafft hätte.

Leukerbad war zahlungsunfähig, die Gläubiger hatten das Nachsehen. Das ist ein wirtschaftlich völlig normaler Vorgang: die Ermöglichung eines Neubeginns zulasten derer, die sich in Bezug auf die ursprüngliche Kreditwürdigkeit täuschten bzw. täuschen liessen. In welcher Währung man die Schulden, die man von einem Konkursiten definitiv nicht mehr zurückbekommt, abschreibt, spielt grundsätzlich keine Rolle. Es gibt bei Krediten nicht nur ein Recht auf Irrtum, es gibt auch eine Pflicht, die Folgen von Irrtümern zu tragen. Das gehört zum Bankgeschäft.

Sollte ein Staatskonkurs Griechenlands eine gesamteuropäische Bankenkrise auslösen, so liesse sich überlegen, ob dann nicht eher die betroffenen Banken mit einem überbrückenden Rettungsdarlehen zu stützen wären. Das wäre zwar ein ordnungspolitischer Sündenfall. Aber die Schweiz hat damit im Fall UBS (UBSG 14.00 +0.14%) keine schlechten Erfahrungen gemacht. Das Operieren an der Grenze temporärer Zahlungsunfähigkeit gehört zum Business der Banken. Dass Banken aus der Krise herausfinden, ist viel wahrscheinlicher, als dass sich ein maroder Staat durch das ökonomische Gift neuer Darlehen und die politische Zumutung einer Teilentmündigung erholt. Die Banken, die es auch samt Überbrückungsdarlehen nicht schaffen, werden dann zu Recht verschwinden. Bankkunden müssen sich weltweit daran gewöhnen, dass auch Banken nicht grenzenlos und permanent zahlungsfähig bleiben; die Banken müssen sich weltweit (wieder) daran gewöhnen, dass auch Staatsbankrotte nicht auszuschliessen sind. Das gehört zum "Systempreis" des Kapitalismus. Mit der Zahlungsunfähigkeit eines Akteurs muss stets gerechnet werden, und wenn dieser Fall zu einem Systemzusammenbruch führt, ist dieses System eine Fehlkonstruktion.

Ende mit Schrecken könnte heilsam sein

Staatsfinanzen sind durch politisch motivierte Darlehen nicht sanierbar. Man beschleunigt damit lediglich die politischen Teufelskreise der zwangsweisen Umverteilung durch zwangsweise Zentralisierung und Etatisierung und durch das Abschieben der Probleme auf kommende Generationen. Die Zentralverwaltungswirtschaft kann auch im Finanzbereich nicht funktionieren, weil es das zentrale Wissen dazu nicht gibt. Schuld daran sind nicht die diesbezüglich unter sich zerstrittenen Ökonomen und Finanzfachleute. Man sollte ihnen nicht vorwerfen, dass sie die Zukunft nicht voraussehen und in Krisensituationen lieber auf Zeit spielen und eher zum Schrecken ohne Ende raten als zu einem Ende mit einem möglichen, aber häufig durchaus heilsamen und lehrreichen Schrecken.

Die durch die erwähnte Drohkulisse geschürten Ängste vernebeln die klare Sicht und verursachen zusätzliche Konflikte unter verschiedenen politischen und wissenschaftlichen Rechthabern und Besserwissern. Der Vollzug dieses immer notwendiger werdenden Schritts sollte nicht am Streit zwischen EU- und Eurobefürwortern und -skeptikern scheitern. Die Schadenfreude derer, die schon immer vor dem "Experiment Euro" gewarnt haben, hilft nicht weiter. Man kann das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen, aber man kann verhindern, dass es in ein nach bisherigen Erfahrungen vorhersehbares Verderben rollt. Das Problem der EU ist nicht ein Zuwenig an Zentralismus, sondern ein Zuviel. Das sehen auch vernünftige und geschichtsbewusste Freunde der Europaidee ein.

Die EU wird sich mit der jetzigen Bailout-Praxis durch immer teurere und riskantere Schutzschirme in existenzielle Schwierigkeiten bringen. Es hat bisher weltweit noch keinen Bundesstaat (und erst recht keinen Staatenbund) gegeben, der seinen Mitgliedern die grenzenlose Verschuldung durch immer wieder neue Kredite finanziert hätte. Der Konkurs Griechenlands wäre nicht das Ende der EU, sondern der Anfang eines Lernprozesses, der wieder zu mehr Eigenständigkeit und Eigenverantwortung führen kann. Sollten durch einen Staatskonkurs ganze Bevölkerungsgruppen in existenzielle Not geraten, sind die Gelder, die jetzt in Schutzschirme gepumpt werden, in gezielten befristeten humanitären Hilfsprogrammen vor Ort wohl besser eingesetzt.

11 Neidökonomie

08.11.2013

Neid kann zwar ein Ansporn sein, ist jedoch häufig bloss destruktiv und hat politische Sprengkraft. Ein Kommentar von Robert Nef.

“Wehe der Politik, die sich zunehmend oder gar abschliessend für die Einkommens- und Vermögensverteilung zuständig erklärt.”

Der Neid entsteht im Spannungsfeld zwischen dem, was die Menschen befriedigt, und dem, was sie unbefriedigt lässt. Dass diese Spannung Neid erzeugt, ist aber nicht zwingend. Das Unbefriedigtsein kann auch zum Ansporn werden, selbst produktiv und erfinderisch zu werden und so die eigene Lage durch Leisten, Lernen, Sparen und Tauschen befriedigender zu gestalten. Das weit verbreitete Gefühl, im Vergleich zu anderen schlechter gestellt zu sein und zu kurz zu kommen, trägt also nicht automatisch den Keim des destruktiven Neides in sich, sondern kann auch zum Ansporn für ökonomischen Fortschritt, für Wettbewerb und Wachstum werden.

Trotzdem zählt der Neid in den meisten Religionen und Kulturen zu den Lastern, völlig zu Recht. Alles, was im Vergleich des schlechter Gestellten mit dem besser Gestellten positive Impulse auslöst, wird in der Soziologie der Emotionen als “helle, kreative Seite” des Neides bezeichnet, als Motor des Wettfeuerns und als Ansporn zur Leistungssteigerung, die auf eine individuelle und kollektive Verbesserung der Lebensumstände abzielt.

Wer aber nicht von soziologischen Theorien, sondern von den Erfahrungen des Alltags und vom allgemeinen Sprachgebrauch ausgeht, wird vor allem mit den negativen Auswirkungen des Neides konfrontiert. Der Neid ist ein Laster, das sich für die Neider und für die Beneideten und für die ganze Gesellschaft letztlich destruktiv auswirkt, indem es zur staatlichen Gleichmacherei verleitet. Nur wer Ungleichheiten und menschliche Vielfalt in ihrer schöpferischen Funktion wahrnimmt und nicht als Herausforderung zum kollektiv erzwungenen Ausgleich, ist auch in der Lage, den Neid in Schranken zu halten.

Schädigung aller wird in Kauf genommen

Immanuel Kant beschreibt den Neid als “den Hang, das Wohlergehen anderer mit Schmerz wahrzunehmen, obzwar dem eigenen dadurch kein Abbruch geschieht.” Der typische Neider konzentriert sich auf den Wunsch, dass es dem Beneideten schlechter gehe als bisher, und nimmt sogar in Kauf, dass dabei das eigene und das allgemeine Wohlstandsniveau sinken. “Mancher gäb’ ein Auge drum, dass der andere blind wäre”, so ein entlarvendes Schweizer Sprichwort. Missgunst, Undank, Schadenfreude bilden, so Kant, zusammen mit dem Neid “eine schreckliche Familie”.

Die Politik, die sich ebenfalls mit menschlichen Emotionen befasst, hat den Stellenwert und die Sprengkraft des Neides schon sehr früh erkannt. Für den griechischen Philosophen Demokrit sind die politischen Parteien durch unterschiedliche Bewirtschaftungen des Neides entstanden, die einen wollen ihn anstacheln, die andern beschwichtigen. Dies verhindert, so Demokrit, die Eintracht, die zur Lösung der grossen politischen Probleme erforderlich wäre. Neid sät und erntet Zwietracht. Konstruktive Politik ist aus dieser Sicht eine Strategie der gemeinsamen Neidüberwindung.

Diesem Grundsatz werden sich auch heutige Politikverantwortliche aller Parteien nicht widersetzen. Die Lösungsansätze der Neidbekämpfung, der Neidprophylaxe und der allgemeinen Entneidung einer Gesellschaft klaffen aber weit auseinander. Wer etatistisches, egalitaristisches und sozialistisches Gedankengut vertritt, wird den Neid durch Umverteilung bekämpfen wollen, d.h., er wird denen, die als “Bevorzugte” beneidet werden, zwangsweise etwas wegnehmen oder vorenthalten, um es an diejenigen, die als “Benachteiligte” Neid empfinden, zu verteilen. Ob es dabei je gelingt, das Phänomen des Neides einzudämmen, ist angesichts bisheriger Erfahrungen höchst fragwürdig. Jede zwangsweise Umverteilung und jeder noch so ausgeklügelte Verteilungsschlüssel (z.B. das durch keinerlei Logik und keinerlei Empirie untermauerte Einkommensverhältnis 1:12) bringen neue gewollte und ungewollte, erwartete und unerwartete Ungleichheiten mit sich, die durch keinen staatlichen Zwangs- und Kontrollaufwand beseitigt werden können. Wahrscheinlich wird dadurch sogar mehr neuer Neid geschaffen als alter Neid befriedigt. Wehe der Politik, die sich zunehmend oder gar abschliessend für die Einkommens- und Vermögensverteilung zuständig erklärt.

Die unter Konservativen verbreitete kulturpessimistische These, steigender Wohlstand führe wie eine Droge zu Sittenzerfall und unbezähmbarer “Gier nach mehr”, ist höchst fragwürdig. Die wirklich gesellschaftszerstörende Droge ist die vom Neid getriebene Gleichmacherei, die fehlende Bereitschaft, Einkommens- und Vermögensunterschiede als normale Merkmale einer prosperierenden Wirtschaft zu akzeptieren. Was wir wohlwollend “Wohlfahrtsstaat” nennen, ist tatsächlich ein auf Pump und Kosten kommender Generationen lebender Umverteilungsstaat, der auf politischer Bewirtschaftung des Neides beruht. Die sogenannte “Schere zwischen Arm und Reich” ist ein viel beschworenes Problem, das mit dem empirisch nicht haltbaren Slogan “Die Reichen werden immer reicher und die Armen immer ärmer” zum Ausdruck gebracht wird.

Möglicherweise ist die erwähnte “Schere” eine notwendige Begleiterscheinung oder gar eine Voraussetzung für den grundlegenden technisch-zivilisatorischen Wandel. Unmittelbar und personenbezogen wahrgenommen werden

vor allem die grossen Gewinne, während die grossen Verluste nur mittelbar in Erscheinung treten. Nur wenn das Risiko von Verlusten durch die Chance auf Gewinne aufgewogen wird, kommt es zu den Investitionen in Innovationen, die mittel- und langfristig das materielle Wohlstandsniveau für alle anheben. Hohe Einkommen und grosse Vermögen bilden daher eine notwendige finanzielle "Knautschzone" gegenüber hohen Risiken.

Was in der Öffentlichkeit ebenfalls zu wenig kommuniziert wird, ist die Tatsache, dass die sogenannte Verarmung der Ärmern nur in Relation zu einem allgemein gestiegenen Lebensstandard feststellbar ist. Verglichen mit den Armen früherer Zeiten und anderer Weltgegenden sind die heutigen Armen in Europas Wohlfahrtsstaaten wirtschaftlich gut dran. Die Schere hat sich also möglicherweise geöffnet, doch auch der Lebensstandard der Ärmsten ist gestiegen, und zwar nicht trotz der Öffnung der Schere, sondern wegen dieser Öffnung.

Wer eine marktwirtschaftliche, liberale Ordnung anstrebt, wird sich dafür einsetzen, dass sich die Verteilung und die Umverteilung von Gütern und Dienstleistungen durch freie Vereinbarungen aufgrund von vielfältigen Angeboten und Nachfragen ohne staatlichen Verteilungszwang und ohne erzwungene Maxima und Minima spontan entwickeln. Dass es in einer solchen offenen Ordnung zu Ungleichheiten kommt, nehmen die Befürworter der Marktwirtschaft als "Preis der Freiheit" und als Motor des technisch-zivilisatorischen Fortschritts in Kauf.

Linke vernachlässigt Produktivität

Die linke Politik konzentriert sich auf die Verteilungs- bzw. Umverteilungsfrage, kümmert sich aber nicht oder zu wenig um Produktivität und Produktivitätssteigerung, die den Fundus speisen, der verteilt bzw. umverteilt werden soll. Das linkspopulistische Rezept lautet: Mehr Staatsaufgaben und mehr Staatsausgaben, und die Reichen bezahlen die Reichen. Paradox ist dabei allerdings, dass man ja nicht gleichzeitig und nachhaltig eine Politik der egalitären Entreichung der Reichen betreiben und die stets wachsenden Staatsausgaben durch eine intensivere und progressivere Besteuerung eben dieser Gruppe finanzieren kann.

12 Die Gefahren von Big Data

22.07.2014

Wissen ist Macht – aber weder technologische Macht oder Informationsmacht, sondern deren Verknüpfung mit der Staatsmacht ist das Hauptproblem und kann die Freiheit gefährden. Ein Kommentar von Robert Nef.

“Wissen ist Macht, und Macht öffnet stets auch den Weg zu ihrem Missbrauch.”

Die andauernde Wissensvermehrung und die im elektronischen Zeitalter zunehmende Möglichkeit, dieses Wissen zu kommunizieren und vielfältig zu vernetzen, sind gleichzeitig eine Chance und eine Gefahr. Elektronisch ermittelt und kommuniziert werden nämlich nicht nur allgemein zugängliche Fakten und Daten, sondern auch sehr persönliche.

Was elektronisch ausgetauscht wird, sind – wie bei jeder menschlichen Kommunikation – Meinungen, also eine Mischung von Wahrheiten, Überzeugungen, Mutmassungen, Irrtümern, Unterstellungen und Lügen.

Im persönlichen Kontakt ist es möglich, Informationen gezielt bekanntzugeben oder zu verheimlichen, die Privatsphäre abzuschirmen und sich persönlich zu wehren. Wenn die Meinungsäusserungsfreiheit garantiert ist, steht allen die Möglichkeit offen, gegen Fehlinformationen, Verleumdungen und sonstige Angriffe auf die persönliche Integrität auch persönlich vorzugehen.

Ändert sich dies in einer elektronisch weltweit vernetzten Gesellschaft? Was im Internet publiziert ist, kann nur durch komplizierte und erst noch verletzte Verfahren abgeschirmt werden. Eigentlich wissen informierte Internetbenutzer das, aber viele möchten das Problem nicht selbstverantwortlich durch Selbstkontrolle lösen, sondern rufen nach staatlichen Verboten und Lenkungsmassnahmen. Sicher gibt es zahlreiche Opfer der Bereitschaft, sich, ohne Rücksicht auf die Folgen, möglichst öffentlich zu präsentieren. Aber ist der Schutz mündiger Menschen vor der freiwilligen Preisgabe von allzu vielen allzu persönlichen Daten wirklich eine Staatsaufgabe oder nicht vielmehr eine pädagogische Herausforderung?

Weg zum Missbrauch

Wissen ist Macht, und Macht öffnet stets auch den Weg zu ihrem Missbrauch. Dies ist aber kein Grund, eine zwangsweise Beschränkung des Zugangs zu diesem Wissen über unsere Mitmenschen zu postulieren.

Die Diskussion über Big Data, das heisst über die weltweit immer intensivere elektronische Erfassung und Vernetzung von personenbezogenen Daten, wird eigentlich erst durch die Tatsache, dass dadurch vor allem auch

Big Government, der Staat, mehr Macht durch mehr Wissen erhält, zur Bedrohung der persönlichen Freiheit. Mehr Wissen durch mehr vernetzte Daten ist ökonomisch attraktiv, und es vermittelt interessante und verwertbare Informationen über Individuen und Organisationen.

In einer arbeitsteiligen Welt ist das detaillierte Wissen um die Bedürfnisse und die Befindlichkeit der Mitmenschen grundsätzlich nichts Nachteiliges. Es erleichtert zunächst die ökonomische, kulturelle und soziale Kommunikation unter vielfältig verschiedenen Menschen, die sich nicht von Angesicht zu Angesicht begegnen und nicht persönlich kennen.

Frank Schirrmacher, der kürzlich verstorbene Chefredaktor der "Frankfurter Allgemeinen", wurde nicht müde, vor den Bedrohungen der Freiheit durch einen neuen Informationskapitalismus zu warnen. Die gefährlichste Macht liege nicht mehr beim Staat, sondern bei marktbeherrschenden Informationsunternehmen wie Google, Amazon (AMZN 3'340.88 +0.96%) und Facebook (FB 301.13 +1.55%) & Co. Sie versuchten, an die privatesten Daten ihrer Kunden zu gelangen, und gewannen dadurch einen Einfluss, der sich jeder staatlichen Kontrolle entziehe. Aus dieser Sicht ist der liberale Abwehrkampf für die Freiheit nicht mehr gegen einen stets mächtigeren Staat zu richten, sondern gegen die zunehmende Macht der Informationsgiganten.

Wenn es stimmt, dass Wissen Macht vermittelt (Francis Bacon), und wenn es gleichzeitig stimmt, dass Macht an sich böse ist (Jacob Burckhardt, Lord Acton), läge es nahe, das "Immer-mehr-übereinander-Wissen" als solches einzuschränken, damit es aufgrund dieses Wissens nicht immer mehr Macht gibt, die "in falsche Hände" geraten kann. Soll man das verhindern, und lässt sich das überhaupt verhindern? Macht ist darum "an sich böse", weil sie die Gier nach mehr Macht nährt. Kann man wenigstens diese Gier limitieren? Und: Lässt sich zwischen "richtigen privaten" und "falschen politischen Akteuren" unterscheiden, die Macht aufgrund von Informationen und Daten in den Händen haben und handhaben? Wer wacht darüber? Und, vor allem: Wer bewacht die Bewacher?

Das elektronisch gespeicherte und freiwillig ändern zugänglich gemachte Wissen kann auch als Macht über andere gegen sie verwertet werden. Es kann aber auch durchaus wohlwollend in Tauschprozesse eingebracht werden. Wenn mir Amazon im Zusammenhang mit einer Bestellung mitteilt, welche anderen Bücher andere Kunden, die sich für dasselbe Buch interessierten, auch noch bestellt haben, betrachte ich dies als Kundenservice und nicht als Verletzung meiner Privatsphäre.

Auch wenn mein behandelnder Arzt durch elektronisch gespeicherte Daten binnen kurzer Zeit detaillierte Informationen über meine bisherige Gesundheitsbiographie erhält, verbessert dies unser Auftragsverhältnis, sofern er sich an seine berufliche Geheimhaltungspflicht gegenüber Dritten hält und wenn er sich bewusst bleibt, dass Daten auch fehlerhaft sein können. Wenn aber Banken automatisch Kundendaten an die Behörden ausliefern, ist dies ein Vertrauens- und Vertragsbruch, bei dem die entscheidende Grenze zwischen Privatbereich und Staat verletzt wird.

Die Freiheit steht zur Debatte

Das Risiko der Weitervermittlung von Daten muss jeder Mensch, der Informationen über seine Person freiwillig preisgibt, kennen und individuell abwägen. Vor den Informationen, die ohne Einwilligung allgemein zugänglich und verwertbar gemacht werden, ist jedoch aus freiheitlicher Sicht zu warnen. Die Frage, ob und inwiefern sich solche Gefährdungen der Privatsphäre durch Private über Rechtsnormen und Verbote wirksam reduzieren lassen, darf keinen Freund der Freiheit kaltlassen. Diese bestehende und zunehmende Herausforderung sollte aber nicht davon ablenken, dass die Hauptgefahr von Big Data die Verknüpfung mit Big Government ist, das heisst die Verknüpfung mit der Macht des Staates als Inhaber des Zwangsmonopols.

Viele sehen im aktuellen Prozess der Vernetzung von Staat, Wirtschaft und Kultur, in dem die Steuergelder eine wichtigere Rolle spielen als die Kommunikationstechnologie, einen unabänderlichen zivilisatorischen Prozess, bei dem Staatsmacht angeblich auch als Schranke gegen andere Mächte gebraucht wird. Wer vor dieser Entwicklung beharrlich warnt, ist nicht einfach ein unverbesserlicher liberaler Staats skeptiker. Es geht um das Überleben der Freiheit, die nicht primär durch die Fortschritte der technischen Zivilisation gefährdet wird, sondern durch diejenigen, die behaupten, sie durch Staatsmacht lenken und kontrollieren zu können.

Das Motto der deutschen Aufklärung "Wage es, zu wissen" muss angesichts der Tatsache, dass Wissen stets auch Macht vermittelt, wie folgt ergänzt werden: "Wage es, zu wissen, aber wage es auch, zuzugeben, dass Wissen stets vorläufig, bruchstückhaft und beschränkt bleibt und dass es darum gute Gründe gibt, die Macht, die mit dem Zwangsmonopol verknüpft ist, zu beschränken." Wissen als solches kann und soll nicht beschränkt werden, auch wenn es aus der Auswertung persönlicher Daten gewonnen wird. Auch der offene Austausch von solchem Wissen durch Kommunikation bedarf keiner Zwangsregulierung. Aber die Ermittlung, Sammlung und Verwertung von persönlichen Daten durch Organisationen, die dazu legitimiert sind, Zwang auszuüben, ist tendenziell freiheitsgefährdend und bedarf der scharfen politischen Kontrolle durch wachsame Bürger und durch staatsunabhängige Medien.

13 Was Europa soll – und was nicht

07.10.2014

Die EU befindet sich mit einem Mehr an Regulierung und Zentralisierung auf dem Holzweg, der sie in eine Legitimitätskrise führen wird. Sie braucht offene, in Konkurrenz stehende Strukturen. Ein Kommentar von Robert Nef.

“Europa muss seine Vielfalt wahren und den Weg zu einer neuen Efta gehen.”

Auch in der Aussenpolitik und in der Aussenwirtschaftspolitik gilt das in der Marktwirtschaft bewährte Prinzip des wettbewerblichen Nonzentralismus, in dem Gebietskörperschaften friedlich kooperieren. Wirtschafts- und sozialpolitisch entwickeln sie auf demokratischer Basis ihre eigenen, unterschiedlichen Ordnungsmodelle weiter.

Die Schweiz hat nach der Ablehnung des EWR-Beitritts gegenüber der EU den bilateralen Weg beschritten, also eine Kooperation auf Basis von themen- und branchenbezogenen Verträgen ohne institutionelle Einbindung. Dieser Bilateralismus ist aber bei näherer Betrachtung für eine Mehrheit lediglich das kleinere Übel. Für die Anhänger einer möglichst umfassenden, nationalen Souveränität (die schätzungsweise gut ein Viertel der Bevölkerung ausmachen) belastet jede internationale Verpflichtung die Eigenständigkeit. Für die vorbehaltlosen Beitrittsbefürworter (schätzungsweise ebenfalls ein Viertel) ist der Bilateralismus als halbherzige Improvisation ohne institutionalisierte Mitbestimmung höchstens die zweitbeste Lösung. Einzig für die Anhänger einer schrittweisen Annäherung an die EU ohne Ausklammerung der Beitrittsoption (wohl ein weiteres Viertel) gilt er als Königsweg.

Aber was vertritt das letzte, schwer definierbare Viertel, das je nach Koalition über das weitere Schicksal der Bilateralen entscheiden wird und zu dem sich auch der Verfasser dieses Beitrags zählt? Es ist eine grundsätzliche, gemischt rational-emotionale Skepsis gegenüber allen zentralistischen und bürokratischen Organisationen mit politischer Macht. Diese Skepsis existiert auch gegenüber der politischen Macht im eigenen Lande und hat mit Nationalismus und Fremdenangst, den beiden Promotoren des Rechtspopulismus, überhaupt nichts zu tun.

Offene Zivilgesellschaft

Das favorisierte Modell des friedlichen Zusammenlebens ist aus dieser Sicht eine Zivilgesellschaft, die weltweit durch private Verträge vernetzt ist und die das Universalitätsprinzip der Weltoffenheit und den möglichst liberalen globalen Freihandel vertritt. In einer offenen zivilgesellschaftlichen Weltordnung würden unterschiedliche politische und religiöse Konzepte friedlich konkurrieren und koexistieren. Militärische Gewalt käme nur zur Selbstverteidigung und zur Wahrung des internationalen Friedens zur Anwendung.

Dass man aus dieser Sicht keine Sympathien hat für einen politischen Zusammenschluss, der seine eigene Intensivierung und Zentralisierung zum erklärten Ziel macht und durch Regulierung und Harmonisierung einen Binnenmarkt politisch organisiert, liegt auf der Hand. Die hier grob vereinfachend dargestellten vier Gruppen lassen sich im schweizerischen Parteiensystem nicht eindeutig zuordnen.

Klar ist die Präferenz für möglichst viel nationalstaatliche Souveränität, verknüpft mit einer restriktiven Einwanderungspolitik, bei der Schweizerischen Volkspartei (SVP, Wähleranteil 27%) Die Sozialdemokraten (SP, Wähleranteil 19%) sind offiziell langfristig für den Beitritt, sind sich aber bewusst, dass ihre Parteibasis die gegenüber den europäischen Genossen privilegierte Position nicht durch eine Öffnung des Arbeitsmarktes gefährden will. Viele Arbeiter und Angestellte wählen übrigens mehrheitlich SVP. Die Freisinnig-Demokraten (FDP, Wähleranteil 15%), ursprünglich die staatstragende liberale Partei, haben aber – nicht zuletzt wegen ihres Schwankens in der Europafrage – massiv Wähleranteile an die SVP verloren. Die Christdemokraten, die ihre Stammlande in der katholischen Innerschweiz hatten, kommen aus dem gleichen Grund heute nur noch auf 12%.

Die EU ist von ihrer Entstehungsgeschichte und von ihren Strukturen her ein Versuch, die Krisen des national strukturierten, sozialdemokratischen Industriezeitalters auf supranationaler bzw. kontinentaler Ebene zu überwinden. Eigentlich werden aber die durch eine allgemeinverbindliche, demokratisch legitimierte, nationale Gesetzgebung auf den ersten Blick nicht mehr lösbarer Probleme, zum Beispiel in der Währungspolitik, in der Migrationspolitik und der tickenden Zeitbombe der kollektiven Altersvorsorge, einfach auf die europäische Ebene gehoben.

Ein veraltetes Projekt

Die grosse Schwäche der EU im Bereich der Legislativen hängt mit der Tatsache zusammen, dass in einem Staatenverbund, der an sich noch weniger zentralistisch sein sollte als ein Bundesstaat, mit der EU-Kommission eine einzige, schlecht legitimierte, zentralistische Institution geschaffen wurde, die angeblich die auf den Verfassungsvertrag gestützten allgemeinverbindlichen Gesetze erlassen soll. Der Streit über die Gewichtung der nationalen Stim-

menanteile in der kollektiven Meinungsbildung lässt nichts Gutes ahnen. Was daraus folgt, ist eine Verstärkung der heutigen Exekutiv- und Richterherrschaft.

Das täuscht darüber hinweg, dass man einem Kontinent einen Zentralstaat aufzwingen will, dessen historisch-politische Strukturen allenfalls eine nach aussen offene Freihandelsassoziation und einen auf Frieden und gemeinsame Sicherheit ausgerichteten Staatenbund nahelegen. Schon ein Bundesstaat mit einem funktionierenden Zweikammersystem, in dem die Kleinen, Bevölkerungsschwachen gleiche Mitbestimmungsmöglichkeiten hätten wie die Grossen, wäre – anders als in den USA und der Schweiz – in der EU nicht konsensfähig. Weder die USA noch die Schweiz kennen übrigens die höchst fragwürdige Praxis des zentralstaatlichen Bail-out eines bankrotten Gliedstaates.

Die EU ist ein veraltetes Projekt, das im strukturkonservativen Denken des Merkantilismus, der korporatistisch gezähmten bzw. gefesselten Marktwirtschaft, des Kalten Krieges und des entmündigenden Daseinsvorsorgestaats verhaftet geblieben ist und das für die globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts schlecht gerüstet ist. Die Europäer stehen vor der Wahl, ob sie durch noch mehr Regulierung, Zentralisierung, Umverteilung und Harmonisierung eine Legitimitätskrise und eine Vollzugskrise ansteuern wollen. Oder ob sie noch rechtzeitig den Aufbruch wagen zu offenen Strukturen, in denen autonome Zivilgesellschaften mit kleinen, eigenständigen, schlanken und kostengünstigen politischen Gebilden und weitgehend privatisierten Infrastrukturen friedlich konkurrieren und kooperieren.

Die Zukunft der europäischen Idee

Mit dieser in der bürgerlichen Tradition verankerten Option hat die europäische Idee Zukunft. Die Europäer müssen ihre Vielfalt wahren und pflegen und den Weg zu einer neuen Efta im ursprünglichen Sinn – New European Free Trade Association – beschreiten, einer nach innen und aussen offenen Gemeinschaft, in der die Mitglieder hohe Autonomie geniessen. Aus diesem Grund sollten wir Europäer die Ambitionen der politisch-administrativen, nationalstaatsähnlichen Megastruktur und allfällige Weltmachtträume hinter uns lassen. Europa braucht enge und flexible wirtschaftliche und kulturelle Kontakte auf der Basis des fremdherrschaftsfreien Tauschs. Europa braucht auch den Frieden, den es im Lauf der Jahrhunderte immer wieder selbst zerstört hat. Als Basis einer gemeinsamen Sicherheitspolitik genügt ein robustes Friedensbündnis, gestützt auf nationale Streitkräfte, welche die Defensive sicherstellen und interne sowie allenfalls gegenseitig wieder aufflammende Aggressionsgelüste im Keim ersticken können.

Statt des unlesbaren Verfassungsvertrags von Lissabon wäre ein kurzes Dokument wie die Magna Charta Libertatum oder der Bundesbrief der alten Eidgenossen in Erwägung zu ziehen. Freihandel entsteht nicht durch neue komplizierte bilaterale und multilaterale Regeln, sondern durch den von den Beteiligten selbstbestimmten, im eigenen Interesse offerierten und vollzogenen schrittweisen Abbau bestehender Schranken.

14 Erbschaftssteuer schadet allen

07.04.2015

Wird das traditionelle Vorsorgen für die Nachkommen abgelöst durch obrigkeitliches Umverteilen, dann verdrängt der häufig unvernünftig haushaltende Staat die oft vernünftig handelnde Familie. Ein Kommentar von Robert Nef.

“Nicht alle Forderungen, die ‘sozial’ genannt werden, sind es auch tatsächlich.”

Erbe, Eigentum, individuelles und gemeinsames Wohlergehen sind in vielfältigster Weise miteinander verbunden. Der Versuch, diese komplexe Verknüpfung durch staatlichen Zwang, besonders durch Steuern, entweder im Hinblick auf “mehr Gerechtigkeit” oder “mehr Zwangssolidarität” zu beeinflussen, steht immer wieder zur Debatte. Oft steckt dahinter auch einfach der Wunsch nach erhöhten staatlichen Einnahmen durch zusätzliche Steuern – die deshalb politisch konsensfähig sind, weil sie eine Minderheit belasten und eine Mehrheit begünstigen.

Allein schon dieser fatale Zusammenhang müsste diejenigen sensibilisieren, die vom Staat nicht vorrangig eine rücksichtslose Mittelbeschaffung im Hinblick auf populäre Umverteilung, sondern vielmehr den Respekt vor minimalen ethisch-moralischen Regeln erwarten – zu denen zählt auch der Schutz von Minderheiten vor der Gier von Mehrheiten und vor ungleichen Eingriffen ins Privateigentum. Eine gezielt auf grosse Nachlässe ausgerichtete Erbschaftssteuer ist in ihren Auswirkungen als populistischer “Fischzug” auf das Vermögen der Reichen nichts anderes als eine asoziale Neidsteuer, die weder zur Verwirklichung der sozialpolitischen noch der finanzpolitischen Ziele einen nachhaltigen positiven Beitrag leistet.

An erster Stelle ist bei normativen “wirtschaftlich”, “sozial” oder “moralisch” begründeten politischen Vorstössen

der ideologische Hintergrund zu klären. Das hinter den Forderungen stehende Menschenbild und die zugrunde gelegte Wirtschaftstheorie müssen transparent diskutiert werden können. Nicht alle Forderungen, die “sozial” genannt werden, sind es auch tatsächlich. Der auf zentral verwalteter Planwirtschaft abgestützte Staatssozialismus hat schliesslich zu einem wirtschaftlichen Systemzusammenbruch geführt, der in seiner Auswirkung alles andere als sozial war. Er hat nicht nur im ökonomischen Bereich, sondern ganz allgemein eine soziale Wüste hinterlassen. Dies wird in der parteipolitischen Auseinandersetzung kaum mehr bestritten.

Fragwürdige moralische Kriterien

Trotzdem steht viel sozialistisches Gedankengut immer wieder auf der politischen Traktandenliste, und das mindestens teilweise Wegsteuern von Vermögen beim Ableben der Eigentümer durch Erbschaftssteuern ist eine weltweit populäre staatssozialistische Forderung. Erbschaften seien Einkommen ohne jede Gegenleistung, ein Zufall der Geburt, und damit grundsätzlich “unverdient”. Die Kategorie “verdient” oder “unverdient” ist keine ökonomische, sondern eine moralische, die, falls man daraus ein allgemeinverbindliches Verteilungskriterium machen würde, voraussetzt, dass es objektive Massstäbe für eine allgemeine Verteilungsgerechtigkeit gibt. Dies wird aber in einem Rechtsstaat, der Privateigentum und Privatautonomie garantiert, grundsätzlich in Frage gestellt. Eigentum gilt dann als “wohlerworben”, das heisst als rechtmässig, wenn es nicht durch Gewalt oder Betrug erlangt worden ist. Wie viel Leistung und welche Leistung, wie viel Glück und welche günstigen Konstellationen und selbst wie viel Spekulation dabei mit im Spiel war, ist letztlich nicht aufzuschlüsseln.

Die Frage der Gewaltsamkeit stellt sich im Fall der Erbschaftsteuer eher gegenüber dem Staat, der ja Vermögensbestandteile zwangsweise enteignet und dabei in private Vermögensverhältnisse eingreift. Dieser Zwang ist zwar in einem demokratischen Rechtsstaat durch Mehrheiten legitimiert, doch die Tatsache, dass bei umverteilenden Steuern und speziell bei einer stark progressiv konzipierten Erbschaftsteuer stets eine potenzielle Mehrheit von Empfängern eine Minderheit von Pflichtigen fremdbestimmen kann, stellt diese Legitimität grundsätzlich in ein schiefes Licht. Zudem wird eine ungerechte Steuer nicht dadurch gerechter, dass sie nur eine Minderheit trifft.

Das Argument, die Steuer betreffe ja nur eine kleine Minderheit, ist besonders zynisch und auch im Hinblick auf die Zukunft gefährlich. Bewilligt eine Mehrheit diesen Zugriff auf grosse Erbschaften, ist vorauszusehen: Die Erträge werden im gleichen Ausmass schwinden, wie sich diejenigen legalen Ausweichmöglichkeiten etablieren werden, die wir von andern Ländern mit hoher progressiver Erbschaftsteuer kennen. Der deutsche Ökonom Lars P. Feld hält die Erbschaftsteuer vor allem wegen der legalen Vermeidungsmöglichkeiten für ungerecht. In einem Interview nennt er sie “die grösste Dummensteuer, die wir in Deutschland haben”, denn sie treffe denjenigen eher, der ein Vermögen von 2 Mio. € vererbe und seine Steuererklärung nicht gestalten könne als jemanden, der ein Erbe von 100 Mio. € übertragen wolle. Die Verhinderung der gezielten Weitergabe grosser Vermögen an die nächste Generation zu Lebzeiten ist weder möglich noch erwünscht. Solche Eingriffe verletzen die Eigentumsgarantie, und sie sind auch gar nicht praktikabel. Was nicht funktioniert, kann auch nicht gerecht sein.

Der voraussehbare finanzielle Misserfolg nach einer Einführung der “Erbschaftsteuer für Superreiche” muss dazu führen, dass man beim Ausbleiben des für die Sanierung der AHV erhofften Ertrags sukzessive den Zugriff auch auf kleinere Erbschaften ins Auge fasst. Der Kreis der Betroffenen wird deshalb früher oder später viel weiter gezogen werden. Das sollten sich vor allem diejenigen gut überlegen, die eine Befürwortung der Vorlage erwägen, weil sie ja persönlich unterhalb der jetzigen Limite liegen. Wenn der Dammbruch zugunsten einer nationalen Erbschaftsteuer erst einmal geschehen ist, wird es schwer sein, diese Entwicklung politisch zu bremsen. Hier muss an den politischen Grundsatz “Wehret den Anfängen” erinnert werden.

Das Vererben von Vermögen ist eine Transaktion, die durch den Tod eines Menschen ausgelöst wird. Der Tod ist ein natürliches und letztlich nicht zu verheimlichendes Ereignis, das vom Staat als Steuerquelle schon früh entdeckt worden ist. Da die Erben ohne messbare Gegenleistung zu Vermögen kommen, wird die Erbschaftsteuer auch von vielen Liberalen mindestens als “relativ gerechtes” Instrument der intergenerationellen Umverteilung empfunden.

Familie ist vernünftiger als der Staat

Das ökonomische und soziale Grundproblem der Erbschaftsteuer besteht darin, dass sie gegenüber einem weltweit anthropologisch in der Familie tief verankerten Ziel, nämlich dass es der nächsten Generation einmal gleich gut oder besser gehen soll, falsche Anreize setzt. Sie bestraft das generationsübergreifende Vorsorgen und Sparen und die Grundidee, dass das Erbe nicht zum Verbrauch, sondern zur schrittweisen Wohlstandsvermehrung und zum sozialen Ausgleich von Glück und Unglück innerhalb einer langfristig ausgerichteten natürlichen Gemeinschaft dient. Das fürsorgliche private Sparen im Hinblick auf grössere Zeiträume und die treuhänderische Weitergabe innerhalb der jeweils “Nächsten” soll durch die demotivierende, zwangsweise anonymisierende Umverteilung der Politik ersetzt werden.

Die auf kollektivem Zwang beruhende Politik erhält so gegenüber der auf Tradition und Kultur beruhenden

Familie den Vorrang. Der Staat macht aber erfahrungsgemäss nur zu oft das Gegenteil der vernünftigen Familie. Er lebt gerne auf Pump, er verschuldet sich zulasten der kommenden Generationen, um sich kurzfristig populär zu machen.

Soll nun ausgerechnet die Organisation namens Familie, die sich in der Regel ökonomisch und sozial vernünftig und nachhaltig verhält, von der Organisation namens Staat, die sich häufig verschwenderisch, sozial schädlich und ökonomisch demotivierend verhält, zwangsweise zur Kasse gebeten werden? Das ist ein zivilisatorischer, ökonomischer und sozialer Rückschritt.

15 Weder Neid- noch Vaterlandsparolen

01.09.2015

Noch mehr Umverteilung oder stärkere Isolation sind kein Rezept für die Zukunft der Schweiz. Entscheidend ist die Beschränkung des eskalierenden Steuer- und Bevormundungsstaates. Ein Kommentar von Robert Nef.

“Ein souveränerer Staat ist nicht automatisch ein besserer Staat.”

Die Politik versucht immer wieder, Frustrationen auszunützen, indem sie wirksame Abhilfe in Aussicht stellt. Die konservativen Rechten schüren die Frustration von tendenziell xenophoben Patrioten, die egalitären, etatistischen Linken schüren den Neid auf die Reichen und Erfolgreichen als Basis ihrer linkspopulistischen Umverteilungspolitik. Und die sogenannte Mitte lebt von der fragwürdigen Behauptung, die Wahrheit liege in der Mitte zwischen den zwei Positionen, die, genau betrachtet, gar keine echten Gegensätze bilden, sondern einfach auf zwei unterschiedlichen Bündeln von politischen Vorurteilen und Überzeugungen beruhen. Eine “Politik der Mitte” ist oft nichts anderes als ein verkappter Opportunismus.

Ein massvoller nicht aggressiver (und auf konkurrierende lokale, regionale und nationale Mythen aufbauender) Patriotismus ist weniger gefährlich als ein diffuser ökonomischer und sozialer Neid, der sich schwer kontrollieren lässt und, wenn er einmal da ist, die Seele und den Verstand angreift und so auch dem Neider selbst Schaden zufügt. Neid ist immer tendenziell totalitär, Patriotismus nicht, weil er territorial unterschiedliche Anknüpfungspunkte hat. Auch wenn der Neid, weil er angeblich den Konsum anheizt, gelegentlich positiv oder mindestens ambivalent bewertet wird – er ist und bleibt ein Laster, das nicht nur der jeweiligen Gemeinschaft, sondern letztlich den Neidern selbst schadet.

Die Rolle der Feindbilder

Solidarität ist ihrem Wesen nach immer Gruppensolidarität, und Gruppen bilden sich u.a. auch durch gemeinsame Feindbilder: die Fremden, die andern (d.h. “die Linken” bzw. “die Rechten”), die Aussenseiter, die Ungläubigen, die Reichen, die Ausbeuter, die Klassenfeinde.

Die christliche Feindesliebe ist eine fundamental andere und neue Herausforderung, die allerdings spontanen und natürlichen Instinkten zuwiderläuft. Sie hat eine zutiefst apolitische, kultur- und friedensstiftende Komponente. Wer “Feindesliebe” frei mit “Einfühlungsvermögen in die wesensmässig anderen” übersetzt, kommt zu der persönlichen Sympathie für die Bedürfnisse anderer, wirklich verschiedener Menschen, die sowohl eine Basis der kulturstiftenden Kommunikation durch Lernbereitschaft als auch des erfolgreichen ökonomischen Tauschens und auch einer friedensstiftenden Innen- und Aussenpolitik ist.

Was sich heute in der Politik der Schweiz abspielt, sind der fast grenzenlose Ärger und die Feindschaft der linken Neid-Bewirtschafter (auf dem absteigenden Ast) gegen die rechten Patriotismus-Bewirtschafter (auf dem aufsteigenden Ast). Schlimmer als der Neid der Besitzlosen ist der Neid der Erfolglosen bzw. weniger Erfolgreichen. Die Anti-Blocher-Koalition tut sich schwer damit, dass heute eine grosse Mehrheit des Schweizer Volkes, auch in der französischsprachigen Schweiz, keinen Beitritt zur EU wünscht, auch keinen schrittweisen. Die Horrorszenarien eines Nichtbeitritts sind nicht eingetreten. Wenn der Erfolg der Linken, der Grün-Linken und der Mitte-Linken zu wanken beginnt, steigert sich der politische Neid der weniger erfolgreichen Besserwisser gegenüber den Erfolgreicheren, denen die Intellektuellen und die Mitte-links-Medien fast unisono seit Jahren den Niedergang prophezeien, weil sie angeblich die Gunst der Urbanen, Aufgeschlossenen, Jugendlichen nicht geniessen und “nationalkonservativ” und damit “rückwärtsschauend” sind.

Aus liberal-weltoffener Sicht kann man der Schweizerischen Volkspartei SVP durchaus rechtspopulistische Tendenzen ankreiden, aber sie sind stets transparent. Die Partei hat nie grundsätzlich gegen Einwanderung Stellung bezogen, sondern setzt sich lediglich dafür ein, die politische Kontrolle darüber in der eigenen Hand zu behalten. Es gibt aber, jenseits von allem Nationalismus und Konservatismus, tatsächlich gute Gründe, den Wert der Eigenständigkeit (nicht nur in der Einwanderungspolitik) gegenüber den wirtschaftlichen Vorteilen der Integration,

der Öffnung und der Anpassung an eine zentralistische Grossorganisation zu betonen, die schrittweise auf eine Fiskal- und Sozialunion und eine Schuldengemeinschaft zusteuert und die auf einer gefährlichen Mischung von Sozialdemokratie und Korporatismus basiert. Ein Ad-hoc-Zusammenschluss aller weltoffenen EU-Skeptiker jenseits aller ideologischen Fixierungen wäre ein konstruktiver Schritt zu einem eidgenössischen Basiskonsens.

Der typische Schweizer Patriotismus ist lokal und kantonale. Man ist via “*ius sanguinis*” (vererbtes Bürgerrecht einer Gemeinde) z.B. primär Appenzeller, Zürcher oder Neuenburger, und als Berner ist man Oberländer, Seeländer oder Bürger der Stadt Bern. Zusätzlich entwickelt man häufig als “Zugezogener” einen emotionalen Bezug zum aktuellen Wohnort. Wichtig (und oft unterschätzt) ist die Tatsache, dass es in der Schweiz seit Jahrhunderten interkantonale und interkonfessionelle Mischehen gibt, die innerfamiliär robuste überlappende Identitäten erzeugen und festigen. Da es stets auch “Intermarriage” über die Landesgrenzen hinweg gegeben hat, überwiegt die gegenseitige private Verbundenheit der Schweizerinnen und Schweizer mit den jeweils Eingebürgerten, die es in praktisch jeder Familie gibt, gegenüber einer nationalistischen Mentalität.

Die Frage des Beitritts zur Europäischen Union wird von der Bevölkerung mit guten Gründen als Schicksalsfrage wahrgenommen, die auch das Wahlverhalten bestimmt. Ist eine die nationale Souveränität betonende, konsequente Gegnerschaft zum EU-Beitritt mit einer liberalen Grundeinstellung vereinbar? Wenn die FDP heute nach neueren kantonalen Wahlergebnissen wieder zulegt, so hat dies viel damit zu tun, dass sie sich einigermaßen glaubwürdig vom EU-Beitritt distanziert. Sollte sich diese Haltung später einmal als reine Wahltaktik herausstellen, wird die Glaubwürdigkeit dieser Partei massiv darunter leiden und den Wähleranteil wieder schrumpfen lassen.

Eine Ablehnung jeder europäischen und internationalen Vernetzung ist allerdings stur und zukunftsblind. Wenn der Zusammenschluss in Europa wirklich nur die Liberalisierung und die Öffnung der Zoll- und Handelschranken bedeuten würde, gäbe es für Liberale keinen Grund gegen eine aktive Beteiligung der Schweiz. Eine nach innen und aussen offene und flexible Freihandelsassoziation, die ihren Mitgliedern viel Raum für die Regulierung ihrer spezifischen historischen und geografischen nationalen Eigenheiten zugesteht, wäre das Kooperationsmodell des 21. Jahrhunderts.

Weg vom Primat des Zentralismus

Die EU organisiert sich aber zunehmend als Binnenmarkt, als Währungs- und Schuldenunion mit kontinental schrittweise harmonisierter Geld-, Steuer- und Sozialpolitik. Sie versucht das gefährliche Experiment des nationalstaatlichen Merkantilismus und Interventionismus und des umverteilenden Wohlfahrtsstaats auf europäischer Ebene nochmals aufzugleisen und verfolgt deswegen ein strukturkonservativ-sozialdemokratisches Konzept, kein marktwirtschaftlich-liberales.

Aus liberaler Sicht gibt es keinen Grund für “mehr Schweizertum” und auch keinen Bedarf für eine betont patriotische politische Führung. Ein souveränerer Staat ist nicht automatisch ein besserer Staat. Entscheidend für eine freiheitliche Zukunft sind die Beschränkung des eskalierenden Steuer- und Bevormundungsstaates und der Abschied vom Primat einer zunehmend zentralistischen Politik – auch in der Schweiz. Die Zukunft liegt bei einer friedlich kooperierenden Zivilgesellschaft auf der Basis kleiner politischer Gebietskörperschaften.

16 Die sogenannte Flüchtlingskrise

13.04.2016

Der Streit über die Migrationsfrage ist nur ein Teil der europäischen Konsenskrise. Die Solidarität in der EU ist brüchig, sobald Probleme mit den Mitteln der Brüsseler Bürokratie gelöst werden sollen. Ein Kommentar von Robert Nef.

“Die Internationalisierung von Wohlfahrtsstaaten wirft unlösbare Probleme auf.”

Das Haupt- und Grundproblem der EU ist nicht die Immigration, sondern die Finanz- und Strukturkrise, auf die sozialistisch-nationale, international prekär verknüpfte Wohlfahrtsstaaten der EU in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zusteuern. Mit einer Intensivierung der Umverteilungsströme auf der Basis einer immer höheren Besteuerung der finanziell Leistungsfähigen lassen sich die Probleme nicht lösen. Auch nicht mit einer Internationalisierung dieses egalitär-interventionistischen Ansatzes. Im Gegenteil, sie verschärfen die Abhängigkeiten und die damit allseits notwendigerweise verknüpften Aggressionen.

Die EU ist unterwegs zu einer Umverteilungsunion. Umverteilen und Herrschen gehören zusammen. Der Grundsatz “Wer zahlt, befiehlt” wirkt sich in diesem Zusammenhang wie folgt aus: Wer aus öffentlichen Mitteln zahlt, erhebt den Anspruch, auch Bedingungen zu stellen, was aufgrund der Zahlungen zu geschehen hat, d.h., er befiehlt zunehmend, und wer zunehmend befiehlt, wird zunehmend gehasst. Für die Empfänger ist das Bezahlte stets zu

wenig, und für die Bezahlenden ist die Einflussnahme stets zu gering, beides ebenfalls mit zunehmender Tendenz. Das ist der Fluch jeder politisch organisierten Umverteilung: eine kontinuierlich zunehmende Unzufriedenheit – das Gegenteil der gegenseitigen Befriedigung, die im herrschaftsfreien Tausch angelegt ist.

Hohe Integrationsleistung der Schweiz

In der Schweiz leben bei einer Gesamtbevölkerung von acht Millionen sechs Millionen Schweizerinnen und Schweizer mit zwei Millionen Ausländerinnen und Ausländern relativ friedlich zusammen. Nahezu jede Familie, jede Schulklasse und jeder Betrieb ist täglich mit den jeweils aktuellen Fragen und Herausforderungen der Integration konfrontiert. Es gibt seit Jahren eine legitime politische Diskussion über notwendige Massnahmen zur Beschränkung der Immigration einerseits und über eine bessere Integration der Immigranten andererseits, aber es gibt keine akute "Flüchtlingskrise".

Die in der Volksabstimmung Ende Februar abgelehnte Durchsetzungsinitiative forderte die automatische Ausweisung krimineller Immigranten. Hinter dieser Forderung stand ursprünglich eine Bevölkerungsmehrheit und auch eine grosse Zahl der grossmehrheitlich nicht kriminellen Immigranten, aber die Debatte wurde vor allem in den Medien vor dem Hintergrund der europäischen Flüchtlingskrise zu einer Grundsatzfrage für oder gegen eine humanitäre, rechtsstaatlich und völkerrechtlich korrekte Einwanderungspolitik und gegen einen xenophoben Populismus umgelenkt. Die Ablehnung der Initiative hat der internationalen Reputation einer weltoffenen Schweiz zweifellos genützt.

Über die Umsetzung der von Volk und Ständen 2014 angenommenen Initiative zur Einschränkung der Masseneinwanderung wird derzeit mit Brüssel verhandelt, weil von dieser Seite eine Verletzung der Personenfreizügigkeit gemäss den bilateralen Verträgen ins Feld geführt wird. Gleichzeitig steht EU-intern das Schengen-Abkommen auf der Kippe. Dass sich die EU angesichts dieser Ausgangslage in die vergleichsweise grosszügige und vernünftige Migrationspolitik eines Nichtmitglieds durch Ultimaten aller Art (z.B. durch eine "automatische Kündigung" aller Abkommen und den Ausschluss aus von der Schweiz mitfinanzierten Forschungsprogrammen) einmischt, zeugt von der Arroganz der EU-Bürokratie. Wenn wir die aktuellen Zahlen der Schweiz auf Deutschland übertragen, würde dies dort einen Einwandereranteil von zwanzig Millionen bedeuten.

Die europäische Flüchtlingskrise ist nur ein Symptom für das Nichtfunktionieren des Schengen-Abkommens und des Drei-Kreise-Immigrationsmodells an der EU-Aussengrenze. Die durch Krieg erzwungene Flucht hat aber mit dem Prinzip der Freizügigkeit nur wenig zu tun. Für Kriegsflüchtlinge, die nach Beendigung des Konflikts so schnell wie möglich in ihr Land zurückkehren sollten, sind temporäre Lager in der Nähe des Konfliktgebiets die bessere Option als eine oft nur vorgegaukelte Willkommenskultur. Was die wirtschaftlich bedingte Migration betrifft, ist in erster Linie eine weltweit freiere Zirkulation von Gütern und Dienstleistungen anzustreben. Dadurch werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die produzierenden Menschen in ihrer Heimatkultur bleiben können.

Zahlreiche Mitgliedstaaten beginnen sich jetzt als National-Interventionisten zu entlarven. Von der immer wieder beschworenen EU-internen Solidarität bleibt nur noch wenig übrig. Was sich gegenwärtig abspielt, ist nur der sichtbare Teil des "Eisbergs" einer EU-Solidaritätskrise, die eigentlich klarmacht, dass es diese Solidarität an der Basis gar nie gegeben hat.

Aus liberaler Sicht sind offene Grenzen auch für Personen zu befürworten. Sie führen zu mehr Vielfalt und mehr Wettbewerb. Das aktuelle Grundproblem im Zusammenhang mit offenen Grenzen hat der liberale Ökonom Milton Friedman unmissverständlich formuliert: Man kann nicht gleichzeitig in Wohlfahrtsstaaten leben und offene Grenzen offerieren ("You can have open borders or you can have the welfare state"). Ein Drittes gibt es nicht. Wohlfahrtsstaaten sind ihrem Wesen nach sozial-nationalistisch, und ihre Internationalisierung wirft tendenziell unlösbare finanzielle und polit-psychologische Probleme auf.

Die europäischen Arbeitsmärkte waren schon längere Zeit durch Mindestlöhne abgeschottet. Die Marktlöhne, die man Immigranten beim Einstieg in die für sie fremde Arbeitswelt vernünftigerweise offerieren könnte, wären natürlich markant niedriger, was aber von den Betroffenen ohne weiteres akzeptiert würde. Überall, wo die Arbeitsmärkte reguliert und blockiert sind, muss man die Immigranten in Ghettos unterbringen und durch staatliche Renten statt durch private Löhne am Leben erhalten. Das wird immer teurer, unmenschlicher und unmöglicher.

Darum kontingentiert man lieber die wider Willen in Lagern und Unterkünften untergebrachten Sozialrentner (die ja ihrerseits grossmehrheitlich durchaus bereit wären, auch zu relativ bescheidenen Löhnen wirklich zu arbeiten) und schliesst sukzessive die Landesgrenzen, als dass man die Arbeitsmärkte öffnen würde. Dort sind nämlich die tatsächlich unmenschlichen Grenzen, die den Arbeitssuchenden den Weg zu einer Integration durch Arbeit verwehren, weil sich die Arbeitshabenden intern gewerkschaftlich und national-solidarisch zulasten der Neuankömmlinge verteidigen, die bereit wären, für einen niedrigeren Lohn zu arbeiten.

Illusion der Kontingentslösung

Die konzeptionelle Schwäche jeder Kontingentslösung in einem Freizügigkeitsraum wird von der Politik verdrängt oder bewusst verschwiegen. Wenn die EU-intern fixierten "Kontingente" nicht irgendwie "eingesperrt" werden, migrieren sie bei offenen Grenzen ohnehin dorthin, wo sie ursprünglich hinwollten. Wenn Kontingente durchgesetzt werden, ist die Zeit der unkontrollierten Grenzen auch für Deutschland vorbei. Dann stehen wir nach der Herausforderung offener Landesgrenzen vor der Herausforderung offener Arbeitsmärkte.

Die freiheitliche Alternative dazu ist leider – wenigstens heute noch – utopisch. Das Migrationsproblem wäre lösbarer, wenn wir in Europa und weltweit völlig offene Arbeitsmärkte und ein auf freiwillige Caritas abgestütztes Sozialwesen hätten. Dann würde sich der Zustrom auf die Anzahl der Arbeit anbietenden und Hilfsbereiten einpendeln. Niemand würde gezwungen, jemandem zu helfen, und niemand könnte ein Kollektiv als "unmenschlich" anprangern. Jedermann müsste seine moralischen Ansprüche und seine persönliche Willkommenskultur an der eigenen privaten Aufnahme-, Anstellungs-, Investitions- und Spendenbereitschaft testen.

17 Mehr Efta, weniger EU

28.06.2016

Die Europäische Freihandelsassoziation könnte Staaten auffangen, die aus der EU austreten. Allerdings beruht Freihandel gerade nicht auf Clubmitgliedschaften und komplizierten Verträgen, schreibt Robert Nef.

"Mehr Freiheit und mehr Frieden für alle durch mehr Freihandel."

Die Briten haben sich mit einem von vielen unerwarteten und knappen Resultat für den Austritt aus der Europäischen Union entschieden. Über die Gründe und die Folgen dieses Entscheids wird nun auch in der Schweiz heftig diskutiert und spekuliert. Vorerst gilt es abzuwarten und allseits weder der Euphorie noch dem Defaitismus zu verfallen.

Wie in der Schweiz gibt es auch im Vereinigten Königreich zwei Lager, die mit völlig unterschiedlichen Motiven gegenüber der EU eine ablehnende Haltung einnehmen. Einmal die Anhänger des unverteilenden und intervenierenden Nationalstaates, der die Bürger und Bewohner seiner Nation wirtschaftspolitisch bevorzugt behandelt und vor allem eine restriktive Einwanderungspolitik verfolgt. Aus dieser Sicht ist die Europäische Union zu gross, zu heterogen und zu offen und berücksichtigt die herkömmlichen nationalen und regionalen politischen Eigenheiten und Wünsche und Sonderwünsche zu wenig.

Die EU als Anachronismus

Für eine andere, wahrscheinlich kleinere, aber weitsichtigere Gruppe ist die EU eine veraltete Fehlkonstruktion aus der Zeit des Kalten Krieges, in der es um das Bemühen ging, sich durch einen wirtschaftspolitischen und bürokratischen Zusammenschluss eine neue welthandelspolitische Machtposition aufzubauen und den inneren Frieden durch eine staatlich gelenkte Umverteilungspolitik und gemeinsame europäisch zentral finanzierte Infrastrukturen und eine gemeinsame Währung schrittweise herbeizuführen. Das ist das politische Rezept, mit dem die grossen europäischen Nationalstaaten im 18. und 19. Jahrhundert ihre eigene politische, nationalökonomische und militärische Macht aufgebaut hatten und das dann leider in die Katastrophen der beiden Weltkriege führte.

Aus liberaler Sicht ist die Epoche der merkantilistisch und machtpolitisch rivalisierenden Nationalstaaten vorbei, und es geht heute darum, ein auf möglichst freiem Austausch von Dienstleistungen, Waren und Ideen basierendes weltweites Netzwerk aufzubauen, in dem grosse militärische Auseinandersetzungen immer sinnloser werden. In einem globalen, durch Freihandel verbundenen Netzwerk ist der relative Friede für alle Beteiligten und Betroffenen die beste Lösung.

Dazu braucht es keine weltpolitisch organisierte, mit militärischer Macht ausgerüstete globale Zentralmacht – und erst recht keine kontinental als Binnenmärkte organisierten konkurrierenden Macht- und Wirtschaftsblöcke. Vielmehr braucht es ein friedliches pluralistisches Nebeneinander gleichberechtigter grosser und kleiner Staaten, die sich selbst verteidigen, auf Angriffe verzichten und die von ihrer Bevölkerung mitgetragenen vielfältigen politischen Strukturen aufrechterhalten und selbst finanzieren.

Solche Vernetzungen lassen nicht von einer ohnehin utopischen Weltfriedens- und Welthandelszentrale aus konstruieren. Sie müssen vielmehr organisch von unten nach oben wachsen, und sie müssen an langfristigen, intelligenten, lokalen, regionalen und nationalen Eigeninteressen anknüpfen.

Die Bezeichnung Efta, European Free Trade Association (Europäische Freihandelsassoziation), könnte tatsächlich ein taugliches Programm für Europa im 21. Jahrhundert markieren. Eine auf Freihandel beruhende, die nationalen Eigenständigkeiten wahrende Organisation entspricht dem, was denen vorschwebt, die der heutigen EU mit guten Gründen ein Zuviel an Zentralbürokratie, ein Zuviel an Harmonisierung und ein Zuwenig an globaler Offenheit vorwerfen. Eine Free Trade Association wäre ein Auffangbecken für austretende Mitglieder und stünde auch neuen Mitgliedern offen, die für die EU-Mitgliedschaft aus verschiedenen Gründen nicht in Frage kommen, z.B. Israel und der Türkei.

Braucht es regionale Abkommen?

Die Frage bleibt allerdings offen, ob die real existierende Efta ihren ambitiösen Namen überhaupt je zu Recht getragen hat. Die Organisation ist von ihrer Entstehungsgeschichte her eine Art Komplementärgebilde zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und damit zur späteren Europäischen Union und hat somit ähnliche "Geburtsgebrechen". Sie ist zwar in mancher Hinsicht flexibler und attraktiver als die EU, aber die Frage ist berechtigt, ob sie bei einer Neukonzeption auf der Basis der Freihandelsidee neben der Welthandelsorganisation WTO noch eine Berechtigung hätte.

Braucht es bei einer längerfristigen und grundsätzlichen Betrachtungsweise zwischen bilateralen und globalen Abkommen überhaupt noch regionale Abkommen, oder sind solche nur ein neues Einfallstor für einen regionalen Protektionismus?

Am 16. September 2015 hat Rolf Weder, Professor für Ökonomie und europäische Integration an der Universität Basel, die Idee einer Efta 2.0 neu lanciert. Er propagiert eine grundsätzlich revidierte und angepasste Institution auf der Basis der bisherigen Bezeichnung.

Denkbar, wenn auch vorläufig noch utopischer als eine neue Efta wäre ein völliger Neustart mit einer Art "Magna Charta" des Freihandels, wenn möglich auf einer einzigen Seite. Das wäre auch für die Schweiz eine attraktive Option.

Vielleicht sind angesichts all dieser Varianten eine konsequente Abstinenz und ein Verzicht, sich mit irgendwelchen neuen Dokumenten in irgendwelche Clubs einbinden zu lassen, für die Schweiz tatsächlich immer noch die beste Option. Freihandel beruht nicht auf Clubmitgliedschaften und komplizierten Verträgen, sondern auf koordinierten und auch einseitigen Interventions- und Regulierungsverzichten aus eigener Kraft: mehr Freiheit und mehr Frieden für alle durch mehr Freihandel.

Es gibt in einer handelspolitisch zunehmend global vernetzten Welt keine Alleingänge und auf die Dauer auch keine politisch harmonisierten Binnenmärkte, sondern höchstens die Wahrung einer möglichst hohen Eigenständigkeit auf der Grundlage bewährter Prinzipien. Eigenständigkeit lohnt sich vor allem dann, wenn allfällige Verbindungen mehr Fremdbestimmung, mehr Staatsinterventionismus und mehr Umverteilung mit sich bringen. Dann sind auch die temporären Vorteile einer Clubmitgliedschaft ein zu hoher Preis.

Offenheit nach allen Seiten als Prinzip

Prinzipientreue schliesst eine Anpassung an geänderte Verhältnisse nicht aus, und sie verlangt auch kein stures Festhalten an tradierten, aber inzwischen überholten Verhaltensweisen. Im 20. Jahrhundert war die Schweiz aufgrund der beiden Weltkriege und des Kalten Krieges zum wirtschaftspolitischen Durchwursteln in der Defensive gezwungen, aber nach dem Zweiten Weltkrieg gelang eine internationale Vernetzung unter Wahrung der Neutralität.

Es geht jetzt im 21. Jahrhundert nicht um eine Rückkehr zum gefährlichen Igelreflex und ebenso wenig um die Zelebrierung des Kults einer besonderen Auserwähltheit auf der Basis eines eidgenössischen "Sonderfalls". In der Tat gibt es sowohl in der Geschichte der Schweiz als auch in der Geschichte des Vereinigten Königreichs eine gewisse Tendenz zur Gegenläufigkeit zum Prinzip der immer zentraleren territorialen Vernetzung, die sich ihrerseits "gegen den Rest der Welt" nach aussen behaupten will.

Die universale Rundum-Offenheit als Prinzip, verbunden mit der Bereitschaft zu begründeten, begrenzten, bilateral und multilateral ausgehandelten Ausnahmen: Das ist der anzustrebende aussenhandelspolitische und ausenpolitische Weg der Schweiz, ein Weg, der auch den Briten offensteht.

18 Einseitige Populismusschelte

14.10.2016

Linkspopulismus wird nicht wahrgenommen, sollte er aber. Ein Kommentar von Robert Nef.

“Entscheidend ist, dass die Übel des Rechts- und des Linkspopulismus in gleicher Weise kritisch wahrgenommen und analysiert werden.”

Gute Politik und gute Publizistik kann man als die Kunst bezeichnen, den Leuten das auszureden, was ihnen andere eingeredet haben. Dies gilt ganz besonders bei der Kritik an allen Spielarten des Populismus. Prof. Straubhaars in “Finanz und Wirtschaft” geäußerte scharfe Kritik am europäischen und amerikanischen Rechtspopulismus ist berechtigt, aber zu einseitig.

Wenn heute ganz generell gegen den zunehmenden politischen Einfluss “der Populisten” gewettert wird, wird dabei geflissentlich übersehen, dass in den europäischen Massen- und Umverteilungsdemokratien ein etablierter Linkspopulismus vorherrscht, der als solcher gar nicht mehr wahrgenommen wird, weil ihn die mehrheitlich sozialstaatsfreundlichen Sozialwissenschaftler und Medienschaffenden für einen legitimen und “normalen” Ausdruck des allgemein akzeptierten Wunsches nach “mehr sozialer Gerechtigkeit” werten.

Wie stark dieser schwammige Begriff von einer egalitären, ebenfalls populistischen Ideologie infiziert ist, wird dabei gar nicht mehr thematisiert. Mediale und akademische Kritik am Rechtspopulismus ist berechtigt, darf aber nicht davon ablenken, wie tief wir in Europa und auch in der Schweiz (sowie v.a. in den USA!) im Sumpf eines Linkspopulismus stecken.

Die Anbiederung an den Irrglauben, die heutigen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme seien durch mehr Staat, mehr Zentralbürokratie und mehr Umverteilung zu lösen, beeinflusst – mit wenigen Ausnahmen – auch die vorherrschenden Lehren an den Universitäten. Diese Grundhaltung wird für “rational” gehalten, selbst wenn sie in den finanziellen Ruin führt, während wer dagegenhält, schnell einmal als emotional verführter Sympathisant der “Rechtspopulisten” diffamiert wird.

Nach der hellsichtigen aristotelischen Bewertung des Kreislaufs und des Zerfalls politischer Systeme trägt der generös umverteilende Sozialstaat bereits die meisten Merkmale der Ochlokratie in sich, d.h. der Regierung durch die vielen, die durch Zuwendungen des Staates zu dem verführbaren “grossen Haufen” werden, der auf der Basis des Mehrheitsprinzips zur Manövriermasse aller populistischen Verführer degeneriert.

Entscheidend ist, dass die Übel des Rechts- und des Linkspopulismus in gleicher Weise kritisch wahrgenommen und analysiert werden und dass das eine Übel keinesfalls als das politische Heilmittel gegen das andere angepriesen wird. Der Weg aus der Sackgasse des überbordenden, umverteilenden und nicht nachhaltig finanzierbaren Daseinsvorsorgestaats beruht auf der Umkehr zu weniger Staat und mehr Selbstverantwortung, und die Propagierung dieses Weges ist leider alles andere als populär.

19 Sozialstaat und Personenfreizügigkeit

01.11.2016

Die Einschränkung des Freizügigkeitsprinzips hat sich in der Zeit der Konsolidierung des Schweizer Bundesstaates bewährt. Sie wäre auch dem Staatenverbund EU zu empfehlen – für längere Zeit. Ein Kommentar von Robert Nef.

“Niederlassungsfreiheit stellt keinen Rechtsanspruch auf staatliche Leistungen dar.”

Personenfreizügigkeit ist keine Voraussetzung für offene Märkte. Dies ist die Quintessenz einer Studie der Brüsseler Denkfabrik Bruegel zum Thema “Europe after Brexit”, an der auch der CDU-Politiker Norbert Röttgen, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestags, mitgewirkt hat. Die Studie schlägt vor, dem Vereinigten Königreich und der Schweiz freien Zugang zum EU-Binnenmarkt zu gewähren – ohne die volle Personenfreizügigkeit. Für Röttgen ist die Personenfreizügigkeit ein politisches Projekt, das mit dem ökonomischen Projekt eines Binnenmarktes nicht direkt verknüpft werden sollte.

Interessant ist, dass der 1848 gegründete Bundesstaat Schweiz in den ersten hundert Jahren seines Bestehens auch nur eine beschränkte Personenfreizügigkeit kannte. “Armengenössige” (heute: Sozialhilfebezüger) wurden in ihre Heimatgemeinde zurückgeschickt, und niemand sah darin eine Verletzung von Bürgerrechten oder gar von Menschenrechten. Ältere Leute erinnern sich noch an den Ausspruch: “Wenn ich einmal alt und verarmt bin, komme ich ins Armenhaus meiner Heimatgemeinde.” Das war nicht etwa zynisch oder resigniert gemeint, es war Ausdruck der Gewissheit, dass man selbst in einer hoffnungslosen Situation einen Ort hat, an dem man nicht im Stich gelassen wird.

Sozialer Frieden gefährdet

Die Vorstellung, dass man in seinem Land zwar Freizügigkeit genießt, solange man auch in der Lage ist, selbst für sich aufzukommen, aber als Armengeössiger eben an seinen Ursprungsort heimkehren muss, war über Jahrhunderte Allgemeingut. Dass jeder verarmte Mensch, wo immer er sich auch niederlässt, automatisch den Anspruch hat, auf Kosten der jeweiligen Dorf-, Stadt- oder Landbewohner auf dem Niveau der dortigen Lebensumstände sozial versorgt zu werden, ist neueren Datums. Wenn dieser Anspruch heute im Zusammenhang mit Freizügigkeitsabkommen schon fast den Rang eines Menschenrechts genießt, darf man die Frage nach seiner tieferen Berechtigung stellen und auch die Frage nach den Folgen, die dadurch bewirkt werden.

Er begründet nämlich weder eine Selbstverantwortung noch eine höhere nachbarlich und mitmenschlich geprägte Mitverantwortung gegenüber Hilfebedürftigen, sondern das Abschieben jeder Verantwortung an eine anonyme Grossorganisation einerseits und die immer frechere Selbstbedienungsmentalität potenzieller Bezüger andererseits. Beides gefährdet auf die Dauer den sozialen Frieden.

Dass die Freiheitsrechte allgemein und die Niederlassungsfreiheit im Besonderen keinen verfassungsrechtlichen Anspruch auf staatliche Leistungen oder gar auf einen auf Kosten der Allgemeinheit garantierten Lebensstandard gewährleisten, war bis vor wenigen Jahrzehnten in der liberal-rechtsstaatlichen Schweiz unbestritten. Die erwähnte Einschränkung des Freizügigkeitsprinzips hat sich in der Zeit der Konsolidierung als Bundesstaat bestens bewährt. Sie wäre auch – mindestens für die ersten hundert Jahre – für den EU-Staatenverbund ein sehr empfehlenswertes Konzept, das letztlich dem sozialen Frieden besser dient als das vorbehaltlose Versprechen einer Freizügigkeit, die mit einem sozialstaatlichen Versorgungsanspruch verbunden wird.

Die Schweiz von 1848 war ähnlich heterogen wie heute ganz Europa. Die Unterschiede bei den Löhnen, beim Lebensstandard und bei den Lebenskosten waren enorm. Warum hat die bundesstaatliche Integration in der Schweiz trotz dieser grossen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Vielfalt und trotz der Mehrsprachigkeit funktioniert? Die weit verbreitete, robuste Selbstversorgungswirtschaft, ein relativ freier Arbeitsmarkt und ein intakter Steuerwettbewerb bestärkten gleichzeitig zentralisierende und dezentralisierende Tendenzen und durchmischten die Schweiz ohne überstürzte Identitätsverluste und Entwurzelungen. Zudem hat natürlich der massive Druck von aussen, dem die Schweiz während der Weltkriege ausgesetzt war, die für einen Integrationsprozess wichtige innere Kohärenz gefördert.

Eine viel allgemeinere, aber damit zusammenhängende Frage stellt sich im Zusammenhang mit dem Euro und mit der Einheitswährung Franken, der ja ebenfalls als Erfolg gewertet werden kann. Warum hat dieser eigentlich in einem Umfeld funktioniert, das ökonomisch und sozio-kulturell mindestens so heterogen war wie heute ganz Europa? Ich vermute mindestens drei Gründe: der Goldstandard, interkantonaler und innerkantonaler Wettbewerb der Fiskal- und der Sozialpolitiken sowie ein freier Arbeitsmarkt. Vielleicht auch eine relativ vernünftige Notenbank? Oder einfach nur die für die neutrale Schweiz glücklichen aussenpolitischen Konstellationen im kriegsversehrten 20. Jahrhundert?

Der Finanzausgleich kann es nicht gewesen sein. Er kam relativ spät und ist zudem eine fragwürdige Institution, die viele positive Auswirkungen des Steuerwettbewerbs zunichtemacht. Auch die zentralstaatliche Sozialpolitik durch zwangsweise Umverteilung ist erst hundert Jahre nach der Gründung des Bundesstaates eingeführt worden.

Vielleicht sind es gar nicht die unterschiedlichen ökonomischen Voraussetzungen und strukturellen Ungleichheiten, die den Euro gefährden, sondern die unterschiedlich fehlorganisierten und zentralisierten Wohlfahrts- und Umverteilungssysteme, die mit Freizügigkeit letztlich inkompatibel sind. Schon Milton Friedman wies auf die grundsätzliche Unvereinbarkeit von freier Immigration und Wohlfahrtsstaat hin, weil sie falsche Anreize für Migranten schafft, die einseitig zulasten der Ansässigen gehen. Es ist schon kurzfristig unmöglich, gleichzeitig eine internationale Willkommenskultur zu pflegen und grosszügige Sozialleistungen als allgemeinen menschenrechtlichen Anspruch in Aussicht zu stellen.

Das Paradox eines europäischen Binnenmarktes kommt in der EU-Migrationspolitik klar zum Ausdruck. Die migrationsfreundliche Öffnung der Binnengrenzen ruft nach migrationsfeindlicher Abwehr an den Aussengrenzen, was in der EU zur Vollzugskrise beim Dubliner Abkommen führt. Der EU-Bundesstaat scheitert am Fehlprojekt "Wohlfahrts-" bzw. "Daseinsvorsorgestaat", das einen Prozess der Zentralisierung, Bürokratisierung, Etatisierung, der Sozialisierung und der Abschottung gegen aussen voraussetzt, der sich nicht einmal auf nationalstaatlicher Ebene politökonomisch nachhaltig aufrechterhalten lässt. Die finanzielle Krise des nationalen Daseinsvorsorgestaates kann nicht durch eine Flucht in einen noch grösseren Verbund überwunden werden.

Nicht der Euro ist das zentrale Problem

Viele Regierungschefs sind nur darum so dezidiert pro EU, weil sie damit von den immer weniger lösbaren Problemen ihrer nationalen Umverteilungspolitik ablenken können. Je grösser und unübersichtlicher der territoriale Rahmen, desto leichter ist die Verwischung und Vertuschung von politischen Verantwortlichkeiten. Nicht das "Projekt Euro",

sondern das Projekt "EU-Wohlfahrtsstaat" ist die entscheidende Fehlkonstruktion. Umverteilungssozialismus ist nur möglich, wenn die Gebietskörperschaften, die ihn praktizieren, relativ klein sind, in Wettbewerb stehen und über Zutrittsschranken und Exit- sowie Expell-Optionen verfügen.

Politische Umverteilungssysteme werden durch das Mehrheitsprinzip korrumpiert, sobald eine Mehrheit zulasten von Minderheiten lebt. Es sei denn, es gelinge, den politischen Konsens zu finden, der die zwangsweise Umverteilung auf ein ökonomisch allseits nachhaltig tragbares Mass reduziert. Dieses Mass ist selbst in der Schweiz bereits überschritten, aber es gibt zu wenig Politiker und auch zu wenig Wissenschaftler und Publizisten, die auf diese durchaus unpopuläre Tatsache aufmerksam machen. Es gibt auch einen Populismus des gezielten Ausweichens und Verschweigens.

20 Echte Reform der AHV statt Flickwerk

24.03.2017

Die Finanzierungsprobleme der Altersvorsorge lassen sich nur lösen, indem eine einleuchtende Formel eingeführt wird, die automatische Anpassungen an die sich wandelnde Wirklichkeit auslöst. Ein Kommentar von Robert Nef.

“Die Vorlage ist das Produkt einer opportunistischen und populistischen Debatte.”

Der Nationalrat hat am 17.März mit einer hauchdünnen Mehrheit den im Ständerat ausgehandelten Kompromissvorschlag zur Altersvorsorge 2020 gutgeheissen. Damit kommt die Vorlage vor das Volk. Ob sie am 24.September von Volk und Ständen angenommen wird oder ob sie von einer Koalition von Neinsagern mit unterschiedlichsten Motiven abgelehnt wird, bleibt einstweilen offen.

Das jetzt zur Abstimmung vorgelegte Flickwerk darf aus liberaler Sicht durchaus scheitern. Es ist das Produkt einer opportunistischen und populistischen Debatte. Es ging dabei mehrheitlich nicht um Grundsätzliches, sondern um eine tatsächliche oder vermeintliche Mehrheitsfähigkeit. Kurz: Es war ein tagespolitisches Gerangel unter Volksvertretern, die von ihrer jeweiligen Wählerschaft wieder gewählt werden wollen.

Wenn von links-etatistischer Seite Lösungen bevorzugt werden, die das Dreisäulenprinzip schrittweise in eine einheitliche staats- und steuerfinanzierte Volkspension hinüberführen, ist dies durchaus verständlich. Konsequenterweise müsste aus dieser Sicht aber klar gegen dieses durchlöchernde und nicht mehr nachhaltig finanzierbare Prinzip votiert werden. Doch die Alters- und Hinterlassenenversicherung AHV gilt, in Kombination mit dem Pensionskassenobligatorium, bei der Wählerschaft aller Parteien immer noch als der grosse sozialstaatliche Kompromiss des 20. Jahrhunderts und geniesst daher hohe Akzeptanz. Eine kleine Reform, die daran herumflickt, ist daher viel konsensfähiger als eine grössere Reform, die auf neue, nachhaltig finanzierbare Alternativen abzielt.

Genau genommen sind es fünf Säulen

Es gibt ein von Wissenschaftlern konzipiertes, echtes Sanierungsmodell, nämlich die AHV-Schuldenbremse, die von den Professoren Christoph Schaltegger (Luzern) und Lars Feld (Freiburg i.Br.) lanciert worden ist. Sie knüpft an das schwedische Sanierungsmodell an, bei dem es nicht um absolute Rentenbeiträge ging, sondern um die Gutheissung eines Prinzips, das sich automatisch an die ökonomischen und die demografischen Realitäten anpasst. Der Begriff AHV-Schuldenbremse ist ein Volltreffer. Die Idee sollte weiterverfolgt und konkretisiert werden.

Die drei Säulen der schweizerischen Altersvorsorge müssen nicht geflickt und durch Querfinanzierungen verstrebt und neu kombiniert werden. Sie wurden ohnehin bei der Einführung falsch nummeriert. Eigentlich handelt es sich ja um fünf eigenständige Säulen. Die erste Säule wäre nach dem Subsidiaritätsprinzip die Eigenvorsorge, die zweite (wie bis anhin) die eigenfinanzierte, obligatorische berufliche Vorsorge, die dritte das AHV-Umlageverfahren, die vierte die Ergänzungsleistungen und die fünfte die direkte Sozialhilfe aus Steuergeldern für echt Bedürftige.

Was man jetzt beantragt, ist eine heillose Vermischung der Prinzipien und eine Umkehr des Subsidiaritätsprinzips. Dadurch werden die Probleme nicht gelöst, sondern verewigt und verschärft.

Eine echte Lösung wäre nur eine grosse Reform, die auf einer einleuchtenden Formel basiert, die sich automatisch an sich ändernde Realitäten anpasst. Es braucht einen langfristigen Anpassungsautomatismus zwischen Volkseinkommen, Alterspyramide, Pensionsalter, Lebensarbeitszeit und Grundbedarf. Ein solcher Vorschlag ist aber nur dann konsensfähig, wenn er längerfristig konzipiert ist und zur Zeit der Einführung bei real existierenden Mehrheiten noch keine direkten einschneidenden Folgen auslöst.

Die Bürgerlichen sollten den Sozialdemokraten bei der "fünften Säule" entgegenkommen, getreu dem auch für Liberale akzeptablen Grundsatz "Die echt bedürftigen Alten sollen vom Gemeinwesen nicht im Stich gelassen

werden". Was aber Armut im Sinn echter Bedürftigkeit ist (nämlich der wirklich notwendige Überlebensbedarf), soll im politischen Prozess in Verknüpfung mit den damit verbundenen Kosten entschieden werden, möglichst nichtzentral, das heisst auf der bürgernahen Ebene, auf der eine gegenseitige soziale Kontrolle den Missbrauch verhindert.

Die Diskussion der aktuellen Vorlage in den Medien drehte sich in erster Linie um die monatliche Renterhöhung von 70 Fr. für Neurentner. Das ist anschaulich, und eine Mehrheit ist dafür, wenn die Gesamtkosten nicht erwähnt werden, mit denen dadurch zunächst die AHV und dann die Staatskasse belastet wird. Das dabei entstehende Defizit ist mit einer Eigenfinanzierung durch die Beitragszahlenden schon relativ bald nicht mehr finanzierbar. Dadurch wird die Steuerfinanzierung nicht mehr ergänzend, sondern immer essenzieller – ein weiterer Schritt zur Staatspension.

Kollektive Vernunft statt Ideologie

Die Linke optiert seit je für steuerfinanzierte und damit auch progressionsabhängige Lösungen. Aber wie steht es um die Finanzierung der AHV? Durch die einkommensabhängigen Beiträge (ohne obere Limite – was weltweit einmalig ist) wird sie schon heute zu erheblichen Teilen von den einkommensstärksten 10% der Bevölkerung getragen. Auch dies wird aber kaum je anhand von Zahlen dokumentiert und in den Medien kommuniziert. Dann würde nämlich manifest, wie abhängig nicht nur die AHV, sondern der ganze Staatshaushalt von den Einkünften der Reichen ist, deren Einkommen und Reichtum man immer wieder als "sozial ungerecht" anprangert.

Die Verschuldungsfalle ist in der "Altersvorsorge auf Pump" eine Realität und kein Schreckgespenst. Rein gefühlsmässig realisieren dies vor allem die Jungen, denen die Nachhaltigkeit eines Vorsorgesystems ein berechtigtes Anliegen ist. Abwehrmassnahmen gegen die schleichende Verschuldung und gegen die drohende Pleite wären in der Schweiz über die Parteigrenzen hinweg konsensfähig.

Es geht hier nicht um Ideologie, sondern um kollektive Vernunft. Die Stimmung "so kann es auf die Dauer nicht weitergehen" und "wir werden von den politisch Verantwortlichen angelogen" ist in der Bevölkerung weiter verbreitet, als die Partei- und Interessenpolitiker aller Parteien mutmassen. Man kann diese Gefühlslage auch für einen geordneten Rückzug aus sozialstaatlichen Fehlstrukturen nutzen. Schulden und Überschuldung sind vor allem bei älteren Leuten und bei vielen Frauen notorisch unpopulär. Es ist kein Zufall, dass die Schuldenbremse als Abstraktum seinerzeit so deutlich angenommen wurde, obwohl sie auch eine Umverteilungsbremse ist, von der viele Zustimmende durchaus auch negativ betroffen sind.

Schuldenbremse politisch durchsetzen

Interessant und wichtig wären auch Schätzungen, wie viel Mehrkosten eine um ein halbes oder ein ganzes Prozent höhere Mehrwertsteuer beim üblichen Familienbudget von 20- und 65-Jährigen ungefähr auslöst. Der Lockvogel der um monatliche 70 Fr. höheren Altersrente müsste dann mit diesen Beträgen verglichen werden, die die gleiche Bevölkerung, einfach in einer andern Lebensphase, als Konsument zu bezahlen hat.

Wenn man das Konzept Schuldenbremse politisch attraktiv verkaufen will, muss man dies anhand der Millionen- und Milliardenbeiträge tun, die auf dem Spiel stehen, und nicht anhand der attraktiven Kleinbeträge, die neu verteilt werden. Wissenschaft und Publizistik sollten beim Thema einer nachhaltig finanzierbaren Altersvorsorge am Ball bleiben und gegenüber einer rein opportunistischen Parteipolitik die Führung übernehmen. Gesucht sind nicht kurzfristige, schwer durchschaubare Improvisationen, sondern konkrete, konsensfähige und finanzierbare Alternativen.

21 Der Kapitalismus – warm oder kalt?

17.05.2017

Wirtschaft und Gesellschaft brauchen sowohl Rationalität wie Emotionalität. Doch beides hat zwei Seiten: Gefühle lassen sich politisch manipulieren, und der Wohlfahrtsstaat fördert die soziale Kälte. Ein Kommentar von Robert Nef.

"Der Markt braucht Moral und belohnt diejenigen, die sich darauf abstützen."

Die beiden Begriffe "warm" und "kalt" sollten nicht mit "gut" und "böse" verwechselt werden. In Weltgegenden, die unter Hitze leiden, ist Wärme weniger erwünscht als Kälte. Hierzulande sehnt man sich nach Wärme und fürchtet die Kälte. Aber ein kühler Kopf macht einen Menschen nicht einfach "sozial kalt" und "böse". Noch komplizierter wird es, wenn "warm" und "kalt" mit dem Wieselwort "sozial" kombiniert werden. Präziser ist die Unterscheidung

zwischen “rational” und “emotional”. Wenn mit dem Begriff “emotional” Wärme assoziiert wird und mit dem Begriff “rational” Kälte oder Coolness, kommt darin besser zum Ausdruck, dass beide Bereiche je nach Situation und Konstellation ihre Vor- und Nachteile haben und eben moralisch nicht “schwarz” oder “weiss” sind.

Eine moderne, arbeitsteilige Grossgesellschaft braucht viel Rationalität und darum wenige klare Spielregeln für gemeinsame Verfahren der grossräumigen Konfliktregelung. Mitmenschliche Verhaltensweisen dürfen und sollen jedoch vielfältig sein. Verfahrensregeln bzw. allgemeine Spielregeln sind ihrem Wesen nach rational und moralisch neutral. Friedrich A. von Hayek hat stets Wert darauf gelegt, dass zwischen personenbezogenen Gemeinschaften mit Kleingruppenmoral und anonymen Grossgesellschaften unterschieden werde.

Dabei blieb aber das Zwischenglied unbeachtet, das gerade in der Schweiz eine entscheidende Rolle spielt: die kleinere politische Gemeinschaft und der kleinere und mittelgrosse Betrieb, in denen sich gesellschaftsbezogene Rationalität und personenbezogene Emotionalität direkt begegnen und überlappen.

Kühle Köpfe, heisse Herzen

Rationalität und Emotionalität haben je eine helle und eine dunkle Seite. Die helle Seite der Rationalität zeigt sich in der grossen Gesellschaft, die auf rational Denkende und Handelnde angewiesen ist. Kühle Köpfe statt heisser Herzen. Kleine Gemeinschaften können allerdings allein auf der Basis des rationalen Kalküls nicht überleben. Dort bewährt sich die helle Seite der Emotionalität. Schlimm und gefährlich wird es, wenn man grosse Gesellschaften, z.B. Nationen, emotionalisieren will, wie das der nationalistische Faschismus und der totalitäre Staatssozialismus praktiziert haben. Man wollte in den Bevölkerungsmassen via Massenmedien und Massenveranstaltungen die “heissen Herzen” und die “internationale Solidarität” erzeugen, die die Rationalität verkümmern liessen. In der grossen Masse zeigen sich Emotionen primär von ihrer dunkelsten Seite.

Neben Familie, Nachbarschaft und Freundschaft sind heute in einer arbeitsteiligen Dienstleistungsgesellschaft auch die soziale Gemeinschaft am Arbeitsplatz und die ökonomische Gemeinschaft zwischen Produzent, Dienstleister und Kunde von zunehmender Bedeutung. Letztere ist weder genetisch bedingt noch raumabhängig. Sie kann weltweit vernetzt sein und hat eine grosse, kultivierende und bestimmt auch “wärmende” Wirkung. Handel kultiviert und moralisiert wahrscheinlich Händler und Kunden – mindestens äusserlich. Lug und Trug lohnen sich auf die Dauer nicht, sie schaden dem Ruf einer Person und dem Unternehmen.

Dass Arbeitsteilung und Handel generell einfach auf die Ausbeutung des jeweils Schwächeren hinauslaufen und auf den Betrug am Naiveren, lässt sich bei einer vorurteilslosen Beobachtung der Realität nicht erhärten. Es kommt vor, aber ein dauerhafter, nachhaltiger Erfolg ist damit nicht zu erreichen. Der Markt braucht Moral, aber er verzehrt sie nicht, sondern belohnt diejenigen, die sich darauf abstützen. Das stimmt nicht in jedem Fall und ist generell auch nicht verlässlich prognostizierbar. Die kommunikative Grundregel “Trau, schau, wem!” bleibt entscheidend, aber sie beruht auf Gegenseitigkeit.

Ein Verkäufer bzw. Dienstleister, der gegenüber seiner Kundschaft “kalt” ist, wird einfach weniger Erfolg haben als derjenige, der mit menschlicher Wärme wirtschaftet. Das Gleiche gilt heute am Arbeitsplatz, wo der hoch arbeitsteilige Arbeitnehmer nicht mehr so leicht auswechselbar ist wie der Schichtarbeiter und wo ein gutes Betriebsklima auch ein ökonomisches Erfolgsrezept ist. Kurz: Soziale Wärme lohnt sich auch ökonomisch, und rationales Wirtschaften ist ohne jeden menschlichen “High Touch” nicht dauerhaft erfolgreich. “Ausbeutung” ist nicht nur moralisch schlecht, sondern lohnt sich auch ökonomisch nicht.

Die These, die Wilhelm Röpke in “Jenseits von Angebot und Nachfrage” aufstellt, wonach die Wirtschaft von aussen her einen Zuschuss an Moral brauche, weil sie mehr davon zehre, als sie selbst hervorbringe, ist mindestens einseitig. Anstand lohnt sich ökonomisch (nicht immer, doch häufiger als nicht), und dem anständig Behandelten kann es gleichgültig sein, ob er aus rein wirtschaftlichen oder aus moralischen Motiven heraus anständig behandelt wird. Die “letzten Motive” eines individuellen Verhaltens, auch bei der Moral, bleiben sowieso verborgen. Gutsein aus ökonomischem Kalkül lässt sich schwer vom Gutsein aus christlicher oder humanistischer menschlicher Zuwendung unterscheiden, denn Motive lassen sich kaum “chemisch rein” isolieren.

In der kalten Industriegesellschaft, in der Menschen Maschinen bedienen, waren die Menschen austauschbar. In einer Dienstleistungsgesellschaft, in der für die optimale Bewirtschaftung von Belegschaft und Kundenstamm und im Umgang mit dem Faktor Mensch eine gewisse Wärme auch ökonomisch unabdingbar ist, spielen individuelle Beziehungen eine zunehmende Rolle. Nicht immer, aber doch gehäuft.

Der Wohlfahrtsstaat fördert durch Professionalisierung und Anspruchsdenken die soziale Kälte. Er ermöglicht eine Delegation von Mitmenschlichkeit, die mindestens einen Teil der persönlichen Zuwendung ersetzt. Zwangsweise Umverteilung tritt an die Stelle von direkter Hilfe und Unterstützung. Das ist auch für die Wohlhabenden persönlich entlastend und praktisch und entspricht nicht nur einer sozialistischen Zwangsmoral.

Auch viele, die sich als Freunde der Freiheit bezeichnen, sind für die Delegation von Mitmenschlichkeit an Behörden mitverantwortlich, die Emotionalität durch Rationalität ersetzt. In der Schweiz hatte die Sozialdemokratie

nie mehr als 30% Wähler- und Regierungsanteil, und trotzdem ist der schnell wachsende Wohlfahrtsstaat auf dem Weg in die Verschuldungsfalle kaum mehr zu bremsen. Auch das politische Mehrheitsprinzip (in Verbindung mit progressiver Besteuerung) kann nicht allein dafür verantwortlich gemacht werden.

Ohne Kompromisse geht es nicht

Die staats- und umverteilungsabhängige Wirtschaft ist mindestens so aktiv am Semisozialismus beteiligt und so für ihn mitverantwortlich. Darum ist ein "Ausstieg" so schwierig; selbst diejenigen, die ihn politisch postulieren, wollen ihn nicht wirklich, weil darunter ihr Geschäft litte. Wenn es von liberaler Seite heisst, es sei legitim, eigene Wirtschafts- und Gewinninteressen zu vertreten, dann wird es anspruchsvoll, staatsabhängige von staatsunabhängiger Wirtschaft klar zu trennen, denn über die Konsumenten und die staatsfinanzierte Infrastruktur sind beide vernetzt. Ist es nicht verwerflich, Geschäfte zu machen, dann ist es auch nicht verwerflich, mit Kunden und Lieferanten zu geschäften, die staatlich gefördert sind.

Jeder wirtschaftende Mensch bewirtschaftet letztlich eine Realität, die er selbst nicht geschaffen hat. Er wird von den Umständen gezwungen, realistisch und darum auch etwas opportunistisch zu sein. Der Weitsichtige und moralisch Verantwortungsbewusste wird sich vor allem den Geschäften zuwenden, die seinen Idealen entsprechen, sowie jede Gelegenheit nutzen, um seine Ideen zu verbreiten und praktisch umzusetzen. Aber ohne gewisse Kompromisse mit einer vorherrschenden und stets imperfekten Realität kann weder der Homo politicus noch der Homo oeconomicus überleben.

22 Das Ende von "immer mehr Staat"

11.10.2017

Die Einsicht, dass die Staatstätigkeit nicht ohne Schaden für alle stets weiter ausgedehnt werden kann, ist an der Basis weit verbreitet. Ein Kommentar von Robert Nef.

"Staatlicher Zwang taugt wenig als Mittel der Gesellschafts- und Wirtschaftssteuerung."

Die Zahl der beim Staat Beschäftigten hat in der Schweiz in den vergangenen dreissig Jahren 65% zugenommen, und die Gesamtausgaben des Staats haben sich in derselben Zeit mehr als verdoppelt. Politik ist nach einer – sowohl zynischen als auch realistischen – anonymen Definition "die Kunst, von den Reichen das Geld und von den Armen die Stimmen zu erhalten, beides unter dem Vorwand, die einen vor den andern zu schützen".

Diese "Kunst" besteht im Wesentlichen darin, so viel wie möglich zwangsweise umzuverteilen, bis an die Grenze, an der die Produktivität sinkt und die Verschuldungsfalle zuschnappt und es demzufolge immer weniger umzuverteilen gibt.

In der Schweiz besteht dank der direkten Demokratie die Möglichkeit, Parlamentsvorlagen in einer Volksabstimmung abzulehnen, wenn deren Finanzierung fragwürdig und intransparent ist, wie dies bei der kürzlich vom Volk abgelehnten AHV-Pseudoreform der Fall war. Die Eidgenossenschaft wird so vor dem ungebremsten Abdriften in die Umverteilungs- und Verschuldungsfalle bewahrt.

Umverteilung ist auch bei den Reichsten durchaus populär, denn sie wird von diesen als eine Versicherungsprämie für die Erhaltung des "sozialen Friedens" wahrgenommen. Die Hauptopfer bringt der hoch besteuerte Mittelstand, der dadurch schrittweise "proletarisiert" wird.

Zudem profitiert die immer grösser werdende Gruppe der staatlichen und vom Staat abhängigen Umverteilungsindustrie davon. Diese Konstellation bewirkt in einer auf dem Mehrheitsprinzip basierenden Organisation zunächst eine Art von politischem Suchtverhalten.

Umverteilung geradezu Staatszweck

Umverteilt wird nicht nur in der Sozialpolitik, sondern zunehmend auch in allen Bereichen der sogenannten "klassischen Staatsaufgaben". Sie ist – von vielen unbemerkt – zum wichtigsten Staatszweck geworden.

Dass dabei auch Widersinniges stattfindet und viele davon profitieren, die nach den politisch propagierten Umverteilungsregeln gar nicht begünstigt werden sollten, ist noch viel zu wenig erforscht und publik gemacht worden.

Umverteilung hat regelmässig unbeabsichtigte Nebenwirkungen. Sehr oft gehen die wirklich Bedürftigen leer aus, weil sie eine Minderheit bilden, die politisch nicht organisierbar ist und daher niemanden wirklich interessiert.

Die Sozialisten werfen dem Kapitalismus vor, er beschleunige eine Umverteilung von Arm zu Reich und bewirke so, dass die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher würden. Verschiedene unabhängige und unvoreingenommene internationale Studien bestätigen zwar eine weltweite Zunahme der Zahl der Reichen und ihres Reichtums, doch – und das wird geflissentlich verschwiegen – auch eine weltweite Abnahme der absoluten Armut.

Der Trick, dass man Armut einfach anders definiert und in Relation zum Reichtum setzt, um so jederzeit auch dort eine Zunahme feststellen zu können, ist zwar von seriösen Wissenschaftlern entlarvt worden, aber der unsinnige Begriff der “relativen Armut” hält sich hartnäckig in den Medien und in der politischen Debatte.

Auffallend ist die Tatsache, dass die Zahl der Armen in denjenigen Ländern abnimmt, in denen die Wirtschaft und vor allem auch die Arbeitsmärkte vergleichsweise frei sind und die zwangsweise Umverteilung moderat ist.

Dies hat damit zu tun, dass sehr viel Reichtum nicht einfach verprasst, verkonsumiert und irgendwo gebunkert wird. Reiche investieren, wenn sie nicht exzessiv besteuert werden, in allgemein produktivitätssteigernde Unternehmen, die dann einen wirksamen Beitrag zur Anhebung des allgemeinen Lebensstandards leisten. Der Reichtum der Reichen wird damit auch zum Motor für einen Rückgang der Massenarmut, an der in einer Marktwirtschaft niemand interessiert ist.

Umverteilung ist als solche nicht verwerflich, denn auch durch Tausch, Markt und private Wohltätigkeit wird umverteilt, allerdings auf der Basis von einvernehmlichen und freien Entscheiden. Aus liberaler Sicht ist daher an der zwangsweisen Umverteilung primär der Zwang in Frage zu stellen.

Besteuerung durch Zwang ist generell unpopulär, aber der Zusammenhang muss von den Gezwungenen als solcher wahrgenommen werden. Auf diese Zusammenhänge hinzuweisen und immer wieder die lästigen Fragen zu stellen – “Was kostet das?” und “Wer soll das bezahlen?” – ist eine entscheidende Aufgabe wirklich liberaler Politik.

Breite Sozialdemokratisierung

Zu Unrecht hat sich die FDP der Schweiz von der liberalen Forderung “Mehr Freiheit – weniger Staat” in den vergangenen dreissig Jahren faktisch verabschiedet.

Es gab sogar Kommentatoren, die diesen seinerzeit erfolgreichen Slogan für den späteren Wählerschwund der Freisinnigen verantwortlich machten: Eine staatstragende Partei könne doch nicht just jenen Staat in Frage stellen, den sie selbst massgeblich mitgestaltet habe. Diese Sichtweise vernachlässigt die Tatsache, dass die Liberalen in den bevormundenden Sozialstaat regelrecht hineingeschlittert sind.

Die heutige Schweiz ist meilenweit vom freisinnig geprägten, föderativ aufgebauten Bundesstaat der Gründerjahre entfernt. Das ist der wahre Grund für den Wählerschwund, und eine Rückkehr zu einem konsequenteren Liberalismus wird von einer jüngeren, staats skeptischen Wählerschaft honoriert werden. Die Ahnung, dass die ungebremste “Mehr-Staat-Politik” nicht nachhaltig praktiziert werden kann, ist an der Basis weiter verbreitet als im politischen und medialen Mainstream.

Wie kam es denn in der Schweiz zu dieser Sozialdemokratisierung des Bürgertums, die auch die deutsche Politik geprägt hat? Viele politisch exponierte Bürgerliche hatten Angst vor einem Popularitätsverlust, wenn sie sich dezidiert gegen den Staatsinterventionismus engagieren würden, und eine grosse Zahl hat eben jenes Staatswachstum geduldet oder gar gefordert, das sich zugunsten bestimmter Interessen- und Wählergruppen auswirkte.

Nein zum bequemen Weiterwursteln

Es sind heute vor allem die Jungparteien der Freisinnigen und der Schweizerischen Volkspartei, die eine Politik des kontinuierlichen sozialstaatlichen Weiterausbaus in Frage stellen, weil sie mit guten Gründen an der Zukunftstauglichkeit dieses bequemen, wohlfahrtsstaatlichen Weiterwurstelns zweifeln.

Glücklicherweise mehren sich heute die Anzeichen dafür, dass die Phase einer erfolgreichen Kooperation der Linken mit den linken Flügeln anderer Parteien auf der Basis von etatistischen Kompromissen überwunden werden kann. Es gehört auch bei vielen Intellektuellen nicht mehr zum “guten Ton”, mehr Umverteilungsstaat und mehr Sozialismus zu fordern.

Entscheidend für die Zukunft ist die Erkenntnis, dass staatlicher Zwang nicht nur im Widerspruch zur Freiheitsidee steht, sondern dass er als Mittel der Gesellschafts- und Wirtschaftssteuerung wenig taugt und in Bezug auf das soziale Verhalten mittel- und langfristig sogar destruktiv wirkt. Der auf Zwang und Kontrollen aufgebaute totalitäre Sozialismus hat die Menschen nachweisbar weniger sozial gemacht.

Der französische Wissenschaftler und Philosoph Blaise Pascal (1623–1662) hat in seinen “Pensées” – schon bevor es den Sozialismus gab – den politischen Machbarkeitswahn, die Menschheit liesse sich durch Zwangsmassnahmen verbessern, wie folgt kommentiert: “Der Mensch ist weder Engel noch Biest, aber das Unglück besteht darin, dass, wer ihn zum Engel machen will, ihn zum Biest macht.”

23 Wurzeln der EU-Skepsis

09.01.2018

Den Brexit hat nicht eine liberale Gegenbewegung zum sozialdemokratisch regulierten Binnenmarkt verursacht, sondern ein illusionärer und veralteter National-Etatismus. Ein Kommentar von Robert Nef.

“Was nicht funktioniert, weil es nicht bezahlbar ist, kann auch nicht gerecht sein.”

Die Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung in Deutschland sind ein Zeichen für den langsamen, aber unaufhaltsamen Niedergang der Sozialdemokratie und der sozialdemokratischen Umverteilungs- und Haftungsunion EU. Die grosse Koalition war ein Deal zwischen zwei gleichzeitig sozialdemokratischen und EU-freundlichen Parteien. Die Popularität der EU ist in Deutschland gross, weil sie sowohl das tendenziell politisch linksgerichtete Ziel eines “Friedens durch Solidarität” symbolisiert als auch das tendenziell politisch rechtsgerichtete Gefühl, schrittweise zur informellen Führungsmacht Europas zu werden, stützt.

Wer zahlt, befiehlt, doch er muss dies behutsam und diskret tun, wenn er nicht zunehmend unbeliebt werden will. Zudem zahlt jede Führungsmacht für diese Rolle auch einen hohen finanziellen Preis. Deshalb wird die Europapolitik für das wirtschaftlich relativ starke Deutschland zu einer Gratwanderung. Die EU-Befürwortung auf der Basis sehr unterschiedlicher Motive führt nämlich zu einer Dämonisierung jeder rationalen EU- und Eurokritik, die Unterdrückung dieser Kritik führt zu einer Stärkung der national-konservativen Opposition. Dass es ausgerechnet die emotional stark aufgeladene Migrationspolitik war, an der sich die Kritik an der grossen Koalition entzündete, ist kein Zufall.

Streitpunkt offene Grenzen

Die Sozialdemokratie hat kein konsensfähiges Immigrationskonzept, da man in staatliche Sozialversicherungs- und Arbeitsmarktregulierungen nicht frei einwandern kann, ohne sie finanziell zu strapazieren. Wer als Sozialdemokrat trotzdem für offene Grenzen eintritt, muss sich gleichzeitig für eine Homogenisierung der umverteilenden Sozialpolitik in einem möglichst grossen, aber nach aussen defensiven Binnenbereich eines Staatenbunds engagieren und die in diesen Binnenbereich Einwandernden möglichst abschrecken und allenfalls als Flüchtlinge durch internationale Organisationen finanzieren lassen. Die organisierte Arbeiterschaft ist aufgrund ihrer primär wirtschaftlichen Interessen nicht an zusätzlichen Niedriglohnkonkurrenten auf dem Arbeitsmarkt interessiert und daher tendenziell eher einwanderungsskeptisch. Der Einsatz für offene Grenzen ist ein von der Basis nicht gestütztes humanitäres Anliegen einer Minderheit von Intellektuellen.

Der Niedergang der Sozialdemokratie manifestiert sich zunächst auf nationaler Ebene, bleibt aber nicht ohne Auswirkungen auf das sozialdemokratische “Projekt EU”. Ein Binnenmarkt ist seinem Wesen nach das kontinental erweiterte Projekt nationalstaatlicher Korporatismen und Merkantilismen und hat mit dem liberalen Ziel eines zunehmend offenen Welthandels wenig zu tun. Was sich heute europaweit abspielt, ist nicht in erster Linie ein ideologischer Attraktivitätsverlust des Fehlkonzepts einer kontinental abgestützten “sozialen Gerechtigkeit”, die durch zwangsweise Umverteilung zu gewährleisten wäre. Es ist eine viel tiefer liegende Krise des Prinzips der zentral verwalteten zwangsweisen Umverteilung. Es lässt sich nämlich immer weniger vertuschen, dass Umverteilung in demokratischen Strukturen zum Fass ohne Boden wird, das mittel- und langfristig notwendigerweise sowohl Finanzkrisen als auch Legitimitätskrisen bewirkt und die allgemeine Politikverdrossenheit aller Politikbetroffenen verstärkt.

Das politische Umverteilen bedeutet bei den Gebern immer ein Zuviel und bei den Empfängern immer ein Zuwenig und führt parteiübergreifend zu wachsender Unzufriedenheit mit der Politik als solcher. Das System der Verschuldung auf Kosten der nächsten Generation wird von der jungen Generation zunehmend als Betrug durchschaut. Umverteilung bewirkt bei den Gebern Verdruss und bei den Empfängern Abhängigkeit. Die Zweifel an der dauerhaften Finanzierbarkeit nehmen zu.

Sie haben sowohl bei den Gebern und Geberländern als auch bei den zunehmend bevormundeten Empfängern und Empfängerländern einen realen Hintergrund. Prognosen und Szenarien über die unmittelbaren und mittelbaren Folgen für die EU sind nicht möglich. Das Finanziertwerden von aussen ist innenpolitisch kurzfristig populär. Auf die Dauer kann aber der dadurch verursachte Souveränitätsverlust, der in eine eigentliche Kolonisierung mündet und stets korruptionsverdächtig ist, nicht vertuscht werden.

Der Glaubwürdigkeitsverlust der im grossen Stil umverteilenden Sozialdemokratie führt aber nicht zu einer Renaissance eines liberalen Programms von mehr Freiheit und weniger Staat, sondern zunächst zu einem diffusen sozial-nationalistischen, merkantilistischen Korporatismus. Echte Liberale sollten sich deshalb weder in eine links-etatistische noch in eine rechts-etatistische Koalition einbinden lassen. Der Verzicht auf eine Regierungsbeteiligung

nach der treffenden Formel “Lieber nicht regieren als falsch regieren” ist konsequent. Die deutsche FDP liess sich mit guten Gründen nicht auf einen schwarz-grünen Kompromiss ein, bei dem das angeblich Schwarze ziemlich rot ist, das Grüne sowieso.

Das Ende der klassischen Sozialdemokratie ist nicht aus ideologischen Gründen in Sicht, sondern weil ihr Umverteilungskonzept nicht nachhaltig finanzierbar ist. Was nicht funktioniert, weil es nicht mehr bezahlbar ist, kann auch nicht gerecht sein und politisch attraktiv bleiben. Leider treten aber an die Stelle der abgewirtschafteten Sozialdemokratie europaweit nicht ein “Weniger-Staat-Liberalismus” und eine politische Rückbesinnung auf kleinere nonzentrale politische Gebietskörperschaften, sondern ein ebenfalls veralteter National-Etatismus, der immerhin die Kosten nicht internationalisieren kann, sondern die politisch-fiskalische Grundfrage – wer soll das bezahlen? – wenigstens auf nationaler Ebene beantworten und verantworten muss. Der Traum von einer Kombination von politischer Eigenständigkeit mit wirtschaftlicher Autarkie ist allerdings europaweit wirklichkeitsfremd und gefährlich.

Migration ist keine Art von Freihandel

Die zunehmende EU-Skepsis, die zum Brexit geführt hat, ist nicht in erster Linie eine liberal-marktwirtschaftlich inspirierte Strömung, die den sozialdemokratisch regulierten Binnenmarkt durch globalen Freihandel ersetzen will, sondern ein neuer nationalistischer Korporatismus. Die meisten EU-Kritiker und Austrittsbefürworter träumen von einer Welt, in der ihre jeweiligen Nationalstaaten ihre eigenen Schutzinteressen stärker betonen. Das gilt auch für die derzeitige Politik der USA.

Freier Güterhandel, freie internationale Dienstleistungsbeziehungen, Finanznetze und Eigentumsbeziehungen sind für die meisten EU-Austrittsbefürworter genau das zu bekämpfende Übel, und sie pflegen die Illusion, dass sich durch die Kappung dieser Vernetzungen ihr Schicksal verbessern würde. Diese extrem populäre Illusion war es, die vor bald neunzig Jahren zu einem kompetitiven Protektionismus führte und eine Finanzkrise in eine weltweite Wirtschaftskrise verwandelte.

Die Freihändler, die den Segen dieser globalisierten Non-Migrationsbeziehungen richtigerweise einsehen, erschweren die Aufklärung, indem sie häufig Freihandel und Personenfreizügigkeit in einem Atemzug erwähnen. Migration ist keine Spielart von Freihandel, sondern ein Marktphänomen mit erheblichen externen Effekten, das wirklich eigene Regeln erfordert. Auch beim klassischen “Laissez faire laissez passer” waren in erster Linie Güter und Dienstleistungen gemeint, nicht Migranten. Es ist kein Zufall, dass die schrankenlose Personenfreizügigkeit in Kombination mit unbegrenzten Ansprüchen an den Sozialstaat in der EU immer mehr zum Stein des Anstosses wird.

Wie auch immer die künftige deutsche Regierung zusammengesetzt sein wird: Sie muss dieses Problem lösen und die mit jeder Lösung verbundenen Popularitätsverluste verkraften.

24 Wirtschaftsversagen, Staatsversagen

15.03.2018

Eine Trennung von Politik und Wirtschaft ist eine der wichtigsten Voraussetzungen einer freien Gesellschaft. Ein Kommentar von Robert Nef.

“Die angebliche Wirtschaftsmacht ist vom Staat geborgt oder via Lobbyismus abgezweigt.”

Für die einen ist das Marktversagen und für die andern das Staatsversagen die Wurzel aller Übel, und beide Erklärungen basieren auf einer unzulässig vereinfachenden Fragestellung und Schuldzuweisung. Der Staat ist das Resultat des politischen Prozesses der Machtverteilung, und eine Politik, die auf dem Mehrheitsprinzip beruht, kann sich in vielen Fällen gar nicht anders verhalten, als sie dies tut.

Dasselbe gilt für die Akteure auf dem Markt, der dem Abweichen vom Gewinnstreben enge Grenzen setzt. Das Wachstum der Staatsaufgaben und der Staatsausgaben ist kein Naturgesetz. Es beruht auf dem in allen Parteien weit verbreiteten Glauben, dass sich viele Probleme nur durch kollektiven Zwang befriedigend lösen lassen.

“Die Wirtschaft” als organisierte und verantwortliche Einheit gibt es nicht. Sie existiert als Feindbild oder als Sündenbock vor allem bei vielen Staatsgläubigen und Staatshörigen.

Es gibt Produzenten und Konsumenten, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Manager und Gewerkschafter, Bankkunden und Banker, und alle diese Akteure können sich auch organisieren, aber sie haben keinen mächtigen “Dachverband” namens “Wirtschaft”, den man für ein zentrales Fehlverhalten verantwortlich machen könnte.

Economiesuisse, Gewerbeverband, Gewerkschaftsbund und Konsumentinnenforum sind wirtschaftliche Organisationen, die beileibe nicht immer an einem Strick ziehen.

Die Gefahr des “Crony Capitalism”

Es muss mit allen Mitteln verhindert werden, dass sich die Akteure der organisierten Wirtschaft vom Staat Macht kaufen, leihen oder erpressen können, was immer wieder und immer häufiger stattfindet. Verantwortlich dafür ist aber grundsätzlich nicht derjenige, der sich etwas holt, sondern derjenige, der etwas abgibt.

Je weniger der Staat zu geben hat bzw. zu geben bereit ist, desto weniger wird mit ihm paktiert. Je mächtiger der Staat ist, desto eher lohnt es sich, mit der Staatsmacht zu kooperieren, um an ihr teilzuhaben.

Das Resultat ist weder eine Marktwirtschaft noch liberale Wirtschaftspolitik, sondern Korporatismus oder das, was die Amerikaner “Crony Capitalism” nennen: Big Government plus Big Business plus Big Finance plus Big Data.

Diese Kumulierung führt dann zu dem Spiel, bei dem sich die Politiker und die Wirtschafts- und Gewerkschaftsführer für alle Fehler gegenseitig den Schwarzen Peter zuschieben.

Ein aufschlussreiches Beispiel ist die Pharmaindustrie, die trotz ihrer prinzipiellen Bekenntnisse zur Marktwirtschaft weltweit auf eine enge Zusammenarbeit mit den staatlichen Gesundheitsministerien angewiesen ist. Dort wird darüber entschieden, welche Medikamente auf die Zulässigkeitsliste der (Staats-)Krankenkassen kommen.

Weltweit würden wohl sehr viel weniger Medikamente konsumiert, wenn sie tatsächlich auf dem Markt von den Konsumenten (oder von ihren privaten Versicherungen) bezahlt werden müssten. Der Preis dafür wäre eine Unterversorgung derjenigen, die die Medikamente, die sie benötigen, nicht bezahlen können und privat überhaupt nicht oder unterversichert sind.

Solche Kooperationen sind auch in anderen Branchen ein oft überlebenswichtiger Kompromiss mit der Realität, und wenn Unternehmen weltweit real existierende gemischtwirtschaftliche Strukturen bewirtschaften, bedeutet das nicht, dass sie diese politisch befürworten.

Weitere Beispiele für eine geschäftsbedingt hohe Staatsabhängigkeit sind der Verkehr und die Energie. Strassen- und Eisenbahnnetze sowie Kraftwerke werden zwar von privaten Unternehmen gebaut, aber vom Staat oder von staatsabhängigen gemischtwirtschaftlichen Betrieben bestellt und bezahlt.

Märkte sind heute sehr staatsabhängig, und Staaten sind wiederum sehr wirtschaftsabhängig, weil ja ihre Haupteinnahmen, die Steuern, von den wirtschaftlichen Akteuren stammen. Darum ist es nicht erstaunlich, wenn sich beide Bereiche für Fehlentwicklungen gegenseitig die Verantwortung zuschieben.

Massenentlassungen werden meist auf Wirtschaftsversagen zurückgeführt. Sie sind aber in der Regel eine letztlich notwendige Folge des Strukturwandels.

Entlassungen als Folge von Fusionen und der Schliessung von Betrieben sind für die Betroffenen nur dann einschneidend, wenn der Arbeitsmarkt wegen der gewerkschaftlichen Kartellisierung zu wenig flexibel ist, um den Arbeitswilligen nahtlos andere Möglichkeiten zu eröffnen, oder aber wenn die staatliche Regulierung der Altersvorsorge die Freizügigkeit älterer Arbeitnehmer beeinträchtigt. Dies ist aber nicht die “Schuld” einer freien Wirtschaft, sondern eine Folge verfehlter etatistischer Politik.

Aber wie steht es mit den Zusammenschlüssen in der Wirtschaft, die in erster Linie nach mehr Grösse und Einfluss tendieren? Der Markt zwingt nicht automatisch zu mehr Grösse und zu transnationalen Fusionen. In mehr als der Hälfte der Fälle wurden Fusionen nicht durch eine steigende Aktienbewertung honoriert.

Es wird also durchaus auch durch Marktkräfte und Gegenkräfte verhindert, dass es zuletzt nur noch einige wenige wirtschaftliche Global Players und Monopolisten gibt. Ein Teil der Zusammenschlüsse und Zentralisierungen ist nicht wirtschaftlich bedingt, sondern zielt auf mehr Gewicht gegenüber der nationalen oder internationalen Politik, sei es als Gegenmacht oder als Teilhabe an der Macht oder beides, in subtilem Wechselspiel.

Ein Unternehmen, das gross genug ist, um als systemrelevant zu gelten, genießt nämlich eine Art finanzielle Staatsgarantie. Die Flucht in die Grösse wird also nicht einfach durch Marktkräfte vorangetrieben, sie ist eine Folge der etatistischen und korporatistischen Wirtschaftspolitik, bei der die Wirtschaftsvertreter möglichst viel politischen Einfluss gewinnen wollen, weil sie ja ihrerseits teilweise von politischen Entscheidungen abhängen.

Wenn das politische System nicht so mächtig (vor allem nicht so nachfragemächtig) und nicht so finanzkräftig und kreditwürdig wäre, könnten auch Lobbyisten aller Art nicht so viel für sich herausholen. Die Wirtschaft versucht immer wieder, Macht, d.h. einen Anteil am Zwangsmonopol des Staates, via Politik abzuzweigen, selbst hat sie nämlich keine genuine Macht.

Konzerne haben keine Zwangsgewalt

Mit dieser Feststellung löst man in öffentlichen Diskussionen regelmässig Entrüstungstürme aus, denn der Glaube an eine alles dominierende Wirtschaftsmacht ist weit verbreitet.

Aber es sei hier anhand eines Beispiels wiederholt: Die Wirtschaft kann zwar durch Werbung verführen, aber sie hat keine eigene Zwangsgewalt. Der vermeintlich mächtige amerikanische Nahrungsmittelkonzern Coca-Cola (KO 54.47 +0.06%) kann niemanden dazu zwingen, seine Produkte zu konsumieren, während der Staat die Bevölkerung zum Bezahlen von Steuern zwingt – unabhängig davon, ob sie seine Dienstleistungen befürwortet oder beansprucht.

Die angebliche Wirtschaftsmacht ist vom Staat geborgt oder via Lobbyismus abgezweigt. Branchenfreundliche Regulierungen, Interventionen und Subventionierungen aller Art begünstigen diesen Prozess der Machtabzweigung vom Staat zur Wirtschaft.

Eine generelle Skepsis gegenüber jeder intervenierenden Wirtschaftspolitik und eine vorbehaltlose Unterstützung des liberalen Ziels “Mehr Freiheit – weniger Staat” sind daher von der organisierten Wirtschaft nicht zu erwarten.

Eine klarere Trennung von Politik und Wirtschaft würde allerdings die Macht und die Fremdbestimmung generell reduzieren und der Freiheit aller im Staat und in der Wirtschaft dienen.

Ein erheblicher Teil des angeblichen Marktversagens lässt sich nämlich auf allenfalls gut gemeinte und von Interessenvertretern unterstützte, aber insgesamt verfehlte staatliche Eingriffe in die Wirtschaft zurückführen.

25 Kultur, Politik und Wirtschaft

02.07.2018

Wer Kultur umfassend versteht, hat Grund, der Verstaatlichung oder Teilverstaatlichung entgegenzutreten. Es gilt, Kultur privat mitzutragen. Ein Kommentar von Robert Nef.

“Je weiter der Kulturbegriff, desto problematischer wird die staatliche Förderung.”

Der vor 200 Jahren in Basel geborene Historiker Jacob Burckhardt unterscheidet in seinen 1905 nach seinem Tode erschienenen “Weltgeschichtlichen Betrachtungen” drei Potenzen, die wechselseitig aufeinander einwirken: Staat, Religion und Kultur.

Wo bleibt die Wirtschaft? Sie ist bei Burckhardt Bestandteil der Kultur, und diese Sichtweise ist keineswegs antiquiert, sondern hellsichtig. Die Herausforderung, vor der wir heute stehen, ist nicht die Kommerzialisierung der Kultur, sondern die Kultivierung der Wirtschaft.

Kultur bedeutet ursprünglich Pflege der Natur im Hinblick auf höheren Ertrag, am Anschaulichsten in der Agrikultur, eine historische Wurzel der Zivilisation sesshafter Menschen. Der Tausch zwischen Mensch und Natur und zwischen Mensch und Mensch ist der Humus, auf dem alle Kultur sich entwickelt und gepflegt wird.

Kultur steht daher nicht im Widerspruch zum Kommerz. Jedes nachhaltige Wirtschaften knüpft im eigenen Interesse an seine kulturellen Ursprünge an. Für eine klare Trennung zwischen freiwilliger Pflege und organisiertem politischem Zwang gibt es aber gute Gründe.

Zweifellos ist nach heutigen Vorstellungen Kultur viel umfassender als Konzert-, Theater-, Film- und Museumsbetrieb sowie Literaturanlässe. Auch Sport, Unterhaltung und vielfältige Formen soziokultureller Begegnung in Vereinsleben und Nachbarschaft sind Kultur im weiteren Sinn.

Zur Kultur gehören auch eheliche Partnerschaft und Familie. Wie einvernehmlich, wie arrangiert, wie spontan-emotional und wie organisiert und kalkuliert oder allenfalls computergesteuert sich Angebot und Nachfrage auf dem Heiratsmarkt einpendeln, ist sowohl kulturgeprägt als auch kulturprägend.

Ein erheblicher Teil der Weltliteratur befasst sich mit der Funktion und Dysfunktion von mehr oder weniger subtilen geschlechtsbezogenen Angeboten und Nachfragen und ihren Folgen. Vor staatlichen Eingriffen und Förderungen in diesem intimen Lebensbereich werden allerdings nicht nur liberale Staats skeptiker warnen.

Sozio-Kultur hat Folgen

Eine klare Unterscheidung einer wertvollen erbaulichen E-Kultur und einer lediglich unterhaltenden U-Kultur ist antiquiert. Die Abgrenzung der Pflege des Schönen und Erhabenen, Bildenden vom Angenehmen, Zerstreunden und rein Spielerischen ist bei Kulturereignissen und -erlebnissen kaum mehr möglich. Kultur ist definitiv zur Sozio-Kultur geworden.

Das hat auch Auswirkungen auf die Kulturförderung und auf eine staatliche Kulturpolitik, die man traditionellerweise auf einen umfassenden Bildungsauftrag des Staates abstützte. Kultur als Bestandteil von Bildung und Weiterbildung, als Förderung der “schönen Künste”, konnte noch als “Service public” zur Staatsaufgabe heraufstilisiert werden. Kultur als Vermittlung von “Glanz & Gloria” im bunten Infotainment-Mix herkömmlicher

Fernsehprogramme ist nur dann Sache des Staates, wenn man ihm eine umfassende Daseinsvorsorge “von der Wiege bis zur Bahre” zuweist.

Diese Analyse führt zu zwei Thesen. Erstens: Je weiter der Kulturbegriff, desto problematischer wird die staatliche Förderung, die ja ihrem Wesen nach stets selektiv und rationiert sein muss. Zweitens: Je grösser der räumliche Bezugsrahmen ist, desto fragwürdiger wird die Auswahl der unterstützten und geförderten Subjekte und Objekte.

Was heisst das jetzt für Menschen, die einen weiten Kulturbegriff befürworten, doch gleichzeitig auch davon überzeugt sind, dass sich jede Kultivierung regional und lokal manifestiert (wie etwa in der regional und lokal verwurzelten “Haute cuisine”)? Kulturelle Hochleistungen hatten stets einen lokalen Ausgangspunkt und mussten sich im Wettbewerb mit andern lokalen Konkurrenten ohne zentrale Förderung profilieren. Florenz und Weimar waren keine politischen Grossmächte; sie leisteten ihren Beitrag zur Kultur Europas und der Welt auch ohne Weltkulturerbe-Zertifizierung der Unesco.

Wer einen weiten Kulturbegriff befürwortet, hat gute Gründe, vor jeder Verstaatlichung und auch schon vor einer Teilverstaatlichung der Kultur zu warnen. Sie würde zu einer Zwangskollektivierung wichtiger Lebensbereiche führen, die gleichzeitig in einer hoch arbeitsteiligen Dienstleistungsgesellschaft auch entscheidende wirtschaftliche Wachstumsbranchen sind.

Auch eine zunächst moderate Förderung macht bereits abhängig. Das führt schnell zum Verlust von Eigenständigkeit, kreativer Dissidenz und Spontaneität. Es bilden sich Seilschaften zwischen der staatlichen Förderungsadministration und organisierten Kulturschaffenden, die in der Regel dem aktuellen Trend nachrennen, viel Zweit- und Drittklassiges hervorbringen und die Illusion nähren, man könne sich als Kulturschaffender von der Frage dispensieren, ob es denn auch, jenseits der auf Subventionen beruhenden Zwangsfinanzierung, eine echte Nachfrage nach diesem Schaffen gebe.

Bedeutet dies nun, dass jede Kulturförderung aus öffentlichen Mitteln, auch die, bei der es primär um die Pflege des gemeinsamen kulturellen Erbes geht, abzulehnen ist? Nein. Städte sind mehr als nur steuerfinanzierte politische Systeme, sie haben kulturelle Traditionen und ein diesbezügliches bürgerliches Selbstbewusstsein, das auch beim Thema Kulturförderung mobilisierbar und mehrheitsfähig ist.

Dass sich seinerzeit in Basel eine Mehrheit für den Ankauf von Picasso-Bildern entschied, zeigt die Kraft des kulturellen Selbstbewusstseins, das durch eine kulturpolitische Förderung von Bern oder von Brüssel aus nicht gestützt, sondern zerstört würde. Kultur ist und bleibt Sache der Kultur, aber auch die Wirtschaft und die Politik sind mit der Kultur vernetzt und oft auch von ihr abhängig. Eine eigenständige, kreative und auch machtkritische Kultur darf aber ihrerseits weder von der Wirtschaft noch vom Staat abhängig sein bzw. immer abhängiger werden.

Bildung und Forschung, Gesundheit und neuerdings auch Kultur im weiteren Sinn (d.h. den Alltag sinnvoller, reicher, angenehmer und erholsamer gestalten) sind die Wachstumsbereiche, die leider zunehmend als zentrale “öffentliche Aufgabe” gedeutet werden, weil sie natürlich “systemrelevant” sind und daher angeblich der Staatssteuerung bedürfen.

Im Effekt führt die Übertragung aller systemrelevanten Bereiche an das politische System zu einem klaren Primat der Politik und zu einer Umkehr des Subsidiaritätsprinzips. Bildung, Kultur und Wirtschaft werden so zu Dienern des Staates. Warum und wie soll sich dieser Staat, der als zentraler Steuermann der gesamten Wirtschaft weltweit kläglich versagt hat, nun plötzlich als Steuermann der Kultur bewähren?

Bezahlen – wie für guten Wein auch

Wenn man dies verhindern will, darf man sich nicht damit begnügen, gegen zunehmenden Staatseinfluss und immer höhere Steuern zu lästern, man muss auch bereit sein, die Kosten eines professionellen Kulturbetriebs aktiv mitzutragen. In der Gastronomie hat dies funktioniert.

Glücklicherweise verlangt heute noch niemand die Subventionierung der “Haute cuisine”, und die Bereitschaft, für ein gutes Essen und für einen guten Wein aus der eigenen Tasche auch einen guten Preis zu bezahlen, ist intakt und beschränkt sich nicht etwa auf die Superreichen. Jugendliche sind auch bereit, einen erheblichen Teil ihres Taschengeldes oder ihres Lehrlingslohns in die Eintrittskarte für ein Pop-Konzert zu investieren. Warum soll das bei der E-Musik nicht auch funktionieren, wenn sie den Weg zu ihren Liebhabern aktiv sucht und ein entsprechendes Marketing betreibt?

Kulturbürger und kultivierte Wirtschaftsmenschen müssen im Interesse einer offenen kulturellen Entwicklung als Teilnehmer und Teilhaber dieses Prozesses bereit sein, auch die Kosten dieser Kultur selbst mitzutragen und sie nicht zunehmend auf den zentralen Umverteilungsstaat abzuwälzen.

26 Das Scheitern aller Sozialismen

28.09.2018

Erscheinungen wie der Absturz Venezuelas sind keine Pannen, sondern systembedingt. Jede Form des Sozialismus trägt den Keim ihres Untergangs in sich. Ein Kommentar von Robert Nef.

“Ein bitteres Ende kann hinausgezögert, aber nicht vermieden werden.”

Die politisch-ideologischen Auseinandersetzungen laufen heute immer noch nach einem marxistisch inspirierten und völlig untauglichen Links-rechts-Schema ab. “Links” ist aus dieser Sicht fortschrittlich und humanitär, “rechts” rückschrittlich und antisozial. Der sogenannte Neoliberalismus gilt als rechter Flügel und damit als Feind des sozialen und ökologischen Fortschritts. Wer Marktwirtschaftler und Freihändler “rechts” nennt, muss sein Ideologieschema auf dem historischen Hintergrund sorgfältig überprüfen. Früher oder später erweist sich die Untauglichkeit dieser grob vereinfachenden Zweiteilung.

Nationalkonservative, Faschisten und Nationalsozialisten waren immer gegen freie Märkte, für Merkantilismus und Staatswirtschaft und (wörtlich!) für ein Primat der Politik. Konsequente Liberale sind für offene Märkte, Vielfalt, Freiwilligkeit und Wettbewerb als Entdeckungsverfahren und als Basis individueller und gemeinsamer Lernprozesse und gegen ein Primat der Politik.

Im linksintellektuellen Milieu herrscht immer noch die These vor, zwar seien beide Ideologien, die nationalsozialistische und die sozialistische, abzulehnen und seien gescheitert, der Sozialismus (mit den fünf z.T. immer noch positiv besetzten Idolen Lenin, Mao, Ho Chi Minh, Che Guevara und Fidel Castro) sei aber mindestens “gut gemeint” und humanistisch gesehen “ethisch wertvoller” als der abgrundtief böse rassistische Nationalsozialismus. Diese Unterscheidung ist moralisch schwer begründbar. Macht ist an sich böse und totalitäre Macht total böse, was immer auch die Motive sind, die vorgebracht werden, um Individuen zu zwingen, zu unterdrücken, zu ermorden und verhungern zu lassen.

Erst international, dann national

Alle Spielarten des Sozialismus (sowjetisch, chinesisch, jugoslawisch, vietnamesisch, kambodschanisch, nordkoreanisch, kubanisch, arabisch, iranisch, afrikanisch, lateinamerikanisch) hatten zunächst eine internationalistische, klassenkämpferische Rhetorik. Bald nach der Enteignung oder Teilenteignung der Privateigentümer und nach der Etablierung eines Polizeiapparats gegen Dissidente und Reaktionäre zeigten sie eine immer stärker werdende Tendenz zu dem korporatistischen (im Fall der Sowjetunion auch imperialistischen) Mischsystem von Staat und Wirtschaft, das als Begleiterscheinung des Kollektiveigentums unweigerlich entsteht.

Die selbst ernannten Verwalter des Kollektiveigentums werden unter der “Diktatur des Proletariats” zu einer neuen Klasse und schliesslich zu den Privateigentümern des Kollektiveigentums. Diese Klasse stützt ihre nationalistisch-sozialistische und persönliche Macht auf die Kooperation mit den kollektivierten Firmen, den zur “Bekämpfung des “Rest-Privatkapitalismus” und der Schwarzmärkte aufgebauten Polizeiapparat und auf die “Volksarmee”. Was entsteht, ist totalitäre Staatswirtschaft, ohne Meinungsfreiheit, ohne Wettbewerb, ohne offene Gesellschaft und ohne Lernprozesse.

Die neuen sozialistischen Machthaber bewirtschaften das Korruptionssystem und bauen meist eine eigene neofeudale Familiendynastie auf. Überleben können sie nur, wenn sie schrittweise Privateigentum zulassen und schliesslich den kollektivistischen etatistischen Sozialismus mehr oder weniger offen in den auf Privateigentum und Wettbewerb abgestützten Kapitalismus überführen: der “lange Marsch zurück”, zurück zur Markt- und Bürgergesellschaft. Wer dieses Rennen verliert, verliert die Macht und mutiert vom sozialistischen und nationalistischen Helden zum Schurken.

Das Dahinsiechen solcher Systeme kann Jahrzehnte dauern, doch kann ein bitteres Ende, wie es sich in Venezuela abzeichnet, zwar hinausgezögert, aber nicht vermieden werden. Leider werden solche Regime in der Regel dann nicht unmittelbar durch weltoffene freiheitsfreundliche Liberale abgelöst, sondern durch eine neue Politikerkaste, die gemeinhin eine schnelle Rückkehr zu allgemeinem Wohlstand verspricht, ohne der Tatsache Rechnung zu tragen, dass eine Marktwirtschaft auf der allseitigen Bereitschaft zum Leisten, zum Lernen, zum Sparen und zum Investieren in eigenen Land beruht und nicht auf neuen Umverteilungssystemen.

Entscheidend wären der schnelle Rückzug aus dem Interventions-, Umverteilungs- und Subventionsstaat, der auch die wahre Ursache der Korruption ist, und die Rückkehr zu einer rechtsstaatlichen Ordnung, die Privateigentum garantiert und schützt. Korruption ist in den meisten Fällen nur der illegale Ausweg aus immer absurderen Regulierungen und konfiskatorischen Besteuerungen. Werden sie abgebaut, verschwindet auch der diesbezügliche Anreiz zur Korruption.

Der nationale Sozialismus überlebt oft Jahrzehnte, weil er seinen ökonomischen Untergang dank Staatskapitalismus, Schwarzmärkten, Rohstoffausbeutung und internationalem Schmarotzertum immer wieder hinauszögern kann. Früher oder später ist er aus ökonomischen und soziokulturellen Gründen zum Untergang verurteilt. In der Endphase des Untergangs, wie derzeit in Venezuela, werden die Ursachen ausländischen Mächten, dem internationalen Kapitalismus und internen Klassenfeinden angelastet. Tatsache ist aber: Die selbst ernannten und temporär populären Führer müssen immer mehr versprechen und können immer weniger halten. Sie scheitern letztlich an sich selbst.

Der Zerfall des Sozialismus beruht nicht einfach auf einzelnen bedauerliche “Pannen” in der Umsetzung einer “an sich guten und zukunftssträchtigen” Ideologie, sondern es sind Entwicklungen, die derart regelmässig abgelaufen sind, dass man schon fast von einem historischen Gesetz im Zerfallsprozess einer intrinsisch untauglichen und verderblichen Ideologie reden könnte, die also den Keim ihres Zerfalls in sich selbst trägt.

Eine zyklische Theorie der historischen Gesetzmässigkeiten in Aufstieg und Fall politischer und ökonomischer Systeme ist schon von Aristoteles aufgestellt worden. Karl Marx hat sie dann als “historischen Materialismus” für den angeblich zwingenden Übergang vom Feudalismus zur kapitalistischen Bourgeoisie über den Sozialismus bis hin zum Kommunismus auf eine vermeintlich irreversible Entwicklungslinie gebracht. Diese marxistisch-leninistische Fortschrittstheorie hat sich inzwischen als verhängnisvolle Irrlehre entpuppt.

Gesetzmässigkeit des Zerfalls

Privateigentum, Familie, Kapital, Markt und Wettbewerb als Entdeckungsverfahren und Lernprozess haben sich weltweit als erstaunlich resistent und produktiv erwiesen. Die Theorie der Gesetzmässigkeit des Zerfalls untauglicher Systeme richtet sich nun gegen ihre eigenen Verkünder. Einen dieser im besten Sinn notwendigen Zerfallsprozesse nationalistisch-sozialistischer Fehlsysteme erleben wir derzeit in Venezuela, aber auch in Nordafrika, ja in ganz Afrika und ansatzweise auch in Nahost und in Kuba. Dies ist auch ein Grund für eine spürbar zunehmende Nervosität und Aggressivität im links-etatistischen Lager.

Die zunächst propagierte internationale Solidarität schmilzt an der Sonne der Realität sehr rasch zur nationalen, schliesslich zur nationalistischen und letztlich zur “Solidarität der profitierenden Schurken an der Macht” zusammen. Dies führt zu folgender Antithese zum marxistischen historischen Materialismus: Jeder Internationalsozialismus degeneriert zwingend zum nationalistischen Sozialismus, und die beiden verderblichen totalitären und kollektivistischen Ideologien des 19. und 20. Jahrhunderts sind nicht Brüder, sondern verschiedene Generationen von untauglichen und nicht nachhaltig praktizierbaren Zwangssystemen. Der nationalistische Sozialismus folgt auf den Internationalsozialismus wie der Sohn auf den Vater, und dieser Sohn kann sich in einer global vernetzten Informationsgesellschaft nicht dauerhaft an der Macht halten.

27 Geltung ist so wichtig wie Geld

17.01.2019

Ökonomie sollte nicht zu eng definiert werden. Auch der Haushalt von Gefühlen hat seine Gesetzmässigkeiten. Ein Kommentar von Robert Nef.

“Der Geltungstrieb ist mindestens so stark wie der Erwerbstrieb.”

Die Vorstellung, der Kapitalismus basiere auf einem Menschenbild, bei dem der Profit in Geld das ausschlaggebende Motiv und Ziel aller Menschen sei, ist wirklichkeitsfremd. Sie hat den Begriff Kapitalismus derart diskreditiert, dass sich, mindestens auf Deutsch, niemand mehr als vorbehaltloser Befürworter des Kapitalismus bezeichnen mag.

Kapitalismus ist das Feindbild der Sozialisten; “die Überwindung des Kapitalismus” gehört immer noch zu den deklarierten politischen Fernzielen ihres Programms. Über einen allfälligen Ersatz darf spekuliert werden. Auch Bürgerliche meiden den Begriff. Man bekennt sich höchstens noch zur Idee möglichst freier und offener Märkte, von denen man aber erwartet, dass sie vom Staat oder von Staatengemeinschaften “gezähmt” und reguliert werden.

Seit das Geld, oder präziser “Gelder” erfunden oder entdeckt worden sind, ist der Austausch von Gütern und Dienstleistungen über grosse Distanzen und über längere Zeiträume hinweg überhaupt erst möglich geworden. Dies hat weltweit zum Aufschwung des Handels auf der Basis der Geldwirtschaft, kurz, zum Kapitalismus geführt. Der Kapitalismus ist aus dieser Sicht keine Doktrin und auch keine Ideologie, sondern das, was sich spontan ereignet, wenn Arbeitsteilung, Geld und Kredit erfunden oder entdeckt worden sind und ein prägendes Element menschlicher Kommunikation bilden.

Die Kritik am Geld- und Kreditwesen, dem eine verhängnisvolle Tendenz zur Gier und zum reinen Materialismus angelastet wird, ist ihrerseits ideologisch. Kapital hat keinen Selbstzweck. Es ist ein Mittel der Kommunikation, die

Bedürfnisse befriedigen und Knappheiten überwinden will, und Wirtschaft ist ihrerseits ein Teilbereich der Kultur. Die Verknüpfung von Geldern, privaten und gemeinsamen Haushalten und gemeinsam tradierter und entwickelter Kultur ist hoch komplex.

Diesseits von Angebot und Nachfrage

Wirtschaft in diesem weiteren Sinn wird, sobald die Menschen arbeitsteilig zusammenwirken und ihre Grundbedürfnisse gestillt haben, vor allem von den psychologischen Sekundärbedürfnissen des Glücksstrebens (auf Englisch "pursuit of happiness"), gesteuert: Befriedigung, Anerkennung, Wertschätzung, Zuneigung, Vertrauen, Bekanntheit, Ruhm. Der Geltungstrieb ist mindestens so stark wie der Erwerbstrieb, und sehr oft wird Letzterer nur so hartnäckig verfolgt, weil man hofft, ihn in den Dienst des Ersteren stellen zu können.

Menschen wollen nicht einfach alle mehr Geld verdienen und weniger arbeiten. Sie wollen geliebt werden, beliebt sein, etwas bedeuten, sich selbst verwirklichen oder auch einfach in Ruhe gelassen werden. Geld kann dabei eine Rolle spielen und eignet sich zur immer raffinierteren Befriedigung der Primärbedürfnisse. Es versagt aber sehr oft im Bereich des differenzierteren Geltungs- und Wertschätzungsbedürfnisses, das auf andern "Märkten" mit anderen "Währungen" getauscht wird. Nicht zufällig spricht man vom "Jahrmarkt der Eitelkeiten", und die Glücksforschung hat die Alltagserfahrung bestätigt, dass das Tauschen als solches reizvoll ist.

Die Unterscheidung von Tauschwert und Gebrauchswert ist aus dieser Sicht willkürlich. Was einem Menschen etwas "wert" ist und wie viel er dafür ausgeben will, ist individuell und subjektiv. Natürlich kann man sich mit mehr Geld auch mehr Geltung und Anerkennung beschaffen, aber die diesbezüglichen Möglichkeiten bleiben unter Menschen, die sich gegenseitig kennen und – mindestens zum Teil – auch durchschauen, beschränkt. Wer reich ist, wird nicht automatisch geliebt – im Gegenteil. Er wird zum Ziel des Neides, und beneidet zu werden, macht nicht glücklich.

Wer freiwillig in Vereinen mittut, gemeinnützige Leistungen erbringt, unentgeltlich publiziert, ist nicht einfach ein idealistisches, nicht ökonomisiertes Individuum "jenseits von Angebot und Nachfrage", sondern befriedigt ebenfalls seine Bedürfnisse, die nicht ausserhalb der Ökonomie im weiteren Sinn liegen. Der Gewinn in Geld steht nicht im Zentrum, sondern der Gewinn bezüglich Geltung – vor andern und vor sich selbst.

Auch das ist Ökonomie. Man sollte die Ökonomie nicht zu eng definieren. Auch der Haushalt der Gefühle hat seine Gesetzmässigkeiten, die beim Kommunizieren und Tauschen eine Rolle spielen. Erfolgreicher Handel beruht auf optimaler Verknüpfung von Rationalität mit Emotionen.

Die Politiker, die von Publikumsgunst abhängigen Kulturschaffenden und auch die öffentlich finanzierten Lehrer und Gelehrten stehen in der Rolle des "Homo politicus" im Dienst der politischen Gemeinschaft und geniessen seit der Antike ein hohes Ansehen. Sie loben und feiern sich gegenseitig, indem sie ein "Primat der Politik" verkünden, meist oft auf Kosten der Steuerzahler, von denen sie sich finanzieren lassen.

Geringer geschätzt wurden schon damals die Bauern und die Handwerker, die Produzenten von Gütern und Dienstleistungen und erst recht die Händler, die oft gleichzeitig verachtet und beneidet und als "Spekulanten" diffamiert worden sind. Der Gott Mercurius war nicht nur der Gott des Handels, sondern auch der Schutzpatron der Diebe. Dies ist das immer noch wirksame Erbe an Vorurteilen aus der Kultur der Antike, d.h. einer Gesellschaft, deren Produktivität nicht auf Kapitalismus, sondern auf Sklaven, Eroberungskriegen und Kolonien beruhte.

Eine Unterscheidung zwischen "Ausbeutern" und "Ausgebeuteten" ist in einer offenen Tauschgesellschaft zunehmend widersinnig. Wenn die Zivilgesellschaft eine für alle zunehmende Produktivität anstrebt, ist sie auf Innovationen, d.h. auf produktivitätssteigernde Entdeckungen und Erfindungen angewiesen. Dazu braucht es den Wettbewerb, v.a. den Ideenwettbewerb, der seinerseits auf Offenheit und Vielfalt und auf Medienfreiheit angewiesen ist. Er ist die Basis des individuellen und des kollektiven Lernens. Zusätzlich braucht es Investoren als Kapitalgeber, die Geld und Erfindergeist verknüpfen.

Vom Wert der Anerkennung

Was sind die Anreize dazu? Ob der Innovations- und der Geltungstrieb allein ausreichen würden, um auch ohne Patentschutz die für alle wichtigen Erfindungen und Entdeckungen zu generieren und praktisch umzusetzen, ist schwer zu beantworten. Wo das staatliche Zwangsmonopol und das Kollektiveigentum vorherrschen, schwinden Erfindergeist und Risikobereitschaft.

Aber ist jede staatliche Regulierung verzichtbar? Es gibt gute Gründe, eine Gesellschaft mit staatlich und international geschützten Eigentums- und Urheberrechten für innovativer zu halten als eine ohne diese Garantien. Der Anreiz des finanziellen Gewinns ist zwar bei Erfindungen oft nicht ausschlaggebend, aber trotzdem wichtig. Ganz ohne monetäre Anreize funktioniert eben vieles doch nicht, vor allem dort, wo Innovationen von grösseren Investitionen mehrerer Beteiligter abhängen.

Betriebswirtschaftslehre und Arbeitspsychologie haben den Stellenwert der persönlichen Anerkennung aller Mitarbeitenden längst entdeckt. Sie wird bewirtschaftet; wer als Arbeitsanbieter darauf verzichtet, spürt dies früher oder später auf der Ertragsseite. Der Kapitalismus basiert auf einem Zusammenwirken menschlich gleichwertiger Erwerbstätiger, die aber nicht gleich entlohnt werden, weil sich im Lohn auch die Knappheit der angebotenen Arbeitsleistung spiegelt und die Lohnkosten letztlich auch den Preis mitbestimmen, der seinerseits wettbewerbsfähig sein muss.

Der produzierende, konsumierende, Dienste leistende, konsensual arbeitsteilig und gegen Geld tauschende, sparende, investierende Mensch ist die Basis einer kreativen, sich selbst tragenden Zivilgesellschaft. Das Geltungsbedürfnis ist dabei mindestens so wichtig wie das Erwerbsstreben. Arbeitslosigkeit bedeutet zunächst Erwerbslosigkeit, aber sie bewirkt auch den Verlust der mit dem Lohn eng verknüpften persönlichen Wertschätzung, der oft noch viel schwerer wiegt.

28 Miliz braucht mehr Markt

19.03.2019

Überlastung stellt das Milizprinzip in Frage. Die Lösung heisst nicht mehr Zentralisierung und Bürokratisierung, sondern deren Abbau. Ein Kommentar von Robert Nef.

“Das Milizprinzip ermöglicht Politik als Berufung auf Zeit statt als Beruf.”

Föderalismus, Subsidiaritätsprinzip und Milizprinzip stehen zurzeit wieder unter Beschuss. Kirchturmpolitik, Kantönligeist und Kleinstaaterei müssen als Ursache zahlreicher Fehlleistungen des politischen Systems herhalten.

Tatsächlich öffnet sich aber auf der untersten Stufe einfach zuerst die Schere zwischen den Versprechungen der Umverteilungspolitikern und der Unmöglichkeit, sie nachhaltig zu finanzieren. Das führt zu einer unaufhaltsamen Flucht in den höheren Verband, der diese Schere schliessen soll.

Aber wie? Mit finanziellen Mitteln, die man zunächst den Privaten wegsteuert, in der Folge durch Zentralisierung und Harmonisierung des Steuersystems “nach oben” leitet und dann teilweise durch den Finanzausgleich zurück nach unten umleitet. Die angebliche Unfähigkeit Privater und kleiner politischer Einheiten, Probleme zu lösen und selbst zu finanzieren, ist aber kausal mit einer kontinuierlich steigenden, zunehmend von zentralen Instanzen erhobenen Besteuerung verknüpft: ein Teufelskreis, dessen Ursachen und Wirkungen empirisch untersucht werden sollten.

Das Subsidiaritätsprinzip beginnt dann in die falsche Richtung zu laufen, wenn man das Kriterium des “Nicht-instande-Seins, eine Aufgabe auf privater oder bürgernaher Stufe zu erfüllen”, zunächst als Argument für verstaatlichte Professionalisierung und dann als Argument für notwendige Zentralisierung verwendet.

Es läuft aber auch in die falsche Richtung, wenn die Zentrale die Aufgaben, die sie nicht mehr erfüllen und finanzieren kann bzw. will, zurückdelegiert. Ohne eine strenge Beweislastregel zulasten der Zentralisierer und der Zentralen ist das Subsidiaritätsprinzip wirkungslos, ja schädlich, weil es dann im Effekt zentralisierend wirkt. Der Begriff Non-Zentralismus eignet sich besser für eine klare Zielsetzung.

Dezentralisierung nennt man häufig auch das Abschieben von Aufgaben nach unten, wobei die Verfügung über die dafür notwendigen finanziellen Mittel bei den zentralen Instanzen bleibt, die aufgrund des Finanzausgleichs auch eine zusätzliche fiskalische Umverteilungsmacht haben. Vor allem im Sozialbereich ist das unterfinanzierte Abschieben an die Gemeinden leider immer häufiger.

Fusion gemahnt an Kapitulation

Häufig werden als Gegenmittel Fusionen empfohlen. Das erlaubt zunächst Rationalisierungen und eine bessere Auslastung der vollamtlichen Angestellten. Häufig wird aber dabei auch ursprüngliche Freiwilligenarbeit professionalisiert, was insgesamt mehr Kosten verursacht. Fusionen sind daher oft eine Kapitulation vor der Realität der scheinbar unaufhaltsamen Zentralisierungs-, Professionalisierungs- und Bürokratisierungstendenz, die dem politischen System (und dem Mehrheitsprinzip) inhärent ist.

In manchen Fällen sind sie allerdings ehrlicher und transparenter als ein verlogener Pseudoföderalismus. Neben Wagners Gesetz der wachsenden Staatsausgaben und Parkinsons Gesetz der wachsenden Bürokratie gibt es die oben dargelegte Gesetzmässigkeit eines Trends zur Zentralisierung als Flucht aus der Verantwortung. Alle drei Trends sind fatal miteinander verknüpft. Was ist dagegen zu unternehmen? Gibt es Gegenstrategien?

Alle Lösungen, die Gebietskörperschaften durch Fusionen qualitativ verändern, verschlanken und verbessern wollen, indem man ihnen regionale oder private Dienstleistungsbetriebe “überstülpt”, sind suspekt. Sie verwischen

Verantwortlichkeiten, die dadurch noch unübersichtlicher werden.

Effiziente Politik besteht nicht aus dem Umverteilen und Hin- und Herschieben von Staatsaufgaben und Staatsausgaben, sondern aus der Übernahme von Verantwortung, wenn etwas schief läuft. Das erfolgreichste, wenn auch am wenigsten wahrscheinliche Sanierungsmodell ist "weniger Staat" auf allen Ebenen, je zentraler, desto rigoroser.

Die hierfür notwendigen Rezepte sind bekannt und wären z.T. sogar mehrheitsfähig, wenn sich mutige Politiker fänden, die sie vertreten: institutionalisierte Ausgabenbremsen, Finanzreferenden, Staatsquotenbremsen, Personalstopp, Steuerwettbewerb, viele und vielfältige Vetopositionen. Aber die subtile Vernetzung von Konkordanzregierung, Verwaltung und Parlament wirkt hier als Verhinderungspotenzial.

Was ist das Gegenrezept zu Fusion und Zentralisierung? Deregulierung und Privatisierung. Wo Zwang war, soll Vertrag werden. Weniger Staatsaufgaben und -ausgaben, weniger Staatsapparat, dann sind auch Kleinstgemeinden und Kleinkantone wieder funktionsfähig. Die zweitbeste Lösung ist die Erfüllung öffentlicher Aufgaben durch Private, in erster Linie benutzerfinanziert; Benutzer können auch kleine Gemeinwesen sein.

Diese fallweise und temporäre Auftragsvergabe an Private taugt allerdings nicht als Lösung für alle bisherigen politischen kommunalen Vollämter. Dort braucht es weiterhin politische Wahlen und keine privaten Mandatierungen. Vollämter können aber auch dort vor der Wahl öffentlich ausgeschrieben werden, und es dürfen sich auch "Auswärtige" bewerben, wie das Prof. Reiner Eichenberger (Universität Freiburg i.Üe.) vorgeschlagen hat.

In kleineren Gemeinden mit Face-to-Face-Kontakt ist es aber am besten ein ansässiger Nebenberuflicher. Das Milizprinzip ermöglicht Politik als Berufung auf Zeit und nicht als Beruf fürs Leben. Das verhindert ein karrierebedingtes politisches Nomadentum.

Es gibt tatsächlich eine Krise des Milizprinzips. Man löst sie nicht durch Zentralisierung, Bürokratisierung oder mehr staatsangestellte Fachleute, d.h. durch "mehr Staat", sondern durch mehr Markt. Öffentliche Aufgaben können an konkurrierende private Anbieter, die auch für mehrere Gemeinden aktiv sein können, vergeben werden. So eröffnen sich wertvolle Vergleichs- und Lernmöglichkeiten.

Beauftragte Dienstleister sind Fachleute auf Zeit und nach Bedarf: temporär und inhaltlich limitierte Staatsbeauftragte (auf Abruf) statt Vollzeit-Staatsangestellte, die sich ihre Vollzeit-Auslastung selbst organisieren. Anstelle einer Wiederwahl findet im Falle der Zufriedenheit eine Wiederbeauftragung durch die politisch Zuständigen statt. Bei mangelhafter Auftragserfüllung wechselt man zum besseren und günstigeren Konkurrenten. Auch das ist eine politische Machtkontrolle und grundsätzlich überhaupt nichts Neues.

Nur Umkehr führt aus der Sackgasse

Die Volkswahl legitimiert diejenigen, die politische Führungs-, Kontakt- und Repräsentationsaufgaben wahrnehmen, die in kleineren Gemeinden klein sind und klein bleiben. Andere Aufgaben können durch beauftragte Fachpersonen und Fachstellen (auch Private, die von mehreren Kleingemeinden beauftragt werden können) übernommen werden.

Die entscheidende Entlastung kommt aber nicht durch Fusionen und auch nicht durch ein besseres Management der vorhandenen und zunehmenden Aufgabenlast zustande, auch nicht durch Einführung einer weiteren Staatsebene, sondern durch eine Trendumkehr, d.h. durch eine Verkleinerung dieser Last: weniger Staatsausgaben, weniger Staatsaufgaben, weniger Zentralbürokratie und weniger professionelle Staatsdiener. Alle diese Ziele verlangen eine eigentliche Umkehr, die in der derzeitigen parteipolitischen Konstellation wenig Chancen hat.

Das braucht aber nicht immer so zu bleiben. Am Ende einer Sackgasse gibt es nur die Umkehr, und dass sich der bevormundende, zwangsweise umverteilende, sich zunehmend zulasten künftiger Generationen verschuldende und ressourcenverschwendende Zentralstaat nicht einfach nach den Prinzip "mehr vom Gleichen" und "mehr Zentralisierung" weiterentwickeln kann, ist eine unter jungen Menschen zunehmend verbreitete Grundeinstellung. Ihr politisches Programm hat sie aber noch nicht gefunden.

29 Regieren als Dialog

02.07.2019

Das politische System der Schweiz beruht auf einem fortwährenden Austausch zwischen Regierung und Volk. Dies stösst bei europäischen Spitzenpolitikern auf Argwohn. Ein Kommentar von Robert Nef.

"Macht braucht Schranken, auch zentrale Regierungsmacht."

Die Regierungsfunktion ist zweigeteilt in Ausführung und Führung. Primär hat die Regierung in einem Rechtsstaat dafür zu sorgen, dass die in Verfassung und Gesetzen vorgegebenen Ziele möglichst gut erreicht werden. Darum

wird sie als Exekutive bezeichnet, als ausführende Gewalt. Innerhalb dieser Vorgaben gibt es aber Spielräume und unvorhersehbare Herausforderungen, die politische Entscheidungen notwendig machen. In der halbdirekten Demokratie hat die Regierung auch das Recht, ihre innerhalb der Regierung durch Mehrheitsentscheid gefällten Beschlüsse und Empfehlungen öffentlich zu begründen und zu verteidigen. Eine eigentliche Regierungspropaganda widerspricht aber der verfassungsmässig beschränkten Exekutivgewalt.

Wenn heute in vielen Medien erwartet wird, dass der Bundesrat in der Frage des Rahmenvertrags mit der EU eine aktiv führende aussenpolitische Rolle spielen solle, wird übersehen, dass nach der Bundesverfassung auch die Grundentscheidungen der Aussenpolitik an der Urne gefällt werden. Bei politischen Grundfragen, die als Weichenstellung für die Zukunft des Landes gelten, hat nicht die Regierung den Regierten vorzuschreiben, was und wie sie zu entscheiden haben, sondern umgekehrt.

Eine breit abgestützte Vernehmlassung in Grundsatzfragen entspricht also unserem System, das sich von anderen europäischen Systemen unterscheidet. In der parlamentarischen Demokratie nimmt die Regierung ihre Richtlinienkompetenz wahr, und sie hat dazu freie Hand, es sei denn, sie werde durch Misstrauensvoten im Parlament oder durch Neuwahlen abberufen. Anders in der Schweiz. Die Konkordanzregierung, in der alle grösseren Parteien vertreten sind, geniesst die Mischung von Vertrauen und Misstrauen, die mit jeder Handhabung politischer Macht verknüpft ist. Regieren ist aus freiheitlicher Sicht ein politischer Prozess, in dem die Regierenden dauernd mit der politischen Anklage des Machtmissbrauchs konfrontiert sind.

“Schuldvermutung”

Ausgangspunkt ist das Verbot der Willkür in der Amtsausübung und zugleich das Eingeständnis, dass auch bei jeder Auslegung und Anwendung von Normen und Vereinbarungen eine gewisse Willkür unvermeidlich ist. Es gilt diesbezüglich so etwas wie eine generelle “Schuldvermutung”. Die Regierenden tragen aus dieser Sicht bei all ihren Entscheidungen, Massnahmen und Unterlassungen die Beweislast, dass sie rechtmässig handeln. Bei den Regierten, den Bürgerinnen und Bürgern, ist dies genau umgekehrt: Dort gilt eine grundsätzliche Unschuldsumutung bzw. eine Vermutung zugunsten der Freiheit. Sie dürfen in allen Bereichen, die nicht ausdrücklich verboten sind, irren und Fehler machen.

Auch Regierende sind irrtums- und fehleranfällige Menschen, die gegen geltendes Recht verstossen und ihr Amt willkürlich ausüben können, in der Exekutiven wie auch in anderen Gewalten, die Regierungsgewalt ausüben oder legitimieren. Sie stehen aber als Amtsträger in einer besonderen Verantwortung, die sowohl die liberal-rechtsstaatliche Freiheitsvermutung als auch die Unschuldsumutung zu ihren Ungunsten umkehrt. Die Beweislast ist daher im politischen Prozess für Regierte und Regierende unterschiedlich verteilt. Inwiefern man als Regierter zur sozialen Genossenschaft mit andern oder zur politischen Gefolgschaft gegenüber einer Obrigkeit gezwungen werden kann, bedarf einer ausdrücklichen verfassungsrechtlichen Grundlage. In einem Rechtsstaat stehen nicht die Verwalteten als Staatsklienten und -konsumenten in einem “besonderen Gewaltverhältnis”, sondern die Regierenden.

Das ist der Unterschied zwischen freiheitlichen und totalitären Regimes: In freiheitlichen Gemeinwesen misstrauen die Regierten legitimerweise den Regierenden und kontrollieren und kritisieren sie beharrlich. Es besteht, mindestens periodisch, die Möglichkeit einer mehrheitsgestützten Abwahl als Zeichen ultimativen Misstrauens.

Machterhalt durch Popularität war bisher stets nur “auf Zeit” möglich

In totalitären Regimes ist dies umgekehrt. Dort misstrauen die Regierenden den Regierten und stabilisieren ihre Macht durch Regierungsmedien, durch ein immer dichteres Netz von Verboten und Kontrollen und durch das mehr oder weniger sanfte Abhängigmachen im gleichzeitig umverteilenden, überwachenden und bevormundenden Daseinsvorsorgestaat. Politik wird dann zum permanenten Ringen der Regierenden um den Machterhalt. Sie geniessen nicht nur Macht und Ansehen, sondern sind auch ökonomisch vom Staat abhängig und kämpfen damit um ihre Pfründen.

Mit einer subtilen und populären Mischung von Eingriffen und Leistungsangeboten wollen sie als Regierende das Vertrauen der Mehrheit der Regierten erhalten und stabilisieren. Politik, so wird behauptet, hat sich früher am Gemeinwohl orientiert und tendiert heute immer mehr dazu, eine jeweils mehrheitsfähige Koalition von Sonderbedürfnissen zu bedienen. Der heute fast regelmässig von allen Seiten erhobene Vorwurf, die Politik werde immer populistischer, ist berechtigt. Man sollte dabei lediglich gegenüber den gegenwärtig Regierenden keine Ausnahme machen. Jede Machterhaltungspolitik ist auf eine gewisse Portion an Populismus angewiesen, aber das, was staatsgestützte Medien an Meinungen verbreiten, gilt eben als objektive Information und nicht als populistische Regierungspropaganda.

Machterhalt durch Popularität war bisher stets nur “auf Zeit” möglich. Der totalitäre Daseinsvorsorgestaat hat sich weltweit noch nicht durchgesetzt, und er hat – längerfristig gesehen – auch schlechte Chancen. In jedem Neugeborenen steckt eine individuelle Genkombination, die sowohl auf Anpassung als auch auf Widerstand angelegt

ist. Keine Familie bzw. keine Familienkonstellation gleicht der andern. Dies gilt weltweit und kulturübergreifend. Die restlos befriedigende und harmonische Kleingruppe gibt es nicht, und es gab sie auch nie, wie dies viele innerfamiliäre, und allgemein historische Überlieferungen bestätigen. Auch viele Mythen und Märchen bezeugen die Dialektik von Anpassung und Widerstand zwischen Generationen und innerhalb von Generationen.

Staatsmacht braucht Schranken

Ein politisch totalitärer Staatskapitalismus nach chinesischem Modell kann vielleicht das nach Jahrtausenden des Feudalismus und nach Jahrzehnten des Kommunismus immer noch niedrige Wohlstandsniveau aller Chinesen noch deutlich anheben und damit seine Macht temporär intern legitimieren und extern stabilisieren und ausbauen. Sobald sich aber ein gewisser materieller Wohlstand einmal etabliert hat, wird die Differenziertheit der materiellen und der immateriellen und individuellen Bedürfnisse innenpolitisch zunehmen und zu mehr Diversität und zu mehr Kritik gegenüber jeder etatistischen und egalitären Totalkontrolle ermutigen.

Das "Grundgefühl" der Regierten gegenüber den Regierenden beruht nicht auf einem blinden Vertrauensvorschuss, sondern auf der kritischen Beobachtung im Hinblick auf den Missbrauch anvertrauter oder angemasteter Macht. Macht braucht Schranken, auch zentrale Regierungsmacht. Dies ist die Frucht jahrtausendealter menschheitsgeschichtlicher Erfahrungen im Umgang mit Macht. Der britische Philosoph Lord Acton hat dies treffend zum Ausdruck gebracht mit seiner Feststellung, dass Macht korrumpiert und absolute Macht absolut korrumpiert. Die Schweiz ist mit ihrem institutionalisierten Misstrauen gegenüber der politischen Macht nicht rückständig. Ihr Regierungssystem, das einen permanenten Dialog der Regierung mit den Regierten voraussetzt, wird aber europaweit von allen politischen und wirtschaftspolitischen Machthabern mit grossem Argwohn beobachtet und beurteilt. Das sollte uns nicht irritieren.

30 Umverteilung schadet der Umwelt

21.08.2019

"Rote" Umverteilung und "grüner" Konsumverzicht sind unvereinbar. Der Mitteleinsatz für technologischen Fortschritt bringt mehr als Umverteilung. Ein Kommentar von Robert Nef.

"Es gibt Alternativen zu Verboten, die nicht den erhofften Effekt haben werden."

Die Auffassung, dass es weltweit die Reichen sind, die der Umwelt und dem Klima am meisten schaden, ist weit verbreitet, und sie ist zunächst nicht völlig von der Hand zu weisen. Aus dieser Sicht wäre es klimafreundlich, wenn es global möglichst wenige Reiche und möglichst viele Nicht-Reiche gäbe.

Ein grünes Programm würde darin bestehen, die reichen Klimaschädiger zu entreichern und dafür zu sorgen, dass möglichst wenige Menschen reicher und damit umweltschädlicher werden. Diese einseitige grüne "Entreicherungs-politik", die auch kommunitaristisch genannt wird, steht aber im Widerspruch zu einer roten Umverteilungspolitik, die zwar die Reichen fiskalisch entreichern will, aber auf diesem Weg den bisher Nicht-Reichen zusätzlichen Konsum ermöglicht. Diese beiden Programme schliessen sich gegenseitig aus und sind nur kombinierbar, wenn man die Umverteilungspolitik mit einer rigorosen Konsumbeschränkungspolitik verknüpft.

Verzichtbereitschaft gehört zum Wesen der Selbstbestimmung und der Selbstverwirklichung, sofern der Verzicht freiwillig ist. Der Verzicht auf kurzfristige Konsum- und Befriedigungswünsche wird oft nicht nur im Hinblick auf eigene Nachkommen praktiziert, sondern durchaus "auf lange Sicht" im Hinblick auf künftige Generationen.

Privateigentum und Erbe sind miteinander verknüpft, und Knappheit ist nicht nur ein Fluch, sondern eine permanente Herausforderung zur selbstbestimmten und selbst begründeten Wahl, die einen verantwortungs- und zukunftsbesusten Umgang mit der Mitwelt, mit der Umwelt und mit der Nachwelt stimuliert. Privateigentum ist eine lebenslängliche, generationenübergreifende Manövriermasse und bildet häufig die Basis einer Lebensökonomie über den eigenen Tod hinaus.

Problematische Konsumbremse

Dieses aufgeklärte Eigeninteresse genügt als Basis einer privaten Eigentumsordnung (in Verbindung mit der Haftung für Schäden), die nicht staatlich gefördert werden muss, in die der Staat aber nicht durch eigentumsfeindliche Massnahmen und konfiskatorische Besteuerung eingreifen sollte. Aus dieser Sicht ist ein weltweit zunehmender Wohlstand auf der Basis von Privateigentum und Privatautonomie keine zusätzliche Bedrohung der Umwelt und des Klimas.

Zwangswise Umverteilung ist aber ökologisch problematisch. Ohne strikte Konsumeinschränkungen fließt alles, was finanziell umverteilt wird, mehrheitlich wieder in den Konsum, der seinerseits nicht CO₂-neutral ist. Eigentlich würde nur eine vom Staat befohlene und durchgesetzte Konsumbremse, kombiniert mit gezielten Verboten, den CO₂-Ausstoss weltweit reduzieren und die Klimaerwärmung dämpfen.

Konsumverbote werden aber erfahrungsgemäss umgangen oder durch Korruption "weggekauft". Sie setzen scharfe Staatskontrollen voraus und einen streng sanktionierenden, unbestechlichen Behördenapparat, der just in den potenziellen Empfängerländern von Umverteilungsgeldern weitgehend fehlt.

Eine Alternative oder eine Kumulative zur globalen Konsumbremse wäre eine restriktive Welt-Bevölkerungspolitik mit dem Ziel eines generellen Stopps des Bevölkerungswachstums. Eine planwirtschaftliche Einkindpolitik nach chinesischem Muster würde das den CO₂-Ausstoss fördernde Bevölkerungswachstum wirksam stoppen. Die Staaten könnten auch generell die Familienförderung einstellen und Kinderlosigkeit und Babystreiks propagieren, um das Klima zu schützen.

Man wartet gespannt auf die praktischen und praktikablen diesbezüglichen Vorschläge der rot-grünen Klimaschützer. Vorläufig plädieren weniger entwickelte Länder an internationalen Klimakonferenzen einfach für mehr Umverteilungsgelder zu ihren Gunsten; deren Auswirkungen auf das Klima sind tendenziell kontraproduktiv. Irgendwann kommt es deswegen zum Konflikt zwischen "Rot" (Umverteilung) und "Grün" (Konsumverzicht).

Die beiden Ziele sind nicht kompatibel. Ziemlich viel CO₂ produziert weltweit die Landwirtschaft, v.a. die Viehzucht. Diese Tatsache würde zum Postulat führen, den Fleischkonsum zu reduzieren und weltweit alle Agrarsubventionen (die im Effekt den Fleischkonsum verbilligen) abzubauen. Diesbezüglich ist es tatsächlich konsequent, wenn Klimaschutzdemonstranten den Veganismus propagieren.

Neuerdings sitzt auch die Textilindustrie auf der Anklagebank der Klimaschützer. Die Produktion von Textilien ist offenbar markant am CO₂-Ausstoss beteiligt. Würde der durch Mode geschaffene künstlich angeheizte Textilkonsum weltweit eingeschränkt (etwa durch normierte, witterungsangepasste Uniformen), wäre dies ein wirksamer Beitrag zum Klimaschutz.

Gibt es Alternativen zu diesen totalitären Programmen, die versuchen, grüne Konsumverzichtspolitik mit roter Umverteilungspolitik zu verknüpfen? Ein freiheitsfreundlicherer Zugang zu einer Welt-Klimapolitik würde an einer durchaus liberalen Maxime anknüpfen. In erster Linie: nicht schaden. Daraus würde eine Politik des weltweiten Unterlassens klimaschädlicher Staatsförderung aller Art hervorgehen. Hinter vielen tendenziell klimaschädlichen Branchen (wie etwa dem Tourismus) steckt nämlich aktive Staatsförderung. Aber eine solche "Weniger-Staat-Politik" entspricht weder den "roten" noch den "grünen" Präferenzen.

Auch wenn man dies alles schwer "durchrechnen" kann, zeigt sich, dass eine Klimapolitik, die sich auf eine Reduktion des Individualverkehrs auf der Basis von fossilem Treibstoff und des internationalen Flugverkehrs durch Besteuerung beschränkt, die Probleme nur verlagert und "umverteilt", aber nicht löst.

Konsequente Klimaschützer werden früher oder später mit der Tatsache konfrontiert, dass ihre Ziele nicht einfach nur den Verzicht auf etwelchen Luxus "der Reichen" und der "reichen Nationen" bedingen, sondern radikal in die Lebensgewohnheiten einer sich weltweit etablierenden und auch durch die Entwicklungspolitik geförderten Konsumgesellschaft eingreifen würden. Das dürfte den Popularitätszuwachs "grüner Politik" schon in absehbarer Zeit dämpfen. Der Protest der "Gelbwesten" in Frankreich richtete sich gegen zu hohe Treibstoffpreise.

Bessere Technologien forcieren

Es gibt Alternativen zu allen aus einer Mischung von Panik und Klimapopulismus geforderten Verboten, die aller Voraussicht nach nicht den erhofften Effekt haben, sondern vielerorts nur zu Umgehungstaktiken und Korruption führen. Neben Lenkungsabgaben (die durch den Abbau anderer Steuern kompensiert werden müssen) und dem internationalen Handel mit Emissionszertifikaten werden mit guten Gründen v.a. das Vorantreiben der Entwicklung von Klimaschutztechniken und deren Export in Schwellenländer vorgeschlagen.

Der Druck der öffentlichen Meinung ist dabei durchaus erwünscht und wirksamer als Vorschriften, die häufig kontraproduktiv sind. Priorität hat die Forcierung besserer und raffinierterer Technologien. Sie ist v.a. eine Herausforderung an eine innovative, risikofreudige Wirtschaft und wird durch fragwürdige staatliche Förderungsprogramme mehr verzögert als beschleunigt. Wer auf internationalen Umverteilungsprogrammen auf heutiger technologischer Basis beharrt, fördert weltweit zusätzliche Emissionen.

Ein gezielter Einsatz von Mitteln für den technologischen (v.a. den umwelttechnologischen) Fortschritt bringt mehr als alle von grösseren zu kleineren Klimasünden umverteilten öffentlichen Mittel. Ein anderer Lösungsansatz sind der Entzug von CO₂ aus der Luft, neue Technologien zur Klimakühlung und eine globale Strategie zur Anpassung an die klimatischen Veränderungen durch die Neuerschliessung von Anbaugebieten in bisher kälteren Regionen.

31 Staat verursacht Reformstau

03.10.2019

Die wichtigste Ursache für Reformstaus ist die Mentalität der Rückwärtsgerichtetheit und der Besitzstandswahrung statt der flexiblen Anpassung an sich wandelnde Strukturen. Ein Kommentar von Robert Nef.

“Der Rückzug aus wohlfahrtsstaatlichen Fehlstrukturen ist anspruchsvoll.”

Bezüglich Arbeit, Lohn und Renten sind die Mentalitäten in Europa in hohem Mass von den gemeinsamen Erfahrungen mit dem technischen Fortschritt und der arbeitsteiligen Industriegesellschaft geprägt. Europa hat den Schritt vom feudalistischen Agrarzeitalter ins gemischt bürgerlich-sozialdemokratische Industriezeitalter eingeleitet, vollzogen und durchlitten. Dieser zivilisatorische Schritt prägt unser Denken und Fühlen. Wir tun uns daher schwer mit dem nächsten Schritt ins elektronisch vernetzte Dienstleistungs- und Informationszeitalter. Es trifft zwar zu, dass unsere Arbeiterschaft sich verbürgerlicht hat, aber in gleichem – oder noch stärkerem – Ausmass sind wir mentalitätsmässig alle zu Arbeitern geworden. Wir haben Arbeitsplätze, Löhne, Renten, kollektiv und staatlich geregelte Arbeitsverhältnisse und ein staatlich vorgeschriebenes Pensionierungsalter, und wir betrachten Arbeit als etwas, was uns der Staat bzw. die Gesellschaft als “Stelle” zu garantieren hat.

Die Vorstellung einer frei wählbaren Versicherung gegen Wechselfälle des Lebens ist durch ein starres Korsett von obligatorischen Versicherungen gegen alle Eventualitäten abgelöst worden. Wir machen Lehrgänge und Ausbildungen, die auf bestimmte Lebensstellen zugeschnitten sind, nach denen es zum Teil kaum mehr Nachfrage gibt, und wir empfinden es als persönliche Katastrophe, wenn es zur Kündigung kommt. Eine Entlassung bedeutet aus dieser Sicht nicht etwa den Schritt zu etwas Neuem, anderem, Besserem, sondern den Abstieg zum Sozialfall – auch für qualifizierte Mitarbeiter. Wir sind mentalitätsmässig meilenweit von der Auffassung der Amerikaner entfernt, dass man entweder immer wieder einen “Job” findet oder selbständig einen kreieren muss.

Sozialpolitische Fehlsteuerungen

Pointiert ausgedrückt: Mit wenigen Ausnahmen sind wir alle zu Zahnrädern einer riesigen industriellen Maschinerie geworden, die von der technologischen und zivilisatorischen Entwicklung bereits überholt ist. Wer damit hadert, dass seine bisherige Aktivität in dieser Maschinerie überflüssig geworden ist und dass er nach einer Kündigung keine analoge Stelle mehr findet, sollte sich nicht selbst bemitleiden und nach staatlichem Schutz rufen, sondern eine Neuausrichtung wagen und alle Möglichkeiten der Weiterbildung nutzen.

Diese Rückwärtsgerichtetheit, die eine Besitzstandswahrung und damit einen Schutz überholter Strukturen anstrebt statt flexibler Anpassung an neue Herausforderungen, ist eine wesentliche Ursache der europäischen Krankheit, für die man den zutreffenden Ausdruck Reformstau geprägt hat. Die Therapie dieser Krankheit ist anspruchsvoll. Kleinere Anpassungen und Pseudoreformen lösen das Grundproblem nicht, und der finanzielle Leidensdruck ist zurzeit noch zu klein, um eine grundlegende und unumgängliche Neuorientierung zu bewirken. Der geordnete Rückzug aus wohlfahrtsstaatlichen Fehlstrukturen, die ein Erbe des Industriezeitalters sind, ist kein Sonntagsspaziergang.

Ein akutes Problem der heutigen Arbeitswelt ist die Schwierigkeit der über Fünfzigjährigen, nach einer Kündigung noch eine Stelle zu finden. Sie wird einerseits der mangelnden Anpassungsfähigkeit älterer Menschen an neue Technologien angelastet oder andererseits einer gewissen Altersfeindlichkeit der Arbeitgeber. Das Problem wird rein zahlenmässig allerdings überschätzt. Tatsächlich ist die Arbeitslosenquote in diesem Alterssegment unter dem Durchschnitt.

Das Problem ist nicht primär zivilisatorisch bedingt, sondern wird auch durch sozialpolitische Fehlsteuerungen verursacht. Die Diskriminierung hat mit einer auf die Dauer katastrophalen staatlichen Überregulierung des Arbeitslebens und der obligatorischen Altersvorsorge zu tun. Nicht der Unwille von Arbeitgebern, ältere Mitarbeiter zu beschäftigen, ist der Hemmschuh, sondern ein ursprünglich gut gemeintes Korsett an obligatorischer Altersvorsorge, die zum Teil vom Arbeitgeber zu finanzieren ist, der den Lohn plus die von ihm zwangsfinanzierten Sozialleistungen als Lohnkosten buchen muss. Dadurch wird die Rentabilität und die Attraktivität älterer Arbeitnehmer künstlich herabgesetzt. Die Beitragsregelung basiert auf veralteten Vorstellungen über eine (v.a. männliche) Arbeitnehmer-Normalbiografie, in der das Interesse an einer Altersvorsorge erst bei 25-Jährigen erwacht, dann schrittweise zunimmt und erst nach fünfzig seinen Kulminationspunkt erreicht.

Das wirkt sich auf die Beitragshöhe aus und ist der wesentlichste Grund für die Bevorzugung jüngerer Arbeitnehmer. Ein zusätzlicher Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer, wie er heute erwogen wird, wäre für Stellensuchende in dieser Situation Gift, weil er die Attraktivität dieser Gruppe auf dem Arbeitsmarkt weiter verschlechterte. Die Möglichkeit jemandem, der sich nicht bewährt, zu kündigen, ist für die Arbeitgeber von vitaler Bedeutung.

Sie ist eine der wichtigsten Trumpfkarten des relativ liberalen Arbeitsmarktes der Schweiz. Kündigungsschutz ist stets eine Bevorzugung der Habenden gegen die Suchenden. Leider wird die sozialstaatsbedingte Komponente der sogenannten Diskriminierung älterer Arbeitnehmer kaum erforscht und ist politisch kein Thema. Man behandelt die Altersdiskriminierung in den Medien, huldigt aber dem Irrglauben, hier bestehe zusätzlicher Regulierungsbedarf. Sozialpolitiker wittern die Chance für eine neue Klientel von Diskriminierten, der man Staatshilfe auf Kosten der Arbeitgeber und der Steuerzahler anbieten könnte.

Die Politik kümmert sich heute in erster Linie darum, was man zusätzlich regulieren, besteuern und obligatorisch versichern und “verrenten” könnte. Viel wichtiger wäre aber eine Strategie des geordneten Rückzugs aus einer Fülle von gut gemeinten, aber in der Auswirkung kontraproduktiven Regulierungen. Dass ein grosser Teil interventionistischer und umverteiler Politik im Effekt generell mehr schadet als nützt, ist keine neue Erkenntnis, und einige überzeugte Sozialstaatskritiker machen seit Jahren darauf aufmerksam. Sie applaudieren sich gegenseitig in ihrer Nische, erreichen aber weder das grosse Publikum in den Medien noch die mehrheitlich etatistisch ausgerichteten Lehrstuhlinhaber an den Hochschulen, die sich in erster Linie um kleine Korrekturen innerhalb eines grossen Fehlsystems kümmern.

Lieber “mehr Staat” als “soziale Kälte”

In der tages- und parteipolitischen Debatte werden solche Gesichtspunkte auch bei bürgerlichen Parteien ausgeblendet, weil man sich nicht gern dem Vorwurf der “sozialen Kälte” aussetzt und lieber immer wieder “mehr Staat” riskiert. Der medizinische Grundsatz “In erster Linie nicht schaden” wäre von der Politik neu zu entdecken, aber mit einer Politik, die sich lediglich als Schadensbegrenzung propagiert, gewinnt man keine Wahlen. Immerhin: Die Hoffnung auf “weniger Staat”, “weniger Steuern” und “weniger Umverteilung zulasten der Jungen” ist vor allem bei einer jüngeren Wählerschaft durchaus vorhanden, aber sie muss auch in der Tagespolitik gegen die erheblichen Widerstände der bisher Begünstigten durchgesetzt werden.

Man hat die obligatorische Altersvorsorge, die staatliche Festsetzung eines Pensionierungsalters und die (effektiv nur scheinbare) Übernahme von Kosten der Altersvorsorge durch die Arbeitgeber als soziale Errungenschaften und als Fortschritt gefeiert. Dabei ist dies alles alter Ballast aus dem Industriezeitalter. Eine genauere Analyse würde ergeben, dass sich diese gut gemeinten Zwangsregulierungen effektiv als Entwicklungsbremse auswirken und als Verhinderung eines flexibleren Arbeitsmarktes, der sich sowohl für die Arbeitgeber als auch für die Arbeitnehmer mehrheitlich befreiend und damit positiv auswirken würde.

32 Im Zweifel für die Freiheit

15.11.2019

Konsequentes liberales Gedankengut ist von verschiedenen Seiten her unter Druck geraten. Ein Kommentar von Robert Nef.

“Selbst in der Wirtschaft bröckelt die Kritik an staatlichen Interventionen.”

Die konsequenten Liberalen stecken heute in einem ideologischen Mehrfrontenkrieg. Gegen den krassen Umverteilungs- und Verstaatlichungs-Sozialismus haben sie dank der Verbürgerlichung der Arbeiterschaft gewonnen. Es gibt keinen Klassenkampf mehr zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum. Das ist nicht etwa das Resultat eines “Sieges” der Idee der persönlichen Freiheit, sondern ganz einfach eine Folge der technisch-zivilisatorischen Entwicklung.

Der Wandel vom Fabrikzeitalter zum Dienstleistungszeitalter hat sich auch auf die Parteideologien und auf die Parteiprogramme ausgewirkt. Die Fabrikarbeiter, denen man einmal als “Klasse” die Zukunft anvertrauen wollte, sind heute ein kleines Bevölkerungssegment, das zum Teil aus nicht stimm- und wahlberechtigten Immigranten besteht und zum Teil im eigenen Interesse wenig von “internationaler Solidarität” und dafür mehr von Zuwanderungsbeschränkungen hält und entsprechend wählt. Die neuen Gegner der Liberalen sind im immer staatsabhängigeren Mittelstand zu lokalisieren, und es ist nichts als konsequent, wenn die Sozialdemokraten sich als strukturkonservative Schützer dieser Gruppe anpreisen.

Wer sind die neuen Widersacher dieser Liberalen, die “mehr Freiheit und weniger staatliche Bevormundung” anstreben? Zunächst einmal eine grosse Mehrheit unter denen, die als Staatsangestellte und Staatsrentner mehr oder weniger direkt schicksalhaft von regelmässigen Zahlungen des Staates abhängig sind. Dieses Bevölkerungssegment wünscht sich zwar auch keine höheren Steuern, aber es will im eigenen Interesse keinen Staatsabbau, sondern eine intensivere Belastung der höheren Einkommen, um die bisherige Position zu halten oder auszubauen. Es ist den Sozialdemokraten in den letzten fünfzig Jahren gelungen, schrittweise einen grossen Teil der Bevölkerung zu finanziell staatsabhängigen und Unterstützungsbedürftigen zu machen. Warum hat sich das nicht markant in einem kontinuierlichen Wachstum der Linkswählerschaft niedergeschlagen?

Politischer Opportunismus

Ganz einfach. Die ursprünglich bürgerlichen Mitteparteien haben europaweit aus politischem Opportunismus einen Teil der linken Umverteilungsideologie assimiliert. Sie unterstützen heute den Ausbau des Daseinsvorsorgestaates, in dem eine Mehrheit immer staatsabhängiger wird. Sie vertreten heute unter dem herkömmlichen Parteilabel selbst eine Art von "gemässiger Sozialdemokratie", und die Warner, die konsequent "weniger staatliche Bevormundung" fordern, gelten als Nestbeschmutzer oder Spielverderber. Zudem ist es den Nicht-Linken gelungen, die ursprünglichen Klassenkampfparteien als Gruppierungen abzutun, die mit dem Druck der Strasse operieren, was den mittelständisch gewordenen Staatsabhängigen nicht ins Weltbild passt. Der konsequente liberale Kampf gegen den Sozialismus gab den Liberalen ursprünglich interne Kohärenz. Im Kampf gegen den real existierenden "Semi-Sozialismus" zerstreiten sich anpassungsbereite "Realos" mit konsequenten "Fundis".

Doch nicht genug damit. Auch in der sogenannt freien Wirtschaft bröckelt die Kritik an staatlichen Interventionen und Subventionen, vor allem wenn sie sich zugunsten der eigenen Branche auswirken. Es gibt eine immer grössere Zahl von staatsnahen und finanziell staatsabhängigen Branchen, die auf eine gute Vernetzung im Parlament und mit der Verwaltung angewiesen sind. Angefangen hat diese Abhängigkeit einerseits mit einem Netzwerk von Regulierungen, die vor Missbräuchen schützen sollten, und andererseits mit den Bestrebungen, die man im allgemeinen Interesse staatlich fördern wollte. Die organisierte Wirtschaft hat einen grossen Teil der Forschung und der Berufsbildung dem Staat aufgebürdet. Man hat diese Abhängigkeit nicht gesucht, man ist in sie "hineingeschlittert", einerseits weil man selbst dem Wettbewerb weniger zutraute als der wohlwollenden Staatsintervention und andererseits unter dem Druck internationaler Regulierungen, die alles andere als liberal sind.

Dazu kommen noch weitere Widersacher. Eine liberale offene Gesellschaft hat noch mehr neue Feinde ausserhalb des klassischen etatistischen Sozialismus. Es gibt heute vor allem zwei weitere Strömungen, die in die freiheitsfeindliche Richtung driften. Einerseits sind das die Bewunderer eines IT-gesteuerten Staatskapitalismus, die es bis weit in bürgerliche Reihen hinein zunehmend gibt. Sie haben den Glauben an ein Lernen durch Wettbewerb in Freiheit verloren und setzen mehr auf taugliche, sich selbst optimierende Algorithmen, die von einer immer allwissenderen Staatsspitze entwickelt werden, was dann zu einer elektronischen Selbststeuerung des Staates auf dem neuesten Stand der Technologie führen soll.

Von einer ganz anderen Seite her argumentieren die grünen Interventionisten. Sie gehen davon aus, dass sich der Zustand der Welt einem kollektiven Notstand annähert, in dem es für Freiheit keinen Platz mehr gibt. Das sei zwar zu bedauern, aber die etatistische Rettung der Welt habe vor der Bewahrung der Freiheit in einer offenen Gesellschaft Vorrang.

Die ökologisch motivierten grünen Etatisten kooperieren politisch mit den sozialistisch motivierten Etatisten, und die technologisch argumentierenden Etatisten schliessen sich von Fall zu Fall an. Die Rechten sind für den Infrastrukturstaat, die Linken für den Umverteilungsstaat, die Grünen für den ökologischen Lenkungsstaat, aber alle wollen mehr Staat. Das geht quer durch das herkömmliche Parteiensystem. Alle drei Spielarten des Antiliberalismus haben den Sukkurs der zunehmend staatsabhängigen Medien und des ebenfalls staatsabhängigen Forschungsmainstreams. Dagegen sollten die echten Liberalen, d.h. die Freunde der Freiheit, die es möglicherweise in fast allen Parteien (und vor allem ausserhalb) gibt, konsequent ankämpfen.

Wirtschaftsfreiheit zahlt sich aus

Der globale Wettbewerb um die beste Wirtschaftspolitik spielt sich heute effektiv nicht mehr zwischen einem etatistischen Sozialismus und einem marktwirtschaftlichen Liberalismus ab, sondern zwischen einem real existierenden Mischsystem von Staat und Wirtschaft einerseits und einem totalitären Staatskapitalismus andererseits. Der Liberalismus wäre die Alternative zu diesen beiden Spielarten einer Mischung von politischer Macht und Markt. Sein Credo: Markt als Prinzip, Zwang als Ausnahme und im Zweifel für die Freiheit. So viel Markt wie möglich, politische Macht nur mit wirksamen Schranken des Rechts, der Gewaltentrennung, der Eigentumsfreiheit und Wirtschaftsfreiheit und des Minderheitenschutzes sowie eines Wettbewerbs zwischen Gebietskörperschaften. Auch dem Schutz der Umwelt würde die Formel "je knapper, desto teurer" besser dienen als korruptionsanfällige Rationierungen.

Ein solcher Liberalismus ist in keinem Land der Welt voll verwirklicht, aber vergleichsweise schneiden Länder mit viel Wirtschaftsfreiheit und wenig Interventionismus sowohl bezüglich allgemeinem Wohlstandsniveau als auch bezüglich Umweltqualität besser ab als links-etatistische und rechts-etatistische Staaten. Wer diese welthistorische Auseinandersetzung letztlich gewinnt, ist schwer zu prognostizieren, aber: Vieles spricht für eine längerfristige Überlegenheit der Freiheitsidee. Jede neue Generation hat ihren eigenen Anteil an unausrottbarer Dissidenz, die nach Freiheit dürstet. Eine wirksame Unterdrückung der Freiheit ist nicht nur pädagogisch unwahrscheinlich, sie wird auf die Dauer auch zur untragbaren ökonomischen Belastung. Auch hier kommt früher oder später die unerbittliche Frage: "Wer soll das bezahlen?"

33 Green New Deal führt zu Etatismus

22.01.2020

Die globale Erwärmung ist ein Faktum. Doch Korrektur-, Machbarkeits- und Erziehungswahn ist kontraproduktiv. Ein Kommentar von Robert Nef.

“Die beste Strategie beruht auf der Ausblendung der Schuldfrage.”

Am Klimagipfel vor einem Monat in Madrid hat der Berg eine Maus geboren. Alles andere wäre überraschend gewesen. Viele haben dieses Nichtresultat prognostiziert. Doch es besteht weder Grund zur nachträglichen Rechthaberei noch Anlass zur Resignation, denn die globale Klimaerwärmung ist eine Tatsache, und Nichtstun und Weiterwursteln ist angesichts von gemeinsamen Herausforderungen keine Lösung.

Es gibt nun ein neues Zauberwort, das sich auch die EU auf die Fahne schreibt: den Green New Deal. Der scheint sich als Königsweg zur globalen Klimarettung in der Politik und in den Medien definitiv durchzusetzen. Was ist damit gemeint? Offenbar etwas Gutes. Nämlich ein Deal, eine ausgehandelte Übereinkunft zwischen Staaten einerseits und zwischen Staat und Wirtschaft andererseits.

Roosevelts New Deal zur Warnung

Der in den Dreissigerjahren in den USA abgeschlossene New Deal war als Krisenbekämpfungsmassnahme die Geburtsstunde des amerikanischen Sozialstaats. Im korporatistischen und sozial-nationalistischen Geist jener Zeit wurde er zwischen den Sozialpartnern ausgehandelt und von der Politik letztlich abgesegnet. Er ist als Überwindung der Wirtschaftskrise gefeiert worden, hat aber auch den Grundstein gelegt für den Ausbau des Etatismus in den USA. Der New Deal der Dreissigerjahre war aus liberaler Sicht ein falscher Schritt in Richtung Etatismus, Korporatismus und Sozialismus.

Man mag ihn rückblickend als Notmassnahme zur Überwindung der Krise historisch rechtfertigen, denn niemand kann hinterher wissen, was ohne den New Deal geschehen wäre. Tatsächlich aber ist der New Deal der Ursprung der heute in den USA zunehmend manifest werdenden Schäden einer etatistisch intervenierenden Sozialpolitik. Sie mündet zwangsläufig in einen Teufelskreis des generellen Unbefriedigtseins und in eine schrittweise Degeneration der interpersonellen Hilfsbereitschaft, ohne nachhaltig finanzierbar zu sein. Das wahre Ausmass dieser krisenhaften Entwicklung wird in den nächsten Jahrzehnten spürbar werden, aber die sozialistischen Rezepte für einen “New New Deal” sind bereits auf dem politischen Markt: höhere Steuern und eine Enteignung der Reichen. Einmal mehr wird das Rezept hervorgeholt, das schon Abraham Lincoln als Fehlkonzept entlarvt hat – man kann die Armen nicht reicher machen, indem man die Reichen ärmer macht.

Es gibt schon zahlreiche seriöse Publikationen über die negativen Folgen des New Deal, aber er wird von den Etatisten aller Parteien und von den zahlreichen tonangebenden staatsnahen Ökonomen immer noch als Erfolg und Fortschritt zu einem “besseren, sozialeren Amerika” gepriesen. Leider führt das amerikanische Zweiparteiensystem nicht zu einer klaren Auseinandersetzung zwischen linken Mehr-Staat- Politikern einerseits, die häufiger bei den Demokraten zu orten sind, und rechten Weniger-Staat-Politikern andererseits, die mehrheitlich republikanisch sind. Es gibt auch einen etatistischen Flügel der Republikaner, die unter dem Motto “America first” mehr Staat zum Schutz der eigenen Wirtschaft und mehr Staat zum Schutz konservativer Moralvorstellungen fordern. Die wirklich liberalen Anhänger des Freihandels und einer pluralistischen Zivilgesellschaft bleiben in Präsidentschaftswahlen stets chancenlos.

Der entscheidende Unterschied zwischen dem US-New-Deal und dem Green New Deal besteht wohl darin, dass der New Deal ganz eindeutig eine nationale Strategie war und keine internationale. Solange es noch keine Weltregierung mit wirksamen Sanktionsmöglichkeiten gibt (was ich selbst weder für möglich noch für wünschenswert halte), sind internationale Klimaschutz-Agreements so etwas wie Kartellvereinbarungen mit “weiten Maschen” und vielen Umgehungsmöglichkeiten, die die tatsächliche Wirksamkeit infrage stellen.

Ich teile die diesbezügliche realistische Einschätzung des amerikanischen Ökonomen Richard Ebeling. Er hält die Umsetzung eines unter Nationen vereinbarten, d.h. eines “europäischen” bzw. eines EU-verbindlichen Green New Deal zur Abschaffung fossiler Brennstoffe für einen Irrweg, da die globale Erwärmung kein nationales, sondern ein globales Problem sei. Die Atmosphäre kann als eine globale Allmende begriffen werden, die von allen benutzt und auch verschmutzt wird, ohne dass es einen “Eigentümer” gibt, der die Benutzer dafür bezahlen lässt und die Verschmutzer dafür haftbar macht. Für Ebeling gehört es zur Tragödie der globalen Allmende, dass im Zusammenhang mit dem Klima viele Regierungen der Welt globalen Abkommen zwar formell zustimmen, aber keine wirksamen Schritte zu ihrer Umsetzung unternehmen. Er hält dieses Risiko der Nichtumsetzung für sehr wahrscheinlich und für sehr gross. Internationale Vereinbarungen gleichen Kartellen, und Kartelle sind historisch gesehen äusserst instabil, da die Mitglieder dazu tendieren, die Regeln zu missachten, und dann letztlich doch die jeweilige Regierung

veranlasst wird, die Einhaltung der Regeln durch Zwang und unter Strafandrohung zu gewährleisten. Nationale Regierungen sind für die Durchsetzung internationaler Regeln aber vor allem dann höchst ungeeignet, wenn diese im Gegensatz zu ihren eigenen politischen bzw. politökonomischen Machtinteressen stehen.

Und die Superregierung, die ein übergeordnetes globales öffentliches Interesse verfolgt, gibt es in absehbarer Zeit nicht, unabhängig von der Frage, ob eine solche überhaupt generell erwünscht wäre. Es scheint, so Ebeling, also besser, jede Gefahr durch die globale Erwärmung so zu behandeln, als ob sie durch rein natürliche Kräfte in den eigenen Heiz- und Kühlkreisläufen des Planeten verursacht worden wäre. Mit anderen Worten, nicht als etwas Menschgemachtes, das zu stoppen wäre, sondern als ein Faktum, an das wir uns nach besten Kräften anpassen müssen und anpassen können.

Mehr Vernunft statt mehr Panik

Ebelings Schlussfolgerung lautet wie folgt: Die beste Strategie gegen allfällige negative Folgen des Klimawandels beruht auf der Ausblendung der ganzen Schuldfrage und dem Verzicht auf den diesbezüglichen Korrektur-, Machbarkeits-, und Erziehbarkheitswahn, der womöglich sogar kontraproduktiv wirkt. Das hat nichts mit der Leugnung anthropogener Ursachen zu tun, sondern mit Realismus gegenüber allen politischen Klimarettungsstrategien, die irgendwelche Schuldigen und Klimastünder bestrafen und die Menschheit insgesamt rechtzeitig ökologisch umzuerziehen wollen, indem sie das Bussgeld von grösseren zu kleineren Sündern umverteilen. Das könnte leicht ins Kontraproduktive umkippen.

Ähnliches vertritt auch der dänische Ökonom Björn Lomborg, der dazu aufruft, sich auf die Bekämpfung der Folgen zu konzentrieren und sich nicht in der Ursachenbekämpfung zu verrennen. Wer solche Überlegungen anstellt und publiziert, setzt sich zwar dem Vorwurf des verantwortungslosen Klimaleugners aus, aber wenn weltweit der Ruf nach "mehr Panik" erklingt, braucht es die Stimmen, die zur Vernunft mahnen, ohne das Nichtstun zu propagieren.

34 Grenzen des Gesundheitssystems

30.03.2020

Die politische Gefahrenminderung im Hinblick auf einen Zusammenbruch des Gesundheitswesens wird gegenwärtig zulasten einer Gefahrenerhöhung im ganzen Finanz- und Wirtschaftssystem betrieben.

“Der ökonomische Preis dieser ‘Staffelungsmethode’ ist sehr hoch.”

Seit Jahren lag die Vermutung nahe, dass das weitgehend verstaatlichte Gesundheitswesen in der Schweiz der erste Teilbereich unseres Umverteilungsstaats sein wird, der an seine Grenzen gerät. Nun braucht es zu seiner Stützung sogar eine Teilmobilmachung der Milizarmee, die Linkspolitiker gerne abgeschafft hätten. Niemand konnte voraussehen, dass die definitive Herausforderung und mögliche Überforderung unseres Gesundheitswesens von einer Pandemie verursacht werden würde.

Die politische Gefahrenminderung im Hinblick auf einen Zusammenbruch im Gesundheitswesen wird gegenwärtig zulasten einer Gefahrenerhöhung im Bereich des gesamten Finanz- und Wirtschaftssystems betrieben. Das ist keine Lösung, sondern eine Verlagerung der Probleme, die sich allerdings unter den gegebenen Umständen aufgedrängt hat. Die Risiken dieser politischen Gratwanderung sind schwer abschätzbar. Auch Rezessionen können zu Todesfällen führen, die man jedoch nicht in täglich publizierten Statistiken wird nachlesen können. Es ist zu hoffen, dass sich die Folgen für das ebenfalls staatsabhängig gewordene Finanzsystem und die ganze Realwirtschaft in Grenzen halten werden und dass man im Hinblick auf vergleichbare Herausforderungen weltweit bereit ist, zu forschen und zu lernen.

Vergleiche Markt-Staat nötig

Aufschlussreich dürften dereinst Vergleiche sein, die rückblickend den Gesamterfolg in der Pandemiebewältigung messen. Waren die Gesundheitssysteme totalitärer Staaten (wie China) oder diejenigen von semi-sozialistischer Staaten (wie Italien) erfolgreicher als die Gesundheitsversorgungen in Taiwan, Südkorea, Singapur und in den USA, die wenigstens in ein marktwirtschaftliches Umfeld integriert sind?

Das Schweizer Gesundheitswesen, v.a. das kantonale Spitalwesen, ist mehr staatsbestimmt als marktwirtschaftlich; ein grosser Teil der freiheitlichen Elemente ist durch die Notmassnahmen ausser Kraft gesetzt. Immerhin gibt es in der Schweiz Privatangebote beim Testen, und die privaten Unternehmen, die pandemierelevante Produkte erforschen und liefern, laufen auf Hochtouren. Womöglich bewegt sich jetzt auch etwas im privaten Versicherungsbereich,

da ja der Staat auch in Zukunft ein neues Pandemierisiko nicht einfach durch wilde Milliardenversprechen wird abdecken können. Populistisch versprochene Staatshilfen belohnen einmal mehr diejenigen kleineren und grösseren Betriebe, die ohne finanzielle Polster gewirtschaftet haben; ganz grosse sind wegen ihrer "Systemrelevanz" durch staatliche Finanzspritzen vor dem Konkurs geschützt.

Eine zeitgerechte Analyse hat der US-Publizist Matthew Tanous auf dem Blog des Ludwig-von-Mises-Instituts publiziert ("Markets versus Socialism: Why South Korean healthcare ist outperforming Italy with Covid 19"). Dieser Vergleich der Gesundheitssysteme nach dem Kriterium der Verstaatlichung bzw. der Marktnähe im Bewältigen der Pandemie dürfte noch aufschlussreicher sein als der Vergleich der politischen Systeme im Ausrufen des Notrechts. Solche Vergleiche sollten ohne ideologische Scheuklappen nicht nur von Publizisten, sondern auch von Sozialforschern und Gesundheitsökonomen weltweit durchgeführt und in der Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt werden. Die Forderung "Mehr Staat und mehr Zentralstaat im Gesundheitswesen" taugt nicht als einzige Lehre aus der Krise.

Es ist zu vermuten, dass die Nähe zum marktwirtschaftlichen Prinzip von Angebot, Nachfrage, Selbstverantwortung und personenbezogener Versicherung im Gesundheitswesen mehr Vorteile als Nachteile hat. Wahrscheinlich führt sie nicht einmal zu einer erhöhten Sterberate finanziell Schwächerer, wenn soziale Auffangnetze aufgespannt sind. Vor allem bei einer Rückkehr zur gesundheitspolitischen Normalität dürften sich die Vorteile marktwirtschaftlicher Strukturen statistisch nachweisen lassen, wenn die richtigen Fragen gestellt und relevante Zahlen ausgewertet werden.

Es gibt auch unter Befürwortern der Marktwirtschaft das Vorurteil, das Gesundheitswesen befinde sich insgesamt "jenseits von Angebot und Nachfrage" und müsse "aus Gerechtigkeitsgründen" teilweise verstaatlicht sein bzw. werden. Man sollte die Gelegenheit jetzt nutzen, diese Behauptung auf dem Hintergrund der Erfahrungen objektiv zu überprüfen. Das Gesundheitswesen muss im Interesse aller von einer egalitären umverteilungsfixierten Sozialpolitik abgekoppelt werden. Die künftige Forschung im Sozial- und im Gesundheitsbereich darf sich nicht darauf konzentrieren, noch mehr und noch raffiniertere Interventionen auszutüfteln, die eine teilweise Weiterführung zentralistischer staatlicher Notmassnahmen rechtfertigen.

Die Nachfrage nach Behandlung und Pflege am Coronavirus erkrankter Personen lässt sich durch massive Eingriffe in die Freiheit so staffeln, dass die Tatsache der Rationierung unbegrenzter, subventionierter Angebote sozialverträglicher wird. Genau das geschieht jetzt in der Schweiz, und es hat unter den gegebenen Umständen durchaus Sinn. Man rationiert das Angebot nicht zusätzlich, sondern staffelt durch Verbotsmassnahmen die potenzielle Beanspruchung tatsächlich begrenzter Behandlungsangebote. Jedes faktische "Gratisangebot", das man grenzenlos beanspruchen kann, zwingt automatisch zur Rationierung, weil es auch im Gesundheitswesen nie alles für alle (zudem gratis) geben kann. Das gilt sowohl im Normal- als auch im Ausnahmefall. Angesichts dieser Tatsachen gab es kaum Alternativen zu den drastischen Massnahmen, deren Hintergrund letztlich die Idee der zwangsweisen Rationierung im Hinblick auf eine stets fragwürdige Verteilungsgerechtigkeit ist.

Verantwortung oder Gesinnung

Der ökonomische Preis dieser "Staffelungsmethode" ist allerdings sehr hoch, da es temporär zu einer umfassenden Abhängigkeit der gesamten Wirtschaft vom Staat kommt, aus der ein Wiederausstieg, nicht nur finanziell, höchste und schwer abschätzbare Ansprüche stellt.

Eine verantwortungsethisch fundierte Politik, die auch längerfristige Folgen von Massnahmen im Auge behält, müsste sie den positiven, kurzfristigen Wirkungen gegenüberstellen. Leider dominiert in der Politik kurzfristige gesinnungsethische Betrachtungsweise. Da es nicht einfach ist, die nachweisbar durch Covid-19 verursachten Todesfälle direkt zu ermitteln, wird es noch schwerer sein, die durch die befohlenen Massnahmen indirekt verursachten Todesfälle statistisch zu erfassen. Man wird die Todesfallkurven länder- und jahresweise vergleichen und jede Zunahme an Todesfällen dem Virus zuschreiben, nicht den teils tauglichen, teils vielleicht sogar kontraproduktiven Notmassnahmen.

In der Politik will niemand für "zusätzliche, politisch verursachte Todesfälle" verantwortlich sein, aber man nimmt es in Kauf, dass Zwangsmassnahmen im weiteren Sinn auch tödliche Folgen haben können, Gesinnungsethik ist populärer als Verantwortungsethik, rigoroses Verbieten ist eine attraktive Form lebensrettender Machtausübung. Innerhalb der bestehenden Rahmenbedingungen gab und gibt es kaum Alternativen.

Notfälle sind Testfälle, aber eine befriedigende Versorgung darf nicht ausschliesslich auf den Notstand ausgerichtet sein. Jeder Notstand bedingt Zwangsmassnahmen auf Zeit. Doch je mehr Zwang bereits den Normalfall bestimmt, desto anspruchsvoller wird die Notbremsung, weil sie sich ja nicht auf spontane Prozesse abstützt, sondern auf ein unberechenbares System von Wirkungen und unbeabsichtigten Nebenwirkungen. Und: Zu welcher Normalität soll man denn zurückkehren, wenn schon diese Normalität auf nicht nachhaltiger praktizierbaren Fehlsteuerungen beruht?

35 Mehr Eigenverantwortung

20.07.2020

Das schweizerische Gesundheitswesen wird immer mehr als eine Art Service public verstanden und zentraler geführt. Das hat fatale Folgen für die Gesundheit aller und verursacht enorme Kosten.

“Jedes staatliche Gesundheitswesen wird finanziell zu einem Fass ohne Boden.”

Rückblickend wird im Zusammenhang mit der Coronapandemie die Frage aufgeworfen, welche Staaten die Krise besser und mit weniger Todesfällen gemeistert haben: Sind es solche mit einem weitgehend verstaatlichten Gesundheitswesen oder solche mit gemischt staatlich-privater Gesundheitsversorgung? Die Schweiz gehört zur zweiten Gruppe, aber der Grad der Verstaatlichung des Gesundheitswesens ist stärker fortgeschritten, als dies wahrgenommen und in der Politik und den Medien thematisiert wird.

Es gibt aber (wie auch in Deutschland und Österreich) noch Restbestände einer auf Krankenversicherungen, Hausärzten und Spezialärzten basierten privatärztlichen Versorgung. Dies hat bewirkt, dass die pandemiegerechte Forderung “Bleiben Sie zu Hause” nicht zu einer vollständigen Abkoppelung der Abgeschirmten von jeder ärztlichen Versorgung geführt hat. Das ist möglicherweise eines der “Erfolgsgeheimnisse” nicht voll verstaatlichter Gesundheitssysteme.

Es gibt in der Schweiz ein Krankenversicherungsobligatorium für alle, das allerdings noch die Wahl offenlässt zwischen unterschiedlichen Krankenkassen, die “allgemeine”, “halbprivate” und “private” Versicherungsleistungen zu unterschiedlichen Preisen anbieten. Es gibt auch noch einen gewissen Wettbewerb zwischen privaten Krankenversicherern, aber seit dem Volksentscheid für ein Obligatorium ist der Katalog der Pflichtleistungen derart umfassend und detailliert, dass die Angebote und die Prämien von Kasse zu Kasse wenig differieren.

Wenig Raum für den Markt

Die Pflichtversicherer sind ihrerseits mit den öffentlichen und den privaten Spitälern vertraglich verbunden, sodass es für einen Markt und eine Vielfalt von Risikomodellen nur wenig Spielraum gibt. Unser Gesundheitswesen kann als grundsätzlich staatlich bestimmt charakterisiert werden. Die privatautonomen Relikte und Schlupflöcher sind an das obligatorische System adaptiert und entlasten den Staatshaushalt wahrscheinlich kaum.

Fast ein Drittel der Benutzer unseres Gesundheitswesens sind Zuwanderer, die mit dem Hausarztssystem nicht vertraut sind und die bei jedem Anzeichen von Krankheit die Notfallstation aufsuchen. Sie verbinden ihre Gesundheit mit dem Anspruch auf einen staatlich finanzierten Aufenthalt in einem Staatsspital. Dies führt zu einer Überbeanspruchung der spitalbasierten Medizin und zu einer Reduktion der wichtigen Beurteilung durch Ärzte, die ihre Patienten und deren spezifische Bedürfnisse persönlich kennen.

Zukunftsträchtiger und robuster wäre eine Gesundheitspolitik, die vermehrt für eine Vielfalt von Angeboten und für eine gute Vernetzung von privat- und kassenärztlicher Versorgung sowie öffentlichen und privaten Spitälern sorgen würde. Nur so könnten Angebot und Nachfrage auch im Gesundheitswesen wieder anhand individueller Präferenzen ausbalanciert und qualitativ verbessert werden, ohne dass die Kosten für die öffentliche Hand permanent steigen.

Das ursprüngliche Motiv der Verknüpfung von Gesundheitswesen und Sozialwesen ist nachvollziehbar. Niemand soll aus finanziellen Gründen von der ärztlichen Grundversorgung ausgeschlossen werden. Dies hat historisch zunächst dazu geführt, dass Spitäler als religiöse und karitative Institutionen ohne wirtschaftliche Motive gegründet und betrieben wurden. Sie sind als soziale Institutionen zugunsten der ärmeren Bevölkerung entstanden und haben sich erst später zu medizinischen Behandlungszentren für alle entwickelt.

Ihre Finanzierung wurde von den Benutzern und ihren Versicherungen sowie von gemeinnützigen und staatlichen Trägerschaften sichergestellt. Im Normalfall offerieren sie kein staatliches Gratisangebot, sondern basieren auf der eigenständigen Grundfinanzierung ihres Leistungsauftrags, der allenfalls durch staatliche Hilfen und Defizitgarantien gestützt wird.

Die finanzielle Vorsorge und Absicherung für den Krankheitsfall ist ihrem Wesen nach Sache des mündigen Menschen und nicht des Staates. Dabei gibt es eine Minderheit (in der Schweiz sind das wohl nicht mehr als 10% der Bevölkerung), die zur Selbstverantwortung und zur Selbstdosierung ihrer Personenversicherung nicht in der Lage ist. Für diese Gruppe ist eine staatsmedizinische Grundversorgung auf Kosten der Allgemeinheit sicherzustellen. Die grosse Mehrheit sollte in der Lage sein, ihre Gesundheitsvorsorge und die Sicherstellung der erforderlichen Behandlung und Pflege im Krankheitsfall selbst zu tragen. In einer auf Selbstverantwortung basierenden Gesellschaft darf es nicht sein, dass Kranksein automatisch zur Staatsabhängigkeit führt.

Die Ermöglichung des Zugangs zu einer ausreichenden Gesundheitsversorgung für die ärmsten 10% der Gesellschaft, die unterversichert sind, ist darum nicht Gegenstand einer verstaatlichten Gesundheitspolitik, sondern eines subsidiären staatlichen, sozialpolitischen Auffangnetzes, das die bestehenden marktwirtschaftlichen, versicherungsbasierten und karitativen Angebote im Gesundheitswesen ergänzt. Das Gesundheitswesen ist seinem Wesen nach viel differenzierter als das Anliegen eines kollektiven Auffangnetzes für diejenige Menschengruppe, die nicht in der Lage ist, die Verantwortung für ihren "Lebenshaushalt" zu übernehmen.

Es gehört zu den Grundaufgaben der Erziehung in der Familie und im Bildungswesen, die Menschen auf eine eigenverantwortliche Lebensführung (auch in der Gesundheit) vorzubereiten. Die vollständige Verwandlung des Gesundheitswesens in einen Service public hat die fatale Folge, dass sich die Menschen für ihre Gesundheit nicht mehr persönlich verantwortlich fühlen.

Individuelle Präferenzen

Das ist ein wesentlicher Grund für die Tatsache, dass jedes staatliche Gesundheitswesen finanziell zu einem Fass ohne Boden wird, das nur durch kollektivistische sowie lebens- und menschenfeindliche Zuteilungen gesteuert werden kann. "Alles für alle und auf Kosten aller" kann kein staatliches Gesundheitswesen offerieren. Diese bitteren Erfahrungen wurden in sozialistischen Ländern gemacht: Je sozialistischer und kollektivistischer ein Gesundheitssystem ist, desto mehr basiert es auf Wartelisten, Rationierung und Triage.

Der eigenverantwortliche Umgang mit Gesundheit, Krankheit und finanzieller Vorsorge für die Notfälle, die zum Leben gehören, ist eine Herausforderung der Lebensbewältigung, bei der es auch sehr individuelle Präferenzen gibt. Eine Gleichschaltung der diesbezüglichen Bedürfnisse führt bei den einen zu einer Rationierung und bei den anderen zu einem zunehmend unbezahlbaren und in der letzten Lebensphase von vielen gar nicht mehr gewünschten Überangebot.

Die Flucht in die totale und zentrale Verstaatlichung des Gesundheitswesens führt in eine gefährliche und extrem teure Sackgasse, die der Gesundheit aller, und insbesondere auch der Gesundheit der Minderbemittelten, mehr schadet als nützt. Die reichsten 10% der Bevölkerung werden in jeder Gesellschaft den Zugang zu maximaler Gesundheitsversorgung auf den, auch bei vorherrschender Staatsmedizin, immer vorhandenen Märkten oder Schwarzmärkten finden.

Ob da maximal immer auch optimal ist und damit die Reichsten auch die Gesundesten und Langlebigsten sind, bleibt eine offene Frage. Die übrigen 90% der Bevölkerung bekommen in einem kollektivistischen System früher oder später für immer mehr kollektive Kosten eine stets schlechtere Qualität der Gesundheitsversorgung. Das ist keine staatsfeindliche Theorie, sondern eine Beobachtung beim weltweiten Vergleich von mehr oder weniger verstaatlichten Gesundheitssystemen.

Kommentar der Schweizerischen Belegärzte-Vereinigung SBV

Mehr Eigenverantwortung

29.07.2020

Zum Artikel von Robert Nef, Finanz und Wirtschaft, 18. Juli 2020

Der Artikel von Robert Nef, Stiftungsratsmitglied des Liberalen Instituts Zürich gibt einen ausgezeichneten Überblick über das schweizerische Gesundheitswesen, auch in historischer Hinsicht.

Die SBV kann seinen Überlegungen hundertprozentig beipflichten:

Aus aktuellem Anlass der Corona-Pandemie folgert R. Nef, dass die Restbestände eines auf privatärztlich basierten, noch nicht komplett verstaatlichten Gesundheitssystems während des Lockdowns bewirkt haben, dass die Zuhause Bleibenden nicht vollständig von der medizinischen Versorgung abgeschnitten waren.

Das Krankenversicherungsobligatorium lässt immer noch die Wahl zwischen allgemeiner, halbprivater oder privater Deckung der Leistungen, der Wettbewerb zwischen den Krankenkassen ist jedoch minim, denn der Katalog der Pflichtleistungen ist so umfassend, dass sich die Prämien zwischen den Versicherern wenig unterscheiden.

Für den freien Markt und für verschiedene Risikomodelle gibt es kaum Spielraum, sind doch die Versicherer verpflichtet, sich mit den Spitälern vertraglich zu binden. Somit kann unser Gesundheitswesen doch als vorwiegend staatlich charakterisiert werden.

Die gesellschaftliche Entwicklung hat dazu geführt, dass ein Grossteil von Patienten, die an staatliche Systeme gewöhnt sind und das Hausarztssystem nicht kennen, mit einer Anspruchshaltung an eine staatlich finanzierte Behandlung bei Krankheit stets die Notfallstationen von Spitälern aufsuchen und überbelasten. Die Konsultation von Ärztinnen und Ärzten, die ihre Patienten kennen und individuell auf sie eingehen können, kommt zu kurz.

Auch R. Nef ist der Meinung, dass eine Kostenbremse eher mit einer Gesundheitspolitik erreicht würde, die auf Angebot und Nachfrage reagiert sowie die private- und öffentliche Versorgung vernetzt.

Es sei nicht grundsätzlich Sache des Staates, für die Grundversorgung der Bevölkerung aufzukommen, sondern des eigenverantwortlichen Menschen. Sicher muss zwar die Gesundheitsversorgung der 10% der unterversicherten Mitglieder der Gesellschaft von der Allgemeinheit sichergestellt werden, dies dürfe aber nicht als Argument für eine verstaatlichte Gesundheitspolitik dienen und zur Staatsabhängigkeit führen. Das Verständnis des Gesundheitswesens als Service public hätte die Folge, dass sich die Menschen für ihre Gesundheit nicht mehr persönlich verantwortlich fühlen.

Die Erfahrungen sozialistischer Länder zeigen, dass kollektivistische Gesundheitssysteme zu Rationierungen der Leistungen, also zu Wartelisten, Triage und zu Qualitätseinbußen führen. Das Motto "Alles für alle und auf Kosten aller" ist nicht finanzierbar und die Nichtbeachtung individueller Bedürfnisse würde zu einem nicht verlangten Überangebot verleiten. R. Nef zieht sein Fazit aus dem weltweiten Vergleich verschiedener verstaatlichter Gesundheitswesen.

36 Die Arbeitsmärkte deregulieren

17.09.2020

Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind, auch ohne öffentliches Arbeitsrecht, vital aufeinander angewiesen.

“Arbeit ist unterschiedlich knapp, nicht unqualifiziert oder qualifiziert.”

Seit dem 19. Jahrhundert hält sich die These, dass Arbeit ein "besonderes Gut" sei, das im öffentlichen Interesse durch staatliche Regulierungen und kollektive Vereinbarungen vor "offenen Märkten" geschützt werden müsse. Ungeregelte Arbeitsmärkte, so wird argumentiert, führten zu Ausbeutung und Arbeitslosigkeit und seien weder im Interesse der Arbeitnehmer noch der Arbeitgeber, noch der Allgemeinheit.

Im 21. Jahrhundert zeichnen sich in der Arbeitswelt jedoch Entwicklungen ab, bei denen der relativ austauschbare "Blue Collar Worker" am Fließband schrittweise durch Technik und Elektronik ersetzt wird. Die auch personenbezogen spezifische Dienste leistende Arbeitskraft wird als Folge dieser positiv zu bewertenden Entwicklung zunehmend als Individuum bewertet, das nach individuell vereinbarten Bedingungen tätig wird; der Ausgleich der Interessen sollte sich auch beim Lohn aufgrund von Angebot und Nachfrage individuell immer wieder neu einpendeln. Starre Kollektivvereinbarungen werden in diesem Umfeld für alle Beteiligten mehr zur Fessel als zum Schutz.

Das kollektive Arbeitsrecht wird damit zum "Sockel" eines kollektivierten Sozialversicherungssystems, das ebenfalls auf überholte kollektive Bedürfnisse der "Fabrikgesellschaft" und einer im Dienstleistungssektor ökonomisch widersinnig verstaatlichten Arbeitswelt zugeschnitten ist. Die nach bürokratischen statt nach ökonomischen Gesichtspunkten festgesetzten Lohnskalen der öffentlichen Hand (die heute fast ein Drittel der Arbeitsplätze anbietet) beeinflussen die Arbeitsmärkte immer mehr, was möglicherweise auch zu einer ökonomischen Überbewertung von staatlichen Diplomen und akademischen Titeln und zu einer Unterbewertung von unverzichtbaren, alltäglichen und nützlichen personenbezogenen Dienstleistungen führt. Arbeit ist nicht "qualifiziert" oder "unqualifiziert", sondern unterschiedlich knapp.

Kartelle auf beiden Seiten

Es gibt wahrscheinlich bei amtlich beeinflussten Lohnskalen so etwas wie eine Arroganz der Intellektuellen gegen "unqualifiziertere", jedoch zunehmend knappe Arbeitskräfte in handwerklichen Dienstleistungen und im Care-Bereich, die im grossen Stil importiert werden. Dies führt zu einer neuen Spielart der Klassengesellschaft mit hohen Integrations- und Folgekosten für die Allgemeinheit. Auf funktionierenden Arbeitsmärkten müssten bei Arbeitskräftemangel eigentlich primär die Löhne steigen und nicht die Grenzen geöffnet werden.

Fast unbestritten ist die Annahme, die seit dem Fabrikzeitalter real existierenden Regulierungen würden primär die Interessen der Arbeitnehmer schützen. Dass durch Kollektivverträge v.a. bei Arbeitskräftemangel auch Lohnerhöhungen gebremst wurden und werden, und dass es neben den Gewerkschaften auch ein informelles politisches "Kartell" der Arbeitgeber gibt, ist zu wenig erforscht und wird aufgrund eines "Deals der Dealmaker" zu wenig thematisiert. Das "Arbeitgeberkartell" hat auch ein marktwirtschaftlich widersinniges Interesse, viele gemeinsame Risiken der Arbeitswelt auf den Staat abzuschieben. Eine teilweise Verstaatlichung der Risiken wird im "Crony Capitalism" des Daseinsvorsorgestaats auch von der Arbeitgeberseite vorangetrieben.

Das führt zu einer Verquickung von Arbeitsrecht und Sozialversicherungsrecht, welche die Privatautonomie massiv beeinträchtigt. Weltweite Systemvergleiche legen die Vermutung nahe, dass sich offenere Arbeitsmärkte und ein privates Versicherungswesen auch zugunsten der Arbeitnehmer auswirken.

Der liberale Ökonom Ludwig von Mises (1881-1973) deutete die Arbeitslosigkeit als fatale Folge zwangsweiser Interventionen in den Arbeitsmarkt. Auf offenen Arbeitsmärkten würde, so Mises, eine grosse Mehrheit jene Arbeit finden, die mindestens den Lebensunterhalt ermöglicht; um die Minderheit der noch nicht oder nicht mehr Erwerbsfähigen sollten sich die Familien und die soziale Gemeinschaft kümmern, wie in vorstaatlichen Zeiten. Arbeit auf der Basis einvernehmlich kündbarer individueller Verträge liege im längerfristigen Eigeninteresse aller Betroffenen und Beteiligten und müsse daher nicht zwangsweise vom Staat reguliert werden.

Diese konsequent marktwirtschaftliche Betrachtungsweise wird heute von den meisten Ökonomen höchstens noch als "Axiom" bezeichnet, das mit den Realitäten der heutigen Arbeitswelt kaum mehr etwas zu tun habe. Die Arbeitswelt sei heute teils staatlich reguliert und teils durch Kollektivverträge zwischen Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften vereinbart. Diese Feststellung trifft zu, aber ist dies ein Grund, sich von der Idee, Arbeitsverträge würden im Interesse aller individuell frei vereinbart, ganz zu verabschieden?

Axiome, an die man sich annähert, die man aber nie erreichen kann, weil es zu viele reale Widerstände und Widerwärtigkeiten gibt, gehören zum Leben. Irgendwann beginnt das Kompromisseschliessen im Dickicht der widerspenstigen Realität. Wenn aber Axiome nicht "falsch" sind, kann man sich immerhin daran orientieren. In der Politik bewährt es sich, zwar keine absoluten Forderungen zu stellen, aber trotzdem seine Ziele daran zu messen, ob sie im Einklang mit grundsätzlichen, längerfristigen Wertvorstellungen seien.

Das Ideal eines völlig freien Arbeitsmarkts darf nicht voreilig in eine Realität projiziert werden, die weitgehend auf staatlichen Regulierungen beruht. Es gibt kaum mehr Staaten ohne Arbeitsmarktregulierungen, und ein grosser Teil der Exporte und Importe und der Migration beruht auf dem "Bewirtschaften" unterschiedlich regulierter Arbeitsmärkte. Billiglohnländer beliefern Märkte von Hochlohnländern mit billigen Produkten, schlecht bezahlte Arbeitnehmer migrieren in Länder mit höheren Löhnen und beeinflussen dort das Resultat politisch-ökonomischer Lohnkompromisse.

Grenzenlose weltweite Personenfreizügigkeit wäre aus liberaler Sicht als Ziel nur sinnvoll, wenn sowohl die Arbeitsmärkte als auch die Sozialversicherungssysteme weltweit liberalisiert wären. In Binnenmärkten wird darum konsequenterweise die Personenfreizügigkeit mit dem Postulat einer Harmonisierung und Zentralisierung der Sozial-, Fiskal- und Arbeitsmarktpolitik verknüpft. Das Nachsehen haben dabei jene, die signifikant freierlicher sind als die Tonangebenden, Mächtigen.

Schlechte Behandlung unökonomisch

Jeder Arbeitnehmer muss das Recht haben, den Arbeitgeber zu wechseln, und die Arbeitgeber müssen in einem Wettbewerb stehen um die tüchtigsten Arbeitnehmer. "Ausbeutung" hat dort ihre "natürliche Grenze", wo der "Ausgebeutete" immer weniger oder gar nichts mehr leistet. Der Arbeitsmarkt wird aus dieser Sicht auch für den Arbeitgeber zur Suche nach dem produktivsten Vertragspartner, den man nicht an die Konkurrenz verlieren möchte und in den man deshalb einen attraktiven Lohn und Weiterbildung investiert. Eine schlechte Behandlung der Arbeitnehmer ist nicht nur unmenschlich, sondern auch unökonomisch. Arbeitgeber und Arbeitnehmer bleiben, auch ohne jedes öffentliche Arbeitsrecht, vital aufeinander angewiesen; je unvermittelter und unorganisierter dies ist, desto besser ist es generell für alle Betroffenen und Beteiligten.

Diese Überlegungen beziehen sich nicht auf ein Axiom, sondern auf erfahrungsgestützte Beobachtungen, die allerdings im Arbeitsalltag in den Medien und auch in der Forschung nicht mehr "wahr-genommen" werden. Der "lange Marsch" der Linken durch die Sprache war, vor allem im Bereich der Arbeitswelt, leider ziemlich erfolgreich. Aber ist dies ein Grund, zu kapitulieren und jene Ideale aufzugeben, die längerfristig mehr Freiheit und mehr Produktivität für alle bewirken als alle klassenkämpferische Politik?

37 Handel schafft und braucht Vertrauen

30.11.2020

Was Käufer und Verkäufer verbindet, ist nicht Liebe, sondern Abwesenheit von Hass. Im Handel wird stets eine Mischung von Vertrauen und Misstrauen bewirtschaftet.

"Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser; Kontrolle ist gut, Freiheit ist besser."

Handel ist für alle Beteiligten eine permanente Auseinandersetzung mit Vertrauen und Misstrauen. Das Thema kann in einem kurzen Artikel nicht ausgelotet werden, und es geht im Folgenden nur um einige Reflexionen zum

historisch tief verankerten Misstrauen gegenüber Händlern. Wichtig ist das deutsche Sprichwort "Trau, schau wem", das auch in der Politik eine entscheidende Rolle spielt. Vertrauen ist immer anfällig für Missbrauch. Dies gilt auch in engen persönlichen Vertrauensverhältnissen, in denen ein Missbrauch besonders schmerzt. Je zahlreicher und enger die Interaktionen sind, desto mehr spielen gute und schlechte persönliche Erfahrungen eine Rolle. Vertrauen und Misstrauen sind in persönlichen Netzwerken aufeinander abzustimmen. Auch hier gibt es einen Grundsatz mit einer liberalen Steigerungsform: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser; Kontrolle ist gut, Freiheit ist besser.

In der Politik ist dies ein Motiv für kleinere und überschaubarere Gebietskörperschaften, in denen man sich Freiheit zugesteht, aber gegenseitig besser auf die Finger schauen kann. Man kann dort durch Mitbestimmung, Loyalität oder Wegzug sein Vertrauen dosieren und allenfalls auch entziehen. Vertrauen ist auch bei allen personenbezogenen Dienstleistungen wichtig, und es wird damit zur ökonomischen Basis einer durch Dienstleistungen und Elektronik immer enger vernetzten Gesellschaft. Massgeschneiderte Vertrauensverhältnisse sind vorzugsweise nicht durch allgemein verbindliche Gesetze, sondern durch angepasste und gegenseitig kündbare Verträge zu regeln.

Staatliches Recht nicht überschätzen

Lug und Betrug haben umso kürzere Beine, als sich die Beteiligten persönlich kennen. Vertrauen lässt sich letztlich nicht erzwingen, aber eine allgemein verbindliche Rechtsordnung, die Minimalstandards des Zusammenlebens regelt, schafft eine gewisse gegenseitige Verlässlichkeit. Man sollte das staatliche Recht als Grundstock einer Minimalmoral nicht überschätzen. Es ist mit dem Rechtsstaat wie mit der Demokratie: Er funktioniert nur in einem durch Traditionen, Erziehung und Bildung gestützten Umfeld und garantiert als solcher recht wenig.

Das allgemein verbindliche Recht schafft primär einmal Vertrauen, aber je detaillierter es gesetzt wird, desto mehr wird es auch anfällig für Rechtsverletzungen aller Art, die diese Verlässlichkeit schmälern. Was nur auf dem Papier steht, schafft kein dauerhaftes Vertrauen. Ein "Weltrechtsstaat" ist eine riskante Illusion, und die Vorstellung, man könne die ganze Welt unter dem Gesichtspunkt der eigenen, absolut gesetzten Rechtsvorstellungen beeinflussen, ebenfalls.

Was Verkäufer und Kunden verbindet, ist nicht die Liebe, wie schon Adam Smith richtig bemerkte, es ist die Abwesenheit von Hass als Resultat eines Waffenstillstands, der eine Vorstufe des Friedens wie auch eine Vorstufe des Kampfes sein kann. Die Römer kannten eine Stufenleiter des Vertrauens von Pax (Friede) zur Amicitia (Freundschaft) bis hin zur Societas (Gemeinschaft). Im weltweiten Handel wird stets die jeweilige Mischung von Vertrauen und Misstrauen bewirtschaftet. Niemand kennt das jeweilige Optimum, und niemand kann es sicher prognostizieren, aber der Erfolg winkt denjenigen, die diesbezüglich richtig spekulieren.

Der Verfasser dieses Artikels stammt von Mutter- und Vaterseite aus Händlerfamilien und ist selbst als Think Tanker und Publizist so etwas wie ein Ideenhändler, der weiss, dass man ihm nie alles abkauft. Handel beruht auf einer Mischung von Ehrlichkeit, Zufall und auch Täuschung, aber er beruht nicht auf einem Sich-gegenseitig-übers-Ohr-Hauen, wie alle händlerfeindlichen Ideologien dies unterstellt haben und immer noch unterstellen. Handel ist mehr als Sich-gegenseitig-Bescheissen, wie ihn ein Kardinal im Mittelalter einmal charakterisierte.

Was den Händlern stets zum Vorwurf gemacht wurde: Sie verdienen ihr Geld ohne körperliche Anstrengung; das stört diejenigen, die "im Schweisse ihres Angesichts" als Bauern, Handwerker und Arbeiter (mit Sichel und Hammer) ihr Brot verdienen. Händler können zwar in wenigen Minuten durch ein gutes Geschäft ein Vermögen verdienen, müssen jedoch auch Zeiten schlechter Konjunktur und sinkender Nachfrage durchstehen und haben keine Erfolgsgarantie und – ausser dem eigenen Kapital – keine materielle Sicherheit. Dieses Kapital weckte und weckt oft Neid und Missgunst gegen die Händler und gegen Bevölkerungsgruppen, die sich vorzugsweise dem Handel widmen. Der Judenhass der Nazi war nicht nur ein Rassenhass, sondern auch ein Händlerhass, der im Marxismus noch nachwirkt.

Die Abneigung gegen Händler war auch bei den alten Griechen und Römern weit verbreitet. Sie setzten mehr auf Eigentum, Familie, Herrschaft und Sklaverei als auf einvernehmliche Arbeitsteilung, Austausch und Handel. Persönliche Dienstleistungen wurden vorzugsweise an Frauen und Sklaven delegiert. Möglicherweise ist dies ein indoeuropäisches Erbe von ursprünglich kriegerischen Nomaden, das erst nach dem Sesshaftwerden durch die traditionelle Händlerethik aus dem Mittleren Osten und dem Mittelmeerraum kultiviert worden ist.

Glücklicherweise hat das Judäo-Christentum den Handel nicht verdammt, sondern die dabei unabdingbare Vertragstreue ins Zentrum gestellt. Auch der Islam ist nicht händlerfeindlich. Im Dekalog des Alten Testaments ist der Handel nicht verpönt. Interessanterweise ist das Lügen als solches in den zehn Geboten nicht verboten, weil beim Tauschen nie völlig auszuschliessen ist, dass auch Unwahres behauptet wird. Händler nennen das dann Schönfärberei, Übertreibung oder tendenziöse Darstellung. Nur die Lüge vor Gericht (falsches Zeugnis gegen einen Mitmenschen) verletzt ein fundamentales Gebot. Der judäo-christliche Gott ist getreu, und die Menschen sind es häufig nicht, aber in der Regel zu ihrem eigenen Nachteil. Der griechisch-römische Handelsgott Hermes/Merkur war hingegen als Gott des Handels auch Schutzpatron der Diebe und der Betrüger.

Binnenmoral in Gruppen

Es ist für eine Bevölkerungsgruppe wichtig, (seien es nun Schweizer oder Deutsche, Japaner oder Juden), dass sie eine Spur mehr Vertrauen haben in "Eigene" als in "Fremde". Das ist wohl auch ein Grund für die weite Verbreitung der Xenophobie und für die Popularität einer restriktiven Einwanderungs- und Einbürgerungspolitik. Um ein qualifiziertes Binnenvertrauen zu begründen, braucht es, wie die Juden in ihrer Jahrtausende alten Geschichte zeigen, keine eigenen Territorien, aber eine eigene traditionelle Religion und eine Spurenverfolgung bei der Zugehörigkeit. Die Spekulation, dass die Binnenmoral in einer Gruppe, der man zugehört, etwas höher sei als die globale Normalverteilung, ist viel wert, und sie ist in einer personenbezogenen Dienstleistungsgesellschaft noch wichtiger als im Fabrikzeitalter.

Die Vorstellung, Arbeitsverhältnisse tendierten stets dazu, Machtverhältnisse zu sein, ist ein Relikt aus dem Fabrikzeitalter, das von der restlosen Austauschbarkeit von Arbeitskräften ausging. Sie führte zu allgemein verbindlichen, kollektiv ausgehandelten Arbeitsverhältnissen. Die personenbezogene Arbeitsteilung wird jedoch zunehmend gegenseitig ausgehandelt, wenn sie nicht bürokratisch verwaltet, sondern ökonomisch bewirtschaftet wird. Arbeitgeber und -nehmer nähern sich aufgrund wechselnder Angebote und Nachfrage den Händlern an, die gegenseitig persönliche Vertrauensverhältnisse bewirtschaften, in denen sie wechselseitig, aber nicht immer synchron vernetzt sind. Dies ist ein Grund zur Hoffnung, dass die Menschen in einer offenen Dienstleistungsgesellschaft im eigenen Interesse friedlicher und freundschaftlicher miteinander umgehen, weil sie persönlich enger aufeinander angewiesen sind.

38 Weltoffenheit statt Teilintegration

26.02.2021

Die Debatte zum Rahmenvertrag der Schweiz mit der EU sollte sich nicht auf kurzfristige wirtschaftliche Vorteile verengen. Je loser die kontinentale Vernetzung, desto grösser die globale Handlungsfreiheit.

“Binnenmärkte sind nach innen freihändlerisch und gegen aussen merkantilistisch.”

Der Schritt vom Bilateralismus zum Institutionellen Rahmenabkommen wird von der offiziellen Politik und von einer Mehrheit der Medien nicht als Vorstufe eines Beitritts dargestellt, sondern als Alternative dazu. Das Abkommen soll die Vorteile eines assoziierten Aussenseitertums mit den Vorteilen einer Quasi-Mitgliedschaft vertraglich gewährleisten. Die Frage muss erlaubt sein: Werden nicht auch die Nachteile kombiniert? Führt das vermeintliche Rosinenpicken nicht zu einem Zustand, in dem man durch den institutionell und über die Gerichtsbarkeit erzwungenen Nachvollzug letztlich die Pflichten eines Mitglieds hat, ohne formell mitbestimmen zu können?

Es wird zwar immer wieder bestritten, dass es beim Rahmenabkommen um eine Vorbereitungshandlung zum Vollbeitritt gehe, aber früher oder später werden die Beitrittsbefürworter wie folgt argumentieren: “Wir waren und sind zwar im Einklang mit der Volksmehrheit gegen einen aktiven Beitritt, aber wir sind inzwischen faktisch durch den Bilateralismus passiv beigetreten worden. Es geht jetzt darum, die zahlreichen Vorteile nicht zu verlieren.”

Dann werden diejenigen recht bekommen, die den Beitritt immer als einzige aussenpolitische und handelspolitische Option gepriesen haben, die eben angesichts einer angeblich “störrischen Mehrheit” durch kleine Schritte errungen und erdauert werden mussten. Ist das wirklich der vorgezeichnete Weg der Schweiz in einer sich wandelnden Welt? Ist die EU tatsächlich ein zukunftssträchtiges Projekt, oder ist sie nicht vielmehr ein veraltetes Konstrukt aus der Nachkriegszeit und aus der Zeit des Kalten Krieges, in der es in Europa darum ging, einen Platz zwischen den damaligen Blöcken der Weltpolitik zu sichern?

Vier Prinzipien der Aussenpolitik

Man kann Binnenmärkte als Vorstufe einer weiteren, globalen Öffnung deuten oder als Relikt aus einer Zeit der globalen Handelskriege. Wer an weltweiten Beziehungen interessiert ist und auch auf sie angewiesen ist, sollte ohne Not keinem Binnenmarkt beitreten. Binnenmärkte sind nach innen freihändlerisch und gegen aussen merkantilistisch.

Es ist davon auszugehen, dass – ausser in Kriegs- und Nachkriegszeiten – offene Märkte der Normalfall sind und Binnenmärkte Ausnahmen bleiben sollten. Einem weltweiten und weltweit vernetzten Land bietet ein Binnenmarkt, der nach innen privilegiert und nach aussen diskriminiert, keine bleibenden Vorteile. Das ist der letztlich feindselige Ansatz von Binnenmärkten: “Entweder du machst mit, oder wir diskriminieren dich!” In dieser Situation gilt es die kurzfristigen Vorteile einer internen Mitgliedschaft (Inklusion) sehr sorgfältig gegenüber den langfristigen Nachteilen

einer mindestens teilweisen Exklusion durch Nichtmitglieder abzuwägen. Indem Binnenmärkte den internen Handel privilegieren, diskriminieren sie faktisch alle, die nicht dazugehören.

Die Aussenpolitik der Schweiz beruht auf vier Prinzipien. Sie nehmen aufeinander Bezug, sind aber untereinander nicht konfliktfrei. Neutralität, Solidarität, Disponibilität und Universalität. Die vier Maximen sind schon in den Fünfzigerjahren von einer Kommission unter aktiver Beteiligung des Völkerrechtlers Rudolf L. Bindschedler erarbeitet worden. Festgehalten sind sie u. a. im Bericht des Bundesrates über die Sicherheitspolitik vom 27. Juni 1973, abgestützt auf frühere Berichte und Zwischenberichte. In den letzten 70 Jahren wurden die Prinzipien unterschiedlich bewertet und gewichtet, sie erscheinen aber mit Ausnahme der Disponibilität auch im Bericht des Bundesrates zur aussenpolitischen Strategie und es gibt keinen Grund, sich grundsätzlich von einem der gesetzten Ziele abzuwenden.

Die Frage, inwiefern die Aussenhandelspolitik allenfalls andere Prinzipien verfolgen dürfe oder sogar solle, die von der generellen Aussenpolitik abweichen, wird gelegentlich aufgeworfen, aber es gibt gute Gründe, für eine einheitliche, übergeordnete Betrachtungsweise. Vor allem die Disponibilität (im weiteren Sinn einer Wahrung möglichst grosser Handlungsfreiheit) und die Universalität im Sinne der Blockfreiheit und Weltoffenheit haben in der Aussenhandelspolitik grosses Gewicht. Heute besteht eher die Tendenz, die Aussenpolitik in den Dienst einer exportwirtschaftlichen Handels- und einer wirtschaftsfreundlichen Migrationspolitik zu stellen.

Die aktuelle Debatte zum Rahmenvertrag sollte nicht nur die kurzfristigen, ökonomische Vorteile ins Zentrum stellen, sondern mit einer Grundsatzdebatte verknüpft werden, die das Projekt auf dem Hintergrund allgemeiner Ziele würdigt. Was bedeuten die hier in Erinnerung gerufenen vier Prinzipien der Aussenpolitik in der aktuellen Lage, in der es zu entscheiden gilt, ob die Schweiz sich institutionell mit der EU noch enger vernetzen will? Kann die Schweiz mit dem Rahmenvertrag gegenüber der EU bestehende handelspolitische Vorteile sichern, und allenfalls neue Vorteile dazugewinnen und drohende Diskriminierungen vermeiden? Angedrohte Diskriminierungen sind ernst zu nehmen, aber sie müssen auch zur Frage führen, ob es auf die Dauer gut sei, einem Club angeschlossen zu sein, der Nichtmitglieder diskriminiert und Mitglieder mit der Androhung von Nachteilen gefügig macht?

Aus dieser Sicht ist festzuhalten, dass allgemeine Grundsätze umso wichtiger werden, je unsicherer und instabiler die internationale Lage ist. Sie erleichtern es den Entscheidungsträgern, grundlegende Vor- und Nachteile zu evaluieren und gegeneinander abzuwägen, denn jedes der vier genannten Prinzipien hat seinen Preis. Konkrete völkerrechtliche Verträge haben oft Vor- und Nachteile, die sich rascher verändern als Anpassungen neu vereinbart werden können.

Heute wird in der Aussenpolitik v.a. das Spannungsfeld zwischen Neutralität und Solidarität diskutiert. Entscheidend wäre aber der Einbezug der zwei andern Maximen. Die Europäische Solidarität ist in den letzten Jahren wahrscheinlich tendenziell überschätzt worden und die Neutralität, die mit einer universellen Offenheit verknüpft ist, dafür unterschätzt. Wenn sich neue Blöcke bilden und neue Sympathien und Animositäten entwickeln, ist es auch im Hinblick auf einen globalen ausgerichteten Aussenhandel unklug, sich wegen kurzfristiger ökonomischer Vorteile zu eng an das Schicksal einer Union binden, die einerseits auf interne Ost-West und Süd-Nord Konflikte zusteuert und andererseits das erklärte Ziel hat, sich immer enger zu verbinden.

Konsequent im Sinne Montesquieus

Binnenmärkte beruhen ihrem Wesen nach auf Vereinbarungen, die eine Differenzierung zwischen "Innen" und "Aussen" vornehmen. Je weniger man kontinental vertraglich vernetzt ist, desto mehr globale Handlungsfreiheit bleibt erhalten. Freihandel braucht keine komplizierten bilateralen Regulierungen, sondern glaubwürdige Prinzipien. Was Montesquieu über Gesetze geäussert hat, gilt auch für kollektive Verträge: Wenn es nicht nötig ist, einen Staatsvertrag zu schliessen, so ist es nötig, keinen Staatsvertrag zu schliessen.

Handel ist für alle Freiheitsfreunde und Anhänger des Freihandels nicht die Fortsetzung des politischen Krieges durch ökonomischen Wettbewerb, sondern die friedliche Alternative dazu. Ein offener Welthandel ermöglicht eine allseits produktive Vernetzung anstelle einer allseits destruktiven Konfrontation, allerdings ohne dies zu garantieren. Offenheit kann man letztlich andern lediglich anbieten, und wenn keine diesbezüglichen Vereinbarungen existieren, kann man sie von andern nicht zwingend verlangen. Kurzfristig mag die Anbindung an einen grösseren Binnenmarkt für Exporteure wirtschaftliche Vorteile und administrative Erleichterungen bringen, langfristig ist eine möglichst grosse Weltoffenheit die bessere Option.

39 Lob des Non-Zentralismus

07.05.2021

Das wahre "Wunder Europa" basiert nicht auf bürokratischer und fiskalischer Vereinheitlichung, sondern auf der Vielfalt von historischen Lösungsversuchen. Ein Kommentar von Robert Nef.

“Die EU ist ein Versuch, viele Irrtümer des zentralisierten Nationalstaats auf kontinentaler Ebene zu wiederholen.”

Non-Zentralismus ist weder ein Dogma noch ein Patentrezept. Es gibt tatsächlich viele Probleme, die zentral besser gelöst werden können als partikulär. Wenn es in Notzeiten um die Durchsetzung überlebenswichtiger Regeln geht, braucht es eine Bündelung der Bestrebungen, wobei einheitliche Ziele wichtiger sind als vereinheitlichte Massnahmen.

Viele kulturelle Höchstleistungen beruhen auf arbeitsteiligen und lokal zentralisierten Strukturen. In der Militärstrategie ist Grösse und Konzentration der Macht – vor allem für Angreifer – ein Vorteil. Das hat im Lauf der bisherigen Geschichte bei politischen Machthabern und Machthungrigen viel zur Popularität des Zentralismus beigetragen, sehr zum Schaden der jeweils Betroffenen. Oft sind dann die Sieger aber später auch an ihrer Grösse und an ihrer Zentralität gescheitert. Zentralität macht gleichzeitig mächtig und verletzlich, aber die Halbwertszeit des Zerfalls ihrer Vorteile kann Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte dauern.

Üblicherweise bezeichnen die Gegner des Zentralismus ihr Ziel als Dezentralisierung oder Dezentrismus. Das hat seine Tücken, denn der Begriff Dezentralisierung suggeriert, dass es einen Normalzustand an Zentralisierung gibt, den es durch einen bewussten und gezielten Abbau an Zentralität und durch das Delegieren von zentralen Kompetenzen an kleinere und privatere Gemeinschaften zu sanieren gilt. Dabei behält die Zentrale allzu oft die Zügel in den Händen und gibt nur “auf Zusehen hin” und dosiert zurück, was angeblich ihr gehört.

Nein-Sagen ist für die Freiheit entscheidend

Die Bezeichnung Non-Zentralismus ist rein terminologisch neutral und geht davon aus, dass die Zentralisierung das Resultat eines gesteuerten Vorgangs sei. Non-Zentralität ist aus dieser Sicht das, was sich spontan ereignet, wenn nicht bewusst zentralisierend interveniert worden ist. Die Vorsilbe “Non” hat zwar den Nachteil, dass ein erstrebenswertes Ziel mit einer Negation eingeleitet wird, was zunächst nicht besonders motivierend wirkt. Da aber das zeit- und situationsgerechte Nein-Sagen für die Freiheit entscheidend ist, kann man diese Wahrnehmung bewusst riskieren.

Zentralisierung ist als rationales Ordnungsprinzip unabhängig von politischen Strömungen ausserordentlich populär. Gegenströmungen nennt man rückschrittlich, kleingeistig, engstirnig und kurzsichtig. Der Horizont der Zentralismusgegner reicht angeblich nicht weiter als der eigene Kirchturm, darum spricht man von Kirchturmpolitik. Das Gemeinwohl wird aus dieser Sicht auf den Gliedstaat reduziert (was wir in der Schweiz “Kantönligeist” nennen), aus einem einheitlichen planmässigen Konzept wird ein “Flickenteppich”. Einheitlichkeit wird als Konsequenz gelobt und Vielfalt als Durcheinander geschmäht. Gerechtigkeit wird sehr häufig und grob vereinfachend mit der Gleichbehandlung aller in allen Situationen verwechselt, und aus dieser Sicht ist Zentralismus “gerechter” als Föderalismus, Gemeindeautonomie und Privatautonomie.

In Krisensituationen mag eine einheitliche Regelung Vorzüge haben, doch nur, wenn vergleichbare Verhältnisse vorliegen. Gleiches muss gleich, aber Ungleiches nach Massgabe seiner Ungleichheit ungleich behandelt werden. Das ermöglicht Vergleiche und fortwährendes gegenseitiges Lernen. Es trifft zu, dass Non-Zentralismus gemessen an einer zentralistischen Lösung auch schlechtere Resultate zulässt, aber dieser Nachteil wird dadurch kompensiert, dass dies sehr schnell einen Impuls zur Optimierung und Anpassung auslöst, der jedem äusseren Zwang zur Angleichung überlegen ist. Die entscheidenden sozialen und politischen Lernimpulse beruhen nicht auf externer Egalisierung, sondern auf internem intelligenten Differenzieren. Gerade neue, bisher unbekannte Problemlagen können durch unterschiedliche Herangehensweisen besser bewältigt werden als durch einheitliche. Nur weil etwas Unbekanntes überall gleich ist, sollte man die Zahl der Lösungsversuche nicht auf eins reduzieren.

Bürgernahe Lösung und Finanzierung

Der allgemeine Trend läuft heute auch ausserhalb von Pandemiezeiten leider in die Richtung von immer mehr Zentralisierung. Oft handelt es sich um eine fast blinde Flucht in den Zentralismus, einen eigentlichen Kult, der auf immer zentraleren Vorschriften und Verteilungsregeln beruht. Zentralisierung wird nicht nur von machthungrigen zentralen Regierungen und Verwaltungen vorangetrieben. Sie beruht auch auf einem politischen Mechanismus des gezielten Abschiebens alles Unpopulären, das Kosten verursacht, nach oben, während man das Populäre, den politischen Nutzen des Verteilens und Umverteilens, in der Hand behalten möchte. Man nennt das üble Spiel in der Wirtschaft “Kollektivierung der Kosten und Privatisierung der Nutzen”. Das Gegenprinzip dazu ist die Subsidiarität, die verlangt, dass öffentliche Aufgaben und ihre Finanzierung auf der niedrigstmöglichen Stufe wahrgenommen werden. Eine wichtige Voraussetzung dazu ist ein darauf abgestimmtes, ebenfalls non-zentrales Steuersystem.

Das Subsidiaritätsprinzip ermöglicht, wenn es nicht als Einbahnstrasse Richtung Zentrum praktiziert wird, die bürgernahe Lösung und Finanzierung öffentlicher Aufgaben. Es handelt sich um ein sehr ökonomisches Verfahren,

denn es geht nicht nur um die Abgrenzung von lokalen, regionalen, nationalen und internationalen Politikebenen, sondern primär um die Abgrenzung von “privat” (kommerziell, familienbezogen und karitativ) und “staatlich” (zwangsweise). Vielleicht gibt es eine Fortsetzung des Subsidiaritätsprinzips im privaten Bereich, die man so formulieren könnte: so wenig Zwang und so wenig Staat wie möglich, so viel einvernehmlicher wirtschaftlicher Austausch wie möglich und – ergänzend – so viel innerfamiliäre, nachbarschaftliche und karitative Unterstützung wie verkraftbar. Das ist nicht rückständig, sondern fortschrittlich.

Das Lob des Non-Zentralismus wird oft mit dem unbeschränkten Lob der Kleinheit verwechselt. Es ist unbestritten, dass in allen Bereichen, sei es nun Ökonomie, Politik oder Kultur, Kleinheit weder ein “Wert an sich” noch ein unfehlbares Erfolgsrezept ist. Kleinheit darf nicht mit Isolation verknüpft werden, sondern bedingt einen erhöhten umfassenden Kommunikationsbedarf. Es gehört zum Überlebensprinzip der Kleinen, dass sie das richtige Verhältnis zwischen Selbstbehauptung und Anpassung finden.

Gewährleistung von individueller Autonomie

Dies gilt auch im Verhältnis von Gemeinschaften und Individuen. Es ist denkbar und historisch bezeugt, dass es grössere Gemeinschaften gibt, die Individuen besser schützen als kleinere. Darum muss man den Wert der kleinen Gemeinschaft nicht losgelöst vom Wert des Minderheitenschutzes und der individuellen Freiheit des Individuums ins Auge fassen. Föderalismus im Sinne der Lokalautonomie muss immer im Kontext mit der Gewährleistung von individueller Autonomie betrachtet werden.

Die vom Verfasser dieses Artikels um die Jahrtausendwende publizierte kleine Schrift *“Lob des Non-Zentralismus”* ist in den Grundzügen nicht nur aktuell geblieben, sie hat im Hinblick auf die Entwicklung der EU noch an Aktualität gewonnen. Sie kulminiert nicht in einer dogmatischen Verherrlichung kleiner unabhängiger Gebietskörperschaften, sondern versucht die Frage zu beantworten, welche Gemeinschaften insgesamt am besten zur Erhaltung und Entfaltung von individueller Freiheit beitragen. Dabei sind das Vergleichen, das Experimentieren, das Voneinander-Lernen und die Offenheit im Sinne der Exit-Option entscheidend.

Tendenz zur Akkumulation von Macht

Die EU ist aus dieser Sicht nicht “zu offen”, sondern ein Versuch, viele Irrtümer des zentralisierten Nationalstaats auf kontinentaler Ebene zu wiederholen. Zentralisierte Organisationen machen nicht automatisch alles schlechter, aber sie haben die Tendenz, Macht zu akkumulieren und in der Folge zu verdummen und zu verfetten und die Lern- und Anpassungsfähigkeit zu verlieren.

Das, was mit guten Gründen “das Wunder Europa” genannt worden ist, basiert nicht auf bürokratischer und fiskalischer Vereinheitlichung, sondern auf der Vielfalt von historischen Lösungsversuchen, die nicht auf der Idee der Gleichheit, sondern auf der Idee des Friedens durch gegenseitiges Sich-gelten-Lassen zwischen glücklicherweise unterschiedlichen Völkern und Menschen und von wechselnden Mehrheiten und Minderheiten beruht. Ihr wichtigstes gemeinsames Anliegen ist nicht die Einheit, sondern der friedliche Austausch in Vielfalt und die Bereitschaft, sich gegenseitig zu achten und freiwillig und spontan voneinander zu lernen.

40 Strategie des geordneten Rückzugs

30.07.2021

Der Staat dringt immer weiter ins Private vor, der Prozess hat sich in der Pandemie noch verstärkt. Er muss dringend zugunsten der Freiheit und zulasten des Staates umgedreht werden. Ein Kommentar von Robert Nef.

“Wer willkürlich herrschen will, ist an Notständen aller Art interessiert.”

In der klassischen Strategie hat man fünf Grundkampfformen unterschieden, die in der Realität des Krieges meist zu Mischformen geführt haben: Angriff, Verteidigung, inhaltender Kampf um Zeitgewinn, geordneter Rückzug, und zermürbender Kleinkrieg. Angriff bringt Sieg und Ruhm auf der einen und Niederlage und Schmach auf der anderen Seite und erschwert die Versöhnung. Erfolgreiche Verteidigung bewahrt Eigenständigkeit, kann aber Entwicklungen bremsen. Kampf um Zeitgewinn verschiebt Konfliktlösungen und ermöglicht Atempausen, geordneter Rückzug schafft Raum für neue einvernehmliche Lösungen, und zermürbende Kleinkriege verewigen Konflikte, ermöglichen aber auch gegenseitige Lernprozesse.

Die Coronapandemie und alle Versuche, sie zu meistern, haben bisher vor allem zwei Schwachstellen manifestiert, eine systembedingte und eine sozialpsychologische. Systembedingt ist die Tatsache, dass die zunehmend staatliche

und staatlich finanzierte Infrastruktur nicht mehr dienenden, sondern herrschenden Charakter hat. Der sogenannte Service public wird tatsächlich zum Beherrscher der soziokulturellen und ökonomischen Strukturen.

Sozialpsychologisch bedenklich ist die Tendenz, dass eine grosse Mehrheit von Menschen fast grenzenlos bereit ist, sich fremdbestimmen zu lassen, wenn eine Bedrohung gouvernemental und medial eindrücklich genug vermittelt wird. Diese Bereitschaft ist für machtbewusste Regierende eine grosse Versuchung. Wer willkürlich herrschen will, ist an Notständen aller Art interessiert. Der alte Spruch "Not kennt kein Gebot" wird schnell einmal in sein Gegenteil verkehrt: "In der Not akzeptiert man jedes Gebot".

Verantwortung abschieben

Interventionismus ist inzwischen nicht nur "normal", Interventionismus ist auch populär. Es gibt eine starke Neigung, sich bevormunden zu lassen und damit die Verantwortung für sich selbst an Institutionen abzuschieben und, wenns schief läuft, einen Sündenbock zu haben. Was hätte man denn tun und was hätte man unterlassen sollen?

Nachträgliche Kritik ist billig, vor allem wenn sie sich auf Entscheidungen bezieht, die ohne ein Wissen, das erst nachträglich vorhanden war, haben gefällt werden müssen. Das heisst nicht, dass deshalb falsche Prioritäten und grobe Fehlentscheide, die trotz Warnungen gefällt worden sind, einfach kommentarlos toleriert werden müssten. Entscheidend ist die Frage, was in Zukunft generell besser gemacht bzw. unterlassen werden sollte.

Charles Secrétan (1815–1895), ein aus Lausanne stammender, religiös motivierter Freiheits-Querdenker des 19. Jahrhunderts, hat es auf den Punkt gebracht: "Man kann nicht unvermittelt das 'Laissez-faire' fordern in Situationen, die nicht das Resultat des 'Laissez-faire' sind." Mein eigener liberaler Reformansatz, den ich schon vor "Corona" immer wieder betont habe, ist die "Strategie des geordneten Rückzugs aus nicht nachhaltig praktikierbaren und finanzierbaren Fehlstrukturen".

Wenn die bestehende Umverteilungs- und Bevormundungspolitik an Geldmangel oder an Konsensmangel oder an beidem scheitert, besteht keinerlei Garantie, dass dann "die Stunde der Freiheit" schlägt. Das "Warten auf den grossen Knall" ist eine allzu riskante Verhaltensweise. Nach einem Scherbenhaufen ist nämlich die Gefahr gross, dass neue politische Heilsbringer aufkreuzen und mit hoher Wahrscheinlichkeit auch gewählt werden.

Wer den "grossen Knall" vermeiden will, tut gut daran, einen schrittweisen, pragmatischen Weg zu suchen, der sich vorläufig mit einem Teil der bestehenden Mängel abfindet. Kompromisse sind dann zulässig, wenn man sie als solche kennzeichnet und bewusst als das kleinere Übel akzeptiert, das längerfristig den Weg in Richtung mehr Freiheit nicht verbaut. Um konsequent liberal zu sein, braucht es einen langen Atem. Aber die Hoffnung, "dass sich die Menschen generell und auf die Dauer nicht in Ameisen verwandeln wollen" (Ludwig von Mises), bleibt intakt. Und mit jedem Kind wird auch ein neues Wesen geboren, das spontan Widerstand leistet, wenn ihm etwas nicht passt.

Für eine freiheitliche künftige Entwicklung gibt es drei Kernbereiche, die auch für die Zukunft der Arbeitswelt entscheidend sind, und die alle im Rahmen der Pandemiepolitik eine wichtige Rolle gespielt haben. Sie sind – bzw. wären – auf Freiheit vital angewiesen und dürfen keinesfalls zwangsweise reguliert und rationiert werden. Aufgrund ihrer wesensmässigen Unbegrenztheit bieten sie auch in einer zunehmend technisierten und elektronisch vernetzten Welt unendlich viele Beschäftigungsmöglichkeiten. Es handelt sich um Bildung/Forschung, Gesundheit/Wellness und Kultur im weitesten Sinn.

Leider spielt in allen drei Bereichen der Staat eine wachsende Rolle, und diese Zunahme hat sich in der Pandemiezeit intensiviert und beschleunigt. Zunächst zur Bildung: Im Bildungswesen sind wichtige Bereiche schon seit 200 Jahren verstaatlicht, und viele Menschen haben es verlernt, dass sie in die eigene Bildung und in die Bildung ihrer Kinder eigenes Engagement und eigene Mittel investieren sollten. Die Teilverstaatlichung des Bildungswesens hat nicht nur Nachteile, aber es wäre vorteilhaft, wenn die Vermittlung von Bildung als stets knappes soziokulturelles und auch ökonomisches Gut nicht noch mehr zum Staatsmonopol würde. Das staatliche Angebot sollte vermehrt durch private Angebote ergänzt und herausgefordert werden.

Dann zur Gesundheit: Gesundheit ist eines der höchsten Güter, dessen Gewährleistung und Verteilung in den letzten 50 Jahren auch zunehmend verstaatlicht und damit auch rationiert worden ist. Die Pandemie hat die Mentalität massiv gefördert, dass der Staat sowohl für die Prävention als auch für die medizinische Versorgung aller organisatorisch und finanziell abschliessend zuständig sei.

Die Not darf nicht zum Masstab werden

Letztlich zur Kultur: Am wenigsten hat man vor der Pandemie bemerkt, wie stark auch der Kulturbetrieb in den letzten Jahrzehnten von der Staatsförderung abhängig geworden ist. Kultur wird nur noch zum kleineren Teil von jenen finanziert, die sie nachfragen und ursprünglich auch finanziell getragen haben. Darum war es möglich, einen Teil des Kulturbetriebs auch ohne zahlendes Publikum am Bildschirm zu verbreiten. Viele Kulturschaffende

waren schon vor der Pandemie mehrheitlich staatsfinanziert und damit mindestens zum Teil staatsabhängig. Eine möglichst staatsunabhängige Kultur ist aber in einer freien Gesellschaft überlebenswichtig. Gute und anspruchsvolle Kultur sollte nicht einfach als "Service public" auf Staatskosten und ohne Belastung der Nachfragenden vermittelt werden.

Die Mainstream-Politik aller Parteien argumentiert zunehmend so: Alle lebens- und überlebenswichtigen, systemrelevanten Bereiche müssen auch in relativ freien Gesellschaften schrittweise vom Staat übernommen werden. Pandemiezeiten liefern gewissermassen das hierfür geeignete Argumentarium. Die Not wird zum Massstab dessen, was auch in der Normalität vorherrschen sollte. Aus freiheitlicher Sicht gilt das Gegenteil: Bildung, Gesundheit und Kultur sind zu wichtig und zu entscheidend, als dass man sie dem Staat als einer Organisation mit Zwangsmonopol, Rationierungskompetenz und Zentralisierungstendenz anvertrauen dürfte.

Das wichtigste Anliegen des Ausstiegs aus der Pandemiepolitik ist darum der geordnete Rückzug aus der zunehmenden Verstaatlichung von Bildung, Gesundheit und Kultur. In allen drei Bereichen zeigt sich die von Charles Secrétan angesprochene Problematik der Rückkehr zu mehr Freiheit und weniger Staat, die eben dadurch erschwert wird, dass es eine "goldene Zeit" ohne staatliche Einrichtungen, Unterstützungen und Regulierungen seit Jahrzehnten und Jahrhunderten nicht mehr gegeben hat – schon längst bevor der Staat sich in Kriegs- und Krisenzeiten und auch in Pandemiezeiten zum "einzigsten Retter in der Not" etablieren und profilieren konnte.

41 Afghanistan am Wendepunkt

06.09.2021

Die Taliban herrschen nun – ob sie auch regieren und verwalten können? Die Aussicht auf ein aussen- und wirtschaftspolitisch schwaches Regime birgt Chancen. Ein Kommentar von Robert Nef.

"Offene Märkte und technische Zivilisation bewirken mehr als jedes Missionieren."

Zwei wichtige Lehren lassen sich aus der gescheiterten Interventionspolitik des Westens in Afghanistan jetzt schon ziehen. Die erste liegt auf der Hand: Ein Land kann sich gegen äussere und innere Feinde auf die Dauer nicht durch Dritte verteidigen lassen, ohne von ihnen letztlich abhängig zu werden, selbst wenn diese Dritten behaupten, gute Freunde zu sein. Wer sich nicht selbst wehrt, wird von denen abhängig, die ihn unterstützen.

Auch die zweite Lehre ist alles andere als überraschend: Intrinsisch motivierte Kämpfer gewinnen immer gegen besoldete Sicherheitsfunktionäre, auch wenn diese von anderen besoldeten Sicherheitsfunktionären eines fremden Landes gut ausgebildet und teuer ausgerüstet worden sind. Ohne Kampfwillen gibt es auch bei bester Ausrüstung und Ausbildung keinen militärischen Erfolg, und Kampfwille kann von ausländischen Fachleuten und Beratern nicht wirksam vermittelt werden. Diese Erkenntnis gehört eigentlich zum Erfahrungsschatz jedes militärischen Führers, und es erstaunt, dass man sie vielerorts einfach nicht wahrhaben wollte. Die alte Streitfrage, ob man in militärischen Konflikten mehr auf die Politiker oder mehr auf die Generäle hören sollte, erübrigt sich im Falle Afghanistans. Falls es einen Dialog gegeben hat, haben sich offensichtlich stets die Falschen durchgesetzt.

Auch das politische Scheitern wäre nämlich eigentlich vorhersehbar gewesen. In der Politik zwischen Staaten gibt es keine Freundschaft, sondern nur mehr oder weniger gegenseitig abgestimmte Interessen. Aussenpolitik ist immer auch Machtpolitik. Diese Grunderfahrung werden die Taliban auch noch machen müssen, wenn sie sich in Zukunft auf "neue Freunde", besonders aus China, abstützen. Wurden die Taliban nicht früher einmal von den USA unterstützt, als es darum ging, die Kolonisierung durch die Sowjetunion zu verhindern? War dies nun "Freundschaft" oder doch eher auch nur zynisches Kalkül?

Austausch im wechselseitigen Interesse

Der Verfasser dieses Beitrags ist weder Experte der militärischen Strategie noch der internationalen Beziehungen, und die hier angestellten Überlegungen sind die eines historisch, ökonomisch und philosophisch interessierten langjährigen Beobachters der Weltpolitik und des menschlichen Verhaltens. Zwischen Menschen entsteht erst Friede, wenn man das primitive Freund-Feind-Schema überwindet und sich im wechselseitigen Interesse austauscht. Die Ökonomen nennen diese Art von Tausch Katallaxis, wörtlich das Sich-nach-unten-Anpassen, ein gegenseitiges Entgegenkommen im ureigenen Interesse. Man braucht sich deswegen nicht zu lieben, denn das ist nicht nur in Stammesgesellschaften eine Überforderung. Solidarität ist ebenfalls ein gefährliches Ziel, denn sie setzt ein Feindbild voraus. Das Feindbild der Taliban war und ist "die westliche, gottlose Lebensart", und dieses Feindbild wird sich, je sturer es verfolgt wird, auf längere Frist auch als eine empfindliche Schwäche erweisen.

Vor einer schrittweisen arbeitsteiligen und technischen Entwicklung kann nämlich heute kein Land mehr wirksam und dauerhaft abgeschottet werden. Das wissen auch die Taliban. Wer auf den Worst Case spekuliert, die jetzigen

Sieger würden nun einen blutigen Rachefeldzug gegen die – sagen wir – 10% Zivilisierteren anzetteln und das ganze Land erneut mit einer Blutspur überziehen, erliegt der alten Drohkulisse des bisherigen Propagandaapparats. Der Feldzug der Taliban war ein Feldzug vom Land gegen die Städte, aber regieren werden auch sie nach der Eroberung von den Städten aus. Das bedingt eine gewisse Anpassung an städtische Lebensweisen, selbst wenn man ihnen kritisch gegenübersteht.

Die Führung der Taliban wehrt sich aber wahrscheinlich mit guten Gründen dagegen, dass notwendige, doch eben zeitraubende Entwicklungen durch irgendwelche “besserwisserischen” Helfer aus dem Westen weiterhin wohlwollend implantiert werden. Sie wollen das Heft selbst in die Hand nehmen, aber sie werden das Rad der Zeit trotzdem nicht Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte zurückdrehen können. Der Preis, den die bisherige Führung für eine wahrscheinlich zu schnelle Gangart bezahlt hat, waren eine zunehmende internationale Abhängigkeit und eine intern auseinanderdriftende Gesellschaft. Das kann nicht das Ziel eines langjährigen, beharrlich geführten Feldzugs der Taliban sein.

Handelspartner statt Helfer

Ab sofort werden von den Taliban Handelspartner und Investoren mit sehr offen kommunizierten eigenen Interessen angeblich wohlwollenden “Freunden und Helfern” wohl vorgezogen. Man kann und wird mit ihnen über Nehmen und Geben hart verhandeln und möglicherweise auch den einen gegen den andern geschickt ausspielen.

Die gut gemeinte bisher praktizierte milliardenschwere Entwicklungshilfe ist von den Taliban, die als “Befreier” auftreten, als Bevormundung, als Verderbnis und als ein schrittweises Abhängigmachen empfunden worden. Wahrscheinlich hat bisher auch nur eine Minderheit davon profitiert. Effektiv war sie eine Unterstützung der von aussen gesteuerten Machthaber, die sich zuletzt selbst desavouiert haben. Das ist eine bittere Erfahrung, die mit extern gestützten und intern mit Entwicklungshilfe “beglückten” Regimen weltweit gemacht worden ist.

Wirtschaft wuchern lassen

Die Taliban waren mit ihrer perfiden Strategie der Kombination von Kleinkrieg und Terror erfolgreich. Ob sie auch ein Land regieren und administrieren können, ist fragwürdig. Aber muss ein Land wie Afghanistan überhaupt zentral regiert werden? Die Aussicht auf ein aussen- und wirtschaftspolitisch schwaches Regime birgt auch Chancen. Im besten Fall werden sich die neuen Machthaber um das kümmern, was sie “die Wiederherstellung von Sitten und Gebräuchen” nennen, die Wirtschaft mehr oder weniger “wuchern lassen” und die Politik auf regionale und lokale Ebenen verlagern, wo eine bewaffnete Bevölkerung immer auch über lokale Gegenmacht verfügt.

Der Aufbau eines Sozialstaats mit funktionierendem Steuer- und Umverteilungssystem ist unter den gegebenen Umständen unmöglich und aus freiheitlicher Sicht auch gar nicht erwünscht. Je regulierter eine Wirtschaft ist, desto anfälliger wird sie für Korruption, die oft nur der Versuch ist, mehr oder weniger unzeitgemässe oder unsinnige Regulierungen durch Bestechung rückgängig zu machen.

Offene Märkte und technische Zivilisation, verbunden mit interregionalen und internationalen Kommunikationsnetzen, bewirken als “Sturzbach der Freiheit” mehr als jedes Missionieren mit politischen ethisch-moralischen Modellen, die ja auch in zivilisatorisch fortgeschrittenen Ländern den Test der ökonomischen, ökologischen und soziokulturellen Nachhaltigkeit noch nicht bestanden haben. Es gibt gewiss Gründe zur grossen Besorgnis, aber auch Gründe zur Hoffnung, dass diese “Eroberung von innen” auch zu einer inneren Entwicklung führt, die der Geschichte dieses grossen, zerklüfteten, vielfältigen und niemals vollständig unterworfenen Berg-, Täler- und Passlandes besser gerecht wird als jedes angeblich wohlwollende Regime irgendwelcher Kolonisatoren aus allen Himmelsrichtungen.

42 Subsidiarität als Gegenstrategie zur Zentralisierung

25.10.2021

Das Subsidiaritätsprinzip ermöglicht, wenn es nicht als Einbahnstrasse Richtung Zentrum praktiziert wird, die bürgernehe Lösung und Finanzierung öffentlicher Aufgaben. Ein Kommentar von Robert Nef.

“Gerechtigkeit wird sehr häufig – etwas infantil – mit der Gleichbehandlung aller in allen Situationen verwechselt.”

Das Subsidiaritätsprinzip basiert auf der grundsätzlichen Unterscheidung von Individuum, Staat und Gesellschaft, die bis in die Antike zurückverfolgt werden kann. Es wurde im 17. Jahrhundert unter dem Eindruck der Katastrophe

des Dreissigjährigen Krieges erstmals von Althusius, einem aus Westfalen stammenden calvinistischen Staatsdenker, postuliert, und es sollte den Frieden ermöglichen, trotz unterschiedlicher Werthaltungen und Interessen. Althusius hatte in Basel und in Genf studiert und mag dort die Bedeutung der Gemeindeautonomie selbst miterlebt haben.

Das Prinzip geht davon aus, dass die kleinere Gemeinschaft für die Lösung gemeinsamer Probleme zuständig ist und die übergeordnete Einheit nur tätig werden soll, wenn die untergeordnete Ebene der sozialen und politischen Unterstützung (lateinisch *subsidium*) bedarf. Der Staat ist aus dieser Sicht subsidiär, weil die Eigenhilfe, die Familienhilfe und die Gemeinnützigkeit vor der Hilfe durch den Staat Vorrang haben und die kommunale Problemlösung vor der regionalen, der gliedstaatlichen, der nationalen und der internationalen.

Die klassisch gewordene Formulierung ist in der Enzyklika “Quadragesimo anno” von Papst Pius XI. (1931) enthalten: “Wie dasjenige, was der Einzelmensch aus eigener Initiative und mit seinen eigenen Kräften leisten kann, ihm nicht entzogen und der Gesellschaftstätigkeit zugewiesen werden darf, so verstösst es gegen die Gerechtigkeit, das, was die kleineren und untergeordneten Gemeinwesen leisten und zum guten Ende führen können, für die weitere und übergeordnete Gemeinschaft in Anspruch zu nehmen; zugleich ist es überaus nachteilig und verwirrt die ganze Gesellschaftsordnung. Jedwede Gesellschaftstätigkeit ist ja ihrem Wesen und Begriff nach subsidiär; sie soll die Glieder des Sozialkörpers unterstützen, darf sie aber niemals zerschlagen oder aufsaugen.”

Es fehlt an klaren Kriterien

Subsidiarität ist populär und verführerisch, weil sie vielfältig interpretiert werden kann. Man findet immer Gründe, der kleineren Gemeinschaft die Fähigkeit, ein Problem befriedigend zu lösen, abzusprechen, vor allem wenn Steuern immer zentraler erhoben werden und wenn offenbar unabdingbare zentrale Regulierungen einheitlich durchgesetzt werden müssen.

Subsidiarität wird heute in erster Linie als ein Prinzip der Kompetenz- und Aufgabenteilung zwischen verschiedenen hierarchischen Stufen eines föderalistischen Systems aufgefasst, obwohl es ursprünglich die Sphäre des Privaten von der Sphäre des Öffentlichen, Politischen abgrenzen wollte, also die aktuelle Frage nach der Privatisierung bzw. der Verstaatlichung von Aufgaben beantworten sollte.

Auf diesem Hintergrund besagt es, dass öffentliche Aufgaben so privatwirtschaftlich wie möglich und so öffentlichwirtschaftlich wie nötig (d.h. als “öffentlicher Dienst”) wahrgenommen werden sollen. Da steckt nun einer der Haken, warum dieses “Wunderprinzip” im konkreten Fall eben doch nicht immer weiterhilft. Es gibt nämlich keine allgemein akzeptierten Kriterien für das, was “möglich” und was “nötig” ist, und die Frage, wann eine Trägerschaft selbstverantwortlich und selbsttragend und wann sie unterstützungsbedürftig ist, hängt von zahlreichen Wertungen ab, nicht zuletzt vom Steuersystem. Wenn man der kleineren oder privateren Gemeinschaft zu viele Mittel wegsteuert, ist es kein Wunder, dass sie nicht mehr in der Lage ist, ihre Aufgaben wahrzunehmen, sie wird hilfsbedürftig bzw. subventions- und interventionsbedürftig, und es gibt “gute Gründe”, die “höhere Ebene” einzuschalten.

Zentralisierung ist populär

Das Subsidiaritätsprinzip ermöglicht, wenn es nicht als Einbahnstrasse Richtung Zentrum praktiziert wird, die bürgernahe Lösung und Finanzierung öffentlicher Aufgaben. Es handelt sich um ein sehr ökonomisches Verfahren, denn es geht nicht nur um die Abgrenzung von lokalen, regionalen, nationalen und internationalen Politikebenen, sondern primär um die Abgrenzung von “privat” (kommerziell, familienbezogen und karitativ) und “staatlich” (zwangsweise). Vielleicht gibt es eine Fortsetzung des Subsidiaritätsprinzips im privaten Bereich, die man so formulieren könnte: so wenig Zwang und so wenig Staat wie möglich, so viel einvernehmlicher wirtschaftlicher Austausch wie möglich und – ergänzend – so viel innerfamiliäre, nachbarschaftliche und karitative Unterstützung wie verkraftbar. Das ist nicht rückständig, sondern fortschrittlich.

Das Subsidiaritätsprinzip ist nur zu befürworten, wenn an den Beweis, die privatere und kleinere Gemeinschaft sei nicht mehr in der Lage, eine Aufgabe eigenständig befriedigend wahrzunehmen, höchste Anforderungen gestellt werden. Es muss mindestens durch den Grundsatz, “im Zweifel für die privatere und für die lokalere, benutzer- und bürgernähere Lösung” ergänzt werden, sonst wird es zur Einbahnstrasse in Richtung Zentrale, obwohl es ja so schön dezentralistisch klingt. Grundsätzlich gibt es bei allen öffentlichen Aufgaben einen grossen Privatisierungs- und Dezentralisierungsbedarf, weil das ursprünglich durchaus gut gemeinte Subsidiaritätsprinzip seit Jahrhunderten falsche Impulse in Richtung Verstaatlichung, Entmündigung und Zentralisierung vermittelt hat.

Auch Zentralisierung ist als rationales Ordnungsprinzip unabhängig von politischen Strömungen ausserordentlich populär. Gegenströmungen nennt man rückschrittlich, kleingeistig, engstirnig und kurzsichtig. Der Horizont der Zentralismuseegner reicht angeblich nicht weiter als zum eigenen Kirchturm, darum spricht man von Kirchturmpolitik. Das Gemeinwohl wird so auf die gliedstaatliche Sicht reduziert (was wir in der Schweiz “Kantönligeist” nennen), aus einem einheitlichen planmässigen Konzept wird ein “Flickenteppich”. Einheitlichkeit wird als Konsequenz gelobt und Vielfalt als Durcheinander. Gerechtigkeit wird sehr häufig – etwas infantil – mit der Gleichbehandlung

aller in allen Situationen verwechselt.

Ungleiches ungleich behandeln

In Krisensituationen mag eine einheitliche Regelung Vorzüge haben, aber nur, wenn ähnliche Verhältnisse vorliegen. Gleiches muss gleich, aber Ungleiches nach Massgabe seiner Ungleichheit ungleich behandelt werden. Das ermöglicht Vergleiche und fortwährendes gegenseitiges Lernen. Die entscheidenden sozialen und politischen Lernimpulse entstehen nicht durch Egalisierung, sondern durch intelligentes Differenzieren. Gerade neue, bisher unbekanntere Problemlagen können durch unterschiedliche Herangehensweisen besser bewältigt werden als durch einheitliche. Nur weil etwas Unbekanntes überall gleich ist, sollte man die Zahl der Lösungsversuche nicht auf eins reduzieren.

Der allgemeine Trend läuft heute auch ausserhalb von Pandemiezeiten leider in die Richtung von immer mehr Zentralisierung. Oft handelt es sich um eine fast blinde Flucht in den Zentralismus, einen eigentlichen Kult, der auf immer zentraleren Vorschriften und Verteilungsregeln beruht. Zentralisierung wird nicht nur von machthungrigen zentralen Regierungen und Verwaltung vorangetrieben, sie beruht auch auf einem politischen Mechanismus des gezielten Abschiebens aller politischen Kosten nach oben, während man den politischen Nutzen des Verteilens und Umverteilens in der Hand behalten möchte. Man nennt das üble Spiel in der Wirtschaft Kollektivierung der Kosten und Privatisierung der Nutzen, in der Politik gilt es parteiübergreifend als Strategie der Erhaltung der Wählergunst.

43 Daseinsvorsorge ist populärer als Eigenständigkeit

04.02.2022

Die Befürworter des Daseinsvorsorgestaats sind im Vormarsch, auch auf bürgerlicher Seite. In der Sozialpolitik geht es nur noch darum, wie “massvoll” ein weiterer Ausbau sein soll. Ein Kommentar von Robert Nef.

“Totalitäre Regime verlieren letztlich die Gunst der Mehrheiten nicht, weil sie freiheitsfeindlich sind, sondern weil sie keinen nachhaltigen Erfolg haben.”

Viele Menschen verlassen sich bereitwillig auf eine staatlich organisierte Daseinsvorsorge und räumen weder der unbequemen Freiheit noch der anstrengenden Verantwortung Priorität ein. Bevorzugt wird aus dieser Sicht ein politisches System, das neben Sicherheit, Gesundheit, Bildung, Kultur und Sport auch Arbeit, Wohnen und Altersversorgung zur Staatsaufgabe macht. Umfassende staatliche Daseinsvorsorge beruht auf hohen und progressiven Steuern und auf einem aufwendigen Apparat, der sicherstellt, dass Mehrheiten sie befürworten. Freiheitsfreunde, die Eigenständigkeit vorziehen, müssen aus dieser Sicht in der Minderheit bleiben. Eine zentralstaatlich “grundversorgte” Gesellschaft ist aber das grösste Gefährdungspotenzial für alle, die nach Freiheit und Selbstverantwortung streben. Eine Minderheit von Freiheitsfreunden steht einer Mehrheit von Umverteilungsbegünstigten gegenüber. Die einen kämpfen für mehr liberale Eigenständigkeit und die andern für mehr sozialistische Daseinsvorsorge.

Die Befürworter des Daseinsvorsorgestaats sind derzeit im Vormarsch. Sie haben sich auch unter Bürgerlichen fest etabliert, und die sozialpolitischen Debatten gehen heute nur noch um die Frage, wie “massvoll” ein weiterer Ausbau sein soll. Freiheit und wirtschaftliche Eigenständigkeit werden zwar immer wieder als höchste Güter gepriesen, aber ein Rückblick auf die Geschichte zeigt, dass die Bereitschaft vieler Menschen, von einer “wohlwollenden Regierung” geführt und versorgt zu werden, sehr gross ist. Die obere Grenze liegt dort, wo die steigenden Ansprüche nicht mehr mit den politischen Versprechungen übereinstimmen und die Nachhaltigkeit der Finanzierung ins Wanken gerät.

Sowohl der National-Sozialismus als auch der 1989 bankrottgegangene International-Sozialismus der Sowjetunion hatten – wenigstens zeitweise – eine hohe Popularität bei den Massen, und sie wurden, solange sie erfolgreich an der Macht waren, nur von relativ kleinen Eliten am Rande des politischen Spektrums aktiv bekämpft. Totalitäre Regime verlieren letztlich die Gunst der Mehrheiten nicht, weil sie freiheitsfeindlich sind, sondern weil sie keinen nachhaltigen Erfolg haben. Der planwirtschaftliche nationale Sozialismus in China, der sich einem totalitären Staatskapitalismus annähert, geniesst hohe Akzeptanz.

Materielles Gut vor ideellem Gut

Wenn es den Sozialisten aller Schattierungen gelingt, in der Produktion von Sicherheit, in der Abschaffung der Armut und in der Garantie von “Brot und Spielen” Erfolg zu versprechen, so werden Mehrheiten immer wieder bereit sein, das hohe ideelle Gut von Freiheit und Verantwortung gegen das niedrigere materielle Gut der sozialen

Sicherheit zu tauschen. Viele Intellektuelle vertreten weltweit immer noch die Meinung, der etatistische Sozialismus habe bisher stets eine an sich richtige egalitäre Doktrin lediglich falsch umgesetzt. Die Opfer aller bisher gescheiterten Experimente zeigen weniger Geduld, aber sie wünschen sich meist doch wieder eine "bessere Umverteilung" statt mehr Freiheit und Verantwortung.

Es gibt keine politisch-ideologische Beweisführung gegen den Sozialismus. Ein amerikanischer Freiheitsfreund hat es folgendermassen formuliert: "Wir können nicht beweisen, dass Sozialismus schlecht ist, aber wir können nachweisen, dass er nicht funktioniert."

Die Stärke der echten Freiheitsfreunde liegt nicht im Bereich der ideologischen Versprechen, sondern im Bereich der empirischen, anthropologischen Befunde. Liberale gehen vom Menschen aus, wie er ist, und nicht, wie sie ihn gerne hätten und wie er eigentlich sein sollte. In mancherlei Hinsicht ist dieser Realismus enttäuschend, dafür erspart man sich als Realist den unbegrenzten Aufwand für die Aufrechterhaltung von Täuschungen. Haben Freiheitsfreunde einfach vor der Tatsache resigniert, dass der Eigennutz im Leben eine zentrale Rolle spielt? Nein. Es gibt einen dummen und kurzfristigen Eigennutz, der sich in einer auf Austausch auf Märkten beruhenden Wirtschaft schon mittelfristig schlicht nicht lohnt. Wer ein Produkt oder eine Dienstleistung erfolgreich anbieten will, muss sich in die Bedürfnisse seiner Kunden einfühlen können und ihre Bereitschaft, etwas dafür zu bezahlen, immer wieder neu ausloten. Auf diesen längerfristigen, intelligenten und kultivierten Eigennutz stützen sich die Befürworter von Freiheit und Eigenständigkeit.

Macht hat, wer nicht mehr lernen muss

Der Markt ist ein permanentes Experiment, in dem sich nicht die Mächtigsten und Aggressivsten für immer durchsetzen, sondern diejenigen, die am erfolgreichsten lernen. Macht ist mit guten Gründen als der Zustand definiert worden, in dem man sich nicht mehr an andere anpassen und nicht mehr lernen muss. Diese Flucht vor dem "Lernen-Müssen" ist im Bereich der Politik weiter verbreitet als in einer staatsunabhängigen Wirtschaft, weil man sich in der Politik auf das Zwangsmonopol des Staates abstützen kann. Politische Macht ist zwar durch den Rechtsstaat begrenzt, doch seine Bremswirkung gegenüber dem Daseinsvorsorgestaat wird heute durch die Gesetzgebung und die Rechtsprechung immer mehr ausgehöhlt. Freiheitsbeschränkungen müssen zwar "rational begründet" und "verhältnismässig" sein, aber diese Begriffe werden ihrerseits politisch und regierungs- und verwaltungsfreundlich definiert und interpretiert.

Zwingen ist oft weniger aufwendig als überzeugen. Darauf gründet die Attraktivität des staatlichen Zwangsmonopols, und sie hat dazu geführt, dass auch in der Wirtschaft die Bereitschaft zunimmt, Staatsinterventionen zu akzeptieren, um dafür Unterstützung und Förderung einzuhandeln. Es lohnt sich auch für Unternehmen, ans Netz der Daseinsvorsorge angeschlossen zu sein und wenn möglich davon zu profitieren. Es gibt also auch auf dieser Seite eine zunehmende Kooperationsbereitschaft und eine abnehmende Tendenz, die Beschwerlichkeiten der Eigenständigkeit auf sich zu nehmen. Politisch gefeilscht wird oft nur noch darum, wer wie viel daran zu bezahlen hat.

System lebt auf Pump

Der Schwachpunkt der populären staatlichen Daseinsvorsorge ist die Tatsache, dass sie mit tendenziell wachsenden und kaum begrenzbaren Ansprüchen verknüpft ist, die zu zunehmenden Steuer- und Verschuldungslasten führen. Mit anderen Worten: Das System lebt auf Pump bei kommenden Generationen und ist auf "immer mehr Staat" angewiesen. Dies wird leider von aktuellen Mehrheiten oft erfolgreich verdrängt.

Das Gegenprinzip der Eigenständigkeit steht aber seinerseits nicht mit leeren Händen da. Ein immer wieder neues Einpendeln von Angeboten und Nachfragen ist keine Utopie. Der Mensch ist anpassungs- und lernfähig, und diese beiden Fähigkeiten werden unter Marktbedingungen besser kultiviert als unter Staatszwang. Erstere funktionieren nicht lückenlos und nicht perfekt, und sie führen nicht zu Gleichheit, aber zu wachsendem Wohlstand für alle. Das ist die Chance der Freiheitsfreunde beim Projekt, Mehrheiten zu finden, ohne falsche Versprechen abzugeben.

Eine gute Argumentationsstütze zugunsten einer freiheitlichen Ordnung sind globale Ländervergleiche, die ökonomische Freiheit in Relation zum allgemeinen Lebensstandard statistisch darstellen. Da schneiden die freiheitlicheren Länder auffallend gut ab, auch bezüglich der Überwindung der Armut. Wahrscheinlich liesse sich auch nachweisen, dass die Sorgfalt im Umgang mit Natur und Ressourcen mit steigendem selbst generiertem Wohlstand steigt und dass sie durch zwangsweise Umverteilung eher behindert wird.

44 Vom Mitleid zur Mitfreude

28.03.2022

In der Ökonomie ist Einfühlungsvermögen gegenüber Bedürfnissen anderer zentral. Im fremdherrschaftsfreien Tausch geht es um Mitfreude. Ein Kommentar von Robert Nef.

“Politik und Wirtschaft sind wichtig, aber sie sind nicht das Wichtigste. Die entscheidende Kraft zur Erneuerung stammt aus der Kultur im weitesten Sinn.”

Das aus dem Griechischen stammende Lehnwort für Mitleid ist Sympathie, und die Tatsache, dass jeder normale Mensch dafür begabt ist, war für den Ökonomen und Moralphilosophen Adam Smith die Grundlage der Marktwirtschaft, die ihrerseits den “Wohlstand der Nationen” hervorbringt. Für die Mitfreude als Pendant zum Mitleid gibt es leider keinen allgemeinverständlichen Fachbegriff mit griechischen Wurzeln. Konsequenter müsste von Synhedonie oder Symphilie, von Mitfreude oder Mitliebe, die Rede sein, aber die Begriffe haben sich nicht eingebürgert.

Das Einfühlungsvermögen gegenüber den Bedürfnissen anderer spielt in der Ökonomie – und ganz speziell auch in einer Dienstleistungswirtschaft – eine zentrale Rolle. Für Adam Smith ist Sympathie die Basis der Moral, die ihrerseits auch den Tausch beeinflusst, der auf rationalem Kalkül beruht. Sympathie ist der Schlüsselbegriff seines ersten grossen Werks “The Theory of moral sentiments”, wörtlich übersetzt: Das Wort Mitgefühl in seiner ursprünglichsten Bedeutung bedeutet, dass wir mit den Leiden, nicht mit den Freuden anderer mitfühlen.

Man kann sich in diesem Zusammenhang fragen, ob der Begriff Sympathie im Sinn des Mitleids bzw. Mitgefühls mit Menschen in einer unglücklichen Situation die Ökonomie des Tauschs, bei dem allseits eine Win-Win-Situation angestrebt wird, wirklich adäquat bezeichnet. Der Tausch im engeren Sinn betrifft Güter und Dienstleistungen, im weiteren Sinn aber auch jede Form der Kommunikation. Eine erfolgreiche Kommunikation setzt aber ein Minimum an Einvernehmen voraus, und dieses Einvernehmen nährt sich erfahrungsgemäss eher von der Fähigkeit zur Mitfreude und zum Mitgenuss als von der Bereitschaft zum Mitleid.

Synhedonie statt Sympathie

Tauschaktionen, die ausschliesslich auf Mitleid beruhen, haben keine verlässliche Basis. Die respektvolle Wahrnehmung des Eigeninteresses in der Erwartung und in der Hoffnung, dass es beim Tauschen auch das Wohl der andern mehrt, ist eine erfolversprechende Kommunikationsstrategie. Sie ermöglicht auch eine Kombination von Ökonomie und Ökologie, die ja mit “oikos”, Haus, dieselbe Wortwurzel haben.

Es geht also beim fremdherrschaftsfreien Tausch nicht um aktives Mitleid, sondern um die Erwartung gegenseitig gesteigerter Befriedigung, um antizipierte Mitfreude. Darum wäre es sinnvoll, in der Ökonomie nicht von der Sympathie im Sinne des Mitleids auszugehen, sondern von der Synhedonie im Sinne der Mitfreude und des Mitgenusses.

Synhedonie erzeugt eine andere und liberalere Art der Solidarität als der Zusammenschluss der Frustrierten und Neiderfüllten, die eine Triebfeder des etatistischen Sozialismus bildet, der die Solidarität fordert, die andere von Staates wegen zum Geben bzw. zum Umverteilen verpflichtet. Freiwillige Solidarität und Zwangssolidarität sind zwei völlig unterschiedliche Triebfedern. Vielleicht taugt der hier verwendete Begriff der Synhedonie sogar zur kulturellen Erneuerung dessen, was “soziale Marktwirtschaft” genannt wird: der Gemeinschaft, die freiwillig und spontan durch vielfältig vernetzte aktuelle und potenzielle Win-Win-Situationen immer wieder neu geschaffen wird und dadurch Mitfreude erzeugt.

Antigones Ahnung

Es gibt in der “Antigone”, der klassischen griechischen Tragödie von Sophokles, eine Schlüsselstelle, die das Verhältnis von Staatsräson einerseits und Mitleid und Mitfreude andererseits auf den Punkt bringt. Staatsräson steht im Widerspruch zum moralischen Sittengesetz. So lautet der Wortwechsel zwischen dem König Kreon und Antigone, die auf das überlieferte Recht pocht, ihren im Kampf getöteten Bruder, der auf der Feindesseite gekämpft hatte, zu bestatten: Kreon: “Der Feind wird nie zum Freund, auch wenn er tot ist.” Antigone: “Nicht mitzuhassen, mitzulieben bin ich geboren.” Sie bestattet ihren Bruder trotz staatlichem Verbot und wird wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt zum Tod durch Einmauern verurteilt. Die Verurteilte entzieht sich dieser grausamen Strafe durch Suizid, aber ihre Vorliebe für das Mitlieben ist unsterblich geworden, solange es kulturelle Überlieferungen gibt. Sie ist eine friedensstiftende Maxime, die vor allem nach dem Abschluss von Kriegen, unabhängig vom jeweiligen Ausgang, allseits zu beherzigen ist.

Trotzdem hatte Adam Smith gute Gründe, von der Sympathie als Prinzip einer auf Tausch beruhenden Marktgesellschaft auszugehen. Echte und nachhaltige gemeinsame Freude kann nur entstehen und sich entfalten, wenn sie

nicht zulasten Dritter geht oder gar auf Schadenfreude beruht, d.h., wenn Gewinne nicht grundsätzlich durch Verluste bei andern erkaufte werden. Synhedonie ohne jede Sympathie gegenüber denen, die keinen Grund zur Freude haben, ist zynisch und auf die Dauer auch selbstschädigend und im wahrsten Sinn unökonomisch.

Rütlibund und Grütliverein

Eine Rückübersetzung des hier verwendeten Begriffs Synhedonie ins Deutsche führt zu fast unüberwindlichen parteiideologischen und terminologisch-psychologischen Problemen. Wörtlich könnten der Begriff "hedone", Freude/Genuss, und die Vorsilbe "syn-", Ge-, mit einigen Gründen durch den Terminus Genussgemeinschaft oder eben Genossenschaft übersetzt werden. Dann wären diejenigen, die sich gemeinsam über den gegenseitigen Gewinn beim Tausch freuen, im wahrsten Sinn des Wortes Genossen, aber eben Freudgenossen und nicht Neidgenossen. Als Eidgenosse braucht man keine Berührungsängste zu haben gegenüber dem genossenschaftlichen Prinzip der gemeinsamen Selbsthilfe auf der Basis einer Pro-Kopf-Aufteilung von Kosten und Nutzen. Sie geht grundsätzlich nicht zulasten anderer, auch wenn es erfolgreichere und weniger erfolgreiche Genossenschaften mit unterschiedlich profitierenden Genossenschaffern gibt.

Historisch gesehen war der Rütlibund so etwas wie ein Zusammenschluss von bestehenden Genossenschaften mit dem Zweck des gemeinsamen Selbstschutzes. Dass diese Genossenschaften ihrerseits höchst unterschiedliche Ziele hatten und auch unterschiedliche Erfolge innerhalb der Genossenschaften, die unterschiedliche Eigentumsverhältnisse bewirkten, spricht für den ökonomischen Realitätssinn der gleichzeitig Betroffenen und Beteiligten. Das "einzig Volk von Brüdern" war kein "Volk von Gleichen", sondern ein Friedensschluss zwischen vielfältig Ungleichen. Der erste Zusammenschluss der Linken in der Schweiz war übrigens der 1838 in Genf gegründete Grütliverein und hatte die Devise "Freiheit durch Bildung".

Um Missverständnisse gegenüber kollektivistischen Zwangsgenossenschaften vorzubeugen, ist der in Analogie zu Sympathie geschaffene griechische Begriff Synhedonie dem deutschen Begriff Genossenschaft vorzuziehen. Ob er sich je durchsetzt, ist höchst fraglich. Er ist aber einer Überlegung wert. Wer ihn bei Google eingibt, wird mit der Rückfrage konfrontiert "Meinten Sie Symphonie?" Das ist gar nicht so daneben.

Pflicht und Freude

Politik und Wirtschaft sind wichtig, aber sie sind nicht das Wichtigste. Die entscheidende Kraft zur Erneuerung stammt aus der Kultur im weitesten Sinn.

Der indische Dichter und Philosoph Rabindranath Tagore hat das Verhältnis von Pflicht und Freude wie folgt beschrieben: "Ich schlief und träumte, das Leben wär' Freude. Ich erwachte und sah, das Leben war Pflicht. Ich handelte und siehe: die Pflicht war Freude." Meine eigenen Erfahrungen könnte ich in Anlehnung an Tagore in folgender Parodie zusammenfassen: "Ich schlief und träumte, das Leben wär' Politik. Ich erwachte und sah, das Leben war Ökonomie. Ich handelte und siehe: Die Ökonomie war Kultur."

45 Warnung vor dem Neo-Etatismus

14.06.2022

Eine Ordnung des Ausgleichs und des Fortschritts zu "mehr sozialer Gerechtigkeit"? Die wohlfahrtsstaatliche Komfortzone ist nicht nachhaltig finanzierbar. Und sie ist strukturkonservativ. Ein Kommentar von Robert Nef.

"Viele ehemals Bürgerliche erliegen einem zunehmenden Gesinnungskollektivismus, den sie für fortschrittlich halten."

Die Warnung vor einem weltweiten Vormarsch des Neoliberalismus steht heute in vielen Medien und auch in wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Bestsellern im Vordergrund. Die Neoliberalen sind zum Feindbild derjenigen geworden, die behaupten, eine menschenfreundlichere, sozialere und ökologischerer Lebensweise jenseits von Marktwirtschaft und Kapitalismus gefunden zu haben.

Ob die als fortschrittlich bezeichnete Alternative näher bei einem gesteigerten Staatsinterventionismus kombiniert mit noch mehr erzwungener Umverteilung liegt oder bei einer umfassenden Verstaatlichung entscheidender Lebensbereiche und einer staatlichen Kontrolle des Konsumverhaltens, bleibt offen. Einig ist man sich nur über das gemeinsame Ziel "mehr Staat" und über das gemeinsame Feindbild: den Neoliberalismus, der mit der Vorherrschaft eines menschenfeindlichen Kapitalismus gleichgesetzt und als grosse Bedrohung des sozialen Friedens und des

ökologischen Gleichgewichts dargestellt wird. Mit dem Begriff Neoliberalismus wird eine ausgeprägt kapitalistische und staatskritische Ideologie bezeichnet.

Diese Terminologie widerspricht allerdings historischen Tatsachen. Als Neoliberale bezeichneten sich in der Zwischenkriegszeit des vergangenen Jahrhunderts Ökonomen, die nach der Katastrophe des Ersten Weltkrieges einen neuen Kompromiss zwischen offenen Märkten und regulierenden Staaten anstrebten. Sie grenzten sich bewusst von denjenigen Gegnern des Sozialstaates und der Gemeinwirtschaft ab, die die vollständige Trennung von Staat und Wirtschaft anstrebten und den Staat höchstens als Inhaber der Polizeigewalt und der Selbstbehauptung befürworteten.

Wirklich liberale Stimmen werden selten

Die Neoliberalen waren also gegenüber einer neuen Funktionsabgrenzung von Staat und Wirtschaft staatsfreundlicher als die Liberalen des 19. Jahrhunderts. Solche terminologischen Feinheiten werden heute in die akademische Diskussion aber abgedrängt, in der wirklich liberale Stimmen immer seltener werden. Sie sind lediglich noch Gegenstand von innerliberalen Flügelkämpfen zwischen Anhängern unterschiedlicher Schulen.

Man ist nicht total gegen Markt und Privateigentum, aber man unterstützt alle sozialpolitischen und ökologisch motivierten Mittel, die die angeblich egoistisch ausgerichtete Wirtschaft mit einer angeblich sozial ausgerichteten Umverteilungspolitik in Einklang bringen. Der Staat als Versorger, Fürsorger und Vorsorger für alle und die Wirtschaft als notwendiges Übel. Dabei wird vergessen oder verdrängt, dass der Staat nur das verteilen und umverteilen kann, was vorher in der Wirtschaft verdient worden ist.

Tatsächlich hat sich heute in Europa und in den USA ein Neo-Etatismus etabliert, der auf einer engen Verflechtung von Staat und Wirtschaft basiert und bei dem nicht nur der kontinuierlich wachsende Staatsapparat und die ihn stützende Politik, sondern auch zahlreiche Branchen der Wirtschaft durchaus an "mehr Staat" und "mehr Umverteilung" interessiert sind.

Risiko der Freiheit? Nein danke.

Auch die Privatwirtschaft beruht in einer Dienstleistungsgesellschaft heute immer mehr auf einer raffinierten Bewirtschaftung von staatlichen und privaten Vernetzungen, die zunehmend zentraler und intransparenter werden. Je mehr der Staat die Wirtschaft reguliert und bestimmt, desto mehr ist die Wirtschaft gezwungen, diese von der Realität der Knappheiten und der nicht staatlich beeinflussten Angebote und Nachfragen abweichenden Netzwerke von Regulierungen möglichst raffiniert zu bewirtschaften und den eigenen Bedürfnissen anzupassen. Die Politik der Wirtschaftsintervention provoziert eine Wirtschaft, die das Netzwerk der Interventionen zu ihren Gunsten nutzt und weiterentwickelt.

Kein Wunder, dass es weder in der Wissenschaft noch in der Publizistik grosse Anreize gibt, sich mit den Schattenseiten des Neo-Etatismus auseinanderzusetzen und den Staat vermehrt zu kritisieren, statt seinen kontinuierlichen Ausbau zu rechtfertigen. Dieser Trend bei den meinungsbeeinflussenden Intellektuellen trägt dazu bei, dass sich auch die Mehrheit der Bevölkerung vom wenig populären "Risiko der Freiheit" verabschiedet. Ein mehr oder weniger ausgeprägter Neo-Etatismus prägt den Zeitgeist.

Der Neo-Etatismus ist aber auf längere Sicht unfähig, mit den Herausforderungen des weltweiten Bevölkerungswachstums und der sich wandelnden Knappheit natürlicher Ressourcen fertigzuwerden. Seine Rezepte beruhen auf Zwang, Rationierung und Verboten, die erfahrungsgemäss vielerorts umgangen und durch Korruption "weggekauft" werden. Das marktwirtschaftliche Gegenkonzept "je knapper, desto teurer" wird als "ungerecht" angeprangert.

Wo bleibt die bürgerliche Staatskepsis?

Anstelle einer lautstarken Kritik am Neoliberalismus wäre es an der Zeit, einmal die ihm entgegengesetzte Ideologie des Neo-Etatismus unter die Lupe zu nehmen und die sowohl ökonomisch als auch ökologisch zunehmend auftretenden Schattenseiten und Nebenwirkungen zu analysieren. Eine fundierte Kritik des politisch gut gemeinten, aber effektiv schon mittelfristig kontraproduktiven Staatsinterventionismus ist vordringlich. Die zunehmend umfassende Verstaatlichung zentral bedeutsamer Lebensbereiche wie Gesundheit, Bildung und Kultur macht eine grosse Mehrheit von Menschen staatsabhängig und staatsüchtig und hemmt den Fortschritt.

Die erfahrungsgestützte bürgerliche Staatskepsis mit historischen Wurzeln bis in die Zeiten des Feudalismus hinein ist in den letzten zwei Generationen beinahe verstummt. Viele ehemals Bürgerliche erliegen einem zunehmenden Gesinnungskollektivismus (Eduard Kaeser), den sie für fortschrittlich halten. Sie sind auf einem Rückzug in die populäre wohlfahrtsstaatliche Komfortzone.

Verdrängt wird dabei, dass sie nicht nachhaltig finanzierbar sein wird. Aber das ist ja dann die Sorge kommender

Generationen, denen wir die Schulden und Lasten vererben und die uns nicht mehr politisch zur Verantwortung ziehen können.

Falsche Behauptungen

Zahlreiche ursprünglich Bürgerliche identifizieren sich inzwischen derart intensiv mit dem von ihnen mitaufgebauten Daseinsvorsorgestaat, dass sie das Mass an Staatsabhängigkeit und Bevormundung, das vor allem für die untere Mittelklasse damit verbunden ist, gar nicht mehr wahrnehmen. Sie haben selbst die Mentalität der “gesellschaftlich Benachteiligten” assimiliert und nähern sich damit der Grundhaltung des Neides, der nicht mehr aufstiegsorientiert ist, sondern auf eine zusätzliche Belastung der Beneideten abzielt.

Der Staat ist zum umfassenden Freund und Helfer, zum Organisator von Arbeit, Bildung, Gesundheit und Kultur geworden, dem eine grosse Zahl der Bevölkerung mit blindem Vertrauen mehr als ein Drittel der Einkünfte relativ bereitwillig abliefern. Auch die sozialversicherungstechnische Lebensplanung und die arbeitsrechtliche Verregulierung werden kaum mehr hinterfragt, selbst dort, wo sie eigentlich effektiv die ohnehin einflussreichere Seite stützen und keine echte soziale Komponente mehr haben.

Der Neo-Etatismus, der stets auch zu immer mehr Zentralismus führt, behauptet, eine Ordnung des Ausgleichs und des Fortschritts zu “mehr sozialer Gerechtigkeit” zu sein. Tatsächlich ist er strukturkonservativ und stützt die aktuellen Profiteure unter den inzwischen weit über 30% direkt oder indirekt voll Staatsfinanzierten.

46 In Krisen und Kriegen wächst der Staat

15.08.2022

Nach einem Kollaps überforderter, zahlungsunfähiger Staaten folgt kaum einfach der Triumph der Freiheit. Es braucht vielmehr einen schrittweisen Ausstieg aus der Staatsabhängigkeit. Ein Kommentar von Robert Nef.

“Das Grundsatzproblem <Staat oder Markt> bzw. <Zwang oder Austausch> wird immer mehr zu einer Frage des Masses und der Opportunität.”

Weltweit wächst die Staatsmacht, und wir stehen vor der Frage, was denn dieses Wachstum antreibe. Zwei Ursachen stehen im Vordergrund. Erstens die Herausforderungen von Krisen und Kriegen, die zunächst Notrecht provozieren, das dann, wenn es einmal etabliert ist, zur Normalität wird, und zweitens der zunehmend breit abgestützte, oft blinde Glaube an die Allmacht des Staates, der in säkularisierten Gesellschaften die Rolle eines Gottesersatzes übernimmt. “Der Staat soll’s richten”, heisst es letztlich nicht nur in akuten Notzeiten, sondern auch gegenüber allen Herausforderungen der Zukunft. Er wird zum allzuständigen Retter der Menschheit, weil nur der Staat über die Zwangsgewalt verfügt, die für eine gemeinsame Zukunft der Menschheit für notwendig gehalten wird.

Inneres Staatswachstum und der Hunger nach territorialer Expansion sind fatal miteinander verknüpft. Sie lassen sich nach dem herkömmlichen Links-rechts-Schema nicht zuordnen. Innenpolitische und wirtschaftspolitische Misserfolge verstärken oft die Aggressionen gegen angebliche Feinde, denen man die Verantwortung für das Scheitern politischer Versprechungen zuschieben kann. Je enger Staat und Wirtschaft innenpolitisch zusammenrücken, desto aggressiver wird das politische System gegen aussen. Das produktive Konzept der wirtschaftlichen Konkurrenz wird durch das destruktive Konzept der politischen Machtkonkurrenz unter Nationen und Wirtschaftssystemen ersetzt. In der Folge erlangt die Steigerung des weltpolitischen Einflusses und der ökonomischen Stellung auf Weltmärkten höchste Priorität.

Ökonomie wird zur Nationalökonomie in einem fiktiven Wettbewerb von Staaten mit staatsabhängigen Unternehmen. Im sozialen Bereich wird der aktuelle Zustand als “ungerecht” bezeichnet, und er soll nach einem Krieg durch einen angeblich “besseren Frieden” (besonders zugunsten der eigenen Bevölkerung) ersetzt werden. Die Militärmacht wird so auch zum Instrument der politischen Ideologie und einer expansiven merkantilistischen Aussenhandelspolitik.

Kollektiver Zwang ist kontraproduktiv

Zwei historische Erfahrungen werden dabei sträflich missachtet. Auch der Staat und seine Führung bestehen aus irrumsanfälligen Menschen, deren Macht selbst in einer Demokratie leicht ausser Kontrolle gerät, und der kollektive Zwang bewirkt auf die Dauer oft das Gegenteil seiner ursprünglichen Motive. Gibt es einen Ausstieg aus dem Teufelskreis dieser beiden weltweit zu beobachtenden Phänomene? Braucht es zur Überwindung der zunehmenden

Staatssucht einen Zusammenbruch, eine Insolvenz oder eine akute Krise in einem vitalen Bereich, z.B. in der Energieversorgung?

Es gibt gegen eine schrittweise Zunahme der Staatsmacht kein Patentrezept. Beide erwähnten “Treiber” rufen nach unterschiedlichen Bremsen, weil auch die Motive stark differieren. Kriege werden von politischen Führern und Verführern mit Machtambitionen und Wahnvorstellungen angezettelt, und sie können weder vom Markt noch von friedlichen Zivilgesellschaften aus eigener Kraft gestoppt werden. Das ist der Fluch des Krieges, dass er letztlich auch bei den Friedfertigen mehr Gewalt und mehr Staatsgewalt provoziert.

Kriege sind als solche nicht populär, aber wenn sie als Schritt zu einer besseren gemeinsamen Zukunft angepriesen werden, wächst im Hinblick auf den in Aussicht gestellten Sieg vor dem Krieg und im Krieg allseits die Opferbereitschaft, während die Bereitschaft zum Friedensschluss sinkt. In Kriegen geht es um Sieg der “eigenen Guten” und um die Niederlage der “gegnerischen Bösen”. Aus dieser Sicht gibt es keine graduellen Lösungen und keinen politischen Spielraum für Kompromisse.

Für einen Friedensschluss braucht es aber entweder den totalen Zusammenbruch der einen Seite oder einen rationalen Grundkonsens, dass Friede auf die Dauer für die meisten Betroffenen und Beteiligten eben die bessere Option ist als die Fortsetzung von Gewalt und Widerstand.

Kampf um die Vormacht im Staat

Dass Politik auch in Friedenszeiten so etwas wie ein unerbittlicher Kampf um die Vormacht im Staat sei, prägt leider immer noch das Weltbild vieler Menschen. Diese kriegerische Grundstimmung des Entweder-oder rechnet auch innenpolitisch mit einem Scheitern der einen Seite, das einen radikalen Neubeginn auf der anderen Seite ermöglichen soll. Die Vorstellung von “Sieg und Niederlage” bestimmt vor allem in Wahlzeiten zunehmend die nationale Politik in Europa, vor allem in Staaten, in denen Wahlen auch einen Regimewechsel bewirken.

Staaten haben weltweit als Rohstoffeigentümer, als Zentren der Geldpolitik und als Anbieter und Kunden im Bereich der öffentlichen Infrastruktur eine sehr grosse wirtschaftliche Macht, und es ist in vielen Branchen der Privatwirtschaft von erheblichem Vorteil, mit dem politischen System zu kooperieren, um damit mindestens indirekt an seinem Gewaltmonopol zu partizipieren. Weltweit hat sich ein Korporatismus (d.h. ein Deal zwischen Staat und Wirtschaft) etabliert, bei dem es schwer auszumachen ist, wer in der Wirtschafts-, der Finanz- und der Steuerpolitik wirklich wen bestimmt oder wie und in welchem Mass mitbestimmt wird.

Natürlich wird diese “Verbandelung” teilweise recht handfest von der real existierenden Staatsmacht erzwungen, aber diese Macht ist nur darum so erfolgreich, weil auf der anderen Seite die opportunistische Bereitschaft zur Kooperation zunimmt. Vor allem von der “organisierten Wirtschaft” wird sie als “Weg der Vernunft” und als alternativlose “Anpassung an Sachzwänge” in einer real existierenden etatistischen Second-Best-Welt angepriesen. Da machen heute leider auch Bürgerliche vertrauensselig mit, und sie berufen sich auf die gefährlich Maxime: “Es gibt in Demokratien praktisch keine Alternative zur sozialdemokratischen Daseinsvorsorge für alle”, und aus dieser Sicht genügt es, wenn verhindert wird, dass sie in den totalitären, zentralverwalteten Staatssozialismus abdriftet.

Das Grundsatzproblem “Staat oder Markt” bzw. “Zwang oder Austausch” wird immer mehr zu einer Frage des Masses und der Opportunität. Angestrebt wird ein sozialer Friede auf Zeit (“Peace for our Time”) zulasten kommender Generationen, und die Grundfrage nach den langfristigen Kosten und Folgen für alle wird verdrängt. Es gibt leider zu wenige politisch Engagierte, die sich für eine weitsichtige Kultur von Eigenständigkeit und Freiheit einsetzen, die auf der Basis freier, friedlicher, nachhaltig praktizierbarer und rücksichtsvoller mitmenschlicher Kooperation beruht und ihrem Wesen nach nicht erzwungen werden kann.

Revolutionen bewirken mehr Staat

Die Freiheitsfreunde, die nicht resigniert haben, hoffen oft auf den “grossen Knall”, auf eine freiheitliche Revolution, die das Versagen der Politik endgültig entlarven soll. Diese Hoffnung ist aber wenig rational. Nach einem Zusammenbruch von zunehmend überforderten und zahlungsunfähigen Staaten steigt aus den Trümmern kaum die Freiheit wie ein Phönix aus der Asche. Jeder Neubeginn läuft Gefahr, mit mehr Staatsmacht und weniger Freiheit zu starten. Politiker profilieren sich ja im Staat, weil sie in einem besseren, stärkeren und mächtigeren Staat eine bessere Zukunft für alle in Aussicht stellen. Das Resultat politischer Umbrüche, sei es nun nach rechts oder nach links, ist in der Regel mehr Staat und nicht weniger Staat. Nicht nur Krieg, sondern auch die Hoffnung auf einen radikalen innenpolitischen Wechsel ist Treiber des Staatswachstums.

Müssen die Freunde der Freiheit und die Skeptiker des kontinuierlichen Staatswachstums angesichts dieser säkularen Trends kapitulieren? Nein. Es gibt Auswege und Chancen. Es gibt das Szenario eines schrittweisen Ausstiegs aus der Staatsabhängigkeit, einer Entziehungskur, die umso wahrscheinlicher wird, je kleiner der politische Verband ist, der das Experiment wagt. Gewinnen wird, wer als Erster den Ernst der Lage erkennt und das Experiment mit “weniger Staat” anpackt, bevor dieser weltweit zum allzuständigen und allmächtigen und tendenziell

überforderten Daseinsvorsorger für alle wird.

47 Pandemiepolitik als Verstaatlichungsschub

27.03.2023

Die Schweiz hat ein weitgehend verstaatlichtes Gesundheitssystem mit einigen privaten Ergänzungen. Es ist qualitativ derzeit noch nicht schlecht. Doch die Kostenexplosion wird irgendwann einen radikalen Sanierungsbedarf auslösen.

Das Coronavirus hat weltweit das Gesundheitswesen ins Zentrum des Interesses gerückt. Alle Staaten waren durch die Pandemie herausgefordert. Sie wurden als Krisenmanager mit einer grossen Fülle von komplexen Aufgaben konfrontiert, die in nicht totalitären Staaten normalerweise von der Zivilgesellschaft, von der Wirtschaft und von gemischtwirtschaftlichen Strukturen – schlecht und recht – gelöst werden.

Was hat die weltweit mit diversen Kombinationen von Eingriffen, Zwangsmassnahmen und Subventionen praktizierte Pandemiepolitik bewirkt? Was ist die Bilanz von Schaden und Nutzen? Abschliessend lässt sich das wohl kaum je beurteilen, aber auf ein Nachdenken und Nachforschen sollte trotzdem nicht verzichtet werden.

Wie die meisten akuten Krisen bewirkte die Pandemie weltweit generell “mehr Staat”. Wer als Staat Zwang anwendet, trägt sowohl rückblickend als auch vorausschauend die Beweislast, nicht nur akute Not zu wenden, sondern auch das Grundproblem zu lösen. Oft wird dieses durch Zwang nur verewigt oder gar verschärft. Verstaatlichungsschübe, wie sie von Kriegen und Krisen ausgelöst werden, führen erfahrungsgemäss zu höheren Steuern und Schulden und zu mehr Zentralismus und zu generell teureren und schlechteren Lösungen. Sie sind leider selten reversibel, weil der geordnete Rückzug aus Fehlstrukturen eine äusserst anspruchsvolle Operation ist, für die man in Demokratien keine Mehrheiten findet. Und: Wer verzichtet in zentralen politischen Strukturen schon freiwillig auf Macht?

Analyse ohne Anklagen und Aggressionen

Freunde der Freiheit halten sich an den Grundsatz, die Politik solle “in erster Linie nicht schaden”. Das ist auch eine fundamentale Maxime der ärztlichen Kunst, die bei einer Pandemie herausgefordert ist. Bei genauerer Betrachtung ist diese Anweisung wahrscheinlich aber doch zu simpel. Man kann ein komplexes Verhalten nie durch eine einzige Maxime steuern, und der Hinweis auf das Primat der Passivität ist bei Schadensvermeidung bzw. Schadensminderung wohl zu eindimensional. Wer aus lauter Angst, etwas Falsches zu tun, nichts unternimmt, kapituliert vor den Herausforderungen einer Krise. Es gibt aber in der antiken Medizin noch einen anderen, entgegengesetzten Grundsatz: Was Medikamente nicht heilen, heilt das Messer, und was das Messer nicht heilt, heilt das Feuer.

“Pandemiepolitik dient der Bewältigung eines temporären Notstands. Sie darf weder zum Muster der Gesundheits- noch der Sozialpolitik werden.”

Bei den Coronamassnahmen hat die Politik weltweit einen wahren generellen und ungezielten Feuersturm entfacht. Dabei ist viel Krankmachendes gestoppt, aber auch viel Gesundes mitverbrannt worden. Zudem, auch das sei eingestanden bzw. ergänzt: Medizinische Vergleiche sind manchmal hilfreich, aber wer meint, der Staat bzw. die Wirtschaft verhielten sich wie natürliche Organismen, übersieht, dass darin auch viel “Kultur” steckt, die man nicht durch Wiederherstellung eines Urzustandes “verbessern” kann.

Die Coronakrise war real, die Reaktionen weltweit wahrscheinlich eine Mischung von Adäquatem und Übertriebenem, und das muss jetzt kritisch und unvoreingenommen erforscht werden. Es geht nicht um die “Suche nach Schuldigen” und nach Sündenböcken. Die Analyse soll ohne Anklagen und ohne Aggressionen auf jene erfolgen, die vieles falsch gemacht haben, aber eben ohne das Wissen, über das man stets erst hinterher verfügt. Hätten denn die Kritiker auf Anhieb alles richtig beurteilt und perfekt reagiert? Es gilt jetzt, die richtigen Fragen zu stellen, die plausiblen Antworten zu finden, die besten Schlüsse zu ziehen und dann mit der notwendigen Mischung von Selbstbewusstsein und Demut zu kommunizieren. Es geht jetzt, frei nach dem Wort des Historikers Jacob Burckhardt, nicht darum, aus der Geschichte “klug für das nächste Mal”, sondern ein bisschen “weiser für immer” zu werden.

Zu stark zentralisiert

Was bedeutet dies jetzt konkret für das Gesundheitswesen der föderalistischen Schweiz nach der Pandemie? Es ist weder zu kantonal noch zu wenig zentralisiert, es ist zu staatlich und zu zentralstaatlich und zu zentral-obligatorisch, kurz: zu stark von Nachfrage, Angebot und Eigenverantwortung und Privatautonomie abgekoppelt.

Pandemienpolitik dient der Bewältigung eines temporären Notstands, und sie darf weder zum Muster der Gesundheits- noch der Sozialpolitik werden. Vor allem: Sie darf das Gesundheitswesen und die kantonale Gesundheitspolitik nicht noch enger mit nationaler Sozial- und Sozialversicherungspolitik verknüpfen. Diese ist nach dem Schock der Krise und des Zweiten Weltkriegs national zentralisiert worden, und es ist nur zu hoffen, dass sie jetzt nicht auch noch schrittweise europäisiert wird.

Jede Zentralisierung vergrössert nämlich die Distanz zwischen den echten, aber vielfältigen Nöten an der Basis. Gut gemeinte Umverteilung von Reichen zu Bedürftigen und die Solidarität zwischen vorwiegend Gesunden mit häufig Kranken verwandelt sich oft in ihr Gegenteil und wird zur Umverteilung zwischen Menschen mit einem vernünftigen Umgang mit Gesundheit und Krankheit (die nicht einkommensabhängig ist) mit Menschen, die zu einem Überkonsum an medizinischen Leistungen neigen (die es auch überall gibt). Sie werden angesichts des wachsenden Angebots von Leistungen, die andere finanzieren, kaum mehr gebremst. Jedes Gut und jede Leistung, die letztlich auf Kosten anderer in Anspruch genommen werden kann, neigt zur grenzenlosen Steigerung. Dass im aktuellen Gesundheitswesen – ungewollt – allseits auch vieles “von unten nach oben” umverteilt wird, ist noch zu wenig erforscht worden.

Grosse regionale Unterschiede

Dies steuert sehr vieles in die falsche Richtung: Kostenexplosion, Rationierung, drohender Qualitätszerfall. Tatsächlich gibt es im Gesundheits- und Krankheitsverhalten (inkl. der diesbezüglichen Versicherungsbereitschaft) zwischen Appenzell Innerrhoden und Basel-Stadt grosse Unterschiede, was ja bei den differenzierten Krankenkassenprämien ansatzweise berücksichtigt wird. Aber wahrscheinlich werden Basler und Genfer auch in der obligatorischen Krankenversicherung von Appenzellern und Thurgauern quersubventioniert. Warum also noch mehr zentralisieren? Ähnliches gilt auch bei schichtspezifischen Unterschieden.

Eine definitive nationale Zentralisierung des Gesundheitswesens ist ein Irrweg. Faire Vergleiche würden die Überlegenheit privatwirtschaftlicher Lösungen, aber auch deren Schwächen und Lücken zeigen, die dann subsidiär durch “massgeschneiderte” staatliche Auffangnetze möglichst nahe an der Basis korrigiert werden können.

Heute haben wir ein weitgehend verstaatlichtes System mit einigen privaten Ergänzungen und Schlupflöchern. Es ist qualitativ derzeit noch nicht schlecht, aber es unterliegt einer Kostenexplosion, die früher oder später einen radikalen Sanierungsbedarf auslöst. Gesundheit ist ein sehr hohes und vital wichtiges, aber auch ein individuell personenbezogenes Gut. Keine Gesellschaft kann auf die Dauer die finanzielle Sorge und Vorsorge um die Gesundheit vollständig vom Staat finanzieren lassen und die Individuen davon dispensieren.

Marktfeindliches Mantra

Die Wahrscheinlichkeit einer grundsätzlichen Reform steigt, wenn die systembedingt zunehmende Unbezahlbarkeit des Status quo – mit oder ohne Krisen – endlich wahrgenommen wird. Das müssten problembewusste und weitsichtige Sozialwissenschaftler und GesundheitsökonomInnen nachweisen, aber vorläufig vernimmt man dort mehrheitlich das populäre Mitte-links-Mantra: keine Märkte im Bereich Gesundheit und Bildung.

Zum Glück gibt es noch Unabhängige und Dissidenten, die den Mut haben, den Finger auf die wunden Punkte zu legen. Aber das diesbezügliche Krisenbewusstsein fehlt noch weitgehend. Für eine Rückkehr zur Vernunft ist der Staat in der Schweiz im Moment noch zu reich, und wir können uns wahrscheinlich auch nach Corona ein “Weiterwursteln” im Gesundheitswesen leisten, weil man die Krise durch Notrecht ins Gesamtsystem implantiert hat. Nachhaltig und generell gesundheitsfördernd ist dies nicht.

48 Die Arbeitswelt ist überreguliert

16.06.2023

Arbeit gegen Lohn wird nicht auf offenen Märkten individuell und frei ausgehandelt, sondern im Rahmen arbeits- und sozialversicherungsrechtlicher Normen. Das ist längst nicht nur ein Segen.

“Tätigkeit soll nicht in Arbeit ausarten”: Dieser Spruch zierte in einem verstaubten Rahmen das Büro meines Grossvaters. Die Unterscheidung war wohl damals nicht frei von einer Höherbewertung selbstbestimmter Berufstätigkeit gegenüber der oft abstumpfenden Lohnarbeit in den Fabriken des Industriezeitalters. Angesichts der Differenzierungen, die heute bei verschiedenen Kategorien der Arbeit gemacht werden, gewinnt die Unterscheidung von Arbeit gegen Lohn gegenüber Tätigkeiten mit anderen Formen ausgetauschter Kompensationen an Bedeutung.

Paradox ist, dass heute ausgerechnet die Kritiker des rein kapitalistischen Gelddenkens für jede erbrachte soziale, kulturelle und zwischenmenschliche Dienstleistung einen Lohn fordern, der vorzugsweise von staatlichen Institutio-

nen auf dem Weg der fiskalischen Umverteilung zu bezahlen wäre. Ist denn nur das, was mit Geld bezahlt wird, tatsächlich auch etwas wert? Werden Kapitalismuskritiker letztlich ungewollt zu Vorkämpfern des Staatskapitalismus? Muss wirklich jede menschliche Tätigkeit als "Schaden" am persönlichen Wohlbefinden und als Freizeitverlust mit Geld entschädigt werden oder gibt es auch Tätigkeiten, bei denen der Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage nicht über Lohnausweise und Zahlungen stattfindet? Arbeit ist Bestandteil der Menschenwürde, aber die Reduktion jeder menschlichen Tätigkeit auf ihren Tauschwert in Geld hat etwas Entwürdigendes.

Ob die Geschichte von der Vertreibung des Menschen aus dem Paradies, in dem es keinerlei Knappheit gibt, ein Fluch oder ein Segen sei, bleibt eine offene Frage. Sie ist der Ausgangspunkt der Menschheitsgeschichte, in der auf Herausforderungen immer wieder neue Antworten gesucht worden sind, in der Theologie, in der Philosophie, in den Natur- und Sozialwissenschaften und in der Politik aller Parteien. Nach der im Alten Testament überlieferten Schöpfungsgeschichte ist die Vertreibung aus dem Paradies der Fülle in eine Welt der Knappheit die Folge des Sündenfalls, der darin besteht, dass der Mensch sich die Fähigkeit anmassst, "zwischen Gut und Böse zu unterscheiden".

Der real existierende Korporatismus

Von einem durch Menschen bewirkten Paradies auf Erden, d. h. von der Aufhebung der Knappheit hat vor Karl Marx schon Heinrich Heine geträumt. Heute schwärmen auch die Anhänger künstlicher Intelligenz von einem Zeitalter, in der die Technologie die Menschen von der Last der Knappheitsüberwindung durch Arbeit weitgehend befreit und "die Gesellschaft", wer immer das auch sei, die Produktivität nach irgendeinem gerechten Schlüssel verteilt und umverteilt. Beide Zukunftsvorstellungen sind realitätsferne und anmassende Utopien.

"Wenn Marktwirtschaft institutionell behindert wird, versiegt die Innovations- und Lernbereitschaft, und in verkrusteten statistischen Strukturen breiten sich Mangelwirtschaft, Rationierung und Korruption aus."

Wirtschaft beruht auf dem Umgang mit vielfältigen und wechselnden Knappheiten, der Staat beruht auf der gleichmässigen Anwendung des Zwangsmonopols. Was "die Wirtschaft will" und was im Interesse aller an ihr Beteiligten und Betroffenen liegt, kann nicht objektiv ermittelt werden.

Der Korporatismus, das heisst das vertraglich verträgliche Zusammenwirken von Wirtschaft und Staat, ist weltweit Bestandteil der politischen Realität. Er beruht auf einem Deal zwischen organisierten Wirtschaftsvertretern und Bürokraten, wobei die jeweilige Vormacht schwer auszumachen ist. Im Staatskapitalismus ist es eindeutig das politische System, und es gibt Gründe zur Annahme, dass jeder Korporatismus zum Staatskapitalismus tendiert.

Ungünstige Effekte

Arbeit gegen Lohn wird heute mehrheitlich nicht mehr auf offenen Märkten individuell und frei ausgehandelt, sondern beruht auf allgemein verbindlichen arbeitsrechtlichen und sozialversicherungsrechtlichen Rahmenbedingungen, die kollektiv vereinbart sind. Die vorherrschende korporatistische Vernetzung von Staat und organisierter Wirtschaft begann schon im 19. Jahrhundert durch Kollektivverträge mit der institutionalisierten Zusammenarbeit von Arbeitgebervertretungen und gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern. Dieser Korporatismus hat zu Arbeitsverhältnissen geführt, die nicht mehr von einem freien Arbeitsmarkt, sondern von einem politisch abgesegneten Deal zwischen kollektiven Organisationen bestimmt wurden und werden.

Dass dieser Deal die Arbeitnehmenden vor allem in Zeiten der Arbeitslosigkeit vor Ausbeutung und Verarmung geschützt habe, ist das über die Parteigrenzen hinweg weit verbreitete, aber dennoch fragwürdige Narrativ. Tatsache ist vielmehr, dass sich diese Vernetzungen durch "Allgemeinverbindlicherklärung" staatlich erzwingbarer Kollektivverträge mittel- und langfristig immer wieder auch zuungunsten der Arbeitnehmenden ausgewirkt haben. Staatliche Mindest- und Tariflöhne führen zu mehr Arbeitslosigkeit bei denjenigen, die bereit wären, auch für weniger Lohn zu arbeiten, statt Arbeitslosengelder zu beziehen, und sie "deckeln" dafür auf dem Arbeitsmarkt die Löhne für diejenigen, die etwas zunehmend Knappes anbieten.

Das ist, neben dem weitgehend verstaatlichten Bildungswesen, die Hauptursache des heute vorherrschenden und bitter beklagten Fachkräftemangels. Wenn Marktwirtschaft institutionell behindert wird, versiegt die Innovations- und Lernbereitschaft, und in verkrusteten statistischen Strukturen breiten sich Mangelwirtschaft, Rationierung und Korruption aus.

Fachkräftemangel als Folge

Der heute beklagte und durch allerhand Fehlkonzepte bekämpfte Mangel ist eine Folge des weltweiten Korporatismus und Etatismus im Arbeits- und Bildungsbereich, der sich beileibe nicht regelmässig zugunsten der sozial Schwachen ausgewirkt hat. Er ist die Hauptursache der systembedingten Mangellagen und führt zu Zwangsmassnahmen, die in sehr vielen Fällen zulasten der Arbeitnehmer gehen. Korrekterweise müssten sie auf dem Arbeitsmarkt als Anbieter betrachtet werden, die in Mangellagen bei individuellen Lohnverhandlungen naturgemäss am längeren Hebelarm sitzen. Warum soll ausgerechnet auf Arbeitsmärkten das Prinzip nicht gelten, dass angesichts von Knappheiten der Lohn als "Preis der Arbeit" jenseits aller angeblichen "Tarifgerechtigkeit" steigt?

Leider gibt es nur wenige Ökonomen, die diese Zusammenhänge erforschen und adäquat beschreiben. Der Korporatismus mit seinen staatlich abgesegneten Dienst- und Besoldungsordnungen ist derart als "soziale Normalität" akzeptiert, dass kaum mehr jemand daran rütteln will, und alle Reformen innerhalb des real existierenden Sozialstaates nur "systemimmanent" als Milderung einer angeblich unabänderlichen Realität propagiert werden.

Generelle materielle und ideelle Fülle im Sinne eines "Alles für alle" wird es in einer begrenzten Welt nie geben. Die entscheidenden Knappheiten haben sich aber durch den Zivilisationsfortschritt verlagert und wirken in einer Dienstleistungsgesellschaft anders als in einer Agrargesellschaft und auch anders als in einer Industriegesellschaft, die – das sei zugegeben – noch nicht ganz überwunden ist. Das tagtägliche "auf demselben Fleck sitzen und stupide Tätigkeiten ausüben" beschreibt die Zukunft der Arbeitswelt zu pessimistisch. Die Chancen eines umfassenden Tätig-Werdens nehmen in einer Dienstleistungsgesellschaft zu, und die rein repetitive Arbeit wird zunehmend von Automaten erledigt werden.

Wirtschaft wird staatsähnlicher

Die von der organisierten Wirtschaft in einem "Deal" ausgeübten Zwänge sind vom Staat geborgt oder durch allseitigen Lobbyismus erschlichen. Die Wirtschaft wird durch das Andocken an der Staatsmacht selbst bürokratischer, strukturkonservativer, monopolistischer und machthungriger. Je weniger Staat und – vor allem – je weniger zwingend regulierenden Zentralstaat es gibt, desto grösser sind die Chancen einer für alle Beteiligten und Betroffenen zwangsarmen, wohlstandsfördernden Entwicklung aufgrund von spontanen Lernprozessen, die auf veränderte Knappheiten rasch reagieren.

Wer die Knappheit als Ausgangspunkt akzeptiert, braucht auch auf Arbeitsmärkten nicht auf das "Prinzip Hoffnung" zu verzichten, und wer die Unterscheidung zwischen selbstbestimmter Tätigkeit jenseits der reinen Erwerbsarbeit ernst nimmt, erst recht nicht. Offen bleibt die Option, nach einem stets unvollkommenen Glück zu streben, selbst im Wissen, dass Ideale nicht erreichbar sind. Im Lauf dieses Strebens gibt es so etwas wie kollektive Lernprozesse, die langsam sind und nie abgeschlossen werden. Sie sind auf Freiheit und Spontaneität und intrinsisch motivierte Mitmenschlichkeit angewiesen und werden durch zentralen Zwang, Hass und Neid gestört oder gar vereitelt.

49 Freiheit ist weder rechts noch links

29.08.2023

Die Polit-Etiketten "Rechts" und "Links" sind untauglich, folgerichtig "Mitte" ebenso. Wer liberal ist, will individuelle Freiheit, selbstbestimmte Kooperation und frei dosierte Solidarität.

Politik wird vor allem in Zeiten des Wahlkampfs nicht mehr als gemeinsam bewegliches Lösen gemeinsamer Probleme dargestellt, sondern als Kampf gegen die politischen Gegner, die man wahlweise als "rechts" oder "links" bezeichnet. Hierbei gilt "rechts" generell als "konservativ" und "links" als fortschrittlich. Das Feindbild "die Rechten" wird, nicht nur in Deutschland, immer noch mit Hitler in Verbindung gebracht, obwohl sich dieser stets als national-etatistisch und kollektivistisch denkender Sozialist bezeichnet hat, der gegen einen weltoffenen Liberalismus und eine freie Marktwirtschaft kämpfte.

Was man konkret bewahren oder wiederherstellen will und wohin denn munter weiter fortgeschritten werden soll, bedient in der gedruckten, grafischen und neuerdings auch musikalischen Propaganda herkömmliche Vorurteile und Feindbilder. Das seinem Wesen nach zutiefst konservative Ziel einer Bewahrung der Schöpfung durch politische Bekämpfung menschlicher Eingriffe in die Natur wird paradoxerweise zum Inbegriff fortschrittlich grünerer Interventionspolitik. Angesichts des Vormarschs des Interventionsstaates wäre das Unterscheidungsmerkmal eines konservativen Festhaltens an "mehr Staat" anstelle eines Fortschreitens zu "weniger Staat" ein sinnvolleres Unterscheidungsmerkmal.

"Der neue Mensch steht weder rechts noch links, er geht", so betitelte 1969 Herbert Meier sein Buch zum Zeitgeist der 68er. Der Titel wirft drei grundlegende Fragen auf. Gibt es den "neuen Menschen", der immer wieder

verkündet wird, und wohin geht er wirklich? Noch heikler ist die Frage, was denn “rechts” und “links” politisch, oder noch allgemeiner, weltanschaulich wirklich bedeutet.

Menschliche Ur-Hoffnung

Zunächst zum Bild vom “neuen Menschen”, der angeblich das Gehen, im Sinne des Fortschreitens, erfunden hat. Das gemeinsame Ziel eines “Auszugs aus der Knechtschaft der Fremdbestimmung” durch mächtige Herrscher gehört schon seit Jahrtausenden zur Menschheitsgeschichte. Gehen hat sehr häufig den Sinn des Weggehens, des Auszugs aus dem, was als Knechtschaft erlebt wird. Der Aufbruch zu neuen Ufern ist eine menschheitsgeschichtlich latente und immer wieder mehr oder weniger erfolgreich realisierte Hoffnung.

“Freiheit selbst ist kein Dogma. Sie setzt ihr Fragezeichen hinter alle Dogmen.”

Der Drang zur Freiheit und zu einem selbstbestimmten Leben ist keine politische Ideologie, die als “Liberalismus” im 17. Jahrhundert in England entstanden ist und dann auf Europa und in die USA exportiert wurde, im 19. Jahrhundert grosse Erfolge feierte, sich im 20. Jahrhundert durch Koalitionen mit Nationalisten einerseits und Sozialisten andererseits an der Macht beteiligte und schliesslich im 21. Jahrhundert als Sammelbecken einer kleinen Gruppe von freiheitsnostalgischen Aussenseitern endet.

Diese hier skizzierte ideengeschichtliche Einengung der Freiheitsidee durch eine Etikettierung als stets zeitgebundener -ismus ist ebenso polemisch wie die Zurückführung der Gemeinschaftsidee auf die Klassenkampfideologie des 19. Jahrhunderts.

Selbstbestimmt leben

Die Sehnsucht nach Freiheit im Sinne eines selbstbestimmten Zusammenlebens ist nicht die Errungenschaft von “neuen Menschen”, die sich blind fortschrittsgläubig dem Ausbau des Wohlfahrtsstaats verschreiben, der den Menschen jene Solidarität beibringt, die angeblich Gerechtigkeit und Frieden und nachhaltiges Wirtschaften ermöglicht. Der Frieden ist seit je dadurch gefährdet, dass sich Menschen mit unterschiedlichen Vorstellungen über Gerechtigkeit gegenseitig bekämpfen. Frieden entsteht auf der Basis eines Grundkonsenses, dass freie Menschen selbst über ihre Lebensgestaltung und ihre Bereitschaft zur Kooperation und zur Solidarität entscheiden dürfen. Das ist die universelle Freiheitsidee jenseits aller linken und rechten politischen -ismen, die sich mit derzeit populären Adjektiven schmücken.

Die Frage, wie dauerhaft staatsabhängig und staatsgläubig Herbert Meiers “neuer Mensch” ist und welchen Beitrag er zum tatsächlichen Fortschritt leistet, bleibt offen. Könnte es sein, dass auch im “neuen Menschen” eine menschheitsgeschichtlich uralte Sehnsucht nach einem Auszug aus der aktuellen Knechtschaft in ein besseres “Land der Freiheit” lebendig geblieben ist? Freiheit beginnt mit der Bereitschaft zu einem selbstbestimmten Leben, das gegen wandelbare Widerstände immer wieder neu erkämpft werden muss.

Die weltweit immer noch gebräuchliche Unterscheidung linker und rechter Politik geht auf die Sitzordnung in der Französischen Nationalversammlung nach der Revolution zurück: Links sassen die Anhänger der neuen Ordnung, aus heutiger Sicht sowohl Liberale als auch Sozialisten, denn beide Parteien wurzeln im Gedankengut der Aufklärung und der Französischen Revolution. Sie waren Befürworter des in der Revolution erkämpften Fortschritts zu mehr Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, drei Ziele, die nie gleichzeitig vollumfänglich zu verwirklichen sind und schon damals den Keim der politischen Flügelbildung in sich trugen.

Rechts sassen die Anhänger des Feudalismus, die von einer – mindestens teilweisen – Wiederherstellung und Reform der ständischen Ordnung träumten. Dies legt bis heute die Auslegung “links gleich fortschrittlich und veränderungswillig”, “rechts gleich beharrend und rückwärtsgewandt” nahe, und so wird die Terminologie im ideologisch-politischen Diskurs bis heute verwendet und missbraucht.

“Freiheit” im Wahlkampf zu abstrakt

Die beiden Richtungen “rechts” und “links” haben im 20. Jahrhundert eine zusätzliche Bedeutung erlangt. Die “Rechtsparteien” waren für eine starke Nation, die Sozialisten für eine internationale Ordnung nach ihren Vorstellungen, die die Nationalstaaten ersetzen sollte, aber erst nach einer Zwischenphase, in der sozialistische Regime die staatlich veranstaltete Umerziehung zum solidarischen Menschen geschafft hätten. So kämpften im 20. Jahrhundert dogmatische Nationalisten und Sozialisten in vielen Ländern aus gegensätzlichen Motiven für “mehr Staat”. Die Liberalen stehen seit dem 20. Jahrhundert zwischen zwei Fronten: Sie müssen beurteilen, ob der nationalistische oder der sozialdemokratische Etatismus näher an ihrem Ideal einer rechtsstaatlich beschränkten, möglichst regionalen Politik und einer internationalen Ordnung des Freihandels sei.

Die Suche nach einem mehrheitsfähigen Programm, das sowohl den Rechtspopulismus als auch den Linkspopulismus verwirft und einen eigenen Weg definiert, ist äusserst anspruchsvoll. Freiheit ist als generelles Postulat zwar beliebt, aber in Wahlkämpfen zu abstrakt. Die Aufforderung zu mehr Freiheit und Selbstverantwortung und weniger staatlicher Bevormundung muss sich in einem Umfeld behaupten, in dem konkurrierende Parteien ihren Anhängern Entlastungen und Interventionen zu ihren Gunsten versprechen und gleichzeitig den Liberalismus als veraltete Position ehemals Privilegierter darstellen.

Schema wird nicht verschwinden

Liberaler sind im Strom des allgemeinen Staatswachstums zur Minderheit geworden. Sie haben aber ihre Oppositionsrolle gegen "Mehr Staat" noch nicht gefunden, weil sie sich mit guten Gründen von Opponenten, die ihrerseits "noch mehr Staat" fordern, abgrenzen wollen. Freiheit selbst ist kein Dogma. Sie setzt ihr Fragezeichen hinter alle Dogmen.

Kurz: Rechts und links sind untauglich und missverständlich und die Mitte zwischen zwei schlecht definierten Polen gibt es nicht. Trotzdem wird das Links-Rechts-Schema nicht verschwinden, denn gerade seine schwammige Mehrdeutigkeit erleichtert die Diffamierung des jeweiligen Gegners im Machtkampf um Mehrheiten.

Herbert Meiers Buchtitel könnte aus strikt liberaler Sicht wie folgt neu formuliert werden: Der liberale Mensch steht weder "rechts" noch "links" und auch nicht in der Mitte. Er bewegt sich hin zu mehr individueller Freiheit, selbstbestimmter Kooperation und zu frei dosierter Solidarität. Der Kampf der Freiheitsfreunde beruht nicht auf einem Angriff auf Andersdenkende und Andersfühlende, sondern auf einer konsequenten Rundumverteidigung gegenüber allen, die ihre Macht zur Fremdbestimmung anderer missbrauchen und auf einer konsequenten Nutzung und unternehmerischen Erweiterung vorhandener Freiräume.

50 Besteuerung ohne Schranken

25.10.2023

Staatsgeschichte ist stets auch Steuergeschichte: des permanenten Versuchs der einen, zusätzliche Steuern zu erheben, und der anderen, sich dagegen zu wehren. Die Grenzen des Staatswachstums zeichnen sich nun jedoch ab.

Steuern werden auch in der Schweiz generell als Last empfunden, aber Forderungen nach pauschalen oder gezielten Steuersenkungen haben nicht einmal in Wahljahren hohe Priorität. Im Ausland gilt die Schweiz vielerorts immer noch als Steuerparadies, obwohl der Durchschnittshaushalt inzwischen auch schon 40% seiner Einkünfte als Zwangsabgaben dem Staat abliefern muss, Tendenz steigend. Diese Zwangsabgaben stehen aber nicht einfach auf der Steuerrechnung, sie sind zum Teil in die Preise des täglichen Konsums integriert und werden lediglich bei der Einführung überhaupt noch zum politischen Thema. Wer eigentlich bei juristischen Personen tatsächlich besteuert wird, ist schwer zu entschlüsseln. Sie können im politischen Prozess nicht mitbestimmen. Mindestens ein Teil dieser Lasten landet auch wieder bei den Konsumenten.

Schon kurze Zeit nach ihrer Einführung werden Steuern zum Bestandteil der Normalität. Lediglich steigende Treibstoff- und Energiepreise sowie immer höhere obligatorische Krankenkassenprämien schaffen es an die Spitze der Liste der politischen Sorgen. Eine höhere steuerfinanzierte Subventionierung des Gesundheitswesens wird sogar als Ausweg aus der kontinuierlichen Kostensteigerung empfohlen, und hohe Energiepreise gelten als willkommener Beitrag zur Klimarettung.

Vom deutschen Finanzminister Franz Etzel (1902–1970) stammt die bemerkenswerte Feststellung, der Staat sei keine Kuh, die im Himmel gefüttert und auf Erden gemolken werden könne. Dieser Himmel, in dem angeblich gefüttert wird, hängt oft voller Wolken, und hinter diesen Wolken spielen sich die steuerpolitischen Spielchen ab, die der italienische Finanzwissenschaftler Amilcare Puviani (1854–1897) in seinem Werk "Teoria della illusione finanziaria" satirisch und zutreffend beschrieben hat. Er gab den Regierungen der Welt folgende Ratschläge, wie man aus der Bevölkerung möglichst viel Geld herauspressen könne.

Die klassischen Tricks

Erstens: besser indirekte als direkte Steuern, um sie im Warenpreis verbergen zu können. Zweitens: Kreditfinanzierung der Staatsausgaben, um künftige Generationen (und nicht die jetzige) zu besteuern. Drittens: Förderung der Inflation, um Staatsschulden zu entwerten. Viertens: Besteuerung von Luxusgütern und Schenkungen, da dies nur eine Minderheit trifft. Fünftens: Etabliere "befristete Steuern" in einer Ausnahmesituation und lasse sie bestehen. Sechstens: Nutze soziale Konflikte zur Besteuerung unpopulärer Gruppen, wie z.B. Reicher. Siebtens: Drohe mit der Verweigerung von Leistungen und sozialem Zusammenbruch bei Steuerminderung. Achstens: Zerlege die

Steuern über das Jahr in Raten. Neuntens: Verschweige die tatsächliche Höhe der Belastung. Zehntens: Führe die Haushaltsberatungen im Parlament so, dass sie unverständlich bleiben. Elftens: Verstecke Ausgabepositionen im Haushaltsplan hinter Allgemeinbegriffen. Diese zynischen steuer- und finanzpolitischen Rezepte sind leider immer noch aktuell, und sie werden weltweit ziemlich schamlos praktiziert.

“Die <Peitsche> einer neuen Abgabe wird verbunden mit dem <Zuckerbrot> von Erleichterungen und Wohltaten aller Art.”

Die allgemeine Steuerpflicht hat zwei historische Wurzeln. Steuern wurden von den siegreichen Eroberern eines Territoriums als Tribut zwangsweise erhoben, angeblich zur Verteidigung gegen aussen, effektiv zur Stabilisierung der Herrschaft der aggressiven Eroberer gegenüber den wehrlosen Eroberten. Aus dieser Sicht sind sie tatsächlich illegitim und ein Instrument der Herrschaft.

Es gibt aber auch die historische Entstehung der Steuern aus dem genossenschaftlichen Gemeinwerk. Ursprünglich waren auch freie Gemeinschaften darauf angewiesen, dass gewisse Arbeiten im Dienste aller durch Gemeinwerk abgegolten wurden, man denke an Bewässerungssysteme sowie den Bau und den Unterhalt von gemeinsam genutzten Infrastrukturen und die gemeinsame Sicherheitsproduktion – etwa durch einen Sheriff oder durch eine Bürgerwehr. Wer dies nicht durch persönliche Leistung erbringen konnte oder wollte, konnte eine Ersatzabgabe als Clubbeitrag leisten. Das ist die, auch aus freiheitlicher Sicht, akzeptable Begründung von obligatorischen Abgaben an das Gemeinwesen. Dauertraktandum Steuerreform

Je lokaler sie erhoben werden, desto kontrollierbarer sind der Einsatz und die Höhe und desto leichter das Auswandern in eine steuerlich günstigere Gebietskörperschaft. Es gilt der Grundsatz “keine kollektive Besteuerung ohne kollektive Zustimmung”. In Kombination mit einem Steuerwettbewerb verhindert er das kontinuierliche Wachstum öffentlicher Zwangsabgaben, und dies ist der Hauptgrund, warum der Steuerwettbewerb bei zentralen Regierungen derart unbeliebt ist.

Neue Steuern und Zwangsabgaben sind immer ein Stein des Anstosses, und trotzdem wäre es verhängnisvoll, würde man den real existierenden Abgabemix als gegeben hinnehmen. Die Suche nach neuen Staatseinnahmen und die Bemühungen um kontinuierlich fließende, wenn möglich zunehmende Geldquellen sind so alt wie der Staat selbst und wie der Widerstand dagegen.

“Steuerreform” ist in jedem politischen System ein Dauertraktandum. Während sich im demokratischen Steuerstaat Steuergegner mit Zähnen und Klauen gegen jede neue Steuer und Abgabe und gegen jede Steuererhöhung wehren und die generelle Steuersenkung auf ihr Banner schreiben, versuchen Steuerbefürworter mit dem Appell an die Vernunft, an die Solidarität oder an den Gemeinsinn Mehrheiten zu überzeugen.

Staatsmacht einhegen

Solche Appelle sind aber wirkungslos, wenn die “Peitsche” der neuen Abgabe nicht verbunden wird mit dem “Zuckerbrot” von Erleichterungen und Wohltaten aller Art, die aufgrund der neuen Einnahmen oder des prognostizierten Lenkungseffekts versprochen werden.

Selbst ein unbegrenzter Staat hat stets nur begrenzte finanzielle Mittel. Warum? Er kann die Steuerschraube anziehen bis an den Punkt, an dem höhere Steuern einen kleineren Steuerertrag bewirken. Dieser Punkt ist schon im Mittelalter vom arabischen Ökonomen Ibn Khaldun beschrieben worden. Der Staat kann sich auch verschulden bis an den Punkt, wo die Bedienung der Schulden nur noch durch weitere Verschuldung möglich ist. Der Staat kann sodann sein Geld, in dem er verschuldet ist, durch Inflation entwerten, bis die eigene Währung im Keller ist und der Sparwille, der Leistungswille und die Konsumbereitschaft zusammenbrechen. Der Staat kann den Boden, die Gebäude und seine natürlichen Ressourcen verstaatlichen und bekommt dafür nur den jeweils aktuellen Marktpreis für Ertrag und Verkauf. Der Staat kann letztlich sein Humankapital an mobilisierbarer Arbeitskraft verstaatlichen und löst dabei nur das, was die Menschen zu leisten bereit sind, und ihre Leistungsbereitschaft sinkt in dem Ausmass, als sich Leistung für ein Individuum nicht mehr lohnt und der Leistungszwang an der Verweigerungsgrenze scheitert. Dann hat der Staat aussenpolitisch auch noch die Möglichkeit, sich durch Bündnisse, militärische Aggression oder Erpressung an der Produktivität anderer Staaten zu bereichern, aber Trittbrettfahrertum, Aggression und Kolonisierung sind teuer und auf längere Sicht, wie die Geschichte zeigt, defizitär. Das sind die Grenzen des Staatswachstums und der Staatsmacht, die gleichzeitig auch eine Schranke der Besteuerung bewirken.

Diese Grenzen sind noch nicht erreicht, aber eine Minderheit geschichtsbewusster weitblickender Menschen sieht sie auf dem Radar. Eine vom Staat abhängige Gruppe von Menschen versucht durch populäre Behauptungen, diese Einsichten zu leugnen, und eine Mehrheit von Staatsabhängigen ist vorerst bereit, ihnen Glauben zu schenken. Darum sind das wichtigste politische Ziel die Begrenzung der Staatsmacht und die Etablierung einer Ordnung, in der die Benützer das, was sie nutzen, selbst bezahlen und bereit sind, den Bedürftigen ohne Umweg über den Staat dabei zu helfen.

Fataler Gewöhnungseffekt

Die grösseren Nationalstaaten, die immer wieder behaupteten, ihr Hauptzweck sei der Friede, waren doch stets in zweierlei Hinsicht auf Kriege angewiesen. Einerseits zur Existenzsicherung des an sich unproduktiven Staatsapparats, der die Steuern als Einnahmenquelle braucht und darum als notwendige Sicherheitsprämie begründet, andererseits zur permanenten Erweiterung des Kreises der besteuerten Personen und Transaktionen durch Eroberung zusätzlicher Territorien. Wenn Krieg herrscht, wird der Staat unter dem Eindruck der totalen Bedrohung zur Schicksalsgemeinschaft, und in dieser Situation gibt es offenbar Gründe, ihn durch zusätzliche Abgaben vor dem Untergang zu retten.

Das ist die Schattenseite der Steuergeschichte vieler Nationalstaaten: Neue Steuern wurden immer aus der momentanen Not eines Engpasses begründet, und wenn die Not vorbei war, hatte man sich so daran gewöhnt, dass die Abschaffung nicht mehr infrage kam. Mit dem Zusammenbruch grosser Reiche wird allerdings auch das Netz der Steuereintreiber unterbrochen.

Steuergeschichte ist ein permanenter Versuch der mächtigen, zunehmend Unproduktiven, von den mehr oder weniger ohnmächtigen Produktiven Steuern einzutreiben, ein Versuch, zusätzliche Steuern zu erheben, einerseits, und ein Versuch, sich wirksam dagegen zu wehren, andererseits. Die Geschichte der Staatenwelt ist zwar nicht nur, aber doch in hohem Ausmass eine Geschichte der kollektiven Besteuerung und des individuellen Steuerwiderstands.

51 Vom Wirrkopf zum Hoffnungsträger

08.02.2024

Die Rede von Javier Milei am Wef in Davos wird in die Geschichte eingehen. Seine Radikalkritik am Sozialismus entlarvt den weltweit wachsenden etatistischen Mainstream.

In Argentinien wurde im Herbst Javier Milei, ein bisher politisch unbekannter, akademisch geschulter promarktwirtschaftlicher Ökonom, von einer heterogenen Wählerschaft überraschend zum Präsidenten gewählt. Man hat die Wahl weltweit als Verzweiflungsakt einer politikverdrossenen Nation gedeutet, die nach mehreren Staatskonkursen keine internationale Glaubwürdigkeit mehr zu verlieren hatte.

Milei wurde in den Medien als ultrarechter anarcho-kapitalistischer Wirrkopf bezeichnet. Ein weiterer Beleg dafür, wie untauglich das Links-rechts-Schema ist, wenn es um die Abgrenzung totalitärer und nichttotalitärer Herrschaftssysteme geht. Adolf Hitler, Inbegriff eines "rechts" verorteten Politikers, war in erster Linie Kollektivist und Etatist und hasste individuelle Freiheit und freie Märkte. Er war kein Antisozialist, sondern verkörperte eine nationalistische und rassistische, besonders verwerfliche Spielart des Sozialismus.

Populisten wie Juan Perón, der nach dem Zweiten Weltkrieg in Argentinien an die Macht kam, waren zunächst Etatisten und im ursprünglichen Sinn "National-Sozialisten", mit Betonung auf Letzterem. Dass man eine Politik, die im Gegensatz dazu Marktwirtschaft und Kapitalismus fordert, im selben "rechten Lager" ansiedelt wie den korporatistischen Faschismus, zeigt die offensichtlichen Schwächen des auch bei vielen Medienschaffenden immer noch fest verankerten Schemas. Es ist eine Frage der Zeit, bis man den überzeugten Antietatisten zum Klassenfeind der Armen und Ausgebeuteten erklärt.

"Sein bewusst plakativ formuliertes antisozialistisches Manifest richtet sich nicht nur an Sozialisten im engeren Sinn."

Milei hatte am Wef in Davos einen viel beachteten Auftritt, bei dem er die Veranstalter nicht mit Kritik verschonte. Die Grossveranstaltung muss zwar durch Armeeeingehörige gegen Demonstranten aus dem Lager der Antikapitalisten abgeschirmt werden. Aber der Gastreferent bezweifelte, dass das Wef tatsächlich das Bollwerk des freien Unternehmertums, der weltoffenen Märkte und des Kapitalismus sei. Er charakterisierte es vielmehr als ein Treffen, bei dem sich politische und wirtschaftliche Eliten die Hand reichen zu einem für beide Seiten vorteilhaften Kompromiss, bei dem die Politik immer mehr dominiert.

Dass die Organisatoren einen libertären Antietatisten reden liessen, ehrt sie. Wahrscheinlich war der Auftritt des originellen Querkopfs als "Farbtupfer" im Programm eingeplant. Kaum jemand hat vorausgesehen, dass der Gast, wirksamer als eine Gruppe von Demonstrationstouristen, Anstoss zu einer Radikalkritik an einer Veranstaltung übt, die Politik und Wirtschaft immer enger und zentraler global vernetzen will.

Die Rede wird in die Geschichte eingehen, wie auch immer das künftige Schicksal des neu gewählten Präsidenten aussehen wird. Seine Radikalkritik am Sozialismus und am semisozialistischen und korporatistischen Ökointerventionismus ist – unabhängig von seinem Erfolg oder Misserfolg als Präsident – ein Zeichen der Hoffnung. Er hat den weltweit zunehmenden etatistisch-planwirtschaftlichen Mainstream entlarvt. Elon Musk hat die Rede wiederholt auf X (vormals Twitter) publiziert und ihr auch in den USA grosse Beachtung verschafft.

Antietatistisches Manifest

Milei demaskiert in seiner Rede zunächst den Begriff der “sozialen Gerechtigkeit”, da sie durch Zwangsabgaben finanziert werde. Durch Umverteilung mache der Staat die Bevölkerung effektiv ärmer, denn staatlich verteiltes Geld vermindere den Anreiz, selbst produktiv zu sein. Ökonomische Wachstumsanreize machten hingegen den Wohlstandskuchen für alle grösser, weil sie – ohne Staatsintervention – produktive Leistungen belohnten. Sozialismus sei wegen seiner Unfähigkeit, Produktivität zu erhalten und zu steigern, stets und überall gescheitert, und zwar ökonomisch, gesellschaftlich und kulturell.

Aber auch die neoklassischen Theorien nahm er ins Visier, weil sie von der These des Marktversagens ausgehen. Was effektiv versage, sei just diese Grundannahme. Sie missachte den spontan produktiven Automatismus der sozialen Kooperation durch freiwillige Übereinkunft.

Die Sozialisten hätten realisiert, dass die Arbeiterschaft im Kapitalismus nicht verelende, sondern relativ reicher werde. Deshalb hätten sie die Ideologie des Klassenkampfes durch eine Ideologie des Geschlechterkampfes ersetzt und durch den gemeinsamen Kampf aller Menschen für die Rettung der Umwelt und gegen das Bevölkerungswachstum.

Auch seine Gastgeber am Wef sieht Milei als Opfer des neomarxistischen Gedankenguts, das in einem länger dauernden Prozess in den Medien, in den Universitäten und auch in den internationalen Organisationen immer mehr zum Mainstream werde. Sein bewusst plakativ formuliertes antisozialistisches Manifest ist nicht nur an Sozialisten im engeren Sinn adressiert. Es richtet sich auch an Sozialdemokraten, Christdemokraten, Kommunisten, Keynesianer, Nazis, Nationalisten und Globalisten, die alle vereint seien im Glauben an Regulierungen und Staatsingriffe.

Auf der anderen, produktiven Seite stehen für ihn lediglich die Unternehmer aller Länder, die er nicht ohne Pathos als die wahren Helden der Gesellschaft bezeichnet, weil sie gleichzeitig Gewinn machen und die Bedürfnisse anderer befriedigen. Sie sollten sich nie beim Staat anbiedern, nicht einmal am Wef. Wörtlich kommt er zum Schluss: “Der Staat ist nicht die Lösung, er ist das Problem. Der Staat gefährdet die Freiheit.”

In einem neuen Kulturkampf

Milei steht an der Schwelle eines Kulturkampfes, bei dem es um eine neue Mentalität, um einen säkularen Gesinnungswandel geht. Auf der Gegenseite sieht er diejenigen, die sich als “links” bezeichnen und an die Zentralmacht des Staates als Motor des technischen und des sozialen Fortschritts glauben und vereint gegen das kapitalistische Gewinnstreben ankämpfen. Er erwähnt ausdrücklich Egalitaristen, Genderisten, Feministen, Relativisten, Nihilisten, Zentralisten und Atheisten, die alles bekämpfen, was eine kapitalistische Gesellschaft auf die Dauer zum Blühen bringt: Privateigentum, natürliche Hierarchien, Familie, Traditionen und christliche Nächstenliebe.

Kann ein radikaler Staatskritiker, der wenig von Politik hält, an der Spitze eines maroden Staates dieses fundamentale kulturkämpferische Umdenken bewirken, das den Sturzbauch eines Wirtschaftswunders auslöst? Nach einem Bonmot aus dem ehemaligen Ostblock ist es leicht, ein lebendiges Aquarium in eine tote Fischsuppe zu verwandeln. Der umgekehrte Vorgang, die Rückkehr zur lebendigen Vielfalt, ist wesentlich anspruchsvoller und verlangt in Demokratien eine Geduld, die betroffene und beteiligte Mehrheiten oft überfordert.

Den politökonomischen Schlüssel zu einer raschen und reibungslosen Transformation vom unproduktiven Etatismus zum produktiven Markt hat auch Milei noch nicht gefunden. Dass die Kettensäge allein nicht ausreicht, hat er wohl eingesehen, und es gibt Anzeichen dafür, dass er sich auf schrittweise Reformen einlässt und Kompromisse nicht ausschliesst. Er selbst gibt sich die Zeitspanne einer ganzen Generation. Ob er als Pionier und Hoffnungsträger an der Spitze bleibt oder als Märtyrer in einem längerfristigen Kulturkampf zunächst weggeputscht wird und auf mutige Nachfolger hoffen muss, bleibt offen.

Milei zeigt den Horizont einer Auseinandersetzung, die sich nicht zwischen “rechten Konservativen” und “linken Fortschrittskämpfern” abspielt, sondern zwischen dem Prinzip des spontanen horizontalen Austauschs unter Menschen und Menschengruppen einerseits und des vertikal organisierten Zwangs von Machträgern in politischen Zentren andererseits. Nicht “rechts gegen links”, sondern hin zur produktiven Verbindung von Kopf, Herz und Hand.

52 Nationalismus und Sozialismus als kollektivistische Brüder

27.05.2024

Es gibt rechten und linken Etatismus. Wer frei werden und bleiben will, muss sich an beiden Fronten verteidigen und sich beharrlich gegen beide Tendenzen wehren.

Die beiden derzeit weltweit konkurrierenden politischen Ideologien, von denen die erste “rechts” und die zweite

“links” genannt wird, haben eine entscheidende Gemeinsamkeit, die von Anhängern des Links-rechts-Schemas übersehen oder verdrängt wird.

Beide Lager stützen sich auf das Kollektiv und stellen sich gegen den Individualismus, der weder gemeinsam solidarische, nationale Stärke und Grösse noch gemeinsame Solidarität Unterdrückter, Ausgebeuteter und Diskriminierter auf die Fahnen schreibt, sondern persönliche Freiheit, Privatautonomie, Privateigentum und globalen Freihandel.

Was die Auseinandersetzung zwischen links oder rechts etikettierter Politik zusätzlich erschwert, sind folgende Tatsachen, die bisher historisch, wissenschaftlich und politisch noch zu wenig sorgfältig analysiert worden sind, weil sie weder nach dialektischem Schema erklärt werden können noch in das beliebte moralisierende Weltbild passen, nach dem die Politik ein Kampf der “guten Eigenen” gegen die “bösen Anderen” ist.

“Nationalistische Rechtspolitiker brauchen sozialstaatliche Umverteilungspolitik, um populär zu bleiben.”

Der an ein Kollektiv appellierende Nationalismus propagiert das Ideal der nationalen Einheit und optiert dafür meist für die staatliche Umverteilung zugunsten von Benachteiligten und Bedürftigen und befürwortet demzufolge einen “starken und zentralen Staat” mit viel finanziellen Ressourcen. Dadurch soll die Popularität des Nationalismus auf eine breite Konsensbasis gestellt werden. Die Regierung will sich innerhalb der Nation als “starke Hand” und als “Retter in der Not” profilieren und möglichst viele Staatsabhängige auf die eigene Seite bringen.

Dazu braucht es stets auch Feinde von aussen und “innere Feinde”, welche die Nation als Ganzes bedrohen. Darum tendiert jeder Nationalismus, ob er es zugibt oder nicht, zu einem internen Umverteilungssozialismus und zu “mehr Staat”. Nationalistische Rechtspolitiker brauchen gezielte sozialstaatliche Umverteilungspolitik, um populär zu bleiben.

Antiliberaler Kollektivismus

Jeder Nationalismus tendiert daher zum nationaldemokratischen Sozialismus. Der historisch belastete Begriff Nationalsozialismus, der ja mit Rassismus und totalitärem aggressivem Imperialismus verknüpft war, wird hier bewusst vermieden, obwohl der deutsche Nationalsozialismus einen antiliberalen nationalen Kollektivismus propagierte.

Und wie steht es mit der “linken” Gegenseite? Sozialismus ist eine soziale Befreiungsideologie, die nationale Grenzen ablehnt und von einer weltweiten Gemeinschaft ökonomisch Geknechteter und sozial Diskriminierter ausgeht, die es im politischen Klassenkampf kombiniert mit einer staatlich gelenkten Umerziehung politisch zu befreien und ökonomisch zu emanzipieren gilt.

Dazu braucht es zunächst internationale Solidarität (“Völker, hört die Signale!”) und eine gemeinsame Opferbereitschaft, um die “Durststrecke” zwischen der Knechtschaft von ausgebeuteten Mehrheiten und diskriminierten Minderheiten und der angestrebten und verheissenen Freiheit aller durchzustehen. Sozialismus beruht auf dem Versprechen, dass es nach einer schwierigen kämpferischen Zwischenzeit letztlich in einer friedlicheren Welt allen viel besser gehen werde.

Abstrakte Solidarität

Der Sozialismus ist jedoch mit der anthropologisch verwurzelten Tatsache konfrontiert, dass eine “Solidarität aller mit allen” eine sehr abstrakte und letzten Endes theoretisch bleibende Forderung ist, für die sich Mehrheiten nicht dauerhaft begeistern lassen. Solidarität ist ihrem Wesen nach immer Gruppensolidarität und braucht ein Feindbild. Menschen sind bereit, mit Menschen, denen sie sich nahe und verwandt fühlen, zu kooperieren und zu teilen, dies – wenigstens temporär – auch zu eigenen Ungunsten.

Und wer ist denn das Kollektiv, für das man auch bereit ist, persönliche Opfer zu bringen, um es in Zukunft gemeinsam besser zu haben? Das sind zunächst Menschen, welche die gleiche Gesinnung haben, meist dieselbe Sprache sprechen und durch geschichtliche Ereignisse miteinander verbunden sind, mit anderen Worten: die “nationalen Genossen”: “Wir, die Russen”, oder “wir, die Chinesen” oder “wir, die Kubaner”.

Das Motto lautet: “Solidarität ja, aber zunächst einmal mit Menschen, die mir näherstehen als die abstrakte Menschheit oder die kontinentale Gemeinschaft”. Man will zunächst mit möglichst Ähnlichen oder als ähnlich Empfundenen solidarisch sein, die mindestens dieselben traditionellen Feinde haben. Darauf beruht die inhärente Tendenz jedes Sozialismus zur zunächst einmal nationalen Solidarität.

“Freiheit ist und bleibt ein Urbedürfnis, das nie definitiv unterdrückt werden kann.”

Wie jeder Nationalismus im eigenen Interesse und zur Erhaltung und Mehrung der innenpolitischen Popularität zum nationaldemokratischen Sozialismus tendiert, tendiert jeder Sozialismus aus denselben Gründen zum sozialdemokratischen Nationalismus. Zuletzt soll die Welt nicht “am sozialistischen Wesen genesen”, sondern an der russischen oder chinesischen Überlegenheit.

Nationalismus und Sozialismus sind zwei ursprünglich gegensätzliche Ideologien, die beide ideologisch im 19. Jahrhundert wurzeln und auf politischen Systemen beruhen, die in Massendemokratien Mehrheiten existenziell vom Staat abhängig machen und kulturell und pädagogisch zu einem gefügigen Kollektiv formen. Beide fordern im Hinblick auf ihre Ziele mehr staatliche Zwangsgewalt zur Förderung einer Ordnung, die ihren Zielen entspricht.

Ausserhalb des Rechts-links-Schemas

Das grosse Paradox der Marxisten-Leninisten ist und bleibt die Abschaffung bzw. Überwindung des Staates durch eine historisch-dialektische Zwischenphase der totalitären Verstaatlichung. Es ist tatsächlich schwer verständlich, dass eine sehr grosse Zahl von Intellektuellen und Sozialwissenschaftlern aller Fakultäten an diese höchst unwahrscheinliche Entwicklungsprognose durch einen “dialektischen Sprung” geglaubt haben und zum Teil immer noch glauben: Abschaffung des Staates als Resultat seiner temporären Totalisierung.

Politik wird heute weltweit massenmedial und elektronisch vernetzt als ein Kampf der “Guten” gegen die “Bösen” inszeniert, und da ist man beider- und allseits auf Feindbilder angewiesen.

Wer engagiert sich in diesem Netzwerk generell und wirksam für Freiheit und frei gewählte offene Gemeinschaften? Auf der Strecke, und ausserhalb dieses Links-rechts-Schemas, bleibt dabei eine Grundhaltung, die persönliche Freiheit, Privatautonomie, Privateigentum und Freihandel ins Zentrum stellt und den Staat mit seinem Zwangsmonopol höchstens als notwendiges Übel und mit möglichst wenig zentralen Kompetenzen anerkennen will: der Liberalismus. Seine Ideale sind zurzeit aus den oben erwähnten Gründen weit von der politischen Realität entfernt.

Wider dem Totalitarismus

Freiheit ist ein nie vollkommen erreichbares Ziel, das man bei der gemeinsam beweglichen Lösung gemeinsamer Probleme und bei der gemeinsamen Abwehr aller Totalitarismen nie aus den Augen verlieren sollte. Sie ist und bleibt aber ein Urbedürfnis, das nie definitiv unterdrückt werden kann und in einer elektronisch vielfältig vernetzten Welt auch nicht wirksam auszurotten ist.

Freunde der Freiheit stehen weder “rechts” noch “links”, sie bewegen sich in Richtung jener Freiheit, die politisch weltweit von immer sozialistischeren Nationalisten und von immer nationalistischeren Sozialisten bekämpft wird. Wer frei werden und bleiben will, muss sich an beiden Fronten verteidigen und sich beharrlich gegen beide Tendenzen wehren: mehr Freiheit, weniger rechten und linken Etatismus.

53 Erzwungene Umverteilung ist nicht nachhaltig

18.09.2024

Die staatliche Daseinsvorsorge ist fundamental falsch aufgebaut, ihr Versagen ist absehbar. Der Ausweg ist klar, doch wird er wohl erst beschritten, wenn es noch schlimmer gekommen ist.

Der im 20. Jahrhundert unter dem Druck von Kriegen und Krisen entstandene umverteilende Daseinsvorsorgestaat ist im 21. Jahrhundert kontinuierlich ausgebaut worden. Es zeigt sich aber jetzt weltweit, dass diese Umverteilungssysteme angesichts sinkender Geburtenraten und alternder Bevölkerungen auf die Dauer nicht finanzierbar sind. Auch Masseneinwanderung löst das Problem nicht nachhaltig. Staatliche Geburtenförderung hat ihr Ziel nirgends erreicht, nicht einmal im totalitären China, wo man versucht, die für die Zukunft von Wirtschaft und Gesellschaft katastrophale Überalterung – eine Folge der jahrzehntelangen kommunistischen Einkindpolitik – zu überwinden.

Die staatlich erzwungene und ermöglichte Altersvorsorge, die nicht auf Familien mit eigenen Kindern und Enkeln basiert, ist weltweit wohl einer der Hauptgründe für den Geburtenrückgang. Wenn die Reproduktion nicht im längerfristigen Eigeninteresse im Hinblick auf eine familieninterne Unterstützung im Alter liegt, versagt jeder staatliche Zwang. Das gegenüber dem Ökosystem zu Recht propagierte Prinzip der Nachhaltigkeit wird ausgerechnet gegenüber dem intergenerationell umverteilenden Sozialstaat politisch nicht thematisiert. Gibt es einen Ausstieg aus dieser Schuldenfalle im Daseinsvorsorgestaat?

Utopischer Weg

Aus strikt liberaler Sicht wäre das politische Ziel klar: Ein Rückzug aus etatistischen Fehlstrukturen und ein Aufbruch zu einer spontanen Ordnung, in der Güter und Dienstleistungen in der Gegenwart nach dem Knappheits- und Leistungsprinzip erwirtschaftet und verteilt werden. Ein freier Arbeitsmarkt und ein gesundgeschrumpfter Sozialstaat und eine auf das Minimum beschränkte Familiengesetzgebung in Kombination mit einem selbsttragenden Bildungswesen würde eine liberal ausgerichtete Neuorientierung von selbst bewirken: Privatautonomie, Privateigentum und Partnerschaftsverträge würden auch die geschlechtsspezifischen Angebote und Nachfragen auf Konsensbasis, massgeschneidert und ohne Umweg über allgemein verbindliche Gesetze regeln.

Aber dieser skizzierte Weg bleibt vorläufig utopisch, und er würde auch nicht alle Probleme sofort lösen. Offen bleibt unter anderem die Frage, wie "anthropologisch verwurzelt" die Institution der Kernfamilie ist und welche Formen der spontanen Solidarität in Kleingruppen, Nachbarschaften und Genossenschaften sich auf der Basis neuer Technologien neu bilden. Selbstverständlich gehört es zu den Kosten freiwilliger und spontaner Lösungen, welche Lernprozesse nicht durch politischen Zwang, sondern durch den Wechsel von Erfolgserlebnissen und Leidensdruck steuern, dass sie auch ein Fehlverhalten zulassen und das individuelle Scheitern nicht ausschliessen.

Die Familien (und vergleichbare Kleinkollektive) müssen im Normalfall selbsttragend funktionieren und sich dem entsprechenden Wohlstandsniveau ohne staatliche Umverteilung anpassen können. Sie sind auch die Versorgungs- und Vorsorgeinstitution für die normalen Not- und Wechselfälle des Lebens. Der Generationenvertrag sollte – früher oder später – wieder ohne Zwangsabgaben und kollektives Zwangssparen aufgrund freier und selbstbestimmter wirtschaftlicher und sozialer Beziehungen funktionieren.

“Eine Mehrheit von Staatsversorgten will immer mehr, und die Bereitschaft jener Minderheit, die dies finanzieren muss, sinkt.”

Die sozialistische Doktrin, dass sich staatlich erzwungene Solidarität zunächst in Nationen und anonymen Grossgesellschaften entwickelt und letztlich auf die ganze Menschheit ausweitet, hat sich bisher als wirklichkeitsfremdes ideologisches Wunschenken erwiesen. Das Gegenteil ist der Fall: Eine Mehrheit von Staatsversorgten will immer mehr, und die Bereitschaft jener Minderheit, die dies finanzieren muss, sinkt, und die Zahl der ebenfalls staatsabhängigen Umverteiler in nationalen und internationalen Bürokratien wächst parallel dazu: ein Teufelskreis. Verlässliche Solidarität ist und bleibt jene Gruppensolidarität, die auf wechselseitigen Anreizen und nicht auf Zwang basiert.

Die aktuellen Sozialversicherungssysteme sind ein Relikt aus einer Kriegs- und Krisenzeit, an das man sich auch in der bürgerlichen Politik in erstaunlichem Mass gewöhnt hat.

Was bedeutet ein Verzicht auf kollektiven Zwang nun für die Schwächeren, weniger Leistungsfähigen, die es in jeder Gesellschaft gibt: Wer es nicht schafft, dank Eigenvorsorge und selbstfinanzierten und selbsttragenden Vorsorgeeinrichtungen über die Runden zu kommen, soll trotzdem nicht im Stich gelassen werden. In diesen Fällen soll auch in Zukunft die kollektive, idealerweise lokale Sozialpolitik einsetzen und ihr Auffangnetz spannen: bei den höchstens fünf bis zehn Prozent von wirklichen Not- und Sozialfällen, die es auch ohne Kriege und Krisen innerhalb einer bestimmten Gruppe gibt. Die An- und Abreize für diese Hilfe wären so zu setzen, dass es eher zu einem Abbau als zu einem Ausbau kommt.

Fiskalisch leben wir auch in der sogenannt freien Welt immer noch wie in Kriegs- und Krisenzeiten. Durch Zwangsabgaben und Inflation hat der Staat zunächst breite Bevölkerungskreise kollektiv enteignet und damit jene Vermögenswerte umgeschichtet, auf welcher die lebenslängliche Selbstverantwortung bei der Altersvorsorge in der Primär- und Kleingruppe beruhte. Die beste Sozial- und Familienpolitik würde darin bestehen, jene Bedingungen zu schaffen, in denen die grosse Mehrheit der Bevölkerung ohne staatlichen Zwang und ohne Bevormundung eigenständig existieren kann.

Niemand will Kosten tragen

Die Kosten eines Systemwechsels sind von einer Gruppe von Betroffenen zu tragen, die Opfer des Fehlsystems sind, ohne sich wirksam dagegen wehren zu können. Wir stehen hier vor einem Grundproblem des politischen Systemwechsels: Die Altlasten eines Systems werden stets dem neuen System angekreidet. Der Kapitalismus hatte mit einer Integration des Proletariats in die Gesellschaft zu kämpfen, obwohl die Existenz eines Proletariats eine Altlast des Feudalismus war.

Wenn es einmal darum gehen wird, den Sozialstaat "gesundzuschrumpfen", wird man die Altlasten auch wieder den liberalen Deregulierern und Flexibilisierern zurechnen. Vieles spricht für die Auffassung, dass die Marktordnung gegenüber dem Interventionismus auch für die wirtschaftlich Schwächeren – und gerade für sie – schon mittelfristig mehr Vorteile als Nachteile hat. Ein nicht dauerhaftes System wie der Teufelskreis des demokratisch fehlgesteuerten

Wohlfahrtsstaats kann mit einer lernfähigen, offenen, marktwirtschaftlich-kapitalistischen Zivilgesellschaft letztlich gar nicht fair verglichen werden.

Die erwähnten Voraussetzungen einer strikt liberalen Deregulierung sind im heutigen Zeitpunkt noch utopisch. Die politischen Gegebenheiten in den mehr oder weniger sozialstaatlich geprägten Demokratien haben bisher die längerfristig gebotenen und im Interesse künftiger Generationen notwendigen radikalen Änderungen blockiert. Die demokratisch legitimierte "politische Diktatur" der gegenwärtigen Egoisten verfälscht den sozialpolitisch und ökologisch notwendigen Generationenvertrag, der mit Aussicht auf Erfolg nur "von unten nach oben" auf der Basis von Privatautonomie, Privateigentum und Solidarität in Kleingruppen aufgebaut werden kann.

Die Mehrheit der vom Staat Profitierenden will derzeit immer mehr, und die Minderheit der hoch Besteuerten kann sich nicht wirksam wehren und beschränkt sich auf Brems- und Ausweichmanöver. Wahrscheinlich wird erst der absehbare finanzielle Ruin des unverteilenden Staates die politische Bereitschaft für einen Ausstieg ermöglichen.

54 Beitrag zum Frieden

14.11.2024

Die Schweiz hat über Jahrhunderte an der Neutralität festgehalten. Verlässlichkeit ist für die historische und aussenpolitische Wirksamkeit entscheidend.

Die Neutralität war in den europäischen Glaubenskriegen des 17. Jahrhunderts eine Schicksalsfrage. Ein Engagement für die eine oder andere Seite hätte in der konfessionell gespaltenen Eidgenossenschaft zum Zusammenbruch des Bündnisses geführt. Im Westfälischen Frieden wurde 1648 die Sonderstellung der Eidgenossenschaft anerkannt und der Austritt aus dem Deutschen Reich besiegelt.

Nach den napoleonischen Kriegen wurde 1815 die Neutralität der Schweiz am Wiener Kongress bestätigt. Im Deutsch-Französischen Krieg und in beiden Weltkriegen wurde die Neutralität von der Schweiz politisch und militärisch verteidigt, und sie ist von den Kriegführenden jeweils respektiert worden. Das Hauptmerkmal an der über 500-jährigen Geschichte der Neutralität ist die Vielfalt ihrer jeweiligen Aktualität in unterschiedlichen Konfliktlagen.

Auch die aktuellen gewaltsamen Konflikte haben vielfältige Ursprünge. Sie konnten trotz inzwischen etablierten Weltorganisationen bis heute durch keine internationale Rechts- und Friedensordnung verhindert und aus der Welt geschafft werden.

"Neutral zu sein und zu bleiben, ist keine skurrile Besonderheit der Schweiz, sondern eine vernünftige Überlebensstrategie."

Wenn sich heute weltweit tatsächlich nur noch zwei Blöcke gegenüberstehen würden, die defensiv Friedfertigen und die aggressiv Kriegslüsternden, gäbe es keinen triftigen Grund zur Neutralität. Tatsächlich gibt es aber nach wie vor Kriege mit unberechenbaren und unvorhersehbaren Motiven. Gekämpft wird auf Kosten der Kampftruppen und der Zivilbevölkerung um die Macht- und Einflussphären der jeweiligen Kriegsparteien und Machtallianzen.

Entscheidungs- und Handlungsfreiheit

Der Verzicht eines neutralen Staates auf Einmischung in Kriege und politische Machtkonflikte hat eine langfristige Perspektive. Sie lässt sich nicht einfach als kleinnützig, profitorientierte oder strukturkonservative Option abtun. Es geht um die bestmögliche Wahrung der inneren Entscheidungs- und Handlungsfreiheit in einer freiheitlichen, vielfältigen politischen Gemeinschaft. Die Sicherheitspolitik soll nicht von aussen beeinflusst oder gar diktiert werden, das Urteil über den Stellenwert aktueller weltpolitischer Konflikte nicht durch allfällige Bündnispartner bestimmt sein. Dieses echt freiheitliche Anliegen steht über jeder Parteipolitik und hat hohe Priorität.

Die Neutralität wird heute in der Schweiz immer noch grossmehrheitlich als historisch bewährte, wichtige und zu bewahrende aussenpolitische Maxime betrachtet. Sie müsste nach einem Beitritt zu kontinentalen Zusammenschlüssen und militärischen Bündnissen zum Teil angepasst und zum Teil aufgegeben werden. Wer solche Beitritte für erwünscht hält oder mindestens für mittelfristig unvermeidbar, wird alles daransetzen, die Neutralität als Mythos mit unbestimmbarem und zum Teil fragwürdigem Ursprung und als partiell fremdbestimmte Verpflichtung mit absehbarem Ablaufdatum darzustellen.

Damit wird aber eine momentane Deutung unmittelbar in den Dienst einer bestimmten politischen Lagebeurteilung und Zielsetzung gestellt. Wer, unabhängig vom parteipolitischen Tagesgeschäft, gegenüber einem Nato-Beitritt und gegenüber einem EU-Beitritt der Schweiz skeptisch ist, tut gut daran, die Neutralität als historische Konstante und als Kernstück einer Erfolgsgeschichte nicht aufzugeben und auch nicht zu relativieren. Die in vielen Medien

präsenen Neutralitätsabschaffer und -relativierer sind nach ihrem Selbstverständnis eine Elite, effektiv aber Opportunisten ohne Geschichtsbewusstsein, die sich einem innereuropäischen und transatlantischen Mainstream anpassen wollen.

Nicht zu Gesinnungsneutralität verpflichtet

Eines ist klar: In Zeiten grosser Spannungen und erst recht in Kriegszeiten wachsen in jeder Bevölkerung Neigung und Bereitschaft zur Parteinahme, und jede Gesinnungsneutralität wird als falsche Entscheidung gedeutet. Die Neutralität ist im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg der Russen gegen die Ukraine in Europa und in den USA zurzeit unpopulär. Südamerikaner, Inder und viele Asiaten sehen das anders. In dieser Situation ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Neutralität als Option der Nichteinmischung für die Regierung und die Armeeführung verbindlich ist, die Bevölkerung jedoch nicht zur Gesinnungsneutralität verpflichtet.

Der Krieg im Nahen Osten ist mehr als nur ein Verteidigungskrieg oder gar ein Kampf ums Überleben. Das auslösende Massaker war eine klare Verletzung des Völkerrechts, auf die aber die Uno aufgrund von Veto-Blockaden nicht reagiert hat. Beide Seiten deuten ihre Angriffe als Strategie der Verteidigung und niemand fordert diesbezüglich eine Gesinnungsneutralität der Schweizer Bevölkerung. Die bisher global praktizierte Strategie der dozierten Nichteinmischung verhindert hoffentlich einen Flächenbrand.

“Das Rote Kreuz ist ohne politische Neutralität undenkbar.”

Die Neutralität ist nicht einfach ein verstaubtes Dogma. Sie ist ein tragendes Element des zur Zeit des Kalten Krieges entwickelten aussenpolitischen Viersäulenprinzips – “Neutralität, Solidarität, Disponibilität und Universalität”. Für die Disponibilität im weitesten Sinn und die dauernde Universalität im Sinn der Weltoffenheit bildet sie eine unabdingbare Voraussetzung.

Am ehesten steht die Neutralität in einem Spannungsverhältnis zum Solidaritätsprinzip, das eine Solidarität mit den jeweils Angegriffenen nahelegt. Das grosse und grossartige internationale Solidaritätswerk des Roten Kreuzes, das von der Schweiz aus gegründet wurde und seinen Sitz in Genf hat, ist ohne politische Neutralität undenkbar. Es kümmert sich um Kriegs- und Katastrophenopfer und fragt nicht nach der jeweiligen Schuld einer Kriegspartei.

Neutralität und Solidarität vereinbar

Neutralität und Solidarität sind auch aus dieser Sicht durchaus kompatibel. Die Option, neutral zu sein und zu bleiben, ist keine skurrile Besonderheit der Schweiz, sondern eine vernünftige Überlebensstrategie für viele Nationalstaaten mit vielfältig gemischten Bevölkerungen, gerade in Konfliktzeiten, in denen sich grosse Machtblöcke feindlich gegenüberstehen.

Kein Land braucht sich dessen zu schämen, wenn es im Rahmen der jeweils vorherrschenden Machtkonstellationen seine Unabhängigkeit wahren will. Wenn sich weltweit jedes Land auf eine glaubwürdige Selbstverteidigung beschränken und zur Nichteinmischung in Kriegen bekennen würde, wäre dies ein entscheidender Beitrag zum Weltfrieden.

Neutralität ist, wie dargelegt worden ist, auch nicht unsolidarisch. Sie ist ein Ausdruck der Solidarität mit den jeweils Friedensbereiten, die es in allen Konflikten auf beiden Seiten gibt. Die Hoffnung auf einen Totalsieg einerseits und einer Totalniederlage andererseits und die Option einer späteren Rache der Unterlegenen ist keine gute Basis für einen dauerhaften Nachkriegsfrieden. Dies gilt für beide derzeit tobenden Kriege.

Dass Neutralität – heute erst recht – international auf Glaubwürdigkeit beruht, leuchtet einer grossen Zahl von Schweizerinnen und Schweizern unmittelbar ein. Diese Glaubwürdigkeit kommt aber ins Wanken, wenn sie intern von selbst ernannten Eliten oder gar von der politischen Führung immer wieder als nicht mehr prioritär und – früher oder später – als obsolet bezeichnet wird.

Gefährliche Illusionen

Die Versuche einer Relativierung und schrittweisen Aufhebung sind nicht neu, aber sie untergraben die internationale Glaubwürdigkeit und Berechenbarkeit. Kein Land kann von Fall zu Fall “ein bisschen neutral sein”. Ein über Generationen aussenpolitisch verfolgtes Prinzip sollte intern nicht à la carte durch verwirrende Adjektive bis zur Unkenntlichkeit relativiert werden.

Dass wir uns in einem grundlegenden weltpolitischen und völkerrechtlichen Umschwung befinden, der eine definitive Option für eine bestimmte weltpolitische Machtordnung erlauben oder gar fordern würde, ist eine gefährliche Illusion, die historische Fakten, Erfahrungen und Perspektiven missachtet.